

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

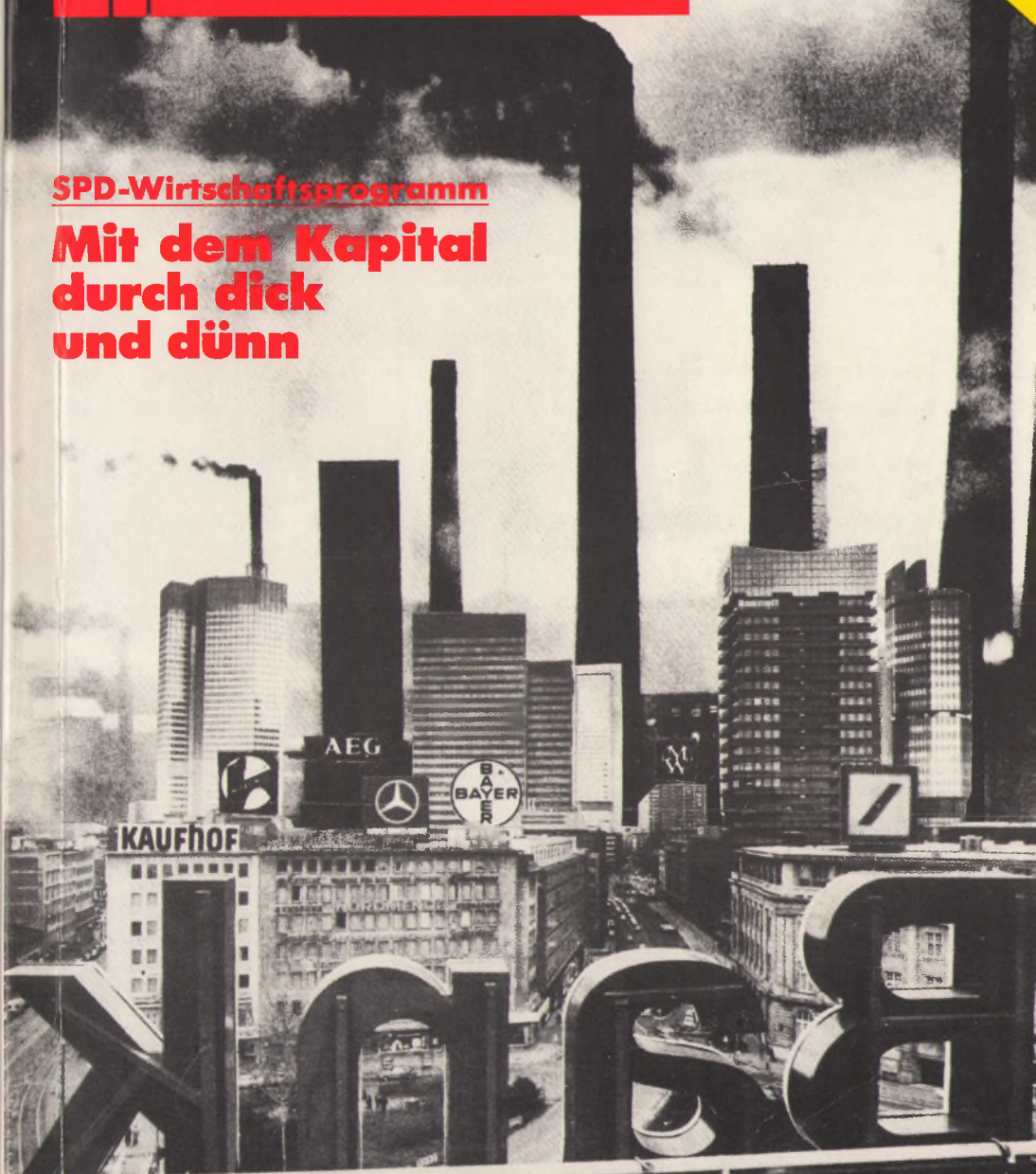
**spw - 31**



Alternativ-  
entwurf zum  
Roth-Papier  
D-Ostwestfalen-Lippe

SPD-Wirtschaftsprogramm

**Mit dem Kapital  
durch dick  
und dünn**





**Herausgeber:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

**Ständige Mitarbeiter:**

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Michael Häupl (Wien), Mechthild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

**Sekretär:** Joachim Pieczkowski

**Redaktion und Auslieferung:** Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65  
Tel.: (030) 461 7083

**Anzeigen (ohne Tausch):** Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,  
Tel.: 030/7722443

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38  
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1986.  
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.  
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1986

Die spw erscheint 1986 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 12,50 DM, in der Republik Österreich 90,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 8,00 DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationsjungen 9,— DM (65,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)  
Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

**Beilagenhinweis:** Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlags Europäische Alternativen, — in Teilaufgaben — eine Zahlkarte des spw-Verlags, Berlin/West, sowie ein Prospekt des Argument-Verlags, Berlin/West, bei.

## Inhalt

---

Editorial .....	131
Verlagsmitteilungen .....	133
Satzfehlerberichtigung zu <i>spw</i> 30 .....	134
<i>Anne Le Claire</i> : Simone de Beauvoir .....	135

### Aktuelle Kommentare

<i>Andreas Wehr</i> : Die Devise heißt Ausstieg! .....	137
<i>Christiane Rix</i> : Nicaragua — das Stiefkind der Sozialistischen Internationale .....	139
<i>Wolfgang Kowalsky</i> : »Konfliktuelle Kohabitation«, Akt I, erste Szenen .....	143
<i>Peter Pelinka</i> : Waldheim-Sieg im ersten Wahlgang — der zweite läßt wenig Hoffnung .....	146

### Analysen

<i>Wolfgang Biermann</i> »Widersprüche in der NATO — Ansatzpunkte für die Friedensbewegung?« .....	148
<i>Erik Nohara</i> Zum 11. Parteitag der SED Gorbatschow rüttelte die Delegierten aus dem Halbschlaf .....	152
<i>Detlev Albers und Lothar Peter</i> Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (II) .....	157
<i>Michael Heine</i> Weiterbildungsprogramme — eine Waffe gegen Arbeitslosigkeit? .....	165
<i>Kurt Neumann</i> »Für einen neuen Reformismus« Zu einigen Fragen im politischen Denken Peter von Oertzens .....	171

### Diskussionsschwerpunkt: SPD-Wirtschaftsprogrammdiskussion

<i>Harald Mattfeldt</i> Zur Tagesordnung der politökonomischen Linken .....	175
<i>Frieder Otto Wolf</i> Ökologische Modernisierung — geht denn das? Zu einem neueren sozialdemokratischen Konzept .....	183
<i>Stephan Krüger</i> Der Dienstleistungssektor als Bezugspunkt alternativer Wirtschaftspolitik .....	191

<i>Michael Krätke</i>	
Wie weiter im Steuerstaat? .....	199
<i>Ottwald Demele</i>	
Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital — ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit? .....	209

## Dokumentation

Beschluß des Bezirksvorstandes der SPD-Ostwestfalen/Lippe vom 28. April 1986: Leben und Arbeiten in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm .....	217
---	-----

## Berichte

<i>André Jungmittag/Matthias Machnig</i> : Konferenz »Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Bericht von einem Gemeinschaftsprojekt von Prokla, spw, Sozialismus, der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik und dem IMSF am 5./6. April 1986 in Frankfurt/Main .....	235
<i>Kurt Neumann</i> : Schillers Erben. Bericht vom Wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD am 9./10. Mai 1986 in Hamburg .....	239
<i>Klaus Flöther/Reinhard Zänger</i> : »Die Technik und ihre soziale Dimension«. Von nachdenklichen Minderheiten, neuen Fragen und antagonistischer Kooperation. Ingenieurkongreß der SPD am 18./19. Februar 1986 in Düsseldorf .....	242
<i>Frank Heidenreich</i> : »... kennen Kommunisten nur noch vom Fernsehen her.« (Willy Brandt) Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 40. Jahrestag der Berliner Urabstimmung, 14. April 1986 in Berlin/West .....	247

## Besprechungen

<i>Eckert, Rainer</i> : Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise ( <i>Heinz-Gerd Hofschien</i> ) .....	250
<i>Schacht, Kurt</i> : Die SPD in der Opposition ( <i>Heinz-Gerd Hofschien</i> ) .....	250
<i>Teichler, Hans Joachim (Redaktion)</i> : Arbeiterkultur und Arbeitersport ( <i>Uli Schöler</i> ) .....	255
<b>Über die Autoren / Autorinnen</b> .....	257

## Editorial

Die SPD-Wirtschaftskonferenz am 9. und 10. Mai in Hamburg hat es noch einmal deutlich gemacht: Nach dem Willen der maßgeblichen Kongreßvorbereiter Peter Glotz und Wolfgang Roth soll die SPD die Marktwirtschaft auf ihre Fahnen schreiben, wenn sie in den nächsten Bundestagswahlkampf zieht. Der Unternehmer soll rehabilitiert werden, eine Gründerwelle soll neue Arbeitsplätze schaffen und »Versöhnung« statt Klassenkampf soll das Investitionsklima verbessern (vgl. den Bericht in diesem Heft). Aber was ist eigentlich das qualitativ Neue an einer derartigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik?

Schon in den siebziger Jahren hat die SPD unter einer noch keynesianischen Phraseologie eine zunehmend neoliberale Politik betrieben. Nachdem 1973/74 die Krise begonnen hatte, sozusagen die Stunde der Bewährung für eine keynesianisch-orientierte Politik geschlagen hatte, machte man sich an den Abbau des Sozialstaats, da man bereits die These vom Übel der Staatsverschuldung übernommen hatte, und betrieb eine Politik der massiven Umverteilung in Form von Subventionen und Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen. Wenn jetzt also beim Versuch der SPD, eine neue wirtschaftspolitische Kompetenz zu gewinnen, die Marktwirtschaft gepriesen wird, so kann nicht von einer grundlegenden *Umorientierung* oder einem *qualitativen Sprung* die Rede sein. Zunächst einmal handelt es sich nur um das Auswechseln des Diskurses. Der keynesianische Diskurs von der prinzipiellen Instabilität des Kapitalismus hielt massive Interventionen des Staates und von halb-autonomen Körperschaften zur Ausweitung von Realinvestitionen und Beschäftigung für absolut notwendig. Der »neue« Marktwirtschaftsdiskurs hingegen stellt den Gedanken in den Mittelpunkt, daß das »marktwirtschaftliche System« aus sich heraus den nächsten Aufschwung hervorbringen wird, und daß es vor allem notwendig ist, dafür die Voraussetzungen zu verbessern. Eine derartige Voraussetzung ist die Beschleunigung der Technologieentwicklung und des Technologietransfers, wodurch sich Glotz in seiner Adaptation der Theorie der langen Wellen eine verstärkt Arbeitsplätze schaffende Akkumulationsbewegung erhofft, die »neue Prosperitätskonstellation«. Staatliche Politik wird in diesem Rahmen immer mehr und immer ausschließlicher an der Kapitalverwertung ausgerichtete Infrastrukturpolitik und gerade daraus bezieht sie auch ihre Legitimation. Vor dem Hintergrund dieses Diskurswechsels stellt sich zunehmend die Frage, was eigentlich die grundlegenden Unterschiede zwischen der Glotzschen wirtschaftspolitischen Konzeption und der von Lothar Späth sind. Letzterer wehrt sich dagegen, in der Entstaatlichung ein Allheilmittel zu sehen und hält staatliche Strukturpolitik sowie eine massive staatliche Technologieförderung für notwendig. Man könnte nun hoffen, daß wenigstens im Bereich der Arbeitszeitverkürzung und der erweiterten Mitbestimmung von sozialdemokratischer Seite eine massive Offensive erkennbar ist. Hier werden jedoch lediglich Forderungen aufgestellt, ohne daß angegeben wird, gegen welchen Gegner, mit welchen Strategien und bis wann im Falle der Regierungsübernahme diese Forderungen durchgesetzt werden sollen.

So präsentiert sich das neue wirtschaftspolitische Profil der SPD sehr windschnittig als sozialere Variante kapitalistischer Modernisierungspolitik, die damit wirbt, daß sie den Klassenantagonismus besser kontrollieren und damit auch günstigere sozialpsychologische Voraussetzungen für den Kampf auf dem Weltmarkt schaffen kann. Sollte diese rechtsozialdemokratische Konzeption nicht zurückgedrängt werden können, ist es schwer vorstellbar, wie die SPD im Wahlkampf ihre eigene soziale Basis in ausreichendem Maße mobilisieren können soll. Sollte eine numerische »rot«-grüne Mehrheit allerdings wegen des

Abwirtschaftens der CDU/FDP-Koalition dennoch zustande kommen, gibt es zwischen SPD und den Grünen keine gemeinsame inhaltliche Plattform. Eine derartige Situation könnte dann sowohl als Katalysator in der SPD zu einer antikapitalistischeren und ökologischeren Ausrichtung wirken, oder aber eine große Koalition vorbereiten. Der SPD-Wirtschaftsparteitag im August wird zwar vorerst über das sozialdemokratische Wirtschaftskonzept entscheiden. Es dürfte aber klargeworden sein, daß bei weitem heftigere innerparteiliche Auseinandersetzungen zu dieser Frage bei allen denkbaren Wahlausgängen nach dem Januar 1987 folgen werden.

Das vorliegende Heft will zur Entwicklung von linkssozialdemokratischen Gegenentwürfen zu der oben angerissenen rechtssozialdemokratischen Strategie beitragen. *Harald Mattfeldt* betont die Notwendigkeit eines hohen Konkretheitsgrades linker wirtschaftspolitischer Konzepte. Eine linke Hegemonie kann nur hergestellt werden, wenn die weltwirtschaftlichen, regionalpolitischen und juristischen Dimensionen in ausreichend detaillierter Weise analysiert und in Handlungsorientierungen für die Zeit nach einer Regierungsübernahme umgesetzt worden sind. In dieser Hinsicht kritisiert er auch die von einigen linken SPD-Bezirksverbänden vorgelegten Alternativanträge zum Roth-Papier.

*Frieder Otto Wolf* stellt die Frage, ob es eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft überhaupt geben kann. Ausgehend von einem Begriff linker Realpolitik, der an die aktuelle Einleitung längerfristig notwendiger Strukturveränderungen gebunden ist, wird eine ökologische Modernisierung für wünschenswert gehalten, wenn sie folgende Bedingungen erfüllt: sie darf weder zu Lasten zukünftiger Generationen noch anderer Völker der Erde gehen und sie muß heute mit der Analyse und der Bekämpfung der Ursachen der Umweltkrise zumindest beginnen. Eine genauere Betrachtung des Roth-Papiers ergibt allerdings, daß diese Bedingungen in der aktuell herrschenden sozialdemokratischen Vorstellung von ökologischer Modernisierung nicht erfüllt sind.

*Stephan Krüger* untersucht vor dem Hintergrund der Diskussion um die beschäftigungspolitischen Effekte einer Ausweitung des Dienstleistungssektors die Funktion der unterschiedlichen Teile desselben innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Erst auf dieser Grundlage kann die Wirkung von sich auf spezifische Teile des Dienstleistungssektors beziehenden politischen Strategien abgeschätzt werden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß eine merkliche Verbesserung der Beschäftigungssituation ohne eine Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen für Konsum und Produktion nicht denkbar ist.

*Michael Krätke* verfolgt die historische Entwicklung des Steuerstaates und der sozialdemokratischen Steuerpolitik. Er kommt dabei zum Ergebnis, daß die »Wende« hinsichtlich der Steuerpolitik allenfalls eine quantitative Veränderung der steuerpolitischen Umverteilung zugunsten der Unternehmen gebracht hat, daß aber die grundlegende Ausrichtung der Steuerpolitik von der sozialliberalen Koalition übernommen werden konnte. Vor dem Hintergrund dieser historischen Analyse werden Anforderungen an steuerpolitische Konzepte im neuen SPD-Wirtschaftsprogramm entworfen.

*Ottwald Demele* kritisiert die im Roth-Papier entwickelte Konzeption der Vermögensbildung. Vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Vermögensbildungsdiskussion in SPD und verschiedenen Gewerkschaften wird die Vermögensbildung als untaugliches Instrument sowohl für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als auch für die Ausweitung der Mitbestimmung analysiert.

Im Anschluß an den Diskussionsschwerpunkt dokumentieren wir ungekürzt den Entwurf des SPD-Bezirks Ostwestfalen/Lippe zur Wirtschaftsprogrammdebatte.

Abschließend müssen wir noch auf zwei Fehler in *spw* 30 hinweisen: Wegen eines technischen Versehens entfiel im Aufsatz von Kurt Neumann, »Jenseits des Industrialismus«, eine Druckseite. Wir liefern diese direkt im Anschluß an die Verlagsmitteilungen nach und bitten den Autor und unsere Leser um Entschuldigung. Wegen eines redaktionellen Versehens wurde der Vorspann zum Interview mit Heinz Albrecht mit »Die Redaktion« unterzeichnet, obwohl der Autor Hans Willi Weinzen ist.

Andreas Westphal

## Verlagsmitteilungen

### Neuerscheinung: FRAUEN BILDER

Die Idee zu diesem Projekt eines Bild-Text-Bandes entstand aus einem Frauen-Fotowettbewerb. Die Berliner Jusos führten ihn Anfang dieses Jahres durch, und die Resonanz war über alle Erwartungen groß. Zu dem Motto *Die weibliche Wirklichkeit ist anders!* gingen 600 Fotos und fast eintausend Zuschriften aus dem In- und Ausland ein.

Der nun vorliegende Band FRAUEN BILDER ist zugleich Katalog einer Ausstellung, die im Juni 1986 in Berlin (West) und voraussichtlich ab Herbst '86 in verschiedenen Orten der Bundesrepublik gezeigt wird. Auf 80 Seiten, im Format 21 x 28 cm, wird erstklassige kritische Fotografie dokumentiert. Die Bilder sind durch Texte (Einleitendes, Zitate, Gedichte) ergänzt und in sechs Gruppen thematisch gegliedert: Klischees und Wirklichkeit — Reservearmee — Mutterglück? — VERGEWALTigung — Außen vor — Power

»Die Auswahl der 100 besten Fotos zeigt die gesamte Breite und Vielfalt des Lebensalltags von Frauen in dieser Gesellschaft.« (Ilse-Reichel-Koß und Jürgen Egert im Vorwort)

FRAUEN BILDER kann für 19,80 DM zzgl. Versandkosten über den *spw*-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in D-1000 Berlin (West) 65, Tel. 030/461 7083, bezogen werden (Buchhandelsvertrieb: Elefanten Press, Lützowstr. 105 in Berlin 30).

*Sonderangebot für spw-Leser/innen bis 1. Juli 1986:* Unseren Abonentinnen und Abonnenten können wir ein Exemplar FRAUEN BILDER zum Vorzugspreis von nur 15,- DM einschließlich Versand anbieten. Weitere Exemplare können zum Preis von 19,80 DM bestellt werden. Das Angebot gilt bis zum 1.7.1986 (Poststempel des Überweisungsabschnitts). Für die Überweisung *nur* die den Abo-Exemplaren dieses Heftes beiliegenden Zahlkartenvordrucke verwenden, bitte vollständige und leserliche Absenderangabe und den Vermerk »Fotoband FRAUEN BILDER« nicht vergessen!

### Tagungsband »Kontroversen zur Krisentheorie«

Auf starkes Interesse stieß eine von *Prokla*, *Memorandum-Gruppe*, *IMSF*, *sozialismus* und *spw* gemeinsam am 5. und 6. April in Frankfurt/Main veranstaltete Konferenz (vgl. Bericht in diesem Heft). Die Beiträge dieser Tagung (u.a. von Altvater, Kisker, Kramer) sind inzwischen, herausgegeben von den Veranstaltern, im VSA-Verlag, Hamburg, im Erscheinen begriffen. Bestellungen über: VSA-Verlag, Stresemannstr. 384 in Hamburg 50.

### *spw*-Diskussionsforen

Die *spw*-Redaktion, der Landesvorstand der Berliner Jusos und der Marxistische Arbeitskreis (MAK) laden zur Diskussion Programmmentwurfs des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe ein, der eine linke Alternative zum Entwurf der Roth-Kommission liefert, am Freitag, 13. Juni 1986, 19.30 Uhr im RPJ, Kurfürstendamm 96 in Berlin 19, ein. Referent: Heinrich Lienker, Mitglied des UB-Vorstands und der Grundsatzkommission des Bezirks OWL. Der vollständige Text des OWL-Antrages ist in diesem Heft dokumentiert.

**Satzfehlerberichtigung spw 30: Einfügung auf Seite 57: vor »Wege aus der Krise«**

### **Sozialismus und neuer Typus von Produktivkraftentwicklung**

Das Profitprinzip der kapitalistischen Produktionsweise steht im Widerspruch zur notwendigen gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion nicht nur, aber gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten und Gesichtspunkten menschenwürdigen Arbeitens und Lebens.

1. Der notwendige Bruch der Profitlogik muß sich positiv darstellen als Vergesellschaftung der zentralen Bereiche der Wirtschaft. Das ist keine Frage der »Instrumente« — wie etwa Erhard Eppler glauben machen will. Das ist eine Frage des Inhaltes: Die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen liegt im Gesamtinteresse der Gattung. Sie ist auf Dauer unvereinbar mit dem Joch der partikularen Klasseninteressen an der profitbringenden Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Umwelt. »Eine gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion, grundsätzlich an Gebrauchswertmerkmalen ausgerichtet, ermöglicht den Übergang industrieller Produktion zu (räumlich, zeitlich und sachlich gesehen) großer Kooperation, doch verbleibt sie im Rahmen des Musters der einlinigen Produktionsaktivitäten, wonach die Menschen auf die Natur mit möglichst hoher Arbeitsproduktivität mit möglichst wirkungsvoller Verarbeitungstechnik einwirken.« (Tjaden 1984, 69)

Bei der »großen Kooperation« — handelt es sich letztlich doch noch um industrielle Produktion, die allerdings gesamtgesellschaftlich naturverträglicher gestaltet wird. In dieser Form sozialistischer, industriell geprägter, jedoch schon mehr und mehr naturverträglich ausgerichteter Produktion herrschen noch das Wertgesetz und die Ökonomie der Arbeitszeit. Die Produktion ist der bewußten gesamtgesellschaftlichen Gestaltung des Stoffwechselprozesses mit der Natur nur formell, nicht aber materiell subsumiert.

2. Gegenwärtig stellt sich weltweit die Notwendigkeit des Übergangs zu einem neuen Typ von Produktion, bei dem die Reproduktion der außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses liegenden Natur wie die Reproduktion des Menschen als Naturwesen zum Inhalt der Produktion selbst gemacht werden müssen.

»An die Stelle der Zielsetzung eines Wachstums der Arbeitsproduktivität und des Volkseinkommens tritt — eine sich entspannende internationale Lage vorausgesetzt — die Vorstellung einer Erhaltung und Mehrung des Volksvermögens, welche alle gebrauchswertmäßigen Bedingungen der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensweise, darunter deren Naturgrundlagen, umfaßt. Der Stoff- und Energieumsatz zwischen Mensch und Natur, soweit er durch die gesellschaftliche Arbeit vermittelt und geregelt wird, erfolgt nun in hohem Maße aufgrund multipler Ressourcennutzung (mehrfache Nutzung von Rohstoff- bzw. Energiequellen) und rezyklativer (kreislaufförmiger) Abproduktverwendung mittels humanisierter und ökologischer Produktionsverfahren.« (Tjaden 1984, 70)

Der neue Typ von Produktion bedeutet eine weitere Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte und ein Fortschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt, und zwar auf einem anderen höheren Niveau als die bloße technizistische Weiterentwicklung des Maschinensystems. Er erfordert ein höheres Maß an wissenschaftlicher Naturkenntnis, insbesondere eine Aufhebung des zergliederten naturwissenschaftlichen Spezialwissens in übergreifender Erkenntnis der natürlichen Zusammenhänge und auf dieser Grundlage auch ein höheres Maß an Beherrschung der Gesetzmäßigkeiten der Natur.

Ein solcher Typ von Produktivkraftentwicklung ist nur zu gestalten unter den Bedingungen vergesellschafteter Produktionsmittel und stellt die reelle Subsumtion der Stoffwechselprozesse der Menschen mit der Natur unter die bewußte gesamtgesellschaftliche Kontrolle dar.



Anne Le Claire

## Simone de Beauvoir\*

Bereits mit 21 Jahren hat Simone de Beauvoir ihr Philosophiestudium mit Auszeichnung abgeschlossen, um sich unverzüglich ihren wissenschaftlichen Arbeiten sowie ihrer Aufgabe als Philosophielehrerin und den Beziehungen zu Sartre zu widmen. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam ihr Individualismus heftig ins Wanken. »Die Geschichte hat mich ergriffen, um mich nie wieder loszulassen.« Die Beziehungen zu Sartre waren dann auch schon nicht mehr ganz so »ordentlich«. Eine »notwendige« Liebe, gewiß — und das Paar Sartre-de Beauvoir bemühte sich, mehr oder weniger erfolgreich, die zufälligen und weniger notwendigen Lieben der einen und des anderen zu akzeptieren. 1943 erschien Simone de Beauvoirs erster Roman *Sie kam und blieb*, zum großen Teil von der Dreier-Beziehung mit Olga inspiriert.

Das Schreiben hatte für sie die Bedeutung, die »das Gebet für den Gläubigen« hat, nämlich auf privilegierte Weise das Leben in all seinen unerwarteten und schmerzlichen Erfahrungen zu verstehen (*Ein sanfter Tod*, 1964). Schreibend wollte sie auch und vor allem Zeugnis ablegen. Und diesen Aspekt ihres Werkes werden die künftigen Leser/-innen wahrscheinlich am ehesten im Gedächtnis behalten.

Abgesehen von den philosophischen Essays, in denen sich uns ihre Auffassung vom Existentialismus mitteilt (*Für eine Moral der Ambiguität*, 1947; *Der Existentialismus und die Weisheit der Nationen*, 1948), bleibt die Wichtigkeit ihrer Romane und vor allem ihrer Biographie als Bezugspunkt für unser Verständnis ihrer Epoche bestehen.

Nach dem Krieg hatten die im Kampf gegen den Kapitalismus engagierten Intellektuellen kaum die Wahl der Mittel. So spielten denn auch Simone de Beauvoir und Sartre dank ihrer internationalen Bekanntheit in den revolutionären Kreisen eine nicht zu unterschätzende Rolle, ohne sich indes parteipolitisch festzulegen. »Wir wollten unsere eigenen Projekte verwirklichen, und diese waren mit dem Eintritt in die (kommunistische) Partei nicht zu vereinbaren ... Uns ging es darum, im Bereich des Persönlichen zu handeln — in unseren Gesprächen, im Unterricht, in unseren Büchern.« In den 50er und 60er Jahren hat Simone de Beauvoir zusammen mit Sartre viele Reisen unternommen, in Länder wie die UdSSR, Kuba, China, Brasilien, USA, Jugoslawien, Tschechoslowakei u.v.a. Beide beteiligten sich am Russel-Tribunal, beauftragt, die amerikanischen Verbrechen in Vietnam zu verurteilen. 1970 übernahm sie die Direktion der ex-68er Zeitschrift »L'Idiot International«. Und nachdem sie 1971 das »Manifest der 343« für freie Abtreibung unterzeichnet hatte, begann sie ihr Handeln zunehmend auf den feministischen Kampf zu zentrieren.

*Das andere Geschlecht* war bereits 1949 erschienen, und es ist dieses Buch, das ihre eigentliche, persönliche Bekanntheit begründet hat. Hier werden — wohl zum ersten Mal von einer Frau — auf philosophischer, historischer, soziologischer Grundlage die Ursachen der Unterdrückung der Frauen analysiert. Die altbekannte Vorstellung vom »ewig Weiblichen«, der Pseudo-Begriff von der »weiblichen Natur«, der lange genug für die Aufrechterhaltung der Männer-Herrschaft und für die Unterdrückung der Frauen herhalten mußte, wird mit spitzer Feder widerlegt und zersetzt. *Das andere Geschlecht* ist in den 70er Jahren von zahlreichen feministischen Theoretikerinnen rezipiert, diskutiert, revi-

\* Aus dem Französischen übersetzt von Brunhilde Wehinger.

diert worden. Doch bleibt die Bedeutung dieses Werkes für mehr als eine Frauengeneration im Blick auf die Bewußtwerdung ihrer Rolle innerhalb unserer Gesellschaft unumstritten. In ihren Artikeln »Le Sexisme ordinaire«, die regelmäßig in der Zeitschrift »Les Temps modernes« erschienen sind, erklärt Simone de Beauvoir, »benennen bedeutet entschleiern, und entschleiern ist bereits Handeln«.

Die Biographie dieser engagierten Intellektuellen hinterläßt ihre Spuren. Wir können sie auf ihrem alltäglichen, jeder Künstelei abholden Weg verfolgen, dank einer sorgfältigen, kein Detail aussparenden Schreibweise, z.B. in den Memoiren, *Die Memoiren einer Tochter aus gutem Hause* erzählen den gewöhnlichen Lebenslauf eines »ordentlichen Mädchens«, in dem sich jede Frau — sofern sie das Buch im günstigen Augenblick liest — nicht nur wiedererkennen kann, sondern zugleich die Möglichkeit und die Notwendigkeit einsehen lernt, selbständig zu denken, unabhängig zu entscheiden, die eigene Wahl zu treffen. Mehr noch: das Zeugnis dieser intellektuellen Frau weckt die Lust auf Erkenntnis und die Neugier auf das Vergnügen an der Literatur. Die jungen Mädchen der 80er Jahre — vorausgesetzt, sie sind etwas weniger »ordentlich« — können hier Kraft und Hoffnung schöpfen beim Erlernen der Kritikfähigkeit und des Analysevermögens, welche die *Memoiren* wie einen roten Faden durchziehen. Jenseits des Anekdotischen wird es vor allem der erste Band der Autobiographie sein, der nach wie vor all jenen Frauen etwas zu sagen hat, für die insbesondere das Kulturelle an der Frauenfrage mit einigen gesetzmäßigen Erungenschaften des Feminismus nicht erledigt ist.

Im zweiten und dritten Band der *Memoiren* (*In den besten Jahren*, 1960; *Der Lauf der Dinge*, 1963) führt Simone de Beauvoir ihre subtilen Analysen tagebuchartig fort. Es geht dabei um das politische Engagement, um alltägliche und ungewöhnliche Erfahrungen, um das Aufspüren der Veränderungen im Bereich der Mentalitäten, um Zeitdiagnosen, wobei es der Autorin darauf ankommt, »das unmittelbar Erlebte zu erfassen, ohne ihm ausgeliefert zu sein«. Das Unmittelbare, die Alltagserfahrung werden im Schreiben in einen Prozeß der Bewußtwerdung umgesetzt, angeeignet und führen immer wieder zu neuen Fragestellungen.

Vergessen wir nicht das 1970 erschienene Buch *Das Alter*, welches die Frauen der Bewegung von gestern und heute entdecken werden, wenn sie selbst alt geworden sind.

Nach Sartres Tod hat Simone de Beauvoir — noch immer gedrängt von ihrem Willen, alles zu sagen — dessen *Briefe an Castor* (d.h. an Simone de Beauvoir) veröffentlicht. Vielleicht werden wir eines Tages die Antwortbriefe lesen können. Die Klarsichtigkeit und Ungeschminktheit des Buches *Die Zeremonie des Abschieds* (1981) hat eine teilweise recht bittere Polemik hervorgerufen. Wir können davon ausgehen, daß manch einer der bislang noch unveröffentlichten Texte von Simone de Beauvoir am Tag ihrer Publikation die einen wiederum verärgern und für die anderen ein weiteres Zeugnis dieser ernsthaften Frau des Wortes darstellen wird.

## Aktuelle Kommentare

Andreas Wehr

### Die Devise heißt Ausstieg!

Möglicherweise wird man einmal das Zeitalter der bislang in Abgrenzung zur militärischen Nutzung der Kernkraft sogenannten »friedlichen Nutzung« der Kernenergie in eine Epoche vor und in eine nach Tschernobyl einzuteilen haben. Es könnte dann unterschieden werden zwischen einer Phase des weltweit kaum gebremsten Ausbaus der Kernenergie und ihres politisch bewußt geplanten Abbaus. Welches andere Ereignis als diese bisher nur denkbare und auch für die entschiedensten Gegner der Atomkraft bis zum 26. April 1986 kaum vorstellbare Katastrophe könnte sonst noch zur Umkehr zwingen? Es hat sich gezeigt, daß Technik, die nicht versagen darf, auch nicht angewandt werden darf. Die Nutzung der Kernenergie für sogenannte friedliche Zwecke stellt keine Entfaltung der Produktivkräfte dar, denn das Ergebnis ist kein Mehr, sondern ein Weniger an Naturbeherrschung.

Die Katastrophe in Tschernobyl könnte aber auch in einem ganz anderen Zusammenhang eine Zäsur darstellen und damit eine sehr negative Entwicklung einleiten. Die anfängliche Geheimniskrämerei und völlig unzureichende Informationspolitik der UdSSR, die vor allem die Gefahren für die eigene Bevölkerung und für die der angrenzenden Länder beträchtlich erhöht hat, wird zum willkommenen Anlaß genommen, der Sowjetunion die Fähigkeit zum Abschluß und zur Einhaltung gegenseitig kontrollierter Abrüstungsschritte abzusprechen. Ähnlich wie nach dem Abschluß des koreanischen Jumbo-Jets im Herbst 1983 sollen auch jetzt diejenigen zum Schweigen gebracht werden, die auf Abrüstung und Sicherheitspartnerschaft drängen. Damals wurde mit dem Hinweis auf das sowjetische Vorgehen die Debatte über Pershing II und Cruise Missiles für beendet erklärt. Nicht der weltweite Einsatz einer letztlich nicht beherrschbaren Technik soll jetzt das eigentliche Problem sein, sondern das Verschweigen und die fehlende Information über das Versagen dieser Technik. So formuliert die FAZ:

»Bei solchen Gelegenheiten mag auch den Ahnungslosen kurzfristig zu Bewußtsein kommen, wie himmelweit sich die politischen und sozialen Ordnungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs unterscheiden; aber das hält nicht lange vor. Schon der nächste Vorschlag, mit diesem System (zum Beispiel) eine 'Sicherheitspartnerschaft' einzugehen, darf wieder auf geneigtes Gehör rechnen.« (FAZ vom 2.5.86)

Der Reaktorunfall wird in der ideologischen Auseinandersetzung zu einem Beispiel für die Überlegenheit des westlichen Systems erklärt:

»Beiseite bleibt der entscheidende Unterschied: äußerste Vorsicht in der Bundesrepublik, planerfüllungsbedingter Leichtsinns in der weiten Sowjetunion, deren Herrscher das Informationsmonopol haben.« (FAZ vom 6.5.86)

Unerwähnt bleibt natürlich, daß die »äußerste Vorsicht in der Bundesrepublik« zu einem nicht unerheblichen Teil das Ergebnis einer aufklärenden Kritik der Anti-AKW-Bewegung ist, die ansonsten von den gleichen Kräften als fortschrittsfeindlich und versponnen denunziert wird. Die Friedensbewegung und die gesamte Linke wird ihre ganze Kraft darauf konzentrieren müssen, daß die Nuklearkatastrophe nicht zum Anlaß genommen wird, jetzt die konkreten Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow zurückzuweisen.

Wenn die Verurteilung der Sowjetunion dennoch bislang relativ gedämpft ausgefallen ist, dürfte dies eher dem Bestreben zuzuschreiben sein, der einheimischen Nuklearopposition nicht weitere Ansatzpunkte zu liefern; die Nutzung der Atomkraft an sich dürfte in keinem Augenblick in Frage gestellt erscheinen. Zudem stand die Kritik an der sowjetischen Informationspolitik bald in einem merkwürdigen Kontrast zum eigenen Versagen, als es darum ging, verlässliche Informationen über die hier herrschende Gefährdung zu geben. In West wie in Ost war kaum jemand auf eine solche Katastrophe eingestellt, es fehlt sowohl an funktionierenden Meßsystemen als auch an ausreichenden Erfahrungen im Umgang mit der radioaktiven Belastung, und es gibt keine geeigneten Schutzmaßnahmen. Die in der Bundesrepublik geführte konfuse und widersprüchliche Diskussion über Verträglichkeitsgrenzen, Meßverfahren und über die zu erwartende Belastung macht erneut deutlich, daß es eine über die politischen Fronten erhabene Wissenschaft nicht gibt. Wie seit Beginn der Anti-AKW-Bewegung sind auch jetzt wissenschaftliche Argumente zugleich politische Argumente, dient ein großer Teil der wissenschaftlichen Kapazitäten den Abwiegern und Verharmlosern zur Legitimation.

Der sich jetzt abzeichnende erneute Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung muß zwei Spaltungslinien überwinden helfen, die bislang einem Erfolg der Atomkraftgegner entgegenstanden. Es ist dies zum einen die widerstrebende Haltung der großen Industriegewerkschaften der kapitalistischen Länder und mithin wichtiger Teile der sozialdemokratischen Parteien, der die Angst zugrundeliegt, der Verzicht auf Atomstrom erhöhe die Energiekosten, führe gar zur Energieverknappung und schwäche letztlich die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaft mit dem Ergebnis von noch mehr Arbeitslosigkeit und mehr Armut. Es ist zum anderen die bislang ungebrochene Haltung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder, die — ungeachtet aller übrigen trennenden Fragen — am Ausbau der Atomenergie zur Entwicklung ihrer Länder meinen festhalten zu müssen. Als bislang einziges sozialistisches Land hat sich jetzt Jugoslawien bereit erklärt, auf den Bau weiterer Kernkraftwerke zu verzichten. Selbst die KPI hat auf ihrem jüngsten Parteitag — wenn auch nur mit knapper Stimmenmehrheit — einen Ausstieg abgelehnt.

Aufgrund dieser traditionellen Spaltungslinien wurden die größten Erfolge der internationalen Anti-AKW-Bewegung, der beschlossene Ausstieg Schwedens im Jahre 2010 und die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf in Österreich, unter Führung bürgerlicher Kräfte gegen eine in dieser Frage gespaltene sozialistische Bewegung erzielt. Der Kampf in den Zentren der Atomindustrie, die Überwindung milliarden schwerer Interessen von multinationalen Konzernen und Banken wird allerdings in dieser Anordnung nicht zu bestehen sein. Er wird nur erfolgreich sein, wenn er zur Angelegenheit der gesamten Arbeiterbewegung wird.

In den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ist das Bewußtsein zu verankern, daß die durch die Nutzung von Großtechnologien neu entstehenden Gefährdungen die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion nötiger denn je machen. In den realsozialistischen Ländern bedarf es der Überwindung einer irrationalen Technikgläubigkeit, die alle Risiken für generell beherrschbar erklärt. Die dort gegebenen gesellschaftlichen Lenkungsmöglichkeiten müssen genutzt werden, um die Produktion mehr und mehr den Bedürfnissen der Menschen und dem Schutz ihrer natürlichen Umwelt unterzuordnen.

Die Reaktionen führender Sozialdemokraten auf die Katastrophe in Tschernobyl lassen hoffen, daß sich die SPD auf ihrem anstehenden Parteitag zur eindeutigen Absage an die Atomenergie entschließen wird. Die auf der Hamburger Wirtschaftskonferenz bekanntgegebene Forderung des Bundesvorstandes der AfA nach einem Ausstieg könnte bereits eine

wichtige Vorentscheidung darstellen. Noch gilt die auf dem Essener Parteitag beschlossene, äußerst interpretationsfähige Aussage, »daß die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten sei« (Protokoll des Essener Parteitages 1984, S.832). Diese »Übergangszeit« ist angesichts des schwersten denkbaren Unglücks eines Kernkraftwerks jetzt offiziell für beendet zu erklären.

Der bisher nur langfristig vorgesehene Ausstieg aus der Kernenergie wurde von der Mehrheit der SPD in den letzten Jahren allein aufgrund der nicht gesicherten Entsorgung befürwortet. Die mit der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und der Zwischenlagerstätte in Gorleben verbundenen Risiken zeigen, daß diese Argumentation richtig bleibt. Die von der Anti-AKW-Bewegung von Beginn an in den Mittelpunkt gestellten Gefahren, die von dem normalen Betrieb eines Atomkraftwerkes oder gar von seiner Havarie drohen, sind jetzt als gewichtige Gründe für einen Ausstieg hinzunehmen. In dem Berliner Parteitagbeschuß hieß es hingegen noch zu den Unfallgefahren lapidar: »Der Reaktorunfall in Harrisburg/USA hat eine erneute Überprüfung aller Fragen der Reaktorsicherheit erforderlich gemacht.« (Protokoll des Berliner Parteitages 1979, S.1306)

Von der Parteilinken ist zu erwarten, daß sie in die erneut beginnende Debatte über die Kernenergie eingreift. Sie hat ein Konzept des geplanten Ausstiegs vorzulegen, in dem sofortige Maßnahmen wie die Absage an die Wiederaufbereitungs- und Brütertechnologie ebenso enthalten sein müssen wie die planvolle Abschaltung aller in der Bundesrepublik betriebenen Kernkraftwerke. Die Chancen für die Durchsetzung eines solchen Programms sind gegenwärtig so groß wie nie zuvor. Zum ersten Mal in der Kernenergie Diskussion der Bundesrepublik ist mit 69 Prozent der Bürger eine deutliche Mehrheit gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke, plädieren 54 Prozent für eine Stilllegung nach einer Übergangszeit und sprechen sich 12 Prozent sogar für die sofortige Stilllegung aus (alle Zahlen aus dem *Spiegel* vom 12.5.86).

In einem weiteren Schritt wird sich die SPD auch zu den Kernkraftwerken in den benachbarten Ländern — vor allem in Frankreich, in der CSSR und in der DDR — äußern müssen, denn die Katastrophe in Tschernobyl hat auch deutlich werden lassen, daß eine dauerhafte ökologische Sicherheit nur international zu erreichen ist. Notwendig ist neben der friedenspolitischen auch eine ökologische Sicherheitspartnerschaft zwischen West und Ost.

Christiane Rix

## Nicaragua — das Stiefkind der Sozialistischen Internationale

Solidarität mit Nicaragua ist nicht mehr »in«. Das spürt man nicht nur auf Veranstaltungen, auf denen für Unterstützung dieses kleinen, armen und abhängigen Landes geworben wird. Das hört man auch mancherorts aus den Mündern von Leuten, die vor kurzem noch behauptet hatten, solidarisch mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes um Selbstbestimmung zu sein. Die Sozialistische Internationale und in ihrem Gefolge Teile der SPD und ihrer Führung gehen auf Distanz. Der Grund: Die viel zitierten und oft bemühten Menschenrechte bzw. ihre Wahrung und Bedrohung sind es, um die sich die Politiker der Sozialistischen Internationale und der SPD Sorgen machen.

Es gibt hierzulande Menschen, die schon nach fünf Tagen Aufenthalt Bücher über die Situation in Nicaragua schreiben, als hätten sie Land und Leute jahrelang studiert. Ich würde mir nicht anmaßen, nach knapp drei Wochen Studienaufenthalt ein endgültiges und umfassendes Urteil über den Stand der Menschenrechte, die Verwirklichung der Ideale der nicaraguanischen Revolution und die Haltung der Bevölkerung zur sandinistischen Regierung zu fällen. Gerade deshalb sollten Nicaragua-Besucher/innen die Vorläufigkeit und die Subjektivität ihrer Eindrücke und Erlebnisse betonen. Weil die Wahrnehmungen auf solch einer Reise auch durch Empfindungen und durch die schwer zu beschreibende Atmosphäre geprägt werden, erscheint es mir wichtig, gerade zu versuchen, dies zu vermitteln.

Zurück zu den Menschenrechten. Es gibt anerkanntermaßen den Unterschied zwischen individuellen und sozialen Menschenrechten. Zu letzteren zählen Rechte wie Entscheidungsfreiheit eines Volkes über den politischen Status, seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. Diese sind in Nicaragua ebenso unterentwickelt wie in den meisten anderen Ländern der sogenannten Dritten Welt. Die Schwierigkeiten, Selbstbestimmungsrecht und kulturelle Identität zu entwickeln und zu behaupten, rühren allerdings nicht von den Sandinisten her, sondern von den Formen einer jahrzehntelangen (von den Metropolen) abhängigen, kapitalistischen Entwicklung; sie wurden und werden von denen verursacht, die sich zum internationalen Wächter über Freiheit und Menschenrechte aufschwingen — Freiheit und Menschenrechte à la USA allerdings.

Es gehört zu den grundlegendsten Zielen der sandinistischen Revolution, gegen Unwissenheit und Unterentwicklung zu kämpfen. Die mit viel Energie und hoher Priorität begonnene Alphabetisierungskampagne hat sicherlich dazu beigetragen, daß Menschen, die vorher seit Generationen wie Sklaven gelebt hatten, zum ersten Mal in ihrem Leben erfahren, daß sie als Individuen und als Nicaraguaner etwas wert sind und Rechte besitzen.

Die Kritik, die hierzulande im Hinblick auf die Verwirklichung sozialer Menschenrechte geäußert wird, wirkt vor diesem Hintergrund borniert. Kritiker müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht einer modernen Form des Kolonialismus das Wort reden, wenn sie unsere Kriterien für Freiheit und demokratische Rechte den Ländern überstülpen, die heute erst anfangen, so etwas wie persönliche und kollektive Selbstachtung kennenzulernen, und die — neben dem Kampf um das nackte Überleben — auch um die Verankerung oder Wiederentdeckung ihrer kulturellen Identität kämpfen müssen. In diesem Sinne waren und sind die Inhalte der Alphabetisierungskampagne der sandinistischen Regierung auf Bildung und auf Verständnis der gesellschaftlichen und der nationalen Identität gerichtet. Sie wirken politisierend, weil mit ihnen versucht wird, den Menschen Verantwortung für ihr eigenes und das Leben ihrer Umgebung zu übertragen.

Diejenigen, die früher Quasi-Sklaven waren, die heute selbstbewußte Nicaraguaner sind (was nicht gleichbedeutend mit Sandinisten ist), haben Erfahrungen mit ihrer Kraft und ihren Möglichkeiten schon während ihres Kampfes gegen den Somoza-Clan gemacht. Sie haben nach sieben Jahren die Erfahrung gemacht, was es heißt, wenn die Kinder heute eher überleben und nicht bis zum zweiten Lebensjahr sterben. Es gibt keine Polio mehr seit vier Jahren, und niemand muß mehr an Durchfall zugrundegehen. Die Nicaraguaner wissen, wofür sie kämpfen, und zum ersten Mal verstehen sie sich als Teil einer Gesellschaft, die sie mitgestalten können. Die *Verfassungsdiskussion* in Nicaragua, einem Land, das sich im Krieg befindet und unter dem Wirtschaftsboykott der USA schwer zu leiden hat, kann in ihrer Breite und Dauer ihresgleichen suchen. Von Regierungsseite werden nicht etwa Juristen eingesetzt, die Entwürfe nach ausländischem Vorbild ausarbeiten. Wie

Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Managua berichten, werden Angehörige der Regierung in die Regionen und Dörfer geschickt, um dort *zuzuhören*, was die Leute sich unter einer Verfassung vorstellen und was sie davon erwarten. Ein solcher Prozeß der Meinungsbildung muß unglaublich erscheinen, da er ungeheure Zeit kostet und einen Aufwand bedeutet, der im Ergebnis wohl kaum in der Verfassung wiederzufinden sein wird. Aber die Anstrengungen werden unternommen, um Transparenz und politische Verantwortung zu fördern. Das Selbstbewußtsein, mit dem Ausländern gegenüber sowohl auf Errungenschaften der Revolution wie auch auf Probleme der Gegenwart hingewiesen wird, gibt denen Recht, die sagen, daß es zu den vornehmsten Zielen der sandinistischen Revolution gehört, die sozialen Menschenrechte zu entwickeln und zu verteidigen.

Wie nun steht es mit den individuellen Menschenrechten? Das Ausmaß der Menschenverachtung des US-gestützten Regimes Somozas bis 1979 ist kaum zu beschreiben. Noch jetzt, mehrere Wochen nach der Rückkehr aus Nicaragua, packt mich eine unglaubliche Wut und ein tiefes Haßgefühl, das mich begleitet hat, seit ich am Krater eines rauchenden Vulkans gestanden habe, in den Somoza politische Gegner aus Hubschraubern hat hineinwerfen lassen. Dieses Haßgefühl hat an vielen anderen Orten immer neue Nahrung gefunden. Ungläubiges Staunen erfaßte uns manchmal, wenn unsere nicaraguanischen Gesprächspartner fast selbstverständlich vom Somoza-Terror berichteten und auf Zeugnisse aus dieser Zeit deuteten. Angesichts dieser Vergangenheit ist der Übergang zwischen der Verwirklichung sozialer und individueller Menschenrechte zweifellos fließend.

Abgesehen von kriegsbedingten Menschenrechtsverletzungen, die soweit wie möglich verfolgt und bestraft werden, gibt es weitere Vorwürfe. Eine Quelle stetiger Anschuldigungen kommt aus dem Lager des nicaraguanischen Mittelstandes, zu dem auch große Teile der Amtskirche zählen. Abgesehen davon, daß die Berechtigung der Einzelvorwürfe im einzelnen zu prüfen ist (was im allgemeinen auch geschieht), ist es von Interesse, sich die Kriterien klarzumachen, die diejenigen an die Einhaltung bzw. Verletzung ihrer Menschenrechte anlegen, die diese Klagen führen.

Bei der nicaraguanischen Mittelschicht handelt es sich im allgemeinen um wohlhabende Kaffeeplantagenbesitzer, Großgrundbesitzer oder Kaufleute. Diese Schicht hat unter Somoza in dem Sinne »gelitten«, als ihr Entfaltungsspielraum sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht dort aufhörte, wo der Somoza-Clan seine Interessen bedroht sah. Aus diesem Grunde wollten sie die Somoza-Herrschaft beenden. Viele von diesen Leuten sind bis zur Revolution nie auf den Gedanken gekommen, daß Gesetze auch für sie Gültigkeit haben könnten. Heute empfinden sie es als Folter, daß sie rechtfertigen müssen, wenn beispielsweise eintausend Hektar ihres Grundbesitzes brachliegen und gleichzeitig um sie herum Menschen überhaupt kein Land und keine Beschäftigung besitzen. Sie beklagen sich über die Verletzung ihrer Menschenrechte, weil sie deshalb vor Gericht gestellt, verhört oder verhaftet worden sind. Sie beschimpfen die sandinistische Regierung als terroristisch, aber sie wundern sich nicht darüber, daß sie ihr Haus und ihr Land weiterhin besitzen. Es erstaunt sie nicht, daß der nicaraguanische Staat trotz der Wirtschaftsprobleme und der Devisenknappheit ihnen die Hälfte ihrer Kaffee-Ernte in US-Dollar bezahlt. Es wundert sie ebenfalls nicht, daß ihre Söhne, auch wenn sie im wehrpflichtigen Alter sind und sich angeblich bei Verwandten in Costa Rica oder in Miami aufhalten, sonntags auf dem Dorfplatz spazierengehen können, ohne sofort verhaftet zu werden.

Diese Teile der nicaraguanischen Opposition sind heute unzufrieden, weil die Einschränkungen ihrer Entfaltungsfreiheit unter Somoza abgelöst worden sind durch andere Einschränkungen ihrer Privilegien unter den Sandinisten. Trotzdem sind viele von ihnen,

wie uns ein Kaffeeplantagenbesitzer sagte, gegen die Contras. Die Contras seien Terroristenbanden. Und als Nicaraguaner sei er gegen Terror. Allerdings war dieser Mann davon überzeugt, daß auf dem Territorium des nicaraguanischen Staates die USA gegen die Sowjetunion kämpfen werden.

Es sind vermutlich nicht immer solche drastischen Fälle subjektiver (Fehl-)Wahrnehmung, die bei uns dann die Runde machen und als sicherer Beleg für Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua dienen. Aber sie lassen mich aufhorchen und besser aufpassen, *wer von welchen* Menschenrechten und Verletzungen derselben spricht.

Für die Bemühungen der sandinistischen Regierung um die Verwirklichung der Ideale der Revolution, zu denen vor allem Menschenrechte gehören, gibt es so zahlreiche Beispiele, daß es manche verwundert, wie hartnäckig sich Thesen von der »Stalinisierung« der sandinistischen Front halten. Besonders die Behandlung sozialer Minderheiten kann als Kriterium für den Umgang mit Menschenrechten dienen. Hier haben die Sandinisten die internationale Fachöffentlichkeit nicht nur einmal verblüfft. Einmal war dies der Fall, als sie in ihren Bemühungen um die Integration von Kindern, die unter Somoza zu Folterknechten ausgebildet worden waren, trotz allgemeiner Skepsis über die Erfolgsaussichten nicht nachließen. Diese Kinder wurden zwei Jahre lang intensiv psychologisch und sozial betreut und langsam wieder zu der Fähigkeit, sich selbst und andere zu akzeptieren, zu respektieren und zu lieben, zurückgeführt.

Beispiele dieser Art lassen sich erweitern. Sie betreffen nicht zuletzt auch die Rolle der Frauen in der nicaraguanischen Familie und Gesellschaft. Sie betreffen das Problem der Prostitution und das Problem sozialer und gesellschaftlicher Rechte von Frauen als Mütter, als Arbeiterinnen, als Politikerinnen.

Ganz allgemein zielen die Bemühungen um Verwirklichung der Menschenrechte auf den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen, wie sie aus der Zeit des Kolonialismus und der Somoza-Herrschaft überliefert sind, und der Rolle des Individuums in der neuen Gesellschaft Nicaraguas. Es war unser ganz starker Eindruck bei allen Begegnungen, daß die Wirksamkeit der kulturellen Tradition des Kolonialismus und der Unterdrückung — nicht nur in staatlichen Strukturen, sondern auch in den Köpfen — deutlich gesehen wird. Das neue Nicaragua, *Nicaragua libre*, hat deshalb nicht einfach neue politische und institutionelle Strukturen aufzubauen, sondern hierbei an die Denkweisen der Menschen in ihrer unmittelbaren sozialen Realität anzuknüpfen. Indem die Sandinisten dies erkannten und auf verschiedenste Art umzusetzen versuchten, haben sie zweierlei erreicht: Sie haben vielen Menschen die Fähigkeit zur Selbstbehauptung — und zwar auch gegenüber innergesellschaftlichen Hierarchien und Bürokratien — verschafft, und sie haben Ansätze eines demokratischen Patriotismus entwickelt. Beides läßt mich in einer Frage ganz sicher sein: ein Krieg gegen das nicaraguanische Volk ist ein endloser, nicht zu gewinnender Kleinkrieg. Konterrevolution und Restauration können die Wurzeln der Revolution nicht beseitigen. Daran sind die USA schon einmal gescheitert. Sie müßten die Menschen ausrotten, wollten sie ihre in den Lebensverhältnissen selbst gründenden Ideale zerstören.

Kritik an Fehlern ist selbstverständlicher Bestandteil jeder Solidarität. Die Nicaraguaner sind zudem neugierig auf unsere Meinung, unsere Fragen und auf unsere Skepsis. Auch hierin beweist sich ein neu entdecktes Selbstbewußtsein. Kein Problem wird versteckt und unter den Tisch gekehrt. Es ist eine Frage des Überlebens der Revolution und der Menschen in Nicaragua, Kritik zuzulassen.

Sozialdemokraten — gerade auch die in einem der reichsten kapitalistischen Länder —



haben eine zweifache Verantwortung: Die eine besteht darin, Nicaraguas Revolution *kritisch* zu begleiten, den Wunsch der Nicaraguaner nach Resonanz und Offenheit zu erfüllen. Sie brauchen unsere Kritik ebenso wie unsere Hilfe. Die zweite Verantwortung besteht darin, auf die häufig besserwisserisch bornierte, neokolonialistische Form der Kritik aufmerksam zu machen und diese zu hinterfragen und zu bekämpfen. Unsere europäischen Kriterien für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft müssen nicht für Lateinamerika stimmen. Sie absolut zu setzen, stellt uns in eine Reihe mit den Kreuzzugfahrern und mit den USA, die seit ihrem Bestehen das Selbstbestimmungsrecht der lateinamerikanischen Völker mit Füßen getreten haben.

Die Glaubwürdigkeit (sozial-)demokratischer Kritik an der Entwicklung in Nicaragua bemißt sich an ihrer Fähigkeit, den Zusammenhang zwischen der Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua und den ungeheuren Schwierigkeiten der sandinistischen Projekts zu erkennen und offen beim Namen zu nennen. Es ist die Pflicht besonders der deutschen Sozialdemokraten, als starke Kraft in der Sozialistischen Internationale und als Partei des Landes, das Hauptbündnispartner der USA in Europa ist, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die USA aufhören, gegen Nicaragua Krieg zu führen und dieses Land ins Elend zu stürzen. In dem Maße, wie der Druck auf die USA zunimmt und positive Veränderungen bewirkt, in dem Maße steigen die Chancen für die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft in Nicaragua.

Wolfgang Kowalsky

## »Konfliktuelle Kohabitation«, Akt I, erste Szenen

### Entwicklungen in Frankreich

Die Linien der Kohabitation sind vorgezeichnet. Mitterrand hat Grenzen abgesteckt und Premierminister Chirac die Orientierungen seiner Regierung dargelegt. Zwar entsprach der Wahlausgang nicht den zurechtgezimmerten Phantastereien eines »Figaro«, der am Vorabend der Wahlen in balkengroßen Lettern der Opposition 361 Sitze voraussagte, doch erzielte die Rechte insgesamt (d.h. unter Einschluß der »Nationalen Front«) ihr bestes Ergebnis der letzten Jahrzehnte: Nur im Gefolge des Mai 1968 hatte sie noch erfolgreicher abgeschnitten. Allerdings blieb für die Rechtskoalition aus UDF und neogaullistischer RPR mit mageren 44 Prozent der erhoffte Blankoscheck für neoliberale Vorstöße aus. Der Wahleinsatz Mitterrands und die Einführung des Verhältniswahlrechts haben sich bezahlt gemacht: die Mehrheit der Koalition fiel mit 291 von 577 Parlamentssitzen hauchdünn aus, gerade zwei mehr als zur absoluten Mehrheit nötig. Die vor fünf Jahren praktisch nicht vorhandene Partei des Rechtsaußen Le Pen erhielt dank eines geschickten Aufgreifens der Sicherheits- und Ausländerproblematik beachtliche 9,7 Prozent.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums bewährte sich der Parti Socialiste (PS) mit unverhofften 32 Prozent als stärkste Partei und setzte damit Zeichen für die 1988 anstehende Präsidentschaftswahl. Sie befindet sich in einer verzwickten Lage, weil sie den Staatschef unterstützt, die neue Regierung jedoch bekämpft. Hohe sozialistische Verant-

wortungsträger wollten Mitterrand deswegen zum Rücktritt bewegen. Das Hauptproblem des PS bildet nunmehr die Ausarbeitung einer klaren Linie, verbunden mit einem neuen Programm.

Die FKP, ihr einstiger Koalitionspartner, manövrierte sich ins Abseits. Aufgrund ihres schlechten Abschneidens unter Jugendlichen, von denen nur 6 Prozent ihr die Stimme gaben (gegenüber 9,8 Prozent im Durchschnitt; *Libération* 18.3.86, S.18), ist ein weiteres Absinken in der Zukunft zu erwarten. Ein wohlgesonnener Zeuge wie »Marxism today« (3/86, S.3) konstatierte die »Isolation« der einst stärksten französischen Partei: »Die FKP hat offenbar den Kontakt mit der französischen Gesellschaft verloren«. Gegenüber den Parlamentswahlen von 1978 hat die FKP über die Hälfte, gegenüber denen von 1981 mehr als ein Drittel ihrer Wählerschaft verloren. Dennoch »beglückwünschte« sich das ZK in kaum zu überbietender Selbstzufriedenheit zu dem Ergebnis (*l'Humanité* 26.3.86, S.16), dem schlechtesten seit 60 Jahren.

Nach der Wahl bleibt der Linken das Amt des Staatspräsidenten, der — Kohabitation, Akt I — den Bürgermeister von Paris und Vorsitzenden der neogaullistischen Sammlungsbewegung RPR, J. Chirac, zum Regierungschef ernannte. Bei der Zusammenstellung der Regierungsmannschaft hatte er ein Veto eingelegt gegen den UDF-Vorsitzenden Lecanuet als Außen- und den PR-Vorsitzenden Léotard als Verteidigungsminister mit dem Argument, daß in seinen »Domänen« Möglichkeiten der Kooperation — wöchentlich trifft er beide — gewahrt bleiben müßten. Im Kabinett Chirac tauchte der ambitionierte Léotard daraufhin als Minister für Kultur und Kommunikation auf, obwohl ihm »hervorstechende kulturelle Interessen nicht nachgesagt« werden (*FAZ* 22.3.86, S.2). Der wichtigste Mann ist zweifellos »Großwesir« E. Balladur, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung (RPR), ehemaliger Berater Pompidous.

Die erste relevante Maßnahme der Rechtsregierung, eine 6-prozentige Franc-Abwertung gegenüber der DM, trug ein mehr politisches als ökonomisches Siegel: im Unterschied zu den vorangegangenen war sie weniger von den Finanzmärkten und Milliarden Spekulation erzwungen als von der Überlegung diktiert, das Erbe der »schlechten« Wirtschaftspolitik der Linken zu demonstrieren. Dementsprechend hat sie der PS scharf ins Visier genommen. Doch auch die *FAZ* ließ kritische Töne vernehmen. Sicherlich war der Wunsch nach »Rückkehr von Milliarden Franc an Fluchtkapital« (*FAZ* 5.4.86, S.13) ein Hintergedanke. Unter der fünfjährigen Linksregierung — die längste Periode linker Machtausübung in Frankreich (nach den kurzen Zwischenspielen »Kommune« und »Volksfront«) — war ein Schlußstrich gezogen.

Durch sein Informationsnetz bleibt Mitterrand über die Schritte der Regierung auf dem Laufenden. Er bereitet sich vor auf den Tag X, an dem er das Parlament auflöst, so sich eine Gelegenheit dazu bietet. Zudem hat er den Vorsitz des Ministerrats inne: Dessen Entscheidungen werden erst gültig, wenn sie seine Unterschrift tragen. Darin liegt eine seiner Machtquellen; denn bei gewissen Verordnungen kann er sie verweigern. Und den Verordnungsweg hat die Rechtskoalition aus Gründen des Zeitgewinns eingeschlagen. Ein Ermächtigungsgesetz soll der Regierung erlauben, auf diesem Weg Gesetze zu erlassen bzw. abzuschaffen. Nach den Vorstellungen Chiracs steht zunächst die Abschaffung der im Juni 1945 eingerichteten Preiskontrollen auf der Tagesordnung, später sollen die Modalitäten zur Privatisierung der nationalisierten Betriebe, Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht, »Liberalisierung« der Bestimmungen für Zeitverträge, Teilzeitarbeit, Arbeitszeitgestaltung, Entlassungen sowie ein Gesetzentwurf über die audiovisuellen Medien folgen.

Mitterrands Kalkül bei der Berufung Chiracs lag auf der Hand: dessen Scheitern. Chi-

rac wird alle Hände voll zu tun haben, die knappe Mehrheit zusammenzuhalten. Bereits bei der Wahl des Parlamentspräsidenten zeigten sich Risse. Zudem macht sich in UDF-Rängen Bitterkeit breit: Lecanuet war das Außenministerium, Giscard d'Estaing — dem Mitbewerber um das Präsidentenamt — das Wirtschaftsressort verweigert und selbst der Vorsitz der Nationalversammlung ging an den RPR-Bürgermeister von Bordeaux, Chaban-Delmas.

Der dritte Mitbewerber auf das Präsidentenamt, R. Barre, war in den letzten Jahren vom meistgehaßten Premierminister Frankreichs zu einem der beliebtesten Politiker aufgestiegen. Doch dieses Image eines beinahe liebenswürdigen, kompetenten Technokraten bewahrte ihn nicht vor einer Wahlschlappe. Die Wähler erteilten seiner strikten Ablehnung der Kohabitation, die übrigens von einer Reihe von Großindustriellen geteilt wurde, eine Absage.

Die Wahlbeteiligung war durchschnittlich: sie lag zwar höher als 1981 (78 Prozent gegenüber 71 Prozent), aber niedriger als 1973 oder 1978 (81 bzw. 83 Prozent). Das Wahlergebnis spiegelt denn vornehmlich den Wunsch, eine reibungslose »alternance« zu ermöglichen: Revanchegeleüste der Rechten bekamen einen Dämpfer. Entscheidende Weichen — das wußten die Wähler — werden erst 1988 gestellt. Bis dahin haben sie der Linken Zeit gegeben zur Entwicklung neuer Perspektiven.

Die derzeitige FKP-Politik untergräbt eine ernsthafte, linke Gegenperspektive. Wahlkommentare der FKP ließen keinerlei Zweifel daran, daß die bisherige Linie Fortsetzung findet. Das aufrüttelnde Zirkular der Erneuerer um P. Juquin, das — wie die Sektionen von Renault-Douai und Peugeot-Sochaux — die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags forderte, fand nicht genug Unterstützung. Selbst der Leitartikel des »Unita«-Direktors E. Macaluso, der kritisierte, daß die FKP seit 1983 in einer »Anklage- und Protesthaltung« verharre, »ohne einen glaubwürdigen Vorschlag für die Zukunft vorzubringen«, wurde von der FKP — im Einklang mit dieser kritisierten Haltung — beleidigt als Einmischung zurückgewiesen. Die FKP-Linie mußte im Kontext einer »immer zerrisseneren Linken« die Wählerschaft desorientieren. Ein weiteres Abbröckeln war insofern absehbar, auch wenn die kommunistische Presse an Massenkämpfe glauben machen wollte, sobald eine Handvoll Arbeiter Tausende anderer Arbeitsplätze lahmlegten, einen Stromausfall herbeiführten oder den Eisenbahnverkehr blockierten. Eine Linie, die den PS und Mitterrand — bei allen verbalen Dementis — zur bevorzugten Zielscheibe macht, erwies sich als unvereinbar mit den Erfordernissen der Zeit und den Erwartungen der eigenen Wählerschaft.

Peter Pelinka

## Waldheim-Sieg im ersten Wahlgang — der zweite läßt wenig Hoffnung

Auch wenn die Erleichterung vielen Sozialisten am Abend dieses 4. Mai deutlich anzumerken war: Der Erfolg des von der konservativen ÖVP unterstützten Kandidaten *Kurt Waldheim* bei diesem ersten Wahlgang zu den Bundespräsidentenwahlen wird nur sehr schwer beim doch noch fälligen zweiten am 8. Juni aufzuholen sein. Und er ist ein weiteres Stück der konservativen Wende, die Österreich nun ähnlich der BRD mit üblicher mehrjähriger Verstärkung einholt.

Die 49,6 Prozent für den ehemaligen UNO-Generalsekretär waren nicht nur das beste Ergebnis für die österreichische Rechte seit 1966 (nimmt man außerdem noch die 1,2 Prozent für den rechtsextremen Otto Schrinzi), seit dem Wahltriumph, der der ÖVP eine vierjährige Alleinregierung gebracht hatte. Sie waren zu einem beträchtlichen Teil über das ohnehin derzeit gewachsene konservative Potential (die ÖVP liegt derzeit nach glaubwürdigen Meinungsumfragen bei 47 Prozent) ein Gradmesser für das bis in die SPÖ hineinreichende Maß an latentem Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit etc. Denn dieser Wahlkampf vor dem 4. Mai war durch die massiven Waldheim-kritischen Stellungnahmen aus dem Ausland zu einer Abstimmung auch über die durch Jahrzehnte verdrängte Nazi-Vergangenheit dieses Landes geworden. Zu einem Votum über die Art, wie eine ganze Generation die Mitschuld am Aufstieg des Faschismus und am Zweiten Weltkrieg negiert und weggeschoben hatte.

Ein Bestandteil des »Grundkonsenses« zwischen den Großparteien und im Rahmen der Sozialpartnerschaft nach 1945 war der Mantel des Schweigens, den man nicht nur über den Bürgerkrieg 1934 und die darauf folgende Periode des Austrofaschismus bis 1938 gebreitet hatte, sondern auch über den überdurchschnittlich hohen Anteil von Österreichern an Kriegsverbrechern, KZ-Schergen und denunzierungswilligen Mitläufern. Die Entnazifizierung blieb nach 1945 stecken, der antinazistische Grundsatz der Verfassung vielfach Papier und zugunsten einer Burgfriedensmentalität im Zeitalter der Besetzung durch die vier Alliierten bis 1955 geopfert. Um die ehemaligen Nazis, die 1949 erstmals wieder wählen konnten, warben nicht nur eine für sie extra geschaffene Partei, der VDU (Verband der Unabhängigen, Vorläufer der heute mitregierenden »liberalen« FPÖ), sondern auch die zwei Großparteien.

Nun wurde Wochen vor den Wahlen bekannt, daß Kurt Waldheim nicht nur seine Mitgliedschaft bei NS-Studentenbund und dem der SA angegliederten NS-Reiterkorps vornehm über Jahrzehnte in seinen Biographien verschwiegen hatte, sondern gleich auch noch drei Jahre Kriegsdienst am Balkan, wo er als Verbindungsoffizier der Heeresgruppe E bei Saloniki und im heutigen Jugoslawien agiert hatte. Zug um Zug, Enthüllung um Enthüllung, Interview um Interview leugnete Waldheim, gab ein bißchen und dann alles zu, was ihm vorgehalten worden war: Natürlich war seine Einheit an »Bandenbekämpfung« beteiligt, natürlich machte er Notizen darüber, natürlich spielte sich 1943 in Saloniki die Deportation von 200.000 Juden ab. Die Art dessen, wie Waldheim Woche um Woche ungläubwürdiger wurde, wie er von »Pflichterfüllung« und nicht von Bedauern sprach, wie seine Hintermänner auf die höchst ungeschickten Attacken des Jüdischen Weltkongresses (»Kriegsverbrecher« hieß es da vorerst aus New York) mit Appellen an la-

tentem Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit antworteten, mobilisierte viele liberale und linke Intellektuelle gegen ihn. Aber eben noch mehr konservative und reaktionäre Stimmungen inner- und außerhalb der ÖVP und vor allem im Lager der »schweigenden Mehrheit« des Herrn Karl für ihn.

Das war ein, aber nicht der einzige Grund für den vorläufigen Waldheim-Sieg. Andere kamen dazu; der SP Kandidat *Kurt Steyrer* (43,7%) mußte zusätzlich für die politische Identitätskrise der SPÖ büßen, die — wie schon 1983 — bei den Kernschichten ihrer Wählerschaft am meisten verlor. Vor allem dort, wo die Krise der verstaatlichten Industrie und die bisweilen höchst konservativ klingenden Reformschritte die Arbeitsplatzkompetenz der Partei angekratzt hatten. Bis zu zehn Prozent traditioneller SPÖ-Wähler in Industrie-gemeinden wechselten zu Waldheim oder blieben daheim. Schließlich verlor die SPÖ in Großstädten überdurchschnittlich an die »alternative« Kandidatin *Freda Meissner-Blau* (5,5%). Sie will für den zweiten Wahlgang keine Empfehlung abgeben, aber prominente Unterstützer von ihr setzen sich für ein Signal für Kurt Steyrer und damit für die Konturen eines rot-grünen Bündnisses ein. Ein Projekt, bei dem die SPÖ-Linke an Gewicht gewinnen würde, da ihre Autonomie gegenüber der SPÖ-Spitze wächst.

Kurt van Haaren/  
Hans-Ulrich Klose/  
Michael Müller (Hg.):

### Befreiung der Arbeit

Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung und Entfremdung „Entweder wir teilen die Arbeit“ oder die Arbeitslosigkeit teilt uns“, ist einer der Beiträge dieses Buches überschrieben, das Aussagen zum Kernbereich der reformpolitischen Diskussion unserer Tage enthält. Themen wie Zukunft der Arbeit, ökologischer Umbau unserer Wirtschaft und soziale Gestaltung der technischen Prozesse werden von Gewerkschaftlern, Sozialethikern beider Kirchen, Politikern und Wissenschaftlern behandelt.

200 S., brosch., 19,80 DM

Monika Langkau-Herrmann/Udo Scholten (unter Mitarbeit von Anna Dutka/Eli Ginzberg/Carina Nilsson/Sheila Rothwell/Ashley Steel)

### Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Arbeitszeitverkürzung

Möglichkeiten und Bedingungen der Übertragbarkeit ausländischer Modelle auf die Bundesrepublik Deutschland

in diesem Buch geht es um eine Analyse der Erfolge und Mißerfolge arbeitszeitpolitischer Maßnahmen in USA, Schweden, Großbritannien, Belgien und anderen europäischen Ländern und deren Übertragbarkeit auf die Bundesrepublik Deutschland.

256 S., brosch., 29,80 DM

Heiko Körner/  
Ursula Mehrländer (Hg.):

### Die „neue“ Ausländerpolitik in Europa

Erfahrungen in den Aufnahme- und Entsendeländern  
War das Rückkehrförderungs-gesetz von 1983 ein Erfolg? Stellte dieses Gesetz nicht auch die Entsendeländer vor große Reintegrationsprobleme? Und was ist mit den Menschen, deren Rückkehr im Aufnahmeland offenbar erwünscht, im Entsendeland aber unerwünscht ist? – Wissenschaftler diskutieren in diesem Buch die bisherigen Erfahrungen mit der „neuen“ Ausländerpolitik in Europa und erheben die Forderung nach bilateraler bzw. multilateraler Kooperation zwischen Aufnahme- und Entsendeländern.

Etwas 248 S., brosch., 34,- DM

Werner Fricke/Hartmut Seifert/  
Johann Welsch (Hg.):

### Mehr Arbeit in die Region

Chancen für regionale Beschäftigungsinitiativen

„Die globale Beschäftigungspolitik ist tot – es lebe die lokale Beschäftigungsinitiative.“ Ansätze dazu – besonders gewerkschaftliche Initiativen –, die aus der Not des Handelns entstanden sind, stehen im Mittelpunkt des Bandes.  
Reihe: Arbeit, Bd. 17

179 S., brosch., 44,- DM

Alfred Pfaller (Hg.):

### Der Kampf um den Wohlstand von Morgen

Internationaler Strukturwandel und neuer Merkantilismus  
In dem vorliegenden Band beschreiben und analysieren deutsche, britische und amerikanische Wirtschaftswissenschaftler aus unterschiedlichen Perspektiven die neue „merkantilistische“ Grundstimmung in der Weltwirtschaft, die auch in wirtschaftspolitischen Fachkreisen in ihrer Bedeutung und in ihren Auswirkungen noch weithin unterschätzt wird.

252 S., brosch., 34,- DM

**Verlag Neue Gesellschaft**

## Analysen

Wolfgang Biermann

### »Widersprüche in der NATO — Ansatzpunkte für die Friedensbewegung?«\*

#### 1.

Ebenso wie die Friedensbewegung Widersprüche in der herrschenden Sicherheitspolitik einzelner Länder provoziert oder aufgedeckt und für die Verbreitung ihrer Kritik am Aufrüstungs- und Konfrontationskurs genutzt hat, muß sie Widersprüche innerhalb der NATO erkennen und sie für die Entwicklung friedenspolitischer Alternativen und ihrer Durchsetzung nutzen. Widersprüche innerhalb der NATO ergeben sich aus den unterschiedlichen nationalen Interessen einzelner Mitgliedsländer der NATO und ihrer unterschiedlichen geostrategischen Situation.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Friedensbewegung sind die immanenten Widersprüche der außenpolitischen, sicherheitspolitischen und militärischen Strategien der NATO. So ist beispielsweise der Anspruch der NATO, sich real verteidigen zu können, unvereinbar mit dem atomaren Ersteinsatz der Strategie der »flexible response«, weil mit dem Atomwaffeneinsatz — großteils auf dem Boden der Alliierten selbst — das Territorium atomar vernichtet und verseucht wird, das es nach der offiziellen Doktrin zu »verteidigen« gilt.

Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus der inneren Logik der sogenannten Abschreckung: Wer einen potentiellen Gegner vor einem Angriff abschrecken will, muß den Einsatz seiner Waffen glaubwürdig androhen. Der Einsatz von Atomwaffen, der zur Selbstvernichtung führt, ist unglaubwürdig. Aus diesem Grunde erfordert die offizielle NATO-Abschreckungsdoktrin zwangsläufig eine ständige Perfektionierung der Waffen und der damit verbundenen Kriegsführungsfähigkeit. Je besser die Kriegsführungsfähigkeit, desto wirksamer die abschreckende Wirkung des Waffeneinsatzes. Die Senkung der Einsatzschwelle für Atomwaffen durch ihre Miniaturisierung und Perfektionierung ist zugleich Voraussetzung für ihre abschreckende Wirkung wie auch für die Erhöhung der Kriegsgefahr in einer Krisensituation generell. Dies ist der zentrale Widerspruch aus der Verwirklichung der Strategie der »abgestuften Erwiderng« der NATO, die durch Perfektionierung (Selektive Einsetzbarkeit) der Atomwaffen wie Pershing II, Cruise Missiles, modernisierte, dosierbare Atomgranaten und Neutronensprengköpfe sowie durch modernisierte (binäre) chemische Waffen und perfektionierte weitreichende konventionelle Waffensysteme eine eigene destabilisierende Dynamik erhält.

Diese immanenten Widersprüche der NATO-Strategie waren und bleiben ein zentraler Ansatz für die Friedensbewegung. Die Infragestellung dieser Weiterentwicklung der NATO-Strategie ist Bedingung für das Überleben in Mitteleuropa.

#### 2.

Die beschriebene Entwicklung der Strategie der NATO und ihres Gegenstücks auf seiten des Warschauer Vertrages sind jeweils Ausdruck eines Konzepts der einseitigen Sicherheit

\* Thesen, vorgelegt für die Arbeitsgruppe 7 des Kongresses »Frieden mit der NATO?« am 12./13. April 1986 in Köln

gegen einen vermeintlichen oder tatsächlichen potentiellen Aggressor. Das Konzept einseitiger Sicherheit gegen die jeweils andere Seite war in der Vergangenheit zugleich das einigende Band der Militärblöcke, unabhängig von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessen zwischen den einzelnen Mitgliedern der Pakte. Doch das Konzept einseitiger Sicherheit ist zum Motor des Wettrüstens und der Legitimierung von immer neuen Rüstungsmaßnahmen der Militärblöcke geworden. Die westeuropäischen Regierungen waren sich dieser Konsequenz bei der offiziellen Einführung der sogenannten flexiblen Antwort im Jahre 1967 offensichtlich im Ansatz bewußt, sonst hätten sie nicht das sicherheitspolitische Konzept der NATO zum gleichen Zeitpunkt mit dem Stichwort »Verteidigung und Entspannung« definiert.

3.

Nur wenn es gelingt, das Konzept einseitiger Sicherheit durch das Konzept gemeinsamer Sicherheit zwischen den Militärblöcken und zwischen den einzelnen Staaten innerhalb der Militärblöcke durchzusetzen, kann die Kriegsgefahr gebannt werden.

Das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch blockübergreifende Sicherheitspartnerschaft ergibt sich also zwangsläufig aus dem inneren Widerspruch der Abschreckungsstrategie selbst. Zugleich gibt es innerhalb der NATO zwei Konzeptionen, mit diesem inneren Widerspruch fertig zu werden: das Konzept der gemeinsamen Sicherheit sowie das Konzept der einseitigen Überlegenheit des Westens, wie es von der derzeitigen US-Administration uneingeschränkt und mit Einschränkungen von westeuropäischen konservativen und militant antikommunistischen Regierungen und Parteien vertreten wird. Das Ziel, den ökonomisch und technologisch relativ rückständigen Warschauer Pakt durch eine neue Rüstungseskalation politisch in die Knie zu zwingen, ist im Atomzeitalter unerreichbar; dies hat die Geschichte des Wettrüstens seit 1945 gezeigt.

4.

Der Versuch der ultrakonservativen Kreise der USA und einiger westeuropäischer Regierungen, die während der ersten Phase der Entspannungspolitik praktizierte kontrollierte einseitige Aufrüstung durch eine unkontrollierte und aggressive Rüstungseskalation fortzusetzen, verschärft zudem innerhalb der NATO kurz- und mittelfristig vorhandene Widersprüche:

- zwischen bestimmten Kapitalfraktionen, die entweder primär am Rüstungsgeschäft und an der Militarisierung oder vornehmlich an einer kontinuierlichen ökonomischen Zusammenarbeit mit Osteuropa interessiert sind;
- zwischen konkurrierenden Hochtechnologie-Industrien in den USA einerseits und in Westeuropa bzw. Japan andererseits, die im zivilen Sektor weit mehr Expansionsmöglichkeiten haben als im militärischen;
- zwischen den bürgerlichen Regierungen und Parteien, die sich sowohl der ökonomischen Interessen im Ost-West-Geschäft als auch des destabilisierenden Charakters und zugleich außenpolitisch aussichtslosen Kurses des Wettrüstens bewußt sind und jenen ideologisierten konservativen Kräften in den USA und in Westeuropa, die teils aus opportunistischer, teils aus ideologischer Blindheit dem aggressiven Kurs der Weinbergers und Co. folgen.

## 5.

In der westeuropäischen Linken gibt es zwei Grundströmungen:

- jene sozialdemokratischen, liberalen und reformistischen Kräfte, die die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz und Verträglichkeit des Aufrüstungskurses in den westlichen Gesellschaften schwinden sehen und um die gesellschaftliche Stabilität bangen;
- und jene sozialdemokratischen, reformistischen, fundamentalistischen und radikalen Kräfte in den westlichen Gesellschaften, die eine Lösung der gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme national und weltweit nur durch einen konsequenten Abrüstungskurs für realisierbar halten.

## 6.

Innerhalb der Linken in der Bundesrepublik gibt es einen dominierenden sozialdemokratischen oder sozialreformistischen Ansatz, der auf gemeinsame Sicherheit setzt und einen fundamentalistischen und alternativen Minderheitenflügel, der primär auf einseitige Abrüstung und einseitige Schritte bis hin zum Austritt der Bundesrepublik aus der NATO setzt. Beide Konzepte — das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und das der einseitigen Abrüstung — setzen an immanenten Widersprüchen innerhalb der NATO und der NATO-Strategie an, haben jedoch unterschiedliche Konsequenzen: das Konzept der gemeinsamen Sicherheit will die Blockkonfrontation durch bündnis- bzw. blocküberwältigende Strukturen überwinden. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit geht von den existierenden Militärblöcken und auch den existierenden Supermächten aus und setzt darauf, daß durch eine Politik innerhalb der Bündnisse die Konfrontationstendenzen innerhalb der Blöcke blockiert oder überwunden werden können. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit setzt auf die Entwicklung umfassender ökonomischer, sozialer und politischer Verflechtungen zwischen den Gesellschaften in West und Ost, macht ihre gesellschaftliche und machtpolitische Überwindung nicht zur Voraussetzung der Struktur gemeinsamer Sicherheit. Sie setzt bei den herrschenden gesellschaftlichen Gruppierungen an, will strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten entwickeln und durch die Herausbildung wechselseitiger Abhängigkeit jegliches Interesse an militärischer oder politischer Konfrontation abbauen. Das Konzept gemeinsamer Sicherheit durch blockübergreifende Sicherheitspartnerschaft setzt zugleich auf den Abbau von Feindbildern und die daraus bedingte öffentliche Legitimierung von Aufrüstung sowie auf die Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zugunsten der Lösung der brennenden sozialen und ökologischen sowie der Entwicklungsprobleme im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Gemeinsame Sicherheit als Grundlage der Sicherheitspolitik heißt nicht Verzicht auf eigene Initiativen oder einseitige Schritte, wenn sie am Ziel wechselseitiger, gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung orientiert sind.

## 7.

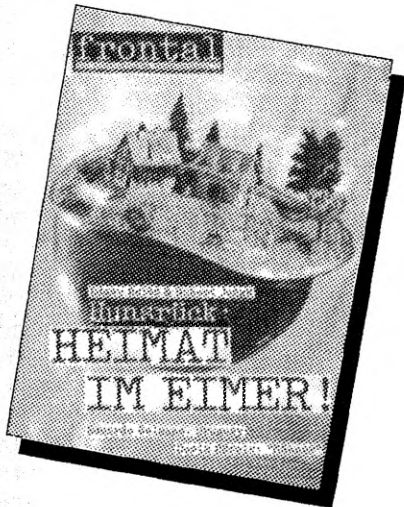
Das Konzept einseitiger Abrüstung bis hin zum Konzept des NATO-Austritts setzt auch an den vorhandenen Widersprüchen innerhalb der NATO und der NATO-Strategie sowie bei einer fundamentalen Kritik der NATO insgesamt an. Solange es das Konzept gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West ausschließt und sich nur auf demonstrative Schritte wie den Austritt aus der NATO orientiert, wird das Konzept einseitiger Schritte meines Erachtens jedoch weder die Blockkonfrontation zwischen Ost und West, insbesondere den Supermächten überwinden, noch beruht es auf einer realistischen Analyse der ge-



sellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Konzept des NATO-Austritts oder auch der Neutralität bzw. Blockfreiheit der Bundesrepublik Deutschland oder beider deutscher Staaten ist durchaus auch vereinbar mit einer nationalistischen, quasi gaullistischen bis hin zur chauvinistischen oder militärischen Lösung. Ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Machtstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland würde ein NATO-Austritt oder die sogenannte Neutralität, sollten sie eine politische Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland finden, zu einer neuen Mobilisierung von Ängsten im westeuropäischen und osteuropäischen Ausland sowie zu einer Mobilisierung der nationalistischen und militaristischen Kräfte in Deutschland selbst führen. Eine solche Entwicklung könnte ähnliche Maße annehmen wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland. Niemand sollte sich darüber hinwegtäuschen, daß die Mobilisierung des Nationalismus verbunden mit einer latent immer noch sehr massiven antikommunistischen Ausrichtung der Bundesrepublik zwar mit einem Austritt aus der NATO, nicht aber mit der beabsichtigten Politik der friedlichen Blockfreiheit vereinbar wäre. Umgekehrt hätte eine Bundesrepublik mit einer stabilen politischen Mehrheit im Sinne gemeinsamer Sicherheit eine unüberwindliche Ausstrahlung auf die anderen Mitgliedsstaaten der NATO sowie auf die Staaten Osteuropas.

# HEIMAT IM EIMER



**frontal** im April:

Wie das Militär den Hunsrück zerstört – Text- und Fotoreport

**frontal** bringt regelmäßig News und Notizen, Nachrichten und Reportagen über

- HOCHSCHULE
- FRAUEN
- KULTUR
- POLITIK

Ja, ich möchte *frontal* kennenlernen. Bitte schickt mir *kostenlos* ein Heft 14 Tage zur Probe. Wenn ich in dieser Zeit nicht absage, erhalte ich *frontal* im Abo für nur 12,- DM/ Jahr (sechs Hefte):

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Vereinbarung innerhalb von zwei Wochen widerrufen kann:

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**frontal, Postfach 170203, 5300 Bonn 1**

80 S./2,- DM

Erik Nohara

## Zum 11. Parteitag der SED

### Gorbatschow rüttelte die Delegierten aus dem Halbschlaf

Nach dem sowjetischen Parteitag Ende Februar bis Anfang März stellte sich für die SED die Frage, ob sie ebenfalls mit Kritik und Selbstkritik grünes Licht für eine Erneuerung geben würde. Sicher, die eineinhalb Jahrzehnte Honecker hatten am Ende weniger als die ebenfalls rund eineinhalb Jahrzehnte währende Breshnew-Periode Anlaß zu Unzufriedenheit oder Apathie geboten: Gerade auf dem entscheidenden Gebiet der Wirtschaft war die SED-Führung außerordentlich kompetent gewesen als sie die Energiekrise der späten 70er Jahre souverän löste und als sie mit der Bildung der Kombinate sowie der schnellen Durchsetzung der Mikroelektronik ihr Land auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig machte. Dennoch hatten sich genügend Probleme angesammelt: die Überalterung im Patriarchat des Politbüros gehörte ebenso dazu wie die geringe Reaktionsfähigkeit der Bürokratie gegenüber den Wünschen nach mehr Freizügigkeit der Bevölkerung, die nicht unerhebliche Abwanderung der künstlerischen Intelligenz in den Westen ebenso wie die verharschte Parteisprache oder der Unwille der Machtausübenden, die Steine des Anstoßes auch nur öffentlich zu erörtern, geschweige denn, aus dem Wege zu räumen.

Doch schon Honeckers Rechenschaftsbericht gab zu erkennen, daß er zumindest die Zeit für eine »Wende« nicht für gekommen hielt. »Mit Stolz können wir feststellen, daß es nur wenige Länder in der Welt gibt, die über einen langen Zeitraum eine so solide und dynamische ökonomische Entwicklung nahmen und sie ständig in sozialen Fortschritt umsetzen konnten!« — so lautete seine zentrale Devise. Und er gab zu erkennen, daß es auf dem Höhepunkt der Energiekrise offenbar tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte: »Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre standen wir vor der Frage, wie es weitergehen soll. Sollten wir jenen Gehör schenken, die für ein Abbremsen des Tempos waren, oder denjenigen, die dafür waren, die umfassende Intensivierung, den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter durchzuführen. Wir haben diesen Kurs gewählt, und die Ergebnisse sind heute sichtbar.«

Zahlen belegen in der Tat den ökonomischen Erfolg: Das jährliche Nationaleinkommen hat sich seit 1970, dem letzten Jahr der Ulbricht-Ära, in etwa verdoppelt und soll sich bis 1990 um ein knappes weiteres Viertel erhöhen. Und da in der DDR mit Ausnahme der ganz Jungen, der Rentner und der Kranken praktisch bereits die gesamte Bevölkerung berufstätig ist, soll diese Zuwachsrate ausschließlich mit einer entsprechenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielt werden. Dies wiederum will man durch die beschleunigte Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen erreichen.

Beispielhaft für diese Strategie ist, wie man das Brennstoffproblem zu lösen gedenkt. Der große Bruder im Osten möchte seine Erdölexporte in die DDR nicht erhöhen, weil er das flüssige Gold für harte Devisen im Westen benötigt. Zudem ist der Import für die DDR gegenwärtig unwirtschaftlich, weil das sowjetische Öl im RGW nach den durchschnittlichen Weltmarktpreisen der letzten fünf Jahre berechnet wird, also heute vergleichsweise teuer ist. Deshalb will man zum einen die relativ reichlichen Braunkohlereserven noch schneller als bisher ohne Rücksicht auf die dabei entstehenden ökologischen Schäden (weitere Mondlandschaften in den Abbaugebieten und die Verpestung der Luft durch die Verbrennung dieses extrem schwefelhaltigen Materials) verbrauchen. Weiterhin

baut man auf die Kernenergie. Das Kernkraftwerk Nord bei Greifswald soll bis 1990 fertiggestellt werden. Und etwa zu diesem Zeitpunkt will man mit dem Probelauf des ersten, in der Sowjetunion mit einiger Verspätung entwickelten 1000-Megawatt-Reaktorblocks im Kernkraftwerk Stendal beginnen (das lange Jahre als zu teuer galt und deshalb als Investitionsruine dahingesiecht hatte). Bis zum Ende dieses Jahrzehnts sollen, wie Honecker erklärte, »nicht zuletzt im Interesse der Umwelt rund 15 Prozent der Elektroenergie« (gegenüber jetzt rund 11 Prozent) in Kernkraftwerken erzeugt werden. Zum anderen will man den Energieverbrauch durch alle nur denkbaren Sparmaßnahmen (also beispielsweise durch die Elektrifizierung der Reichsbahn um weitere 1.500 Strecken-Kilometer — bis jetzt hat man rund 1.000 km erreicht, durch die restlose Verwertung der Abwärme der Kraftwerke, durch den Ausbau des Fernwärmenetzes und durch eine stärkere Wärmedämmung der Wohnhäuser) verringern. Da langfristig dennoch mit einem Energie-Defizit kalkuliert wird, will sich die DDR mehr noch als bisher an den Kosten der sowjetischen Primärenergie-Gewinnung beteiligen. Und was die Zeit nach dem Jahr 2000 betrifft, so hofft man, daß dann die Kernfusion bereits funktioniert.

Was die Produktionspalette betrifft, setzt die SED schon im Interesse der Westexporte weiterhin auf die Mikroelektronik und die Roboter bzw. in der Konsequenz auf den Maschinenbau und die elektronische Industrie. Immer mehr Betriebe sollen voll automatisiert werden. Und da die modernen Anlagen einem schnellen moralischen Verschleiß unterliegen, sollen sie zeitlich mindestens 17,5 Stunden pro Kalendertag ausgelastet werden, was faktisch auf einen Zwei- oder sogar Drei-Schicht-Rhythmus hinausläuft. Neue wissenschaftliche Erfindungen und Erkenntnisse will man schneller als bisher in die Produktion einführen. In der Folge sind deshalb jährlich rund 30 Prozent der Produktion zu erneuern, bei Konsumgütern sollen es 30 bis 40 Prozent sein und bei der besonders schnellen Wandel unterworfenen Jugendmode sogar durchschnittlich 70 Prozent.

Es ist typisch für den Parteitagdiskurs, daß die sozialen Folgen dieser Modernisierung und Beschleunigung völlig unerwähnt blieben. So weiß man, um nur zwei besonders kritische Beispiele herauszupicken, daß die automatisierte Produktion im Gegensatz zu früheren optimistischen Erwartungen insgesamt zu einer Dequalifikation der Arbeitskräfte führt, und daß die Mehrschichtarbeit naturgemäß die Gesundheit der Betroffenen ebenso beeinträchtigt, wie deren mitmenschliche Beziehungen. Kritik am technischen Fortschritt wurde auf dem Parteitag nur ein einziges Mal laut, als nämlich der Delegierte und LPG-Vorsitzende Werner Ruge sich darüber beschwerte, daß die schweren landwirtschaftlichen Maschinen den Boden unnötig festfahren würden. Ruge wörtlich: »Dazu würden wir uns in Zukunft auch etwas Abmagerung unserer Technik wünschen.« Das Protokoll des »Neuen Deutschland« vermerkte dazu: »Zuruf: Bravo! — Beifall.«

Entsprechend weitreichend sind auch die sozialpolitischen Ziele, die bis 1990 erreicht werden sollen. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung (also die Einnahmen abzüglich der indirekten staatlichen Zuschüsse für das Bildungswesen, den Wohnungsbau usw.) sollen in diesem Zeitraum um gut ein Fünftel steigen. Um die Geburtenrate zu erhöhen und den jungen Frauen die Kombination Beruf und Kind(er) zu erleichtern, soll ab Mai nächsten Jahres das staatliche Kindergeld erheblich erhöht werden: Von 20 auf 50 Mark monatlich für das erste Kind, von 20 auf 100 Mark für das zweite und von 100 auf 150 Mark für jedes weitere Kind. Schon ab diesem 1. Mai wird jeder Mutter bei der Geburt des ersten Kindes ein bezahltes Baby-Jahr zusammen mit dem Recht der Rückkehr auf den bisherigen Arbeitsplatz gewährt. Zum gleichen Datum werden auch die Ehe Kredite von 5.000 auf 7.000 Mark und die dafür festgesetzte Altersgrenze von 26 auf 30 Jahre erhöht.

Auch das bereits 1971 angelaufene Wohnungsbauprogramm soll so fortgesetzt werden, daß die Wohnungsnot in der DDR bis zum Ablauf des Fünfjahrplanes endgültig beseitigt sein wird. Knapp 600.000 Wohnungen sollen neu hinzukommen, weitere rund 550.000 grundlegend modernisiert werden.

Hier ist der Nachholbedarf allerdings immens. Nur 68 Prozent aller DDR-Wohnungen haben im vorigen Jahr über eine Inntoilette verfügt und nur 74 Prozent über Bad oder Dusche. Und die Unterschiede zwischen den einzelnen DDR-Bezirken sind erheblich. An der Spitze steht natürlich Berlin, während die Industrieregion Karl-Marx-Stadt das Schlußlicht abgibt mit einer nur 67-prozentigen Bad- oder Duschen- und einer 44-prozentigen Inntoiletten-Ausstattung. Auch hier war der Diskussionsbeitrag des Delegierten Siegfried Lorenz, Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und Kandidat des Politbüros, typisch für die alle Schwierigkeiten übertüchende optimistische Grundfärbung des Parteitags. Er betonte zwar, daß in seinem Bezirk seit 1981 rund 115.000 Wohnungen neu hinzugekommen seien, verschwieg jedoch den noch immer vorhandenen Rückstand gegenüber dem DDR-Durchschnitt.

Mehr anstrengen will die SED sich auch bei den Konsumgütern und den Tausend kleinen Dingen des Alltags. Man hat es bei der Formulierung der Plandirektive offenbar für notwendig angesehen, folgende Sätze aufzunehmen: »Aufmerksamkeit gegenüber den Wünschen der Kunden, gute Bedienung und sachkundige Beratung, zeitsparende Einkaufsmöglichkeiten und eine angenehme Verkaufsatmosphäre sind entscheidende Kriterien für die Arbeit des Handels.« Die Hervorhebung solcher Selbstverständlichkeiten ist als Kritik daran zu interpretieren, daß hier Anspruch und Wirklichkeit noch immer so weit auseinanderklaffen.

Im System der Volks- und Berufsbildung sind keine einschneidenden Veränderungen mehr vorgesehen. 1990 sollen gut zwei Drittel der Werkstätigen den Status des Facharbeiters oder Meisters haben, 23 Prozent werden die Hoch- oder Fachschulqualifikation besitzen, während dann nur noch 10 Prozent als Un- oder Angelernte gelten.

Merkwürdig blaß fielen die Aussagen des Parteitages zur Kulturpolitik im engeren Sinn des Wortes aus. Es sprachen nur zwei Diskussionsredner zu diesem brisanten Thema, nämlich Manfred Wekwerth, Präsident der DDR-Akademie der Künste und Intendant des Ostberliner Theaters am Schiffbauerdamm, und der nach dem Parteitag neu ins ZK gewählte Präsident des DDR-Schriftstellerverbands Hermann Kant. Beide lieferten eher belanglose Nettigkeiten: Wekwerth bescheinigte dem Chef Honecker betonte Bescheidenheit, denn dieser habe ihm im Zusammenhang mit einer Neuerscheinung gesagt: »Das Buch ist gut, aber es sind zu viele Zitate von mir drin.« Und Kants Kritik an den bestehenden Verhältnissen beschränkte sich laut Protokoll des »Neuen Deutschland« auf die Aussage: »Bei Meinungsverschiedenheiten in Sachen Kunst ist es nicht immer günstig, Künstler zu sein, (Heiterkeit, Beifall) denn dann hört man manche von Parteilichkeit reden, als müsse man erst mit der bekannt gemacht werden. (Heiterkeit)«

Insgesamt wurden Probleme nur dann angesprochen, wenn diese weitgehend als gelöst gelten. Besonders unerfreulich für den Beobachter fielen die Reden der jungen Parteitage-delegierten aus, die man offenbar als Kontrast zur Überalterung an der Spitze besonders zahlreich auf die Bütt geschickt hatte. Sie bedankten sich alle übereinstimmend bei Partei, Staat und natürlich Honecker für das gute und behütete Leben, berichteten, daß und mit welchem Schwung sie Schwierigkeiten überwunden hätten und biedernten sich schließlich auf peinliche Weise bei den Zuhörern mit jugendgemäßen Aussagen an. Die Delegierte Petra Lippmann von dem VEB Chemiefaserkombinat »Wilhelm Pieck« in Schwarzla lob-

te beispielsweise Honecker, der zuvor die neuen Maßnahmen zur Förderung der Familien mit Kindern angekündigt hatte und meinte dann: »Für mich, und sicherlich für viele junge Frauen, ist das natürlich mit persönlichen Konsequenzen verbunden. (Heiterkeit, Beifall) Zwar habe ich noch nicht mit meinem Mann gesprochen (Heiterkeit), so etwas geht ja auch nicht telefonisch. (Heiterkeit, Beifall) Aber eins steht jetzt schon fest. Unsere Familienplanung wird geändert, und die Termine werden vorgezogen. (Heiterkeit, starker Beifall)«

Im Jubel ausgespart blieb alles, was seit Jahrzehnten schon für die Bewohner belastende Wirklichkeit ist: Der Kampagnenstil etwa oder die formalistische Abrechnung von Erfolgen beispielsweise beim sogenannten sozialistischen Wettbewerb, der ungenießbare Nachrichtenteil in Presse, Funk und Fernsehen oder der Parteijargon insgesamt. Der offizielle Rede- oder Schreibstil kennt, wie bei Bürokraten allenthalben, keine Tätigkeitswörter.

So ergab sich es zwangsläufig, daß Art und Inhalt des Gorbatschow-Auftritts auf dem 11. Parteitag alle aus dem Dösen aufrüttelte. Er bezog sich einleitend auf den sowjetischen Parteitag, wo man »offen über Probleme und Mängel« gesprochen habe, meinte dann an die Adresse der Kritiker aus den eigenen Reihen und möglicherweise auch der DDR-Spitzenfunktionäre: »Manchmal wird gefragt: Haben wir die Selbstkritik nicht übertrieben, nähren wir damit nicht die antikommunistische Propaganda? Nein, wir sind überzeugt, daß wir nicht übertrieben haben. Marx und Lenin lehrten, daß die kritische Einstellung zur eigenen Tätigkeit eine unerläßliche Bedingung für den Erfolg einer revolutionären Partei ist.«

Ohne allerdings das »Wie« einer Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaften zu erörtern, erinnerte Gorbatschow an die beiden Kampflosungen der (stalinistischen) 30er Jahre: »Die Technik entscheidet alles!« oder »Die Kader entscheiden alles!« und fügte dann die für die Gegenwart gültige Parole hinzu: »Das lebendige Schöpferium der Massen ist die entscheidende Triebkraft der Beschleunigung!«

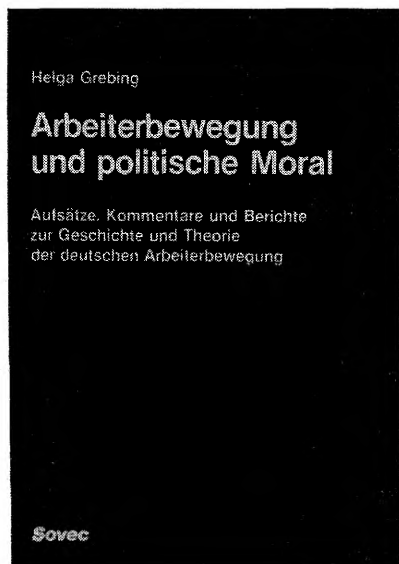
Beachtliches hatte er auch zu Fragen der Rüstung und Abrüstung bzw. zur Außenpolitik im allgemeinen zu sagen. Während Reagan vor kurzem die offenbar von Science-Fiction-Lektüre gespeiste Erkenntnis von sich gegeben hatte, daß die sowjetisch-amerikanische Konfrontation schnell einer kämpferischen Zusammenarbeit weichen würde, wenn die Erde eines Tages von feindlichen transplanetarischen Wesen überfallen werden sollte, konterte Gorbatschow mit den durchaus realistischen Bemerkungen: »Man kann sich vorstellen, was vom Menschengeschlecht und von seiner Zivilisation übrigbliebe, wenn die Sowjetunion in der internationalen Arena genauso handeln würde wie die Vereinigten Staaten. (...) Wir brauchen den Frieden, aber nicht nur wir, sondern alle. Unsere Politik wird von der Sorge um das Überleben der Menschheit, vielleicht der einzigen Zivilisation in den kosmischen Breiten der Galaxis bestimmt.«

Es war vielleicht symptomatisch für den SED-Parteitag, daß sich praktisch alle Redner hinter sowjetische Abrüstungsvorschläge und auch hinter die neueste Gorbatschow-Initiative hinsichtlich der konventionellen Rüstung stellten. Die einzige unruhliche Ausnahme bildete der neue Verteidigungsminister Heinz Keßler. Er hatte zum Thema Abrüstung absolut nichts zu sagen, dagegen viel darüber, daß bei einem kürzlich veranstalteten Gefechtsschießen 45 Prozent der NVA-Einheiten mit der Note »sehr gut« und die restlichen 55 Prozent mit »gut« bestanden hätten und daß Armee-Angehörige und Grenzsoldaten mit ungeheurer Anspannung ständig hohe Gefechtsbereitschaft an den Tag legen müßten: »In den Jahren 1982 bis 1985 haben unsere diensthabenden Kräfte im System der Luftver-

teidigung jährlich im Durchschnitt rund 1.500 mal die Bereitschaftsstufe 1 eingenommen und damit auf unklare und gefährliche Luftlagen reagiert, insgesamt über 4.000 mal führten in diesen vier Jahren Jagdflugzeuge und Hubschrauber Alarmstarts durch.«

Seit 1981, so fügte Keßler hinzu, sei die DDR-Staatsgrenze zur BRD und Westberlin in mehr als 44.000 Fällen verletzt worden, meistens vom Westen aus, und in vielen Fällen mit der Absicht, »Grenzzwischenfälle größeren Ausmaßes und andere politisch schwerwiegende Vorkommnisse auszulösen«. Man darf dreimal raten, ob Keßler ebenfalls auf die Zahl der Grenzverletzungen in Richtung Ost nach West und auf die Motive dafür eingegangen ist. »Nein« lautet die »sehr gute« richtige Antwort.

Über Jahrzehnte hinweg haben die parteiunabhängigen, aber insgesamt prosovjatisch orientierten Teile der Linken hierzulande immer wieder von zwei Grundprognosen für die Länder des realen Sozialismus gesprochen: nämlich 1. habe dort die seit langem notwendige und herbeigesehnte Wende zur sozialistischen Demokratie nur Chancen, wenn sie in der Sowjetunion beginne und 2. sei die Unabhängigkeit und der Handlungsspielraum der DDR gegenüber der UdSSR unvergleichlich größer als dies von den hiesigen antikommunistischen Beobachtern meist angenommen werde. Die beiden Parteitage in Moskau und Ost-Berlin haben nun auf leider ironisch-verquere Weise die Richtigkeit dieser beiden Voraussagen demonstriert.



ISBN 3-923 147-17-1, 296 S., 14.— DM



ISBN 3-923 147-18-X, 216 S., 18.— DM

**SOVEC**

Henri-Dunant-Str. 3, 3400 Göttingen

Detlev Albers und Lothar Peter

## Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (II)\*

### 4. Das »Übersehen« des ökologischen Problems in der Zwischenkriegszeit

Trotz der während des 1. Weltkriegs und in den Jahren zwischen 1918 und 1922 vollzogenen Spaltung und Polarisierung der internationalen Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel veränderte sich das Paradigma eines ungeteilt positiven, bejahenden Deutungsmusters des technischen Fortschritts und der zivilisatorischen Zukunftsperspektiven weder in dem einen noch dem anderen »Lager« der Arbeiterbewegung. Wachsende »Naturbeherrschung« und erhöhte ökonomisch-technische Effizienz des verwissenschaftlichten Produktionsapparats wurden sowohl in der Sozialdemokratie als auch in der kommunistischen Bewegung als nicht anzuzweifelnde Bedingungen emanzipatorischer Sozialvorstellungen akklamiert. Die von Marx und Engels einst problematisierten Langzeitwirkungen eines gesellschaftlich unkontrollierten Umgangs mit der Natur traten hinter dem Faszinosum empirisch greifbarer technischer Innovationschübe und industrieller Produktionsleistungen zurück. Die Gegensätze zwischen den beiden Hauptströmungen der internationalen Arbeiterbewegung betrafen also *nicht* prinzipielle Unterschiede in der Beurteilung destruktiver stofflicher Implikationen des technischen Fortschritts. Vielmehr bestanden zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus kontroverse Auffassungen darüber, welche gesellschaftlichen Bedingungen zu erfüllen seien, um die den Produktivkräften zugeschriebenen emanzipatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Die Gegensätze waren somit politisch-strategischer, nicht produktivkraft-theoretischer Art. Die der industriellen Produktionsdynamik immanenten Probleme und Krisenfaktoren im Verhältnis zur Ausbeutung von Naturressourcen blieben außerhalb des kollektiven Bewußtseinshorizonts beider Strömungen der Arbeiterbewegung.

Das widersprüchliche Ineinandergreifen eines gemeinsamen »Industrialismus«-Paradigmas einerseits und strategisch-politischer Gegensätze andererseits läßt sich am Beispiel eines Vergleichs zwischen der kommunistischen Bewegung und der Sozialdemokratie in Deutschland bzw. Österreich während der Periode der zwanziger und dreißiger Jahre verdeutlichen. Die 1918/19 gegründete und nach 1920 als proletarische Massenpartei in Erscheinung tretende KPD konzentrierte ihr politisches Interesse hinsichtlich der Gestaltung und Kontrolle der Produktivkräfte auf den revolutionären Sturz der herrschenden bürgerlichen Klasse und auf die Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Für die KPD war die politische Revolution nicht nur die unerläßliche, sondern auch die hinreichende gesellschaftliche Bedingung für eine krisenfreie Entfaltung und Nutzung der modernen Produktivkräfte. Die spezifischen ökologischen, naturrelevanten Implikationen des industriellen und technisierten Produktionsprozesses unter sozialistischen Eigentums- und Machtverhältnissen wurden in der kommunistischen Revolutionsstrategie nicht als bedeutendes, lösungsbedürftiges Problem erkannt. Die Frage, wie die materiellen Proportionen der Produktivkräfte zu gestalten und gegebenenfalls zu limitieren seien, welche Gesetzmäßigkeiten des »metabolischen« Umsatzes von Stoffen und Energien Rechnung getragen werden müsse und ob schließlich bestimmte Entwicklungslinien industrieller Naturinter-

\* Teil I erschien als Beitrag zum Diskussionsschwerpunkt *Ökologie* im letzten Heft (*spw* 30, März 1986, S.45-50).

vention zu blockieren seien, um die Bestands- und Regenerierungsbedingungen der Naturhaushalte zu sichern, lag außerhalb der Maßstäbe der Produktivkraftbewertung durch die Kommunisten. Diese Haltung wurde zusätzlich verstärkt durch die enthusiastische Bejahung der von den sowjetischen Kommunisten unternommenen gigantischen Industrialisierungsprojekte, wie sie bereits 1920 mit der Leninschen Formel »Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung«<sup>9</sup> einprägsam gekennzeichnet worden ist, ehe sie mit den Industrialisierungsplänen Ende der zwanziger Jahre in ein qualitativ neues Stadium eintraten.

Zwar lassen sich in den strategischen Debatten der KPD unter dem Vorzeichen der sogenannten »Einheitsfronttaktik« (1921-1924) Ansätze für eine bewußte Kontrolle von Produktivkraftelementen feststellen (z.B. die Losungen der »Produktionskontrolle« und »Sachwerterfassung«), aber diese Ansätze gingen nicht in eine Neuorientierung des Verhältnisses zwischen industrieller Produktion und Naturentwicklung über.<sup>10</sup> Ökologische Aspekte fanden in diese Überlegungen keinen Eingang, wenngleich die erwähnten Losungen hier eine Vermittlung möglich gemacht hätten.

Impulse für eine naturverträgliche Reorganisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses im Zeichen harmonischer Naturbeziehungen kamen allenfalls sporadisch und rudimentär von der anarchosyndikalistischen Peripherie der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Indem anarchosyndikalistische Gruppierungen das Prinzip industrieller Dezentralisierung und handwerklicher Produktions- und Austauschzellen auf ihre Fahne schrieben, antizipierten sie Bruchstücke jener induskritischen Sichtweise<sup>11</sup>, wie sie heute etwa als radikale Gegnerschaft zum »Blocksystem« (O. Ullrich) großindustrieller Produktion zum ideologischen Kernbestand alternativer sozialer Bewegungen zählen. Allerdings blieb die Bedeutung dieser anarchosyndikalistischen Ideale marginal.

Die von der KPD vollzogene Vereinseitigung der Produktivkraftproblematik zu einer ausschließlich politisch zu lösenden Frage findet historisch ihre Erklärung, wenn auch nicht Rechtfertigung in der Tatsache, daß der empirisch gegebene Widerspruch zwischen enorm gewachsener Produktivität einerseits und Verelendung der proletarischen Masse andererseits die praktisch-politischen und intellektuellen Kapazitäten der kommunistischen Partei ausschließlich auf die Frage lenkte: Wie können die sozialökonomischen und politischen Wurzeln des Massenelends beseitigt werden? Die unter dem gewaltigen Erfahrungsdruck kapitalistischer Krisenerscheinungen stehende Einschätzung der Produktivkraftentwicklung ließ für eine kritische Beurteilung ökologischer Momente der gesellschaftlichen Produktion keinen Raum.

Während die KPD jedoch trotz der Vernachlässigung der »stofflichen Seite« und der ökologischen Dimension des technischen Fortschritts an der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution festhielt, um die Entfesselung kapitalistischer Produktivkräfte unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen, nahm das Paradigma des Fortschrittsoptimismus und Produktivismus in großen Teilen der Sozialdemokratie eine ideologische Einfärbung an, die sich zum Diskurs eines nicht revolutionären »technischen Determinismus« verselbständigte. Die Rezeption und Diskussion des technischen Fortschritts, namentlich seiner damaligen konkreten Erscheinungsform der »Rationalisierung«, wurde mehr und mehr überlagert von bürgerlichen Anschauungen des Zusammenhangs von industriellem Wachstum und Gesellschaftsentwicklung.<sup>12</sup> Damit war für die Produktivkraftbewertung der Sozialdemokratie eine doppelte Konsequenz verbunden: Zum einen wurde der technische Fortschritt (= »Rationalisierung«) an und für sich in den Rang der entscheidenden Determinante des sozialen Fortschritts erhoben und von gesellschaftlichen Strukturbedin-



gungen abgekoppelt; zum anderen wurden alle denkbaren kritischen Aspekte des »Stoffwechsels« zwischen industrieller Produktionsweise und Naturbasis so gut wie vollständig ausgeblendet.

Im Zusammenhang mit Gesellschaftskonzepten wie dem des »organisierten Kapitalismus« (Rudolf Hilferding), dem eine rationale Entwicklungslogik zugeschrieben wurde, avancierte der »technologische Determinismus« und schrankenlose Produktivkraftoptimismus zu einem vorherrschenden Merkmal sozialdemokratischer Gesellschaftsanalyse. Dieser »technologische Determinismus« — für den die Namen prominenter sozialdemokratischer Theoretiker wie Fritz Tarnow, Ludwig Preller, Richard Seidel und Richard Woldt stehen<sup>13</sup> — identifizierte den kapitalistischen technischen Fortschritt unmittelbar mit der Entstehung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse. Damit entfiel theoretisch sowohl jeder zwingende Anlaß, die Entwicklung der Produktivkräfte an eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu binden, als auch jedes Motiv, die stoffliche Wirkungslogik der industriellen Produktion als eine fundamentaler Veränderungen bedürftige Aufgabe zu reflektieren.

In bemerkenswertem Kontrast hierzu stehen die Untersuchungen Otto Bauers vom Beginn der dreißiger Jahre — und doch unterstreichen sie noch in ihren Stärken auch die Erkenntnisstrahlen damaliger sozialistischer Theoriebildung. In der 1931 veröffentlichten Studie »Rationalisierung — Fehlrationalisierung«<sup>14</sup>, die ursprünglich nur den ersten Teil einer mehrbändigen Gesamtdarstellung des Nachkriegs-Kapitalismus bilden sollte, untersucht Bauer detailliert die wichtigsten Anwendungsbereiche technisch bedingter Produktivkraftsteigerung, von der Energieerzeugung über industrielle Fließbandproduktion bis hin zu (ersten) Umwälzungen in der Büroarbeit. Er übersieht nicht die Widersprüchlichkeit zwischen dem einzelbetrieblichen Rationalisierungsgewinn und der damit im Kapitalismus notwendig einhergehenden Vergeudung, Brachlegung oder Zerstörung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen, wie etwa der zwangsläufigen Entstehung »technologischer Arbeitslosigkeit«.<sup>15</sup> Die Aufhebung dieses Widerspruchs nimmt er sogar zum Ausgangspunkt einer seinerzeit überraschend positiven Gesamteinschätzung der Industrialisierungsanstrengungen in der Sowjetunion. Dennoch erfährt die Frage, welche Konsequenzen aus dem beschleunigten Industrialisierungsprozeß für die Belastbarkeit der ökologischen Systeme zu ziehen sind, selbst dort keine Beachtung, wo sie sich bei der Schilderung einschneidender Veränderungen der stofflichen Produktionsbasis, etwa der Substitution von Steinkohle durch Braunkohle in großen Teilen Deutschlands nach 1918, eigentlich hätte aufdrängen müssen.

So läßt sich zusammenfassend sagen, daß die ökologische Dimension der technischen Produktionsfortschritte während der Zwischenkriegsperiode im ideologisch-theoretischen Spektrum der deutschsprachigen Sozialdemokratie kaum eine Rolle spielte. Sieht man von der austromarxistischen Position einmal ab, wozu neben der erwähnten Arbeit Bauers auch Max Adlers Studien zu rechnen sind, die sich eng an die Marxsche Interpretation des Naturfaktors anzulehnen suchen<sup>16</sup>, ergibt sich ein erstaunlich einheitliches Bild. Unter dem offensichtlich überwältigenden empirischen Eindruck enormer technischer und wissenschaftlicher Neuerungen, wie sie mit der Rationalisierungsbewegung während der zwanziger Jahre hervorgebracht wurden, setzten sich Technikgläubigkeit und industrielle Wachstumsfixierung bei gleichzeitiger Preisgabe revolutionärer Optionen der Gesellschaftsentwicklung mehr und mehr durch.

## 5. Technologischer Optimismus statt ökologischem Bewußtsein nach 1945

Nach dem 2. Weltkrieg konnte sich die Tendenz des technologischen Determinismus und der Identifizierung von technischem und sozialem Fortschritt bruchlos fortsetzen. Dies galt in besonders hohem Maß für die BRD, zumal die rasche Restauration kapitalistisch-bürgerlicher Machtverhältnisse und der ökonomische Aufschwung der Bundesrepublik für die Ideologie des technologischen Determinismus den geeigneten Nährboden schufen. Marxistische Kritik an den Folgen kapitalistischer Produktivkraftentfesselung wurde marginalisiert und als ideologischer Modernisierungsrückstand abgetan. In der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gewann das namentlich von Fritz Sternberg vertretene Konzept der »zweiten industriellen Revolution« eine paradigmatische Funktion.<sup>17</sup> Dieses Konzept prophezeite die Möglichkeit einer weltweiten dauerhaften Prosperität auf der Basis fortschreitender Automation sowie einer Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Ohne die Frage nach dem gesellschaftlichen Charakter des technischen Fortschritts aufzuwerfen, verhiess Sternberg den Lohnabhängigen die globale Beseitigung von Hunger und Armut, die Einführung eines 4- bzw. 5-Stunden-Tages, eines garantierten Jahreslohns und das säkulare Ende der Arbeitslosigkeit. Zwar erkannte Sternberg die Bedeutung der Marxschen Analyse der »ersten industriellen Revolution« an, aber er behauptete gleichzeitig, daß die Erweiterung sozialer und ökonomischer Staatsfunktionen, Veränderungen der Sozialstruktur und insbesondere der gewaltige Einfluß mächtiger, gesellschaftlich integrierter Gewerkschaften eine Aktualisierung der Marxschen Analyse als historisch überflüssig erwiesen habe. Die »zweite industrielle Revolution« sei, so Sternberg, ein Prozeß technologischen Fortschritts, der gemeinsam durch Staat, Kapital und Gewerkschaften zu organisieren und zu steuern sei. Die »zweite industrielle Revolution« basiere nicht mehr auf einem Klassenantagonismus und könne deshalb die Grundlage für ein von sozialen Konflikten freies, unbeschränktes Wachstum materieller Produktion und Konsumtion bilden.

Zwei Jahrzehnte lang prägten technologischer Optimismus und Wachstumseuphorie die Haltung der westdeutschen Arbeiterbewegung. Alle Aspekte einer marxistischen Kritik an den kapitalistisch determinierten Produktivkraftentwicklungen nahmen sich vor dem Hintergrund dieses ideologischen Szenarios wie Relikte aus dem 19. Jahrhundert aus. Unter der Losung »Die Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer« beschränkten sich die Gewerkschaften auf die Felder der Sozial- und Einkommenspolitik, schien sich doch die Produktivkraftentwicklung im Selbstlauf und unwiderstehlich auf den Zustand einer krisenlosen »affluent society« zuzubewegen.

Aber auch im marxistischen Denken der Nachkriegszeit — und das gilt vor allem für die sozialistischen Länder — fand das Problem stofflicher Destabilisierung von Naturgrundlagen durch Produktionssteigerung und technisch-industrielle Eingriffe keine Berücksichtigung. Die ideologisch eingefahrene Formel, daß mit der sozialistischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse sich gleichsam alle produktivkraftbezogenen Probleme von selbst erledigen würden, wurde mit der »Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution«, wie sie etwa im sogenannten Richta-Report<sup>18</sup> vorgetragen wurde, fortgeschrieben. Zwar ermöglichte diese Theorie eine präzisere systematische Bestimmung von gesetzmäßigen Zusammenhängen zwischen technischem Fortschritt und Vergesellschaftungsprozessen, aber sie erwies sich — ebenfalls eingeschlossen in die Faszination enormer Produktivkraftsteigerungen — als unfähig, der »relativen Autonomie« ökologischer Prozesse gegenüber dem Charakter der Produktionsverhältnisse Rechnung zu tragen. Anders ausgedrückt:

Der materiell-technischen Basis sich entwickelnder sozialistischer Gesellschaften waren und sind stoffliche Faktoren ökologischer Krisen immanent, die sich nicht von denen im kapitalistischen System unterscheiden. Daß auch unter sozialistischen Systembedingungen wissenschaftliche Austauschprozesse zwischen Gesellschaft und Natur zu tendenziell katastrophalen Interventionen in die stofflich-energetischen Naturmilieus gesellschaftlichen Lebens führen können, wurde in den sozialistischen Ländern bis in die siebziger Jahre hinein als bürgerliche Verschleierungstheorie und antimarxistisches Dogma verworfen. Die seinerzeit zunächst heftige Polemik z.B. von Wissenschaftlern aus der DDR gegen den Bericht des »Club of Rome« über die »Grenzen des Wachstums« belegt die langanhaltende Immunisierung auch des marxistischen Denkens gegen eine Anerkennung der »Ökologiefrage«. <sup>19</sup> Erst in den letzten Jahren lassen sich Anzeichen für einen Einstellungswandel und eine zunehmende Bereitschaft feststellen, die fundamentale Bedeutung der Ökologiefrage auch für die Existenzfähigkeit des Sozialismus nicht mehr zu bestreiten und zum Gegenstand umfassender wissenschaftlicher Erörterung und politischer Gestaltung zu machen. <sup>20</sup>

Ähnliche Veränderungen sind im Spektrum der Linken in den kapitalistischen Ländern wahrzunehmen. Allerdings halten die von der Arbeiterbewegung und der Linken unternommenen Bemühungen weder hinsichtlich des Niveaus an Problembewußtsein noch hinsichtlich praktischer Handlungserfolge mit dem realen Problem- und Lastendruck der Naturzerstörung Schritt. Noch immer tendieren die strategischen Überlegungen im Spektrum der marxistischen und sozialistischen Kräfte zu einer Problemhierarchisierung, in der das Erfordernis einer radikalen gesellschaftlichen Umorientierung im Verhältnis zur Natur ökonomischen und politischen Modellen der Krisenbewältigung nachgeordnet wird. In nicht wenigen sozialistischen Diskursen über das Thema »Zukunft« bleibt die volle Gleichwertigkeit von Ökonomie und Ökologie lediglich ein Desiderat.

Ein letztes Beispiel für die unzureichende Verknüpfung von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen liefern die in jüngster Zeit von der SPD vorgelegten Konzepte zur »Ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft«. <sup>21</sup> Unter dem Druck dramatisch verschlechterter Umweltbedingungen werden hier einerseits weitreichende Umorientierungen der Produktionsweise angekündigt, die bis in die Grundfragen des Stoffwechselprozesses Mensch-Natur hineinreichen müßten. »Zukünftig muß Umweltvorsorge von Beginn an in alle Produktionsplanungen eingehen: von der Produktidee, über den Produktionsprozeß, den Produktverbrauch bis zur dann noch notwendigen Entsorgung. Durch politische Rahmenseetzungen muß die Minimierung von Rohstoffeffensatz, Energieeffensatz, Flächenverbrauch und Entsorgungsvolumen erzielt werden.« <sup>22</sup> Aber die dann im einzelnen erörterten Maßnahmen und Abhilfeprogramme vermögen die Einlösung dieser Ziele nicht annähernd zu garantieren. Solange die Ursachenfrage für den widersprüchlichen Charakter bisheriger menschlicher Produktivkraftentwicklung ausgespart bleibt — und zwar widersprüchlich in der Mensch-Mensch- wie in der Mensch-Natur-Relation —, solange sich dementsprechend die Lösungsvorschläge auf nachträgliche Technologiefolgen-Minimierung beschränken, wird ein grundlegender Ausweg aus der ökologischen Krise nicht in Sicht kommen. Einmal mehr drängt sich hier eine strategische Analogie für die Bewältigung der sozialen wie der ökologischen Frage auf: Reformen sind hier wie dort nützlich, notwendig, erkämpfenswert und überfällig; aber sie verlieren ihre Stoßrichtung, wenn sie nicht im klar ausgesprochenen, alle Richtungen des politischen Kampfes erfassenden Bewußtsein prinzipiell anderer, sozialistischer Produktions- und Lebensweisen erstritten werden.

## 6. Ansätze der Neuformulierung

Im Mittelpunkt des sozialistischen Denkens seit Marx über die Natur- und Ökologieproblematik hat bis in die Gegenwart das Theorem von der »Neutralität der (menschlichen) Produktivkraftentwicklung« gestanden. Aus jedem der beiden Hauptlager der internationalen Arbeiterbewegung, Sozialdemokraten wie Kommunisten, lassen sich zahlreiche Belege dafür anführen, daß beginnende Schwierigkeiten und Negativfolgen des Stoffwechselprozesses zwischen Mensch/Gesellschaft und Natur ausschließlich oder doch ganz überwiegend als Konsequenz innergesellschaftlicher Antagonismen, d.h. im Kern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse betrachtet wurden. Die bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts praktisch unbestrittene Prämisse der Technikneutralität hatte weitreichende Folgen für Analyse, Strategie und Ausrichtung der gesamten sozialistischen Bewegung; sie bedarf ihrerseits wiederum einer historisch-materialistischen Erklärung, die als Ausgangspunkt für das Zustandekommen des heute erforderlichen tiefgreifenden Bewußtseinswandels heranzuziehen ist.

Die einfachste Konsequenz läßt sich folgendermaßen umreißen: Wenn die Entwicklung der Technik (von Werkzeugen, Arbeitsinstrumenten etc.) wie der Wissenschaften, für sich genommen »in die richtige Richtung« weist und den Menschen automatisch näher aus dem »Reich der Notwendigkeit« an das »Reich der Freiheit« heranführt, dann sind alle Probleme im Umgang damit solche ihrer gesellschaftlichen Beherrschung. Die Fragen der Technik, die Formen des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur gehen auf im politischen Kampf um die Macht. Die gleichen technischen Verfahren, wie etwa die Erzeugung von Elektrizität aus Kernkraftwerken, perfektionieren unter kapitalistischem Vorzeichen den Ausbeutungszusammenhang und stehen unter sozialistischen Vorzeichen »im Dienste des Menschen«.

Die offenkundige Unhaltbarkeit einer solchen Position hat in jüngster Zeit vielfach zu ihrer bloßen Umkehrung geführt. Die Technik ist nicht nur nicht neutral, sondern sie bewirkt schon aus ihren eigenen Gesetzen heraus die Zerstörung von Natur und damit letztlich auch der menschlichen Lebensgrundlagen. Nicht die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse entscheiden über den Charakter der Technik, sondern diese ist sich selbst überlassen zerstörerisch. Auf das Theorem der Technik-Neutralität antwortet jenes der Industrialismuskritik. Spielarten davon sind die Ablehnung aller Arten von Großtechnologie, der Ruf nach »kleinen Einheiten« unabhängig von der Effizienz der dabei anwendbaren Verfahren usw. Steht der Fortschrittsbegriff landläufig im Schatten der These von der Neutralität der Produktivkraftentwicklung, so antwortet die Gegenthese damit, daß sie den Fortschrittsgedanken schlechthin in Abrede stellt. Ließ sich traditionelles sozialistisches Denken dazu verleiten, die Abfolge der menschlichen Gesellschaftsformationen für die Verkörperung unhinterfragten und unhinterfragbaren Vorankommens der Geschichte zu erklären, so wird jetzt das Prinzip Fortschritt oder Hoffnung überhaupt bestritten.

These wie Gegenthese sind jedoch gleichermaßen unzulänglich. Weder ist das Problem, in wessen Interesse die Produktiv- oder Destruktivkräfte auf einem gegebenen Stand eingesetzt werden, irrelevant, wie die Industrialismuskritik herkömmlicher Art behauptet, noch kann die innergesellschaftliche Umwälzung der Produktionsverhältnisse allein das Verhältnis Mensch-Natur sanieren. Beruht die These von der Technikneutralität auf einer anthropozentrischen Überschätzung der vom Menschen geschaffenen »Kunstwelt« (Labriola) gegenüber der sie tragenden und einbindenden Natur, so legt die Gegenposition ein gebrochenes Verständnis über die Vergesellschaftungsfähigkeit des Menschen in einem na-

turverträglichen Sinne zugrunde. Marx und Engels haben zwar erkannt, daß der Kapitalismus beide Springquellen des Reichtums, die Natur und die menschliche Arbeitskraft zugrunde richtet. Aber die sozialistische Theorie hat sich seither ganz überwiegend auf die Befreiung der letzteren konzentriert und die Regulierung ihres gegenseitigen Verhältnisses ausgespart. Das war hinnehmbar (wenn auch immer schon problematisch), solange Tiere und Pflanzen, die auf »Erde, Wasser, Luft und Feuer« aufgebauten natürlichen Systeme in ihrem Fortbestand dem menschlichen Eingriff nicht oder doch nur marginal unterlagen. Seit Jahrzehnten ist diese Grenze jedoch vielfältig durchbrochen. Seitdem greift jede Stellungnahme zur Technik, gleichviel in welcher gesellschaftlichen Organisation, zu kurz, ja wirkt problemverschärfend, die nicht bereit ist, menschliche Bedürfnisbefriedigung mit der in allen ihren Formen als Eigenwert begriffenen natürlichen Umwelt zum Ausgleich zu bringen. Nur soweit sich Technik und Produktivkräfte zweifelsfrei in die Perspektive menschlichen »Friedens mit der Natur«<sup>23</sup> einfügen, ist unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ihre Entfaltung legitimiert und im Kapitalismus der Kampf um ihre soziale Kontrolle statt ihrer Beseitigung notwendig.

Alle Versuche, ökologische Perspektiven des Ausgleichs zwischen Mensch und Natur und sozialistische Zielsetzungen der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft getrennt voneinander oder nacheinander realisieren zu wollen, kollidieren bei dem erreichten Stand von Bevölkerungs- und Produktivkraftentwicklung mit elementaren Grenzen der vorhandenen Ressourcen. Aber auch umgekehrt gilt: Sollen Ökologie und Ökonomie dauerhaft in einer sozialistischen Perspektive integriert werden, müssen sämtliche Produktions- und Lebensweisen der Menschen, und zwar in allen Teilen der Welt, in den hierfür notwendigen Veränderungsprozeß einbezogen werden.

Anknüpfungspunkte dazu ergeben sich aus den folgenden Merkmalen der Gegenwarts-situation:

- Die ökologischen Krisenerscheinungen und Katastrophen erweisen sich zunehmend als allgegenwärtig. Das Aussteigen oder Abkoppeln einzelner Regionen, Nationen oder Klassen aus der Betroffenheit von Störungen in der Mensch-Natur-Beziehung ist nicht dauerhaft zu realisieren. In der Folge ergibt sich daraus aber auch die Chance zu neuen sozialen Bündnissen. Je deutlicher sich herausstellt, daß die kollektive Blindheit menschlichen Handelns gegenüber der Natur nicht in der Logik von Produktionsverhältnissen zu durchbrechen ist, die sich allein nach den Gesetzen maximaler Verwertung der in Kapitalform vergegenständlichten menschlichen Arbeit regulieren, um so mehr sind für den »neuen historischen Block« einer alternativen, sozialistischen Gesellschaftsordnung auch solche Kreise und Schichten erreichbar, die sich bisher auf die Seite ungebrochenen privatwirtschaftlichen Wachstumsdenkens geschlagen haben.
- Die Vergeudung natürlicher und menschlicher Ressourcen wird in keinem Bereich offensichtlicher als in jenem der gigantischen Ausgaben für militärische Rüstung und der hiervon ausgehenden Bedrohungen. Selbst dort, wo über die Ursachen und Antriebskräfte des Rüstungswettlaufs noch keine wirkliche Übereinstimmung zu erzielen ist, wird die Notwendigkeit des rückhaltlosen Eintretens für Frieden und Abrüstung zunehmend als ein übergreifendes, überlebenswichtiges Menschheitsinteresse erkannt.
- Je mehr die Natur- und Ökologiefrage zur Feststellung nötig, daß sämtliche Aspekte des menschlichen Stoffwechselprozesses mit der Natur im Hinblick auf ihre Lebensverträglichkeit zu überprüfen und in vielen Fällen einschneidend zu verändern sind, um so mehr wird das Erfordernis langfristig geplanter Umstellungen, rationalen Abwägungskönnens zwischen menschlichen Bedürfnissen und Natureingriffen hervortre-

ten. Der Ausgleich von Ökonomie und Ökologie, unmittelbaren Interessen an den bestehenden Arbeitsplätzen und Umwelterfordernissen, politisch gewendet: das Bündnis zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen verlangt gerade in den hochindustrialisierten westlichen Ländern ein gemeinsames, systemüberschreitendes »sozialistisches Projekt«; es wird hierdurch seinerseits aber auch auf die Tagesordnung der realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gesetzt.

- Führt die ökologische Krise im nationalen Rahmen zur Notwendigkeit rot-grüner Synthesen und Zusammenarbeit, so entspricht ihr im internationalen Maßstab das Erfordernis, die bisherigen Strategien für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Überwindung ungleichen Tauschs und Ressourcenrückflusses vom Norden in den Süden, um eine ökologische Dimension gleichen Ranges zu erweitern. Die globale Wirklichkeit der Gegenwart zwingt zu veränderten, komplizierteren Lösungsansätzen, macht sie jedoch auch im Sinne der Bewältigung alter und neuer Menschheitsaufgaben unentzerrbar.

### Anmerkungen

- 9 Wladimir I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin/DDR 1978, 513; vgl. auch J.B. Berchin: Geschichte der UdSSR 1917-1970, Berlin/DDR 1971, S.222
- 10 Vgl. Karl-Hermann Tjaden: Was heißt: Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse? Ein Ansatz antikapitalistischer Politik; in: BdWi-Forum 53/54, 1983, S.39
- 11 Vgl. Gunnar Stollberg: Die Rationalisierungsdebatte 1908 -1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt/New York 1981, S.130ff.
- 12 Vgl. Peter Hinrichs/Lothar Peter: Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1976, bes. S.77-109
- 13 Vgl. z.B. Fritz Tarnow: Warum arm sein? Berlin 1928; Ludwig Preller: Fließarbeit und Planwirtschaft; in: Sozialistische Monatshefte, 64/1927; Richard Seidel: Die Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses; in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, hrsg. von R. Hilferding, Bd. 2, Berlin 1926; ADGB (Hrsg.): Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, 2. Aufl., Berlin 1926
- 14 Vgl. Otto Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg, Bd. 1 (= Rationalisierung — Fehlrationalisierung), 1931 abgedruckt in: ders., Werkausgabe, Bd. 3 (1976), S.719-914
- 15 So heißt es etwa zum Abschluß seiner Skizze der neuen industriellen Verfahrenstechniken: »Die technologische Arbeitslosigkeit — so nennen die Amerikaner die Freisetzung der Arbeiter durch die Maschine — wird zum Schicksalsproblem des Zeitalters. Dieselben Massen, die von lebendigstem Interesse für die Technik erfüllt sind, fürchten die Technik als die grausame Macht, deren Wachstum sie um Arbeit und Brot bringt. Die Generation, die so stolz auf ihre technischen Leistungen ist, zittert vor ihren Wirkungen. Das Zeitalter ist zerklüftet im zwiespältigen, schreiend widerspruchsvollen Verhältnis zu seinen Errungenschaften.« (Bauer, a.a.O., S.772)
- 16 Vgl. bes. den 2. Band von Adlers »Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung«, der 1930 unter dem Titel »Natur und Gesellschaft« erschien (Neudruck: Wien 1964).
- 17 Vgl. im folgenden Fritz Sternberg: Die zweite industrielle Revolution (= Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 27), o.O. (Frankfurt), o.J. (1956).
- 18 Vgl. z.B. Radowan Richta: Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Möglichkeiten der modernen Zivilisation, Prag 1968.
- 19 Vgl. z.B. die Dissertation von Gerhard Würth: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Bremen 1984.
- 20 Vgl. neuerdings J. Bestushew-Lada: Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für die Zukunft, Freiburg 1984; Wadim Sagladin/Iwan Frolow: Globale Probleme der Gegenwart, Berlin/DDR 1982.
- 21 Vgl. das »SPD-Projekt 'Arbeit und Umwelt'«, in: Politik, aktuelle Informationen der SPD, Nr. 16, 1984 und »Für eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft«, Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion; in: Politik, Nr. 7, 1985.
- 22 »Ökologische Modernisierung«, a.a.O., S.4.
- 23 Die Formel »Frieden mit der Natur« als menschliche Gattungsperspektive hat erstmals im SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1983 eine größere Öffentlichkeit erreicht; eine naturphilosophische Begründung, die erklärmaßen auf idealistischen, nicht-sozialistischen Positionen beruht, erfährt sie in der Arbeit von Klaus-Michael Meyer-Abich (»Frieden mit der Natur«). Uns scheint der Begriff trotz seiner Unschärfen und der zweifellos notwendigen anderen sozialistischen Einbindung eine zutreffende Richtungsangabe zu enthalten.

Michael Heine

## Weiterbildungsprogramme — eine Waffe gegen Arbeitslosigkeit?

Bekanntlich lehnt die Bundesregierung jede Art Beschäftigungsprogramm mit dem Hinweis auf eine angebliche Unwirksamkeit strikt ab.<sup>1</sup> Statt dessen setzt sie — und mit ihr zahlreiche Bundesländer und Kommunen — auf »Qualifizierungsoffensiven«<sup>2</sup> als einem relevanten Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit. In diesem Kontext verblüfft, daß z.B. die SPD oder der DGB die arbeitsmarktpolitische Bedeutung derartiger Weiterbildungsmaßnahmen nicht grundsätzlich in Zweifel ziehen. Ihre — oft heftige — Kritik richtet sich lediglich gegen die konkreten Modalitäten der jeweiligen Programme. Daß diese Distanz nicht ausreicht, soll im folgenden am Beispiel des Programms zur Förderung der Weiterbildung für Berlin (West) herausgearbeitet werden. Allerdings sind die prinzipiellen Einwände gegen dieses Programm der Weiterbildung als Alternative zu einer aktiven Beschäftigungspolitik verallgemeinerbar.

Der Senat von Berlin begründet die Notwendigkeit dieses Programms mit »dem Problem, daß sich die erfreulich günstige Beschäftigungsentwicklung in Berlin nicht in einem entsprechenden Abbau der Arbeitslosigkeit auswirkt. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß ... viele Berliner Arbeitslose nicht genügend ausgebildet sind, um die angebotenen offenen Stellen zu besetzen. Die eingeleitete Aufwärtsentwicklung der Berliner Wirtschaft ist gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, die Qualifikationsvoraussetzungen in Berlin entscheidend zu verbessern.«<sup>3</sup>

Gegen die Vermutung, fehlende Qualifikationen der Arbeitslosen begründen erstens zumindest teilweise die Massenarbeitslosigkeit und zweitens haben sie sich zur »Wachstumsbremse« und damit erneut zum »Gaspedal« für Unterbeschäftigung entwickelt, sind — diplomatisch formuliert — erhebliche Bedenken anzumelden.

Implizit basiert diese Konzeption auf dem neoklassischen Theorieansatz, wonach die Ökonomie »marktwirtschaftlich verfaßter Gesellschaften« grundsätzlich krisenfrei sei. Sie könne nur »aus der Bahn« geworfen werden durch marktwidrige, exogene Anstöße wie zu hohe Löhne, staatliche Bürokratien, falsche Geld- bzw. Wirtschaftspolitik. Störungen endogener Natur werden in diesem Theorieentwurf als zeitlich bedingte Anpassungsschwierigkeiten an veränderte Rahmenbedingungen, als Friktionen auf dem Pfad zum erneuten Gleichgewicht interpretiert. Als ein Beispiel für marktendogene Friktionen können die in Relation zu den sich stetig verändernden technologischen Produktionsgrundlagen zu starren, »veralteten« Qualifikationsprofile der Erwerbstätigen angesehen werden. Ihre Fertigkeiten sind nicht kongruent mit den Anforderungen, wie sie durch die modernen Produktionsmittel vorgegeben werden. Daher weichen die »Grenzkosten für den Produktionsfaktor Arbeit« ab von den erwarteten »Grenzerlösen«. Einstellungen (bzw. Weiterbeschäftigungen) werden unrentabel; der »Produktionsfaktor Arbeit« limitiert die Produktion und ist verantwortlich für eine vorübergehende Arbeitslosigkeit. Verdienstvoll würde in dieser Situation jener Staat handeln, der diese Reibungsverluste etwa durch eine Qualifizierungsoffensive zu minimieren wüßte und ansonsten den »Marktkräften« Geltung verschaffen würde.

Dieses Konstrukt vermag weder empirisch noch theoretisch zu überzeugen. Seine Grenzen lassen sich anschaulich an der ökonomischen Entwicklung der 60er Jahre zum Beispiel in West-Berlin illustrieren. Die Situation der Vollbeschäftigung zu Beginn jener De-

kade erschwerte es den Unternehmern, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Dennoch konnte dieses Problem das wirtschaftliche Wachstum nicht begrenzen. Es wurden reale Sozialproduktsteigerungen bis zu knapp 10 Prozent (1960) in Berlin (West) realisiert. Und dieses Wachstum verlief durchaus nicht kontinuierlich, gleichsam vorab berechenbar. 1967 etwa sank das reale Bruttosozialprodukt um 0,1 Prozent; bereits ein Jahr später stieg es um 7,3 Prozent und 1969 erhöhte es sich erneut um 7,8 Prozent. Obwohl in beiden Jahren die Zahl der offenen Stellen deutlich höher lag als die der Arbeitslosen, also der Arbeitsmarkt statistisch erschöpft war, blieb der Arbeitsmarkt der passive, der auf die Produktionsanforderungen reagierende Markt. Wie ist das zu erklären?

Die Unternehmen mobilisierten mit Hilfe des Staates die »industrielle Reservearmee«. Hausfrauen oder ausländische Arbeitskräfte wurden beschäftigt — obwohl deren Qualifikationsstruktur nur im Ausnahmefall der unternehmerischen Nachfrage entsprach. Im Extrem: Der Kollege aus Anatolien, sechs Jahre Grundschulbesuch, ohne betriebliche Ausbildung und deutsche Sprachkenntnisse, konnte in den Produktionsprozeß integriert werden. Die vollen Auftragsbücher und die hohen Profiterwartungen lockerten die unternehmerischen Anspruchshaltungen an die Qualifikationsprofile. Die erforderlichen Aus- und Weiterbildungskosten lagen unterhalb jener Profiteinbußen, die eine Weiterbildungsabstinz mit der Folge geringerer Produktion mit sich gebracht hätten. Der Arbeitsmarkt folgte der Warenproduktion und diese den Verwertungsbedingungen des Kapitals!

Eine theoretische Konzeption, die entgegen allen empirischen Befunden davon ausgeht, daß die Angebots- und Nachfragekonstellationen auf dem Arbeitsmarkt das Niveau der Warenproduktion und die Gewinnmargen der Unternehmer determinieren, stellt die Realität schlicht auf den Kopf. Seit Marx, spätestens aber seit Keynes wissen wir, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals bzw. in der Lesart von Keynes das erwartete Verhältnis zwischen Zinsrate und Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, mithin die Vermögenmärkte über das Niveau an Warenproduktion und somit über die Quantität und Qualität der Beschäftigungsverhältnisse entscheiden — wenn wir in diesem Kontext einmal von den Resultaten des ökonomischen und politischen Kampfes der Arbeiterbewegung absehen. Mit einer solchen theoretischen Basis sind sowohl die Arbeitsmarktbewegungen der 60er Jahre als auch die aktuellen Erscheinungen der Massenarbeitslosigkeit kompatibel. In dem seit einigen Jahren hohen Niveau der Arbeitslosigkeit spiegelt sich gerade die Wachstumsschwäche der Produktionssphäre wider. Für den langfristigen, überzyklischen Trend ergeben sich für Berlin (West) die folgenden gerundeten Zahlen: Während in den 50er Jahren das durchschnittliche jährliche Wachstum noch etwa 8 Prozent betrug, belief es sich in der folgenden Dekade auf ca. 4 Prozent. In den 70er Jahren halbierte es sich erneut. Und auch seit 1980 hat sich an diesem Trend nichts geändert. Das Inlandsprodukt wuchs durchschnittlich um etwa 1,5 Prozent — trotz einer dreijährigen »Prosperitätsphase«. Die Zahlen des westdeutschen Sozial- bzw. Inlandsprodukts weisen hierzu keinen grundsätzlich anderen Trend auf.

Gleichwohl sollen in einer Situation hoher Massenarbeitslosigkeit und niedriger Wachstumsraten vermutete Qualifikationsdefizite die ökonomische Aufwärtsentwicklung gefährden? Diese Vision wäre nur plausibel zu begründen, wenn es gegenwärtig einen akuten Facharbeitermangel gäbe. Aus den Zahlen des West-Berliner Landesarbeitsamtes<sup>4</sup> kann er nicht abgeleitet werden, so daß auch eine Begründung für eine Qualifizierungsoffensive entfällt. Die empirischen Daten belegen eher einen Qualifikationsüberschuß als einen -mangel. 27.246 qualifizierten Arbeitslosen (»Facharbeiter« und »Angestellte mit gehobener Tätigkeit«) standen 2.947 offene Stellen gegenüber. Auch eine stärkere Dis-



aggregation der Zahlen ergibt kein anderes Bild: Aufgesplittet nach den 40 — statistisch ausgewiesenen — Berufsabschnitten liegt die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter immer über der der offenen Stellen; bei den »Angestellten mit gehobener Tätigkeit« ist dies in 39 Berufsabschnitten so. Lediglich bei den »Bauberufen« übersteigt die Zahl der offenen Stellen die der Arbeitslosen um ganze vier. Dafür die öffentlichen Debatten um einen Facharbeitermangel? Dafür Fortbildungsprogramme?

Nun fehlt es nicht an Versuchen, einen Facharbeitermangel dennoch empirisch zu begründen. Da derartige Begründungen nicht auf Berlin (West) beschränkt sind<sup>5</sup>, sollen *exemplarisch* Hauptschwächen derartiger Studien an einem Beispiel skizziert werden.<sup>6</sup>

Ein zentrales Problem durchzieht alle Studien wie ein roter Faden: Wie soll der Begriff des Facharbeiters bzw. der Fachkraft so definiert werden, daß er zum einen operationalisierbar bleibt und zum anderen die relevanten Qualifikationsaspekte adäquat erfaßt? Wird etwa der formale Aspekt des erfolgreichen Berufsausbildungsabschlusses als entscheidendes Kriterium genutzt, so läßt sich damit weder der reale *betriebliche* Einsatz dieser Lohnabhängigen — die ausgebildete Einzelhandelskauffrau arbeitet als ungelernete Packerin in der Industrie — noch eine eventuelle Diskrepanz zwischen den erworbenen, von den abhängig Beschäftigten angebotenen und den geforderten, von den Unternehmern nachgefragten Qualifikationsprofilen bemessen. Koppelt man den formalen Aspekt der Berufsausbildung mit dem realen Einsatz im Betrieb, dann bleibt immer noch offen, ob dieses Beschäftigungsverhältnis dessen ungeachtet eine betriebliche Notlösung darstellt, da anders qualifizierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht auffindbar waren. Ein Versuch, dieses objektive Problem zu umgehen, besteht darin, den Begriff der Fachkräfte »universell« zu deuten und damit gleichsam grenzenlos auszudehnen. Er ist dann z.B. definiert durch »eine relative große *Qualifikationsbreite* und *Flexibilität*?« »Zum einen muß der Arbeiter in der Lage sein, jeden Tag a) viele verschiedene Spezialschrauben herzustellen, zum anderen gibt es b) keine funktionale Arbeitsteilung zwischen Maschineneinrichtern und Maschinenbedienern. Der Arbeiter muß für jeden Auftrag selber neu einrichten und auch bedienen können ... Drittens sollen die Maschinenarbeiter möglichst in der Lage sein, je nach Auftrag c) verschiedene Maschinen zu bedienen.«<sup>7</sup> Und »wegen der vielfältigen Qualifikationsanforderungen, die quer zu den anerkannten Berufsbildern liegen, lohnt sich die Ausbildung in einem spezialisierten Ausbildungsberuf ... nicht.«<sup>8</sup>

Ist es aber dann noch legitim, vom Facharbeitermangel zu reden, wenn die Unternehmer keinen universellen Allround-Fachmann auf dem Arbeitsmarkt finden? Sicherlich nicht. Mit der gleichen Berechtigung könnte so einem Maschinenmangel das Wort geredet werden, da nach wie vor die Erfindung jener bekannten »Megamaschine« auf sich warten läßt.

Einen anderen Weg schlugen Irnich und Knigge ein. Sie wandten sich an einzelne Unternehmer mit der Frage »Wieviel Prozent Ihrer Facharbeiterstellen sind z.Zt. nicht (bzw. mit weniger qualifizierten Kräften) besetzt«<sup>9</sup>, um so das »Ausmaß des subjektiv erfahrenen Facharbeitermangels«<sup>10</sup> zu erfahren. Fazit: Grob zusammengefaßt sollen 10 Prozent der Facharbeiterstellen vakant bzw. falsch besetzt sein. Damit läge West-Berlin deutlich über dem Durchschnitt des Bundesgebietes.<sup>11</sup>

Allerdings vermag auch dieser Weg der Erfassung eines vermuteten Facharbeitermangels nicht zu überzeugen. Denn wenn Arbeitsplätze mit »weniger qualifizierten Kräften besetzt« werden können, warum sind es dann Facharbeiterstellen? Wodurch ist der Begriff definiert; wodurch ist er eingegrenzt? Die Bandbreite möglicher Antworten auf die

Frage nach einem *subjektiv* erfahrenen Facharbeitermangel ist jedenfalls so weit, daß der subjektiven Beliebtheit der Beantwortung Tür und Tor geöffnet ist.

Zumindest hätte man erwarten dürfen, daß die Ergebnisse der Befragung kritisch etwa mit Hilfe der Betriebsräte überprüft worden wären. Die Bedeutung derartiger Überprüfungen, insbesondere in Regionen, in denen, wie Irnich und Knigge zurecht konstatierten, die »Diskussionen ... in Wissenschaft und Politik in den vergangenen Jahren um strukturelle Besonderheiten des Berliner Arbeitsmarktes geführt wurden«<sup>12</sup> — und zwar äußerst intensiv geführt wurden —, liegt nahe, da vermutet werden kann, daß die Befragungsergebnisse nicht stochastisch unabhängig von eben der vorab intensiv geführten Diskussion sind. Dies mag an einem Beispiel verdeutlicht werden. Eigene Gespräche mit dem Mitglied der Geschäftsleitung des Siemens-»Fernschreiberwerkes« erbrachten zunächst die bekannte Facharbeitermangel-Klage. Im Beisein des Betriebsrates gestand die Geschäftsleitung dann ein, daß zur Zeit *keine* Arbeitskraft — unabhängig von jeder Qualifikation — eingestellt würde.

Nicht bestritten wird, daß einzelne Unternehmer *spezifische* Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nur bedingt finden. Häufig werden in diesem Kontext CNC-Maschinenbediener genannt. Basisqualifikation für diese Tätigkeit bringen ausgebildete Dreher und Fräser mit. In der Stadt waren 580 Dreher bzw. Fräser arbeitslos. Ihnen standen 38 offene Stellen gegenüber. Warum werden sie nicht eingestellt und für die neue Tätigkeit eingearbeitet? Oder: »Noch nicht ein Drittel der Unternehmen, die Personalmangel bei sich feststellen, geht mit eigenen Qualifikationsanstrengungen dagegen vor.«<sup>13</sup> Ähnlich sieht das Ausbildungsverhalten der Betriebe der Stadt aus. Die Ausbildungsquote liegt deutlich unterhalb vergleichbarer Agglomerationsräume<sup>14</sup> und orientiert sich qualitativ nicht an den vermeintlich defizitären Qualifikationen. Wie ist diese Personalpolitik der Unternehmungen zu erklären?

Irrational wäre dieses einzelwirtschaftliche Verhalten nur, wenn die »Grenzerträge«, die dem höheren Bildungsniveau entsprächen, größer wären als die »Grenzkosten« zusätzlicher betrieblicher Ausbildung. Ein derart irrationales Verhalten kann indes der Mehrzahl der Betriebe nicht unterstellt werden; die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Einzelkapitalen erzwingen eine betriebswirtschaftliche Rationalität der Entscheidungen. Dann aber ist es offensichtlich profitabler, nicht aus- und weiterzubilden. Das heißt, anspruchsvolle Qualifikationsprofile mögen zwar — wegen der verursachten Kosten — knapp sein, doch bezogen auf den Produktionsprozeß sind sie ausreichend.

Mit der öffentlichen Propagierung einer »Qualifizierungsoffensive« greifen die Bundesregierung und der Senat von Berlin (West) das Argument vom Facharbeitermangel auf. Berufliche Weiterbildung soll wieder stärker gefördert werden, nachdem man sie als »Konsolidierungsoffer« insbesondere in den Krisenjahren 1975/76 und 1982 im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zur Bedeutungslosigkeit zurückgestrichen hat. Jetzt sollen, nachdem viele Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, die dadurch entstandenen Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für eine »Qualifizierungsoffensive« genutzt werden. Die noch bestehende Zurückhaltung, Gelder der Arbeitsverwaltung für ausschließlich im betrieblichen Interesse liegende Maßnahmen einzusetzen, wird allmählich aufgeweicht, ohne daß eine gleichzeitige öffentliche und insbesondere gewerkschaftliche Kontrolle über die Mittelverwendung geplant ist.

Einzelne Bundesländer, allen voran der West-Berliner Senat, gehen dazu über, direkt im betrieblichen Interesse liegende Aus- und Weiterbildungsaktivitäten zu fördern. Sehen wir uns also dieses Programm genauer an. Es sieht vier Teilprogramme vor, von denen le-

diglich das erste sofort realisiert werden soll. Besonderes Interesse verdient insbesondere jener Teil, der gegenwärtig noch *nicht* in Angriff genommen werden soll: das »Programm zur Qualifizierung von Arbeitslosen für neue Facharbeitsplätze in Berlin«. <sup>15</sup> Begründung: Dieser Programmteil könne erst dann durchgeführt werden, »wenn mehr Informationen über die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen und den Qualifikationsbedarf in Berlin vorliegen. Das in Auftrag gegebene Gutachten [beim DIW; d. Verf.] muß also abgewartet werden.« <sup>16</sup> Wenn aber nicht einmal der Qualifikationsbedarf der Unternehmen bekannt ist, was sollen dann die öffentlichen Klagen über einen Facharbeitermangel, der gar in der Lage sein soll, dem Aufschwung »den Hahn abzudrehen«?

Die aktuell zu realisierenden Programmteile lassen sich, vereinfacht, zu vier Komplexen bündeln. Erstens sollen Informationen an entsprechende Adressaten (Arbeitslose, abhängig Beschäftigte, Unternehmen, Verbände etc.) vermittelt werden. Hierzu zählen Maßnahmen, die von einer public-relation-Kampagne mit Hilfe des *Kabelpilotprojektes* über eine Qualifizierungsbörse für Interessierte bis hin zu einem Europäischen Weiterbildungskongreß oder der Erstellung von Lehrmaterialien für die berufliche Weiterbildung reichen. Zweitens werden Subventionen insbesondere an Klein- und Mittelbetriebe gezahlt, sofern die so verausgabten Steuergelder für die Weiterbildung *bereits beschäftigter* Arbeitskräfte verwandt werden. Hierzu zählen Weiterbildungsprojekte etwa für Führungskräfte oder betriebliche Ausbilder. Es handelt sich demnach schlicht um Lohnsubventionen. Drittens sollen in außerbetrieblichen Weiterbildungszentren Fertigkeiten an abhängig Beschäftigte (z.B. Außendienstmitarbeiter), Arbeitslose oder Hoch- bzw. Fachhochschulabsolventen — wie der Umgang mit CNC oder CAD/CAM, Marketing oder Kostenkontrolle — vermittelt werden, um sie so für die betriebliche Praxis besser vorzubereiten. Dies sind im Kern indirekte Lohnsubventionen. Und viertens werden »Expertengruppen« gebildet und staatlich finanziert, die Unternehmern bei betrieblichen Umstellungen und organisatorischen Arbeiten Hilfestellungen leisten sollen. Auch dies ist natürlich eine Form der Unternehmens-Subvention.

Derartige Maßnahmen machen den wesentlichen Inhalt des Programms aus. Es geht also im Kern *nicht* um die Schließung von Facharbeiterlücken, sondern um die Umverteilung von Steuermitteln an private Unternehmer, um eine weitere Form der Subventionszahlung. Von den etwa 40 Millionen DM<sup>17</sup>, die dieses Programm bis einschließlich 1990 kosten wird, werden mehr als 90 Prozent »den Unternehmungen und ihren Verbänden zugute kommen«. <sup>18</sup> Es ist demnach »kein Weiterbildungs-, sondern ein Unternehmerförderungsprogramm«. <sup>19</sup>

Doch auch der vierten Programmstufe, in der es um die Weiterbildung von Arbeitslosen gehen soll, ist insbesondere dann mit Skepsis zu begegnen, wenn sie als Alternative zu einem Beschäftigungsprogramm verstanden wird. Qualifizierungsmaßnahmen schaffen keine Arbeitsplätze. Sie intensivieren den Verdrängungsprozeß der weniger qualifizierten durch die höher qualifizierten Arbeitskräfte und verschärfen zugleich die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Fachkräften, wenn sie nicht auf einem Beschäftigungsprogramm als *Bestandteil* einer Vollbeschäftigungspolitik basieren. Die Segmentationsansätze im Bereich der Arbeitsmarkttheorie — die bekanntlich den Arbeitsmarkt je nach den Beschäftigungschancen der abhängig Beschäftigten in verschiedene Teilbereiche aufspalten — teilen mit den Neoklassikern die Illusion, daß »good workers« auch »good jobs« schaffen. <sup>20</sup> Diese Vermutung hat — wenn überhaupt — lediglich unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung eine gewisse Plausibilität. Dann nämlich könnte es eventuell für bestimmte Einzelkapitale profitabel sein, spezifisch qualifizierte Fachkräfte eine Zeitlang zu horten,

sofern sie auf dem Arbeitsmarkt nur schwer, also teuer zu finden sein sollten. Auch innerhalb dieser Logik schwinden mit zunehmender Arbeitslosigkeit die Gefahren eines teilweise erschöpften Arbeitsmarktes, so daß ein Horten zunehmend irrational wird. Eine derartige Situation liegt aber seit Mitte der 70er Jahre vor. Vor diesem Hintergrund laufen Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen auch für Arbeitslose Gefahr, zu einer weiteren Warteschleife, ähnlich den ABM oder den Berufsbildungsjahrgängen, zu verkommen.

Ein freundlicher *deus ex machina*, der die Arbeitslosigkeit abbauen hilft, wird so nicht gefunden. Aber die Arbeitslosenstatistiken werden geschönt.

### Anmerkungen

- 1 Daß diese Argumentation wenig stichhaltig ist, belegen unter anderem R. Hickel, J. Priewe, Ineffiziente Instrumente oder unzureichende Anwendung? Die Finanzpolitik von 1974-1984 auf dem Prüfstand, Bremen 1985.
- 2 Vgl. Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer, »Aus Bonn«, Nr. 115, November/Dezember 1985, S.4f.
- 3 Der Senator für Wirtschaft und Arbeit, Presseerklärung vom 19.12.1985, S.2.
- 4 Sämtliche folgenden Arbeitsmarktzahlen beziehen sich auf die Statistischen Mitteilungen des Landesarbeitsamtes, Berlin (West), Heft 4/85 vom März 1985, Struktur der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen in Berlin (West), Ende September 1984. Neuere Zahlen liegen zur Zeit nicht vor.
- 5 Die diesbezügliche Literatur ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen. Überblicke über Arbeitsmarkttheorien im allgemeinen und dem Facharbeitermangeltheorem im besonderen liefern z.B. C. Brinkmann u.a. (Hrsg.), Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1979; D. Garlichs u.a. (Hrsg.), Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt/M., New York, 1983; M. Bolle (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976
- 6 Beispielhaft soll die Kritik an der folgenden Studie entwickelt werden: W. Irnich, R. Knigge, Berliner Wirtschaft vom Standort geprägt? in: fhw-forschung Nr. 11, 2/85. Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich hierauf.
- 7 D. Garlichs, Qualifizierung im Betrieb als Mittel der Wachstumsförderung und Beschäftigungssicherung, in: D. Garlichs u.a. (Hrsg.), Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ... a.a.O., S.197f.
- 8 Ebd., S.199.
- 9 Irnich/Knigge, Berliner Wirtschaft, a.a.O., S.28.
- 10 Ebd., S.23.
- 11 Vgl. ebd., S.30ff.
- 12 Ebd., S.19.
- 13 Senator für Wirtschaft und Arbeit, Programm zur Förderung der Weiterbildung in Berlin, 8.
- 14 Vgl. C. Albrecht, G. Schmid, Beschäftigungsentwicklung und Qualifikationsstruktur in Berlin 1977-1983, discussion papers IIM/LMP 85-4 des Wissenschaftszentrums in Berlin (WZB), September 1985
- 15 Senator für Wirtschaft und Arbeit, Programm ... a.a.O., S.4.
- 16 Ebd., S.6.
- 17 Ebd., S. 29ff.
- 18 DGB, Berliner Nachrichten-Dienst vom 6.1.1986.
- 19 Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Senatsprogramm vom 3.12.1985, S.2.
- 20 Vgl. M. Bolle, Keynesianische Beschäftigungstheorie und Segmentierungskonzepte, in: C. Brinkmann (Hrsg.), Beiträge ... a.a.O., S.307.

Kurt Neumann

## »Für einen neuen Reformismus«

### Zu einigen Fragen im politischen Denken Peter v. Oertzens

Schon 1984 erschienen unter dem Titel »Für einen neuen Reformismus« in einem Buch zusammengefaßt acht von Peter von Oertzen in den Jahren 1980 bis 1984 verfaßte politische Texte. »Ihr gemeinsames Thema ist die Suche nach Möglichkeiten einer reformistischen demokratisch-sozialistischen Politik in der Bundesrepublik Deutschland« (7).

#### Kontinuität in der Veränderung

Eine Analyse dieses Buches in dieser Zeitschrift ist längst überfällig und lohnend zugleich; lohnend schon deshalb, weil es bei Peter von Oertzen eine Kontinuität politischen Denkens und Argumentierens gibt, die in weiten Teilen der Sozialdemokratie, auch ihrer Linken, selten geworden ist. Kontinuität ist dabei nicht zu verwechseln mit starrer Abgeschlossenheit, die gesellschaftliche Veränderungen und theoretische Weiterentwicklungen nicht zur Kenntnis nimmt. Kontinuität steht allerdings im Gegensatz zu einem geschichtslosen, immer aufs neue modernistische Springen von einem Standpunkt auf den nächsten; zu einer Verantwortungslosigkeit gegenüber dem eigenen Denken von Gestern und zu einer Beliebigkeit in der Bestimmung der Zukunftsperspektive.

So hat Peter v. Oertzen in der Grundsatzprogrammkommission der SPD wohl als einziger mit der notwendigen Deutlichkeit formuliert: »Die schwerste und längste Krise des Kapitalismus seit den 30er Jahren erweist die fortdauernde Instabilität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; der weitere Ausbau des Wohlfahrtsstaates stößt an ökonomische, soziale und politische Grenzen; die von vielen für überwunden gehaltenen imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus treten erneut mit Deutlichkeit hervor.« (Zit. n. einem Papier v. H.U. Klose) Im Festhalten an den grundlegenden analytischen Einsichten marxistischen Denkens und dem immer wieder erneuerten Bemühen, sich verändernde gesellschaftliche Entwicklungen geschichtlich wie systematisch auf den Begriff zu bringen, besteht trotz mancher Meinungsunterschiede im einzelnen ein so hohes Maß an Übereinstimmung mit Peter von Oertzen, daß es — gerade in seinem Sinne von produktiver Auseinandersetzung — im folgenden im wesentlichen darum gehen soll, bestimmte strategische Zentralaussagen zu hinterfragen und — wo nötig — ihnen auch offen zu widersprechen.

#### Ziel: Sozial(istisch)e Revolution

Peter von Oertzen definiert als Ziel: »Zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft ist es nötig, die bürgerlichen Eigentums- und Herrschaftsformen zu beseitigen, die parasitären Machteliten der kapitalistischen Gesellschaft abzuschüteln, die scheinbare Naturgesetzlichkeit des Kapitalwertungsprozesses zu durchbrechen, die Produktion nicht mehr am Automatismus der Marktkonkurrenz und dem Maßstab der Gewinnerzielung auszurichten, sondern an den konkreten Bedürfnissen der Menschen und insgesamt die riesenhaften ständig wachsenden materiellen und geistigen Möglichkeiten der Gesellschaft planmäßig und auf demokratische Art und Weise, d.h. durch die Gesamtheit für die Gesamtheit weiterzuentwickeln. Dies ist der soziale Inhalt der sozialistischen Revolution: die Sozialisierung oder Vergesellschaftung.« (16)

In diesem Zusammenhang unterscheidet von Oertzen zwischen *revolutionären* und *reformistischen* Prozessen, in denen die soziale Revolution sich verwirkliche (vgl. 13). Den »revolutionären Prozeß« versteht er nicht als einen notwendig gewaltsamen: »Dabei soll unter 'Revolution' nicht so sehr die politische Form (bewaffneter Kampf usw.) verstanden werden, als vielmehr der soziale Inhalt: Die rasche und radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.« (146)

### **Weg: Reformistischer Prozeß**

Hinsichtlich des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsformation sieht von Oertzen unterschiedliche denkbare Prozesse. Er bestimmt sein grundlegendes Selbstverständnis: »Die einzig sinnvolle Definition des Begriffs 'demokratischer Sozialismus' besteht darin, ihn auf die Wirklichkeit der historisch-politischen Bewegung zu beziehen und mit dem Begriff 'Reformismus in der Arbeiterbewegung' gleichzusetzen. Ich verstehe unter 'demokratischem Sozialismus' im folgenden also 'reformistischen' Sozialismus ... (...) Der Reformismus ist jene Form der sozialistischen Bewegung, die das Ziel des Sozialismus auf dem Wege demokratischer, gesetzlicher (legaler), friedlicher und schrittweiser Veränderung der Gesellschaft zu erreichen versucht.« (27)

Während in dieser grundlegenden Bestimmung »Reformismus« noch als eine besondere Strategie zur Verwirklichung des sozialistischen Ziels verstanden wird, löst sich im weiteren die »Strategie« vom Ziel und erfährt *der* Reformismus eine Breite und Vielfalt, die sich in drei unterschiedlichen Formen ausdrückt.

### **Reformismen mit und ohne sozialistisches Ziel**

1. »Der Reformismus als Träger eines sozialen demokratischen Wohlfahrtsstaates. Diese Form des Reformismus hat jeden Gedanken an eine tieferreichende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgegeben. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Marktwirtschaft, die parlamentarische Demokratie und der bürokratische Staat, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Werte in Erziehung, Kultur und sozialem Leben werden nicht in Frage gestellt.« (29f.)

2. »Der Reformismus mit dem Ziel der 'sozialen Demokratie', diese Form des Reformismus strebt im Gegensatz zu der vorgenannten eine tieferreichende Veränderung des Kapitalismus und eine 'neue und bessere Form der Gesellschaft'; den 'demokratischen Sozialismus' (Godesberger Programm) an. Zwar stellt auch diese Form des Reformismus die ökonomischen Grundstrukturen des Kapitalismus — Privateigentum an den Produktionsmitteln und Marktwirtschaft — nicht in Frage, will jedoch ihre gesellschaftliche Bedeutung durch direkte öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht (einschließlich der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien) und durch ökonomisch-soziale Planung einschränken.« (30f.)

3. »Der sozialistische Reformismus. Er ist nicht mehr und nicht weniger als die Verfolgung der vom Marxismus formulierten Ziele des Sozialismus auf dem spezifisch 'reformistischen' Wege: Demokratisch, gesetzlich, friedlich, schrittweise.« (32)

Nun mag man wohl anerkennen, daß die tatsächlich in der SPD vorhandenen Tendenzen sich durchaus in den drei genannten »Formen des Reformismus« definitorisch weitgehend erfassen lassen. Nur: Nach dem eigenen Verständnis des Autors können die beiden ersten sicherlich nicht in seinem Sinne als sozialistisch verstanden werden. Wenn jenseits

dieser Unterschiede gleichwohl die vorgeblich vom Ziel unabhängige Übereinstimmung im Weg als entscheidend zur Abgrenzung von »revolutionären« Positionen verstanden wird, besteht hinreichend Anlaß, noch einmal die Stimmigkeiten der »dritten Form des Reformismus« zu hinterfragen. Dabei ist entscheidend auf die Adjektive abzustellen, mit denen Peter von Oertzen die Abgrenzung vornimmt: »Demokratisch, gesetzlich, friedlich, schrittweise.«

### **Programmdebatte: Minimal-Konsum statt Bruch mit der Profitlogik**

Es ist heute unter marxistischen Sozialdemokraten, die sich nicht als Reformisten verstehen, unbestritten, daß sozialistische Umwälzungen gerade unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen von der breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen, also demokratisch sein müssen. Es besteht kein Gegensatz zu einer Vergesellschaftung der wesentlichen Produktionsmittel durch parlamentarische Gesetze auf der Grundlage demokratischer Mehrheitsentscheidungen. Schließlich gibt es niemanden, der nicht anstrebt, daß die Veränderungen friedlich stattfinden. Unsicherheit besteht allerdings, ob die Entmachtung des Kapitals von diesem demokratisch hingenommen wird, ob gesetzliche Maßnahmen akzeptiert werden und ob Friedlichkeit gewahrt wird.

Bleibt also das Kriterium: »schrittweise«. Hier könnte man es sich unzulässig leicht machen: Natürlich sind politische Veränderungsprozesse stets schrittweise durchzuführen, und zwar immer in der Form, daß der zweite Schritt nach dem ersten getan wird, und nicht umgekehrt. Wenn also die Definition einen Sinn machen soll, so doch nur, wenn der Autor damit meint, daß es bei schrittweisen Übergängen zwar in der Größe der Schritte Unterschiede geben könne, aber nicht in ihrer prinzipiellen Qualität, daß die »rasche und radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse« möglichst zu vermeiden sei.

Diese Position hat Peter von Oertzen dazu geführt, im Ergebnis letztlich Ziel und Weg auseinanderzureißen: Schon 1973 hat er zur Frage der »Vergesellschaftung aller Produktionsmittel« ausgeführt: »An sich und auf das sozialistische Ziel als solches bezogen, ist eine solche Forderung natürlich richtig. Nichts destoweniger ist sie als Punkt eines konkreten, auf die vor uns liegenden politischen Aufgaben bezogenen Programms unnützlich, ja geradezu schädlich.«

Hierzu ist zweierlei einzuwenden: Zum einen ist die pauschale Forderung nach Vergesellschaftung aller Produktionsmittel nicht schlicht »natürlich richtig«. Die Frage der Vergesellschaftung der kleinen, insbesondere der handwerklichen und bäuerlichen Produktionsmittel stellt sich nicht in dieser Form. Entscheidend ist die Durchbrechung des Profitprinzips, d.h. die Vergesellschaftung der zentralen Bereiche der Produktion, der Banken und der Versicherungen (Mindestschwelle der Vergesellschaftung). Andererseits kann eine Forderung nie prinzipiell richtig, aber aktuell schädlich sein. Notwendig ist nur, die Forderungen auch in zeitlicher Hinsicht strategisch richtig zu bestimmen und in ein Programm einzuordnen.

Dieses hat Konsequenzen für die aktuelle Programmdebatte. Die akuten Probleme der Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung wie der Hunger in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas machen schnelle gesellschaftliche Umwälzungen auch in den kapitalistischen Metropolen dringend erforderlich. Viel Zeit gibt es hier nicht zu verlieren. Peter von Oertzen hat recht, wenn er formuliert: »Es ist besser, ein gemäßigtes und unvollständiges Programm entschieden zu verfechten, als ein radikales vollkommeneres Programm halbherzig oder gar nicht.« (160) Nur war und ist das Problem der SPD nach Godesberg

ein anderes: Selbst die gemäßigten und unvollständigen Programme wurden in der Regierungspolitik oft halbherzig und meist überhaupt nicht umgesetzt.

### Einheit von Ziel und Weg!

Zu diskutieren bleibt die Frage, ob wir in der gegenwärtigen krisenhaften Situation nicht zugleich Sofortmaßnahmen vorschlagen und auf deren begrenzte Wirksamkeit hinweisen müssen. Können wir denn den Sozialismus zum »Fernziel« erklären oder gilt es, die Notwendigkeit und Aktualität des Sozialismus zu erkennen und in der Programmarbeit wie bei der Durchsetzung praktischer Reformschritte zu bedenken? Und: Trägt nicht ein »Reformismus«, dem der Sozialismus zum »Fernziel« oder gar zum »Endziel« wird, heute wie angesichts der katastrophenhaften Zuspitzung vor und nach dem 1. Weltkrieg zur Handlungsunfähigkeit der Sozialdemokratie bei? Vielleicht sollten wir alle noch einmal bei *Rosa Luxemburg* nachlesen: »Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzungen durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlage der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen: in dem Übergange einer Geschichtsepoche, einer Gesellschaftsordnung in eine andere. Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg *anstatt* und *im Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.« (Sozialreform oder Revolution?, in: Gesammelte Werke, Bd. 1, 1. Halbband, Berlin/DDR 1979, S.428f.)



## Diskussionsschwerpunkt: SPD-Wirtschaftsprogrammdiskussion

Harald Mattfeldt

### Zur Tagesordnung der politökonomischen Linken

#### 1. Die nächste Krise kommt bestimmt und bald!

Eine SPD-geführte Regierung hat in der Zeit von 1972 bis 1982 eine Versechsfachung der offiziell registrierten Arbeitslosen von jahresdurchschnittlich 246.000 auf 1,833 Millionen zugelassen. Dies hat der wirtschaftspolitischen Kompetenz der SPD und darüber hinaus der Linken in und außerhalb der SPD schwer geschadet. Für die SPD insgesamt liegt hier letztendlich die Ursache des Regierungsverlustes.

Es war nicht die Allmacht des kapitalistischen Krisengesetzes allein, die diese Steigerung verursachte. Ein rechtzeitiges, qualitativ wie quantitativ energisches wirtschaftspolitisches Gegensteuern unter dem *Primat der Reproduktion der Arbeitskraft* und nicht dem Primat der Logik des Gesamtsystems hätte solche Steigerungsraten bei der Arbeitslosigkeit verhindert. Die Instrumente hierfür stellt zum Teil das Stabilitätsgesetz zur Verfügung. Andere Instrumente hätten, abgesichert durch das Grundgesetz (Art. 109 »Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« sowie Art. 20 »Sozialstaatsgebot«) entwickelt werden können.

Von einem Bundeskanzler Rau bzw. einer sozialdemokratisch geführten Regierung ab 1987 ist zu fordern, daß sie die genannte Steigerung der Arbeitslosigkeit wenigstens zum Teil durch eine wirksame Beschäftigungspolitik rückgängig macht, mindestens aber die Arbeitslosigkeit in einer Legislaturperiode um *eine Million* vermindert. Die Grünen glauben, mit ihrem Umbauprogramm für die Industriegesellschaft in der gleichen Zeit zwei Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen zu können. Die Memorandumsguppe errechnet sogar in ihrem Gutachten (1986) zwei Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze in zwei Jahren. Es ist nicht möglich, diese Zahlen hier im einzelnen zu kommentieren. Jedenfalls geben sie Zielpunkte einer reformorientierten Wirtschaftspolitik an, die im Rahmen einer Diskussion um einen *Politökonomischen Minimalkonsens* (PÖM) zu berücksichtigen sind.

Wer die Diskussion um ein neues wirtschaftspolitisches Programm in der SPD verfolgt, kann nur feststellen, daß das qualitative und quantitative Niveau sowohl des Roth-Papiers wie der Beiträge etwa von Scharpf und Glotz, aber auch das Niveau der linken SPD-Diskussion noch in keiner Weise soweit gediehen ist, daß — wenn ab 1987 eine SPD-Regierung im Amt sein sollte — davon ausgegangen werden kann, daß sofort nach Regierungsantritt eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik betrieben werden könnte, selbst den besten Willen unterstellt. Die Aussagen vor allem im Roth-Papier, aber auch in der Antwort der »Frankfurter Linken« sind in zentralen Punkten viel zu vage, um kurzfristig unter *parlamentarischen und verwaltungstechnischen* Gesichtspunkten in Politik umsetzbar zu sein. Dies sind zwar »schnöde«, aber außerordentlich wichtige Fragen reformpolitischer Hardware, die — daß sollte doch das Beispiel Frankreich und das Ergebnis des Eintritts der Grünen in die Hessen-Regierung spätestens gezeigt haben — auch zur Erreichung linker Handlungskompetenz und damit stabilisierbarer »linker Hegemonie« gehört.

Wer es mit einem »Bundesbeschäftigungsplan 1987 bis 1991« ernst meint, muß *schon jetzt* für den Bereich eines reformorientierten Beschäftigungsprogramms entsprechende

Entwürfe für Gesetzesänderungen und Verordnungen formulieren, muß für die Rückgängigmachung des Sozialabbaus Gleiches tun, muß für ein Konzept der »Umverteilung von oben nach unten« konkrete Prozentsätze bei Steuertarifen usw. nennen.

Es darf auf keinen Fall bei der Formulierung von wirtschaftspolitischen Reformpaketen vernachlässigt werden, und zwar unter quantitativen wie qualitativen Aspekten, daß eine sozialdemokratisch geführte Regierung ab 1987 neben der Wendebelastung auch die nächste Krise erbt mit einer weiteren Potenzierung der Arbeitsmarktprobleme!

## 2. Linke Tagesordnungen

Ganz oben auf den Tagesordnungen der politökonomischen Linken in den letzten zwölf Jahren standen theoretische Themen, vor allem Versuche, Klarheit über die für unsere Zeit »richtige« Krisenanalyse zu schaffen. Die Krise seit 1974 wurde vielfach als Eintritt in eine neue Phase der BRD-Entwicklung angesehen. Die bürgerliche wie die marxistische Theorie brachten die langen Wellen wieder in Mode. Überhaupt wurde die Bedeutung der technischen Entwicklung als *Ursache* von Krisen und Massenarbeitslosigkeit wieder stark hervorgehoben. Unabhängig davon, ob diese Einschätzung einer »neuen Phase« in der Entwicklung des Kapitalismus geteilt wird, mußten für die Linke — die Konservativen und die rechten Sozialdemokraten haben dies umgehend getan — aus diesen Analysen praktisch-politische Konsequenzen folgen. Außer von der »sozial gesteuerten Innovation«, für die sich alle stark machen, von der aber niemand weiß, wie sie vollbeschäftigungskonform ohne gesamtwirtschaftliche Planung zu bewerkstelligen ist, konnten »neue« praktisch-politische, d.h. umsetzbare Konsequenzen dieser Analysen im Vergleich zu früheren Forderungen bis heute durch die Linke nicht oder nur ungenau benannt werden. Ähnliches gilt für andere Theorieergebnisse der Linken. Erinnert sei etwa an die um den Weltmarkt und die Weltschuldenkrise. Dies bestätigt erneut, daß es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Analyseebene und politischer Handlungsebene gibt.

Eine an den aktuellen Bedürfnissen der Lohnabhängigen vorbeidiskutierende Linke in den 70er Jahren, die zwar strategische Debatten um den Weg zum Sozialismus — vor allem zum »richtigen« — führte, konnte den durch die Krise und die zunehmend arbeitnehmerfeindliche Politik der sozialliberalen Koalition einsetzenden Erosionsprozeß der Reformpolitik der Vorkrisenperiode nicht aufhalten, sondern mußte ihn sogar verstärken. Wirtschaftspolitisch versuchte lediglich (ab 1975) die Memorandumsgruppe gegenzuhalten, wobei sie auch prompt nicht nur von rechts, sondern auch von links zahlreiche destruktive und eben nicht handlungsrelevante Kritik erfuhr. Noch auf der Frankfurter Tagung Anfang April 1986 wurde überwiegend nicht in Richtung auf einen handlungsorientierten Politökonomischen Minimalkonsens diskutiert, sondern wurden zeitaufwendig und teilweise in anderem Gewand die theoretischen und ideologischen Kontroversen der 70er Jahre wiederholt.

Die bisherige Tagesordnung der Linken in der Diskussion um ein neues wirtschaftspolitisches Programm der SPD ging nicht aus von einem schon entwickelten eigenen Konzept. Dies ist immer noch im Rahmen der PÖM-Diskussion an verschiedenen Stellen in Arbeit. Zum Roth-Papier gibt es noch keinen alternativen, vereinheitlichten Gegenentwurf der SPD-Linken. Neben den Wirtschaftspolitischen Leitlinien des »Frankfurter Kreises« liegen inzwischen zwei weitere Entwürfe aus Hessen-Süd und Ostwestfalen-Lippe vor, die unten kurz kommentiert werden. Die Diskussion um den PÖM ist deshalb wenig selbstbe-

stimmt. Die Linke arbeitet sich an Scharpfs Weltmarktszenarien, an immens produktiven SPD-Bundesgeschäftsführer, an seiner »antagonistischen Kooperation«, an der »vernünftigen Kapitalverwertung« und an den Vorgaben des Roth-Papiers ab. Solche Diskussionen sind wichtig zur Klärung der eigenen Positionen und haben einiges gebracht. Nur, sie haben auch erhebliche »beschäftigungstherapeutische« Effekte und verzögerten bisher die Durchformulierung und Verbreitung einer eigenen konsistenten alternativen Wirtschaftsprogramm, in deren Mittelpunkt eine konkretisierbare Reformkonzeption für eine »neue ökonomische Logik« stehen sollte. Von daher ist es höchste Zeit, wenn nicht schon zu spät, die linke Tagesordnung in der Weise zu ändern, daß ganz oben die Ergebnisse der bisherigen Diskussionen um den Politökonomischen Minimalkonsens stehen. Sie wären *Ausgangspunkt*, nicht Endpunkt für eine weitere Konkretisierung und Durcharbeitung eines wirtschaftspolitischen Reformpakets zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, daß *umgehend und offensiv in der Öffentlichkeit propagiert werden muß*. Damit dieses Vorhaben erfolgreich ist, müssen die einzelnen Programmpunkte in Zielen und Mitteln und zeitlichen Horizonten und damit verständlich für die Öffentlichkeit präsentiert werden. Hier gibt es naturgemäß größere Schwierigkeiten als bei den sozialdemokratischen Konzepten, die sich im wesentlichen an den Status quo anhängen, der immer schon einen großen Plausibilitätsbonus besitzt und sich in vorhandene konservative Vorurteilsstrukturen einzupassen versucht.

### 3. »Rück«gewinnung linker Hegemonie?

Wer sich die Einladung zum wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD vom 9./10. Mai ansieht und die dort aufgeführten Referentinnen und Referenten betrachtet, erfährt, daß die SPD-Linke bereits Terrain verloren hat. Aus der Einladungsliste läßt sich klar erkennen, daß sich in Hamburg mehrheitlich die »antagonistische Kooperation« und »vernünftige Kapitalverwertung« mit den Globalsteuerern ein Stelldichein gibt. Die Immunisierung zentraler Punkte des Roth-Papiers gegen Kritik durch seine Präsentation durch den Kanzlerkandidaten Rau (wer das Roth-Papier angreift, greift damit den Kanzlerkandidaten an) scheint schon vorprogrammiert. Gegenpositionen werden öffentlich weniger von der bundes-parlamentarischen Linken bezogen als etwa von Farthmann, der aber in Hamburg ebenfalls nicht als Referent oder Podiumsdiskutant auftritt.

Wenn das bis und nach dem Wahlprogrammparteitag im Herbst weiter für die SPD repräsentativ sein sollte, hat die SPD-Linke ein wichtiges Etappenziel des PÖM-Projektes — ihn bis zur Wahl 1987 in der SPD wirksam zu machen — nicht erreicht. Die Konsequenz wäre, daß nicht mit Beginn einer sozialdemokratisch geführten Regierung eine handfeste Wirtschaftspolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit betrieben werden wird und schon gar nicht erste Pflöcke für eine konsequente Reformpolitik eingeschlagen werden könnten. Die Rücknahme, wie notwendig auch immer, der AFG-Änderung und von Teilen des konservativen Sozialabbaus wäre allein noch keine gestaltende Reformpolitik in diesem Sinne. Erneut würde klar, daß es »linke« Hegemonie, zumal im wirtschaftspolitischen Bereich in der SPD nicht gibt, übrigens in der Geschichte der Sozialdemokratie der letzten dreißig Jahre auch nie in einem umfassenden Sinne, also für alle wichtigen Politikfelder gegeben hat. Insofern erstaunt die Aussage immer wieder, die sich in zig Beiträgen findet, die nach dem sozialdemokratischen Regierungsverlust 1982 geschrieben wurden, daß es nämlich um die »Rückgewinnung linker Hegemonie« in der derzeitigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung gehe. Wirtschaftspolitisch ist diese Kennzeichnung

der aktuellen Aufgabe der Linken gänzlich unzutreffend, selbst wenn von der (falschen) Gleichsetzung von »links« und »sozialdemokratisch« ausgegangen wird. Die Wirtschaftspolitik unter der sozialdemokratisch geführten Regierung war arbeitsmarktpolitisch wirklich nichts anderes als konzeptionslose Wurstelei.

Eine »linke Hegemonie« hat es in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung, also ohne die Periode 1945 bis 1949, nicht gegeben und in der SPD wirtschaftspolitisch seit 1952 auch nicht mehr, sondern bestenfalls für die kurze Periode von 1969 bis 1973 eine Art »Hegemonie der Reform«. Im Anschluß an die 68er Jahre war sie ideologisch-politisch bis in die SPD eingedrungen, die sie dann nach dem Gewinn der Wahl 1969 teilweise in politische Handlung umsetzte, und zwar insbesondere im Bereich der Bildungspolitik und der Außenpolitik, nicht aber im Bereich der tatsächlich betriebenen Wirtschaftspolitik. Und dies lag nicht allein am Koalitionspartner FDP.

Die politökonomische Linke in der SPD wurde nach Agartz systematisch marginalisiert bzw. ausgegrenzt. Der wirtschaftspolitische Teil des Godesberger Programms ist in seinen Grundlagen als Anpassungsleistung an die Erhardsche Marktwirtschaftskonzeption zu werten. Schillers Globalsteuerung, im Godesberger Programm festgeschrieben, ist keine Variante einer reformkeynesianischen Wirtschaftspolitik mit der Perspektive der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, sondern *sozialdemokratischer Neoliberalismus*. Die Versuche, nach der Regierungsbildung 1969 über die Diskussion der Möglichkeiten der Demokratisierung der Wirtschaft und über die Investitionslenkungsdebatte eine Änderung der Dominanz des im Prinzip neoliberalistischen Konzepts der Globalsteuerung zu erreichen, wurde handlungspolitisch nicht relevant. Im Orientierungsrahmen '85 finden sich zwar Ansätze. In der tatsächlich, insbesondere seit der Krise 1974 betriebenen Wirtschaftspolitik unter Helmut Schmidt war davon nichts zu spüren. Angesichts der Krise ab 1974 wurde klar, daß die Reform im immer noch vorherrschenden sozialdemokratischen Gesellschaftskonzept nichts weiter als eine abhängige Variable des Krisenzyklus ist, nicht aber als politische Strategie zur längerfristigen Änderung bestimmender Strukturparameter der BRD-Gesellschaft. Eine konsequente Reformstrategie dagegen sieht in Reformen politische Variablen. Sie versucht, den Krisenzyklus bzw. die Krise selbst für Reformen zu funktionalisieren.

Festzuhalten ist: In der SPD hat es eine zeitweise und punktuelle »Reformhegemonie« gegeben, jedoch nicht auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wachstums- und Wirtschaftswunderideologie war zu tief in die SPD vor und nach Godesberg eingedrungen. Ansätze zur Revision, selbst wenn parteimehrheitlich vorhanden (OR 85), wurden durch die Krise ab 1974 marginalisiert. Andere Reformpositionen (Bildungs- und Außenpolitik) waren auf die politische Handlungsebene vorgedrungen, weil es dafür erheblichen gesellschaftlichen Druck gab. Für den ökonomischen Bereich gab es ihn nicht. Die Gewerkschaften, hierfür primär »zuständig«, entfalteten diesen Druck auch ab 1974, trotz mehr als einer Million Arbeitsloser seit 1975, nicht. Ohne solchen Druck bewegt sich aber der Tanker nicht. Die Massenbewegungen für Frieden, für Umweltschutz, für Frauenrechte dagegen gab und gibt es. Sie haben ihre Spuren in der SPD deutlich hinterlassen, und der Tanker hat in diesen Fragen deshalb Fahrt aufgenommen. Es fehlt aber eine mit diesen »sozialen Bewegungen« vergleichbar starke Arbeitslosenbewegung, die die SPD-Programmatik auf einen anderen Kurs bringt als den der Globalsteuerung, des Solidaropfers, der exportorientierten Modernisierung und einer arbeitnehmerfinanzierten Umweltsanierung.

Eins muß noch einmal ganz deutlich formuliert werden: Eine sozialdemokratisch ge-

fürhte Regierung ab 1987 erbt auf jeden Fall die nächste Krise. Wenn sie angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut wieder versagt, wie die Schmidt-Regierung, dann wird es zu einer erheblichen Veränderung im sozialen und politischen Gefüge der BRD, zu einem erheblichen Rechtsruck kommen. Nach weiteren vier oder mehr Jahren mit Millionen von Arbeitslosen, einer großen Zahl von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz werden immer weniger Menschen daran glauben, daß im Rahmen des bisherigen demokratischen Systems Lösungsmöglichkeiten bestehen. An eine sozialfriedlich angesteuerte Massenlethargie gegenüber der Arbeitslosigkeit unter Beibehaltung der bestehenden Parteienkonstellation zu glauben, fällt angesichts der deutschen Geschichte und der Entwicklung in anderen Ländern schwer.

Ein unverzichtbarer Bestandteil der Diskussion um einen PÖM innerhalb der SPD — zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft reformpolitischer Vorschläge im Bereich der Wirtschaftspolitik — muß die Kritik der Wirtschaftspolitik seit 1974, und nicht nur seit der Wende, sein. Jeder Alternativvorschlag sollte ein entsprechendes Kapitel enthalten. Anders läßt sich die Glaubwürdigkeit gerade einer SPD-Wirtschaftsprogrammatik kaum wiederherstellen. Nun ist sog. »Nestbeschmutzung« nie sehr gefragt. Um Wiederholungsfehler zu vermeiden, ist sie aber notwendig. Gerade die zahlreichen Fortschreibungen der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und damit auch der Fehlentwicklungen für die Zukunft in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern zeigen, daß hier die SPD-Linke ihrer Aufklärungsfunktion nicht genügt hat und sich deswegen in den Regionen schon wieder völlig in der Defensive befindet, obwohl sie gerade für die Regionen zahlreiche sinnvolle Programmentwürfe entwickelt hat.

Eine harte Selbstkritik der eigenen Regierungszeit der SPD hat es weder im Bund noch in den Ländern gegeben. Die Pflege der FDP-Dolchstoßlegende und die Abkommandierung von SPD-Ministern in die Provinz, wo sie Wahlkämpfe bestehen mußten, haben dies verhindert. Eine kritische Bilanz der Wirtschaftspolitik von 1974 bis 1982 würde es erheblich erleichtern, von den kontraproduktiven Wiederauflagen wirtschaftspolitischer Konzepte wie der Globalsteuerung wegzukommen und wirksamere Alternativen plausibler und durchsetzbarer zu machen. Dieses Sichvorbeischmuggeln an der eigenen Vergangenheit hat dazu geführt, daß in vielen Debatten im Bundestag und in den Landtagen keine wirksame Opposition betrieben werden konnte, weil es in der Tat eine heimliche wirtschafts- und sozialpolitische Komplizenschaft zwischen Sozialdemokratie und Konservativen vor 1982 gegeben hat. Der bloße Verweis auf die arbeitnehmerfeindlichen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ergebnisse der sozialliberalen Koalition von seiten der Wenderegierung mußte die SPD-Opposition vielfach mundtot machen, bis in die jüngste Bundestagsdebatte hinein. Diese nicht bewältigte eigene Vergangenheit führt sogar bei nicht wenigen Sozialdemokraten zu Quasi-Glorifizierungen der Situation vor 1983 im Vergleich zur Zeit danach! Hier ist ein offener Bruch mit den negativen Seiten der eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vergangenheit von seiten der SPD notwendig und lange überfällig. Vorher gibt es keine fairen Chancen für eine wirkliche Reformprogrammatik.

#### **4. Reichen Programmentwürfe des Typs Hessen-Süd und Ostwestfalen-Lippe zur Gewinnung »linker Hegemonie«?**

Aus obigen Ausführungen ergeben sich Anforderungen, Kriterien und Maßstäbe für die Formulierung und Beurteilung von wirtschaftspolitischen Reformalternativen zu den konservativ-reaktionären Positionen sowie denen von Glotz, Scharpf und zahlreichen Passa-

gen des Roth-Papiers. In dieser Auseinandersetzung reicht es nicht aus, allein auf die Überzeugungskraft des besseren Arguments zu hoffen, wenn die jeweilige Gegenposition bereits dabei ist, den nächsten Schritt zu tun und die »hegemoniale« Marktideologie politisch (d.h. auch personell) festzuklopfen. Daher sollte jeder Alternativentwurf neben der Kritik an den Inhalten der bisher vorliegenden Konzepte insbesondere die politisch-praktischen Gesichtspunkte, die Konkretheit und Machbarkeit, d.h. die, wenn möglich empirisch-nachweisbare Handlungskompetenz, ihre Vermittelbarkeit und ihr Mobilisierungspotential berücksichtigen. Eine Vernachlässigung dieser Punkte führt, das zeigt die Geschichte der BRD wie der SPD, bei gegebener ideologischer Vorprägung nur zu einer erneuten Marginalisierung der politökonomischen Linken.

Es sollen im folgenden am Beispiel der beiden Entwürfe aus Hessen-Süd und Ostwestfalen-Lippe, die als PÖM-Vorlagen interpretiert werden, einige wenige Fragen bezüglich der konkreten Programmdichte und -tiefe, d.h. Fragen ihrer zeitlichen und qualitativ-quantitativen Umsetzungsmöglichkeiten in zielgerichtete wirtschaftspolitische Maßnahmen, aufgeworfen werden nach dem Motto: Wenn eine sozialdemokratische Regierung ab Januar 1987 ins Amt kommt, wie kann sie auf der Grundlage der in den Papieren getroffenen Aussagen Wirtschaftspolitik betreiben mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen.

Dies ist kein zu unedler Maßstab für eine linke Wirtschaftsprogrammatische. Sollte es nämlich nicht in kürzester Zeit möglich sein, und dies muß noch einmal betont werden, die programmatischen Aussagen in Ziele und Instrumente, in Gesetze und Verordnungen zu gießen, werden vermutlich lange Monate, vielleicht ein Jahr und mehr vergehen, bis eine nachhaltige Beschäftigungspolitik betrieben werden kann. Da der Entwurf aus Ostwestfalen-Lippe (OWL) außerdem im Untertitel die Bezeichnung »Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm« trägt, ist die Inszenierung einer solchen Diskussion offenbar auch die Absicht der Verfasser.

Eine Synopse der bisherigen PÖM-Diskussion (die hier nicht angefertigt werden kann, aber ein gutes Hilfsmittel für die weitere PÖM-Diskussion abgeben würde; die im folgenden kursiv hervorgehobenen Punkte sind »synoptische« PÖM-Bestandteile) würde zeigen, daß Ausgangspunkt aller Ansätze, von der Memorandumsgruppe über den Frankfurter Kreis (F-Papier) bis zum grünen Umbauprogramm die Erkenntnis von der grundsätzlichen *immanenten Instabilität* marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme ist. Dies ist verträglich sowohl mit keynesianischer wie marxistischer Theorie. Diese Erkenntnis, ohne näher gekennzeichneten theoretischen Hintergrund, ist sowohl dem Hessen-Süd (HS) wie auch dem OWL-Papier unterlegt. Alle genannten PÖM-Positionen gehen außerdem von der Arbeit als Grundlage einer menschenwürdigen Existenz aus, auch das grüne Umbauprogramm. Dies impliziert die Notwendigkeit der Verwirklichung des *Rechts auf Arbeit* durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik. Auch dies findet sich sowohl bei OWL wie HS. Bei letzterem ist dem ein eigenes Kapitel gewidmet.

Die immanenten Sanierungsmechanismen des Kapitalismus (Vernichtung von konstantem und variablem Kapital, Exportstrategien, Umverteilung von unten nach oben, Konzentrationsprozesse, staatliche Politik zur Unterstützung dieser Mechanismen sowie staatliche Beseitigung von Hindernissen für die »Bewegungsfreiheit« dieser Mechanismen) werden analytisch weder im F-Papier noch bei HS und OWL angegangen. Zur Frage der Konzentration findet sich im F-Papier sehr viel weniger als in den beiden anderen Papieren und sogar bei Roth. Selbst das Godesberger Programm sagt hierzu mehr. Insofern ist im F-Papier die *Demokratisierungsforderung* mehr allgemeinpolitisch abgeleitet als unter

dem Aspekt ihrer Notwendigkeit für eine effiziente Wirtschaftspolitik. Hier werden unterschiedliche theoretische und ideologische Ausrichtungen sichtbar. HS und OWL stimmen in diesen Punkt in den Schlußfolgerungen überein und gehen weiter als das F-Papier (paritätische Mitbestimmung, Kontroll- und Gestaltungsrechte für die Beschäftigten, volkswirtschaftliche Rahmenplanung, Vergesellschaftungsforderungen). HS fordert darüber hinaus auch Entflechtungsprozesse.

Die im engeren Sinne beschäftigungspolitischen Forderungen umfassen in allen Papieren Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzungen, genauer *die Einführung der 35-Stunden-Woche*. Die *umweltzentrierte* (»Arbeit und Umwelt«), *soziale Dienstleistungen* und *zivile Güter* bevorzugende Gebrauchswertseite der Beschäftigungsprogramme findet sich in allen Papieren ebenso wie ihre *Binnenmarktorientierung*, meist mit den Hinweisen auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der *europäischen Dimension*. In diesem Punkt ist der Konkretheitsgrad aller Entwürfe am dürflichsten. Dies ist nicht zufällig, sind doch Weltmarkt- und Europamarktaspekte die schwierigsten überhaupt bei einer alternativen Wirtschaftspolitik. Genauere Vorstellungen über Kapitalkontrollen, eine Intensivierung der Beziehungen mit den Comecon-Ländern, um deren wirtschaftlichen Stabilitäten zu »importieren«, ein Programm für die Veränderung des europäischen Agrarmarktes und der damit verbundenen Bauernfrage finden sich nicht. Es wird deutlich, daß die Diskussion um das Ziel einer Binnenmarktorientierung, um Entkopplungen vom US-Markt und von US-Einflüssen auf die Wirtschaftspolitik, um die Exportüberschüsse und Kapitalexperte und ihre Umlenkung auf den Binnenmarkt erheblich intensiviert werden muß, soll eine sozialorientierte und ökologische Beschäftigungspolitik nicht an diesem Faktor scheitern. Hier bedarf es konkreter Vorstellungen von bestehenden Eingriffsmöglichkeiten in der Außenwirtschaftsgesetzgebung und von Vorschlägen für notwendige Veränderungen im entsprechenden Verordnungsbereich. Dies gilt für die Bankengesetze und das Kreditwesengesetz ebenso.

Weiter ist festzustellen, daß in allen Papieren die konkreten Fragen parlamentarischer und exekutiver Arbeit, d.h. der Arbeit an und mit Gesetzen und Verordnungen, insgesamt stark vernachlässigt werden. Es finden sich nicht einmal in den »allgemeinen« einführenden Teilen und ihren Aussagen über Wertorientierungen Rückbindungen zu den Wertnormierungen des Grundgesetzes. Diese Karte ist noch nicht genügend arbeitnehmerorientiert ausgereizt.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist sinnvollerweise in beiden Papieren gekoppelt mit der Forderung nach einem *fortschrittlichen Arbeitszeitgesetz*. Wie hier das Zusammenspiel zwischen der Tarifautonomie und dem Gesetzgeber aussehen soll, ist völlig unklar. Soll die 35-Stunden-Woche gleich gesetzlich eingeführt werden? Hat das juristisch vor den obersten Gerichten Bestand? Oder sollen »nur« Überstunden, Schichtarbeit, Ausbildungszeiten gesetzlich geregelt werden? Über den Zeithorizont, bis wann die 35-Stunden-Woche eingeführt werden soll, wird wenig gesagt (was heißt hier »kurzfristig«?). In der Tat würde eine für alle Branchen geltende Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden in der nächsten Legislaturperiode erhebliche Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt bringen. Vermutlich könnten allein hiermit mehr als eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur, wird dadurch nicht die Hauptlast der Beschäftigungspolitik auf die Gewerkschaften verlagert? Woher bekommen diese in der kurzen Zeit die Kraft, um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu erkämpfen?

Die Vorstellungen über die Größenordnungen von Beschäftigungsprogrammen, etwa 200 Mrd. DM in zehn Jahren, beziehen sich auf Memorandumsaussagen von 1982.

20 Mrd. DM jährlich sind inzwischen bei weitem zu wenig, um hiermit eine »neue ökonomische Logik« zu finanzieren. Im OWL-Papier wird unter der Überschrift »Sofortprogramm« die Zahl von 30 Mrd. DM genannt, der Zeitraum bleibt offen. Ist dies zusätzlich zu den 200 Mrd. DM zu denken? Das F-Papier ist in diesem Punkt genauer. Von den 200 Mrd. DM sollen im ersten Jahr 30 Mrd. DM ausgegeben werden. Diese Vorstellungen gehen immerhin weiter als die im Roth-Papier, reichen aber insgesamt nicht zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung aus, wenn die gewerkschaftliche oder gesetzliche Arbeitszeitverkürzungskarte nicht sticht. Hier sind 50 Mrd. DM jährlich für jedes Jahr der Legislaturperiode anzusetzen. Dabei kommt es außerdem darauf an, das Beschäftigungsprogramm entsprechend regional und nach Branchen hin aufzufächern. Die globalen Daten sagen da wenig. Die Aufstellung eines auch regional sinnvoll ausgelegten Beschäftigungsprogramms, in dem vorwiegend die Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bevorzugt werden müssen, ist eine zeitaufwendige Angelegenheit. Aber bei der vorherrschenden regionalen Streuung der Arbeitslosenzahlen ist nur dieser Weg sinnvoll, sollen die Fehler einer bloß globalsteuernden Wirtschaftspolitik nicht wiederholt werden. Kriterien für die qualitative und quantitative Verausgabung von Beschäftigungsmitteln in Regionen werden nirgendwo in den Entwürfen diskutiert.

Es ließen sich weitere Punkte aus den beiden Entwürfen auflisten (Finanzierungsfragen, Gleichstellung der Frauen, Ausbildungsplatzgarantie usw.), bei denen ebenfalls die teilweise geringe Programmdichte und Programmtiefe erkennbar ist, gering zumindest in dem Sinne, daß sie noch erhebliche Verfeinerungen erfahren müßten, um als Vorlagen für eine den Anforderungen an Mobilisierungsfähigkeit innerhalb und außerhalb der SPD vor der Wahl und Umsetzbarkeit nach einer evtl. gewonnenen Wahl genügen zu können. Das Gegenargument, daß Programme ja nicht für solche »konkreten« Zwecke gemacht werden, zieht überhaupt nicht, zumal nicht für eine Reformprogrammatik. Spätestens bei der ersten Diskussion mit dem Bürger auf der Straße und im SPD-Ortsverein wird der Programmatiker mit diesen Fragen konfrontiert. Außerdem haben gerade die Linken in der SPD äußerst schlechte Erfahrungen mit programmatischen Unverbindlichkeiten gemacht, wie sie etwa massenhaft im Godesberger Programm oder im OR '85 stehen. Gerade diese Unverbindlichkeit und Auslegungsfähigkeit ist es ja immer wieder, die eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik als Ausdruck einer »anderen ökonomischen Logik« verhindert. Programme als unverbindliche Freifahrtscheine für die Exekutive sind aber das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt sind. An *Reformprogramme* müssen deshalb nicht nur andere Verbindlichkeitskriterien gestellt werden, sondern, um Verbindlichkeiten auch sichtbar und politisch einklagbar zu machen, andere Konkretheitsqualitäten.



Frieder Otto Wolf

## Ökologische Modernisierung — geht denn das?

### Zu einem neueren sozialdemokratischen Konzept

Nicht nur einige wichtige sozialdemokratische Vordenker, auch eine ganze Reihe von SPD-Programmen<sup>1</sup> versuchen seit einiger Zeit zwei Sachen unter einen Hut zu bringen, deren Vereinbarkeit jedenfalls nicht im Vorhinein feststeht: das »Projekt der Moderne« und dessen ökologische Kritik. Nicht nur für Grüne und Ökosozialisten, auch für Sozialisten ohne Beiwort ist es notwendig, genauer nachzusehen, ob die damit angesprochene Synthese (a) überhaupt denkbar oder gar absehbar ist, und — falls sie dies sein sollte — ob sie (b) in den vorliegenden Konzepten auch nur ansatzweise erreicht ist.

Bevor ich auf diese beiden Fragen näher eingehe, möchte ich begründen, warum ich es gegenwärtig für nur von untergeordneter Bedeutung halte, die Auseinandersetzung an zwei *theoretischen* Grundsatzfragen zu führen, wie es innerhalb der Programmdiskussionen nicht nur der Arbeiterbewegung inzwischen eine gewisse Tradition hat — zum einen der Frage der ausdrücklichen Anerkennung der historischen Notwendigkeit einer Vergesellschaftung der Produktion (d.h. des Bruchs mit dem Kapitalismus), zum anderen an der Frage der Anerkennung des grundsätzlichen Charakters der gegenwärtigen global sich entwickelnden ökologischen Krise (d.h. des Bruchs mit den stofflichen Grundlinien des industriellen Modells der Produktivkraftentwicklung, einschließlich des in ihm historisch realisierten Begriffs der Produktivkräfte (vgl. Wolf 1986). Auch wenn das die Debatte sicherlich stark vereinfachen würde, wäre es — vermutlich sogar eben deswegen — an der zu verhandelnden Sache vorbeigedacht. Denn — auch wenn etwa bei Glotz (1985, 1986) oder bei Lafontaine (1985) durchaus der Anspruch zu unterliegen scheint, etwas zur grundsätzlichen Frage der Zukunft des in die Krise geratenen fordistischen Modells des Kapitalismus auszusagen — die von ihnen generierten (und mehr noch die in den angesprochenen SPD-Programmen entfalteten) Konzepte liegen schlicht nicht auf dieser Ebene: Es handelt sich von vornherein um Konzepte der kurzen und mittleren Frist. Ihnen dies vorwerfen zu wollen, liefe darauf hinaus, derartige Konzepte *als solche* für unangemessen und schädlich zu erklären — und damit auf jedes Eingreifen in die mit derartigen Konzepten bestrittene Ebene der politischen Auseinandersetzung zu verzichten. Es kann nur darum gehen, derartige Konzepte an ihrer *Vereinbarkeit* bzw. *Unvereinbarkeit*, an ihrem *vorantreibenden* indifferenten oder *bremsenden* Charakter in bezug auf eine langfristig angelegte Strategie zu messen. Sonst wäre nicht nur zwischen Diskutanten, die mit Keynes sich darauf berufen, »in the long run we are all dead«, oder aber, der Sache nach mit Marx, formulieren, »wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt«, allzu rasch der Raum einer rational, an gemeinsamen Kriterien fuhrbaren Diskussion erschöpft. Es würde auch vor allem ein Effekt entstehen, der — nicht nur in der Geschichte der Arbeiterbewegung — strukturell gegen die Vertreter radikaler Positionen ausschlägt: Nämlich eine faktische »Arbeitsteilung« zwischen den Kautskys — die darauf achten, daß die langfristige Perspektive »orthodox« bleibt — und den von Auers, die sich damit »zufriedengeben«, der hier und heute *gemachten* Politik ihren Stempel aufzuprägen. Bei einer solchen Arbeitsteilung schlägt die Stunde der orthodoxen Perspektive erst am St. Nimmerleinstag, während die Macher die Politik durchsetzen, die sie für richtig halten, auch ohne sich all den Ärger mit den Intellektuellen einzuhandeln, den sich etwa Bernstein aufs Kreuz gezogen hat.

So nüchtern zu konstatieren ist, daß in einer Partei, die einst der Hort der kautskyischen Orthodoxie war, heute selbst ein stark verdünnter Vergesellschaftungsgedanke nicht mehr programmfähig ist<sup>2</sup>, muß auch festgehalten werden, daß bei den Vertretern einer Partei, die die Versöhnung von Arbeit und Umwelt anstrebt, Unverständnis und Zorn aufkommt, wenn die Bedrohung der menschlichen Gattung durch die gegenwärtige ökologische Krise angesprochen wird.<sup>3</sup> Doch mit derartigen Feststellungen allein kann die Debatte um die vorliegenden Konzepte einer ökologischen Modernisierung politisch nicht »richtig« — also weder der Sache angemessen noch ihrer »Vermittlung« dienlich — geführt werden.

### 1. Ist »ökologische Modernisierung« überhaupt ein realistisches Konzept?

Ich denke, es macht Sinn, den Begriff des Realismus eines politischen Konzeptes zunächst als solchen etwas ausführlicher zu erörtern — nachdem doch seit Bismarck die zynisch-kurzfristige »Realpolitik« den Begriff des Realismus immer wieder erfolgreich »besetzt« hat.

Eine Politik, die sich nicht Selbstzweck ist, sondern wirklich etwas verändern will, muß zweifellos realistisch sein. Durch bloßes »Hochhalten« von »Fundamentalem« entgleisen nicht nur die einschlägigen Metaphern. Es würde nichts bewirkt, keine Politik stattfinden. Aber: Kriterium eines jeden Realismus, der auf sich hält und nicht nur der Tarnname für eine Strategie des Dünnbrettbohrens sein will, ist ebenso unbestreitbar das Reale. Und das ist eben immer schon beides — objektive reale Struktur, mit Widersprüchen und (dominanten oder aber subalternen) Entwicklungstendenzen — und herrschenden Ideologien, verfestigtem »common sense« der vielen Subjekte. Politische Interventionen sind realistisch, sofern es ihnen gelingt, Kräfteverhältnisse, Spannungslagen innerhalb des »common sense« der Subjekte zu verändern; und eine auf Veränderung der Gesellschaft hin angelegte Politik erweist ihren Realismus, indem ihre Interventionen derartige Verschiebungen einleiten, daß die Kräfte für eine grundsätzliche Veränderung konzentriert, zusammengefaßt und gestärkt werden. Jedenfalls ist Realismus in der Politik keinesfalls gleichzusetzen mit der Selbstbeschränkung auf das unter gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen, ideologischen Stimmungslagen und Kräfteverhältnissen Machbare.

Zur Vereinfachung formuliere ich als These: Aufgabe einer radikalen Politik, die die realen Probleme unserer Zeit an der Wurzel packt, ist es, die gegenwärtigen historischen Widersprüche in einer Weise zu überwinden, die zumindest drei Bedingungen erfüllt: 1. Diese Widersprüche *dauerhaft*, d.h. *von ihren wirklichen Grundlagen her* aufzulösen, sowie 2. eine solche Auflösung *nicht in Richtung auf eine neuerlich verstärkte Reproduktion von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen* zu vollziehen, sondern in Richtung auf *deren vollständige Überwindung* und 3. damit hier und jetzt *anzufangen*.

Nach einigen — vor allem innerhalb der traditionellen Linken verbreiteten — Auffassungen, sind die beiden ersten hier vorgeschlagenen Formulierungen im strengen Sinne äquivalent: jede Auflösung gegenwärtiger Widersprüche von ihren wirklichen Grundlagen her führt notwendig zur vollständigen Überwindung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen. Wie die historische Erfahrung gezeigt hat, ist dies jedoch ein eher metaphysisches Postulat, das sowohl die Möglichkeiten »gegen-revolutionärer« Strategien der Herrschenden in ihrer Radikalität unterschätzt, als auch angesichts der Möglichkeiten einer historischen »Entgleisung« von mit emanzipatorischen Zielsetzungen begonnenen Umwälzungsprozessen die Augen verschließt. Es ist also theoretisch *und* politisch wichtig, beides deutlich auseinanderzuhalten.

Daraus ergeben sich drei Aufgabenstellungen:

1. müssen die gegenwärtigen historischen Widersprüche als solche festgehalten werden. Die Erkenntnis ihrer wirklichen Grundlagen muß angeeignet bzw. erarbeitet werden. Hierbei gewinnt die wissenschaftliche Forschung einen strategischen Stellenwert für die Politik. Insbesondere marxistische Kapitalismuskritik, feministische Sexismuskritik und eine radikale ökologische Industrialismuskritik sind heute immer noch strategischer Springquell radikaler Politik.<sup>4</sup>

2. muß unter den handelnden Subjekten ein tragfähiger Konsens über die grundlegenden historischen Widersprüche hergestellt werden.

3. ist es notwendig, geeignete Maßnahmen zu entwerfen, durch die diese Widersprüche von ihren wirklichen Grundlagen her aufgelöst werden können. Dazu müssen vor allem gesellschaftlich handlungsfähige Subjekte herausgebildet werden, die in der Lage sind, derartige Maßnahmen gegen Machteffekte und Widerstände durchzusetzen.

In der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Weltsystems geht es nicht mehr um »Sozialismus oder Barbarei«. Es geht auch nicht um den Gegensatz von Bewahren oder Verändern: Radikale Veränderungen sind auch für die herrschenden Kräfte der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Krise — vorausgesetzt, daß sich dadurch an der Tatsache ihrer Herrschaft nichts ändert. Es geht um die kurz- und mittelfristige Wiedergangbarmachung einer geronnenen Gestalt des »historischen Kapitalismus« (vgl. Wallerstein), der sich in einem komplexen Gefüge auf industrialistische, sexistische, rassistische, militaristische, neokolonialistische und konsumistische Strukturen und Verhältnisse zu stützen »gelernt« hat — oder aber um die langfristige Sicherung des Überlebens der Gattung Mensch sowie eines »guten Lebens« für die große Mehrheit der Menschen.

Wenn auch die Untersuchung der wirklichen Grundlagen der in dieser Krise zunehmend offen ausbrechenden Widersprüche noch durch vielfältige externe (Militarisierung und Formierung der wissenschaftlichen Forschung) und interne (Krise des Marxismus, Stagnieren der politischen Ökologie, Theoriefeindlichkeit innerhalb des Feminismus) Faktoren behindert wird und dementsprechend unausgearbeitet bzw. selbst noch widersprüchlich ist, lassen sich heute doch zumindest schon Thesen über diese Widersprüche formulieren:

Von mehreren Seiten gefährden sie die materiellen Grundlagen des Überlebens der menschlichen Gattung (und beeinträchtigen auf Generationen hinaus die Möglichkeiten eines guten Lebens der Menschen).

Aktuell, wenn auch langfristig (d.h. in einer Zeitperspektive, die die üblich gewordenen zeitlichen Orientierungen der Politik übersteigt), geschieht dies in der weltweiten *ökologischen Krise*, durch z.T. bereits irreversible Zerstörungs- bzw. Vergiftungsprozesse von Luft, Wasser und Böden bzw. von komplexen ökologischen Systemen, in die bisher das menschliche Leben eingegliedert war.

Ebenfalls aktuell, wenn auch in den Industrieländern bisher weniger sichtbar, vollzieht sich die Vernichtung der gesellschaftlichen Existenzgrundlagen großer Menschenmassen in Gestalt traditioneller Formen der Subsistenzproduktion, ohne daß sich eine Möglichkeit für deren Eingliederung in eine gesellschaftliche Produktionsweise abzeichnet. *Massenelend, Hungertod* bis zum Genozid, Krieg und Bürgerkrieg werden damit zur tagtäglichen Realität wachsender Teile der Menschheit.

Davon noch einmal unterschieden, wenn auch sich in der empirischen Realität mit anderen Widerspruchssträngen überlagernd, vollzieht sich eine Entwicklung in Richtung auf eine Verstärkung und Ausweitung *patriarchalischer Herrschaftsstrukturen*, durch die die patriarchalische Kontrolle über den biologischen Reproduktionsprozeß bis zu einem

Punkt hin verschärft werden kann, daß eine unverkrüppelte Reproduktion der Gattung zum Ausnahmefall oder sogar unmöglich wird. — Schließlich treiben die militärstrategischen Initiativen der USA als der ohnehin schon hegemonialen Seite im bisherigen labilen System des Abschreckungsfriedens das Gefährdungspotential der Massenvernichtungswaffen immer weiter in eine Richtung, in der die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Vernichtung der menschlichen Gattung exponentiell wächst.

In dieser Situation und in einem Land, das aufgrund seiner relativen ökonomischen und politischen Stärke noch erhebliche Möglichkeiten einer Externalisierung und Futurisierung — etwa durch Müllexport oder nukleare Zwischenlager — derartiger Krisenprozesse aufweist, ist m.E. das Konzept einer ökologischen Modernisierung, jedenfalls prima facie und mittelfristig betrachtet, durchaus als realistisch anzusehen — auch unter dem anspruchsvollen Maßstab, den ich hier skizziert habe: Sofern und soweit es nämlich *erstens* dazu beiträgt, schlicht die Zeitperiode zu verlängern, die für eine wirkliche Bewältigung der angesprochenen Krisenprozesse zur Verfügung steht (*Zeitgewinn*), *zweitens* dazu, die bereits begonnenen, insbesondere ökologischen Zerstörungsprozesse zum Stehen zu bringen (oder zumindest spürbar zu verlangsamen) (*Schadensbegrenzung*) und *drittens* dazu, die instrumentellen Voraussetzungen für eine wirkliche Bewältigung der ökologischen Krise zu schaffen (*Bewältigungsinstrumente*). Der mit der marxistischen Diskussion vertraute Leser wird allerdings sogleich sehen, daß dieses Lob des Konzeptes der ökologischen Modernisierung durchaus nicht ohne Dornen ist. Es läßt sich nämlich auch umgekehrt formulieren: Sofern und soweit ein Konzept der ökologischen Modernisierung diese Bedingungen nicht erfüllt, ist es als *unrealistisch* abzulehnen.

Und wir haben sogar noch mehr Kriterien: Selbst wenn ein Konzept der ökologischen Modernisierung in einem Land und für eine überschaubare Zeitperiode diese Bedingungen erfüllen würde — um dafür aber in anderen Ländern (*Externalisierung*) oder in zukünftigen Zeitperioden das Gegenteil zu bewirken, würde es den Ansprüchen eines strategisch angelegten Realismus letztlich doch nicht genügen. Andererseits: Unter mehreren Konzepten einer ökologischen Modernisierung ist demjenigen strategisch der Vorzug zu geben, das nicht nur diese Bedingungen erfüllt, sondern darüber hinaus noch gegenüber den Betroffenen und den unmittelbar produktiv Tätigen (etwa den Lohnarbeitern, den selbstarbeitenden Bauern und den Hausfrauen) mobilisierend, orientierend und solidarisiertend wirkt.

Schließlich ist es m.E. möglich — unter Rückgriff auf eine bekannte Argumentationslinie der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie —, noch ein inhaltliches Kriterium für eine realistische, strategisch gesehen »ökologische Modernisierung« zu formulieren: Davon ausgehend, daß es sich letztlich auf der Ebene der Produktion des materiellen Lebens entscheidet, ob eine ökologische Modernisierung ihrer langfristigen Tendenz nach mehr ist als (a) bloßer Etikettenschwindel, (b) immerhin Fassadenrenovierung oder gar (c) ein »ökologischer Anbau« an das wankende Gebäude des fordistischen Kapitalismus, können wir ökologische Modernisierungskonzepte unter der Fragestellung untersuchen, ob sich (a) überhaupt real etwas verändert, (b) Veränderungen in den Bereichen der Konsumarbeit eintreten, (c) Veränderungen in Produktionsbereichen eingeleitet werden (etwa durch die Schaffung einer auf Schadenserfassung, -begrenzung und Reparatur hin ausgelegten Öko-Industrie) — oder ob gar (d) ein Einstieg in eine ökologische Transformation von Produktionsbereichen, bis hin zu den Grundstoff-, Energie- und Lebensmittelproduktionsbereichen (sowie — nicht zu vergessen — dem Prozeß der gesellschaftlichen Erzeugung und Erziehung menschlichen Nachwuchses) eingeleitet wird.

## 2. Vertritt die SPD heute programmatisch ein realistisches Konzept der ökologischen Modernisierung?

Endlich, könnte mensch meinen, hat zumindest ein wichtiger Teil der SPD Karl Marx' Kritik am Gothaer Programm zur Kenntnis genommen: Das Dokument »die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern« vom 22. Oktober 1985 trägt das Motto »Arbeit und Natur sind die Quellen allen Reichtums«. Leider kann mensch aber nur sagen: Denkste! Immerhin — das muß ausdrücklich vermerkt werden — formulieren die Autoren das Problem zunächst einigermaßen radikal: »Kurswechsel für Leben und Umwelt: Der Raubbau an der Natur muß aufhören.« Dann verkürzen sie es aber fast sofort auf Fragen der technischen und finanziellen Machbarkeit — »Wir haben die technischen Fähigkeiten, und wir haben die finanzielle Kraft, wenn wir uns dazu entschließen« — und blenden damit zugleich die Dimension der politischen Macht aus bzw. reduzieren sie auf den bloßen »Entschluß« eines appellativ ungreifbaren »Wir«.

Und weil sie sich also der strategischen Kernfrage gar nicht stellen, welches historisch zu konstituierende Subjekt auf welche Weise zu derartigen »Entschlüssen« fähig werden und die politische Macht aufbauen kann, solche Beschlüsse auch durchzusetzen, müssen sie wohl auch in den von ihnen behandelten Fragen die Sachlage auf eine Weise verkürzen, daß es schon ein wenig weh tut.

Angesichts eines Weltkreditsystems, das jedenfalls eine BRD-Regierung nicht kontrollieren kann und das dennoch massiv auf jede nationalstaatliche Finanzpolitik durchgreift, einerseits, und bereits vorliegender ökologischer Schäden (z.B. Chemiemüllaltlasten) andererseits, deren in Reparaturkosten berechneten Umfang heute wohl noch niemand zuverlässig anzugeben vermag, muß der Finanzierungsoptimismus der Autoren befremdlich erscheinen. Es sei denn, sie argumentieren als verkappte Fundamentalisten — wenn wir denn schon alle Verhältnisse umwerfen, dann kann und soll das doch wohl am Geld nicht scheitern. Gewiß nicht — aber ich dachte, wir diskutierten über ein realistisches kurz- und mittelfristiges Konzept!

Und angesichts einer langfristig und strukturell selektiv angelegten wissenschaftlichen Grundlagenforschung ebenso wie der Forschung und Entwicklung mit Anwendungsbezug — in der etwa die Frage der ökologischen Auswirkungen chemischer Substanzen schon deswegen nicht seriös abschätzbar sind, weil kombinierte Wirkungen kaum erforscht sind — ist der hier angeschlagene Brustton des technologischen Optimismus einfach fehl am Platz. Auch wenn sich historisch innerhalb der Arbeiterbewegung die Ingenieurstradition breitgemacht hat, jedes durch Technik hervorgerufene Problem habe auch eine realisierbare technische Lösung, so ist dies doch ein bloß metaphysischer Satz (vergleichbar der etwas allgemeiner formulierten hegelianisierenden Losung Marxens, jedes Problem, das die Menschheit geschaffen habe, könne sie auch lösen). Von den in ihm angelegten logischen Paradoxien noch ganz abgesehen, gibt es kein tragfähiges Argument für die Annahme, irgendwann werde ein Ingenieur ein wirksames und sicheres Verfahren für die »Wiederaufbereitung« radioaktiver oder ultragiftiger Stoffe (Dioxine, Furane u.ä.) »erfinden«. Und außerdem ist da noch das Problem des Zeiträumens: Es mag zwar sein, daß es prinzipiell technisch möglich ist, auch die Ozeane zu entgiften, wie dies in Ansätzen bei einigen europäischen Flüssen möglich war — aber vielleicht schaffen menschliche Ingenieure das nicht mehr rechtzeitig, bevor ein Umkippen von Ozeanen zu einer akuten Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen geführt hat ...

Ein ökologisches Modernisierungskonzept, welches das Maß unseres gegenwärtigen

Unwissens über die ökologischen Voraussetzungen und Auswirkungen unseres menschlichen Arbeitens und Lebens derart verharmlost, läuft allein deswegen schon Gefahr, die realen Probleme zu verfehlen.

Immerhin formulieren die Autoren des Programmentwurfs den notwendigen Gedanken einer Umweltvorsorge — auch wenn sie ihn offenbar auf die Problematik einer Substitution von »Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten« einengen, d.h. allzu punktuell und zugleich subjektiv bedingt betrachten, lassen aber deren aktive Träger, die unmittelbaren Produzenten, ohne die m.E. letztlich nichts läuft, gewissermaßen wahlweise und abwechselnd in den Großagregaten »Staat« und »Wirtschaft« verschwinden. So sehr es zu begrüßen ist, daß hier durchaus etwas tiefer in die »Folterkiste« des Staatsinterventionismus gegriffen werden soll, um »die Wirtschaft« zu einer ökologischen Räson zu zwingen — wobei jeder Gedanke an eine tatsächliche gesellschaftliche Planung etwa des Aufbaus und der Nutzung elementarer Infrastrukturen als Fragestellung aus dem Horizont verschwunden zu sein scheint —, daß dabei aber weder die Kontroll- und Einspruchsrechte der Staatsbürger — etwa auch von Bürgerinitiativen oder Umweltschutzverbänden — gegenüber »ihrem« Staat noch auch die Kontroll- und Blockierungsmöglichkeiten der unmittelbaren Produzenten in »der Wirtschaft« überhaupt als eine zu entwickelnde Dimension angesprochen werden, berührt schon einigermaßen merkwürdig. Fordistisches Preußentum?

Auch wäre es wohl notwendig, über den vagen Kompromiß zwischen offenbar unterschiedlichen politischen Haltungen hinauszugehen, der darin liegt, einfach mögliche staatliche Interventionsinstrumente aufzuzählen, ohne zwischen ihnen eine an Bedingungen geknüpfte Hierarchie zu bilden. M.E. wäre mit dem allgemeinen Grundsatz einer wirklich an der Produktion ansetzenden Umweltvorsorge allein eine Hierarchie dieser Instrumente vereinbar, die im Zweifel für das Verbot bzw. Gebot funktionieren würde und die weichen Instrumente für diejenigen Fälle reservieren würde, in denen hinreichende Sicherheit besteht, daß nichts wirklich Schlimmes, vor allem nichts Irreversibles, angerichtet wird.

Vollends unzureichend wird das vorliegende Konzept dann auf der internationalen Ebene: Von internationalen gültigen Umweltnormen zu reden, ohne zu der Frage der (m.E. unabdingbar notwendigen) »nationalen (und wo immer möglich auch regionalen) Alleingänge« in der Durchsetzung strengerer Normen zu sprechen und ohne von der Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Schwellenwert-Normen (die immer problematisch sind, weil sie die These »das Gift liegt in der Dosis« auf Fälle verallgemeinern (ob SO<sub>2</sub> in der Atemluft, Strontium 90 in den Knochen oder PCB in der Muttermilch), auf die diese vor der modernen synthetischen Chemie und Nuklearphysik formulierte These schlechterdings nicht anwendbar ist) und von Produktionsvorschriften für ökologisch unbedenkliche Verfahren der Stoff- und Energiegewinnung bzw. -transformation auszugehen, das läßt bereits wesentliche Fragestellungen im Nebel verschwinden, auf die eine wirklich realistische Politik nicht verzichten kann.

Aber von transnationaler Umweltpolitik zu reden, ohne die Stellung der BRD-Kapitale auf dem Weltmarkt und innerhalb der EG anzusprechen — mit ihren beiden Seiten der relativen Dominanz und der relativen Abhängigkeit —, das muß dann doch schon erstauen. Zum einen, weil die relativ dominante Stellung insbesondere einiger BRD-Multis die konkrete Frage aufwirft, wie diese Dominanz selbst noch als Vehikel zur Durchsetzung einer wirklichen »ökologischen Modernisierung« benutzt werden kann. Etwa in der Frage der Kennzeichnung von Immissionswerten oder in Fragen einer überprüfbaren ökologischen Betriebssicherheit. Zum anderen, und weitaus wichtiger, weil die strategischen Fra-

gen einer ökologischen Modernisierung sicherlich nicht lösbar sind, ohne daß zugleich ein Übergang auf veränderte Formen internationalen Austausches vollzogen wird, mit denen sowohl die Unternehmensform der transnational dominanten »Multis« als auch die »Vorangstellung« bzw. »Exportabhängigkeit« der BRD unvereinbar sein dürfte.

Schließlich: So sehr es abstrakt betrachtet richtig sein dürfte, »ja zum technischen Wandel« zu sagen — eine richtiggehende ökologische Modernisierung erfordert ja geradezu einen allerdings äußerst weitgehenden »technischen Wandel« —, so ist es doch schon schmerzhaft zu sehen, wie denkende Menschen, die gerade eben noch von Umweltvorsorge gesprochen haben, nicht nur eine Seite weiter »vergessen« haben, daß dieser technische Wandel Umweltprobleme aufwerfen kann und faktisch auch sehr massiv aufwirft (man beachte nur etwa das Ausmaß der Bodenverseuchung in *Silicon Valley*) und allenfalls noch die sehr viel unbestimmtere »Lebensqualität« im Kopfe behalten haben, sondern darüber hinaus sogar noch unter der Hand den kapitalgesteuerten bzw. militärorientierten »technischen Wandel«, wie er sich *faktisch* vollzieht, mit dem erforderlichen und möglichen technischen Wandel identifiziert. Dadurch bleibt der hier vorgestellte Ansatz in seinen Grundlagen bei einer bloßen nachträglichen *Ausgestaltung* der entwickelten Technik stehen, bei der Mitbestimmung bei technischen Betriebsänderungen, wie wir sie heute bereits kennen, u.ä. Das ist durchaus nichts Schlechtes, aber für eine ökologische Modernisierung reicht es nicht. So wie das wichtige Anliegen und Kampfthema der Humanisierung des Arbeitslebens in der Praxis der staatlichen Exekutive immer wieder zur bloßen »Kunst am Bau« (1% der Investitionssumme bei öffentlich geförderten Bauten) zu verkommen droht, ist in der hier vorgelegten Programmatik für eine ökologische Modernisierung alles darauf angelegt, in der praktischen Umsetzung allenfalls eine ökologische Fassade vor dem unvermindert weiter zerstörerischen Gebäude eines erneuerten fordistischen Kapitalismus entstehen zu lassen. Die Sorge dafür wird vertrauensvoll in die Hände von Ministerialbeamten und Aufsichtsräten gelegt. Und das ist gar nicht realistisch. Nicht einmal taktisch.

Das Projekt der Moderne, wie es heute wieder von Habermas und, in dessen Gefolge, von Glotz als unhintergehbare Grundnorm propagiert wird, war in seiner historischen Wirklichkeit widersprüchlicher als uns heute glauben gemacht werden soll: Nicht nur Bürgerfreiheit und Staatsvergottung, auch die Herrschaftsvernunft der weißen Sklavenhändler und die emanzipatorische Vernunft der Sklavenbefreier haben von Anfang an in ihm koexistiert. So hat es historisch Gegensätze produziert, hinter die wirklich kein Zurückgehen mehr ist: Das Rationalisierungsprogramm Benthams ebenso wie die Rationalisierungskritik Rousseaus, die Kapitalismuskritik Marxens ebenso wie die Kapitalismusaffirmationen der Neoklassik und der Reformkapitalisten, die resignative Herrschaftssoziologie Max Webers und die aktivistische Revolutionstheorie Lenins — und heute eben den Gegensatz zwischen einer ökologischen Kritik des industrialistischen Zivilisationsmodells und einer superindustrialistischen Potenzierung dieses Modells (oder auch die feministische Kritik an den patriarchalischen Stützbalken dieses Modells und deren neo-patriarchalische, zumeist biologistische Verteidigung). M.a.W., das Projekt der Moderne hat historisch die Alternativen produziert, vor denen wir, als Menschheit wie als emanzipatorische politische Kräfte, heute stehen. Die Berufung auf »Modernität« kann da der Sache nach nicht mehr hinreichend sein — es sei denn, als eine Flucht aus der Entscheidungsnotwendigkeit oder gar als ein Bemäntelungsversuch dafür, daß mensch sich faktisch nur auf die Seite der gegenwärtig vorherrschenden Tendenzen schlägt.

Peter Glotz hat diese historische Entscheidungssituation durchaus noch offen angespro-

chen — wenn er auch das konstruierte Trilemma von Militärdiktatur, »Elendskommunismus« oder »radikalem Reformismus« gewissermaßen als vorgefertigte Entscheidungsmöglichkeiten an das Ende der gegenwärtigen Krise projiziert. Die vorliegenden Konkretisierungen eines SPD-Wirtschaftsprogramms geben demgegenüber allerdings dem Verdacht Nahrung, daß einmal wieder versucht wird, *andere* Kräfte »entscheiden zu lassen«. Von dem »radikalen Reformismus« bleibt da nur noch die Ablehnung wirklich notwendiger Transformationen hängen.

Oder aber: Mensch muß *absolut modern* sein. Und wenn wir das wirklich sind, den Mut und die Kraft für die notwendigen Entscheidungen mit eingeschlossen, ist das wiederum ganz einfach: Tschernobyl ist überall. *Machen* wir die überfällige ökologische Modernisierung: Legen wir erst einmal die Atomanlagen still. An nächsten Schritten wird es auf Sicht nicht mangeln.

### Anmerkungen

- 1 Das Programm »Arbeit und Umwelt«, das »Wirtschaftspolitische Programm. Neuordnung in der Politik für Niedersachsen«, das Wahlkampfprogramm der saarländischen SPD — und eben das hier näher diskutierte Roth-Papier.
- 2 Das ist natürlich für alle diejenigen ein Rückschlag, die eine solche Vergesellschaftung für historisch dringend erforderlich halten. Bevor sie sich jedoch das Ziel setzen sollten, dies wieder programmatisch zu verankern, sollten sie m.E. zwei Fragen näher untersuchen, die allzu lange unbeantwortet geblieben sind: Zum einen, wie es funktionieren konnte, daß eine allgemeine Vergesellschaftungsforderung *im Programm* für die konkrete Politik sozialistischer und sogar kommunistischer Parteien an der Regierung keinen Unterschied ausgemacht hat; zum anderen, wie eine Strategie der Vergesellschaftung aussehen sollte, die den in der Sowjetunion erzielten Effekt einer weitgehenden Verstaatlichung der Gesellschaft durch wirksame und nachvollziehbare Mechanismen zu vermeiden in der Lage wäre.
- 3 So z.B. Glotz auf der Volks-Uni Berlin (West), Pflingsten 1985.
- 4 Der ökologische Gesichtspunkt in der Wirtschaftspolitik ist heute doppelt bestimmt: Zum einen durch die gegenwärtige ökologische Krise mit ihrem Gefährdungspotential für das Überleben der menschlichen Gattung, zum anderen aber auch positiv durch die Kategorie einer nach ihrer stofflichen Struktur ökologisch ausgestalteten Produktionsweise. Wenn auch diese langfristige Zielkategorie vielleicht nicht in derselben Weise dringlich und vorrangig ist, wie dies für die gegenwärtige ökologische Krise und deren Überwindung begründbar ist (vgl. Ebermann/Trampert 1984), ist es m.E. doch wichtig, bereits mit deren politischer Konkretisierung zu beginnen — die dann in die notwendige theoretische Arbeit ihrer Verknüpfung mit den genannten anderen Zielkategorien einzubringen wäre, damit ein alternativer — ökologischer, feministischer usw. — Sozialismus theoretisch und politisch klarere Konturen annehmen kann. Und damit die »Stellvertreter-Kategorie« des »guten Lebens« durch eine positive Zielkategorie einer solchen neuen Gesellschaftstheorie ersetzt werden kann.

### Literaturverzeichnis

- Ebermann, Thomas/Trampert Rainer, 1984: Die Zukunft der Grünen, Hamburg  
 Glotz, Peter, 1985: Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin (West)  
 Glotz, Peter, 1984: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin (West)  
 Hirsch, Joachim, 1985: Literaturübersicht Fordismus/Postfordismus, Pol. Vjschr.  
 Lafontaine, Oskar, 1985: Der andere Fortschritt, Hamburg  
 Wolf, Frieder Otto, 1986: Produktivkräfte, Lebensprozeß und historische Praxis, Semesterspiegel, Münster



Stephan Krüger

## Der Dienstleistungssektor als Bezugspunkt alternativer Wirtschaftspolitik

### I.

Schon seit geraumer Zeit haben die konzeptiven Denker der verschiedenen großen politischen Richtungen den Dienstleistungssektor innerhalb der Gesamtwirtschaft als einen wesentlichen, wenn nicht sogar *den* wesentlichen Schlüsselbereich für längerfristige Perspektiven der politischen Gestaltung der Gesellschaft »entdeckt«. Vor dem Hintergrund des sog. »Beschäftigungswunders« in den USA seit Beginn des noch laufenden Konjunkturzyklus und in der korrekten Erkenntnis, daß jede ausschließlich auf den traditionellen industriellen Sektor der Volkswirtschaft orientierte Wachstumsstrategie nie und nimmer zusätzliche Arbeitsplätze in dem für eine Behebung des Beschäftigungsproblems notwendigen Umfange bereitzustellen in der Lage sein kann, gewinnt die Neustrukturierung des sog. tertiären oder Dienstleistungssektors ihren überragenden Stellenwert nicht nur für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern für die Gesellschaftspolitik schlechthin.

In der Bundesrepublik stehen sich innerhalb des traditionellen politischen Raumes zwei Orientierungen gegenüber. Die neokonservative Modernisierungsstrategie setzt unter dem Topos der »De-Regulierung« ganz bewußt auf eine Veränderung des in der Nachkriegsprosperität gewachsenen sozialstaatlichen Systems der gesamtgesellschaftlichen Distributionsverhältnisse. Nicht nur geht es um eine Veränderung der marktbestimmten Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Bruttoprofiten zugunsten der letzteren (strukturelle Senkung der verteilungsrelevanten bereinigten Lohnquote) und um eine exportoffensive Technologie- und Industriepolitik, sondern das gesamte Geflecht öffentlich vermittelter Transfereinkommen, soweit sie den privaten Haushalten zugute kommen, wird faktisch zur Disposition gestellt. Vergegenwärtigt man sich, daß allein die monetären Transfers von den öffentlichen Haushalten (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) Anfang der 80er Jahre knapp 30% des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens in der BRD ausmachen, wird der Stellenwert dieser neokonservativen Veränderung des Systems, und damit der Einkommens- und Lebensverhältnisse, deutlich. Diese Politik der Zurückführung der gesamtwirtschaftlichen Staatsquote — soweit es sich um Transfers an private Haushalte, nicht um Transfers zugunsten des Kapitals handelt — besitzt als Kehrseite nicht nur den hinlänglich bekannten Abbau sozialer Leistungen der öffentlichen Instanzen (monetäre und Realtransfers), sondern zugleich, gewissermaßen als Komplement und flankierendes Element, eine Neubewertung und Neustrukturierung der sog. Familienpolitik: die in der Nachkriegszeit in widersprüchlicher Form durchgesetzten Emanzipations- und Partizipationspotentiale von Frauen und nicht-erwerbstätigen oder -fähigen Personenkreisen, die in letzter Instanz auf — wenn auch quantitativ und qualitativ unzulänglichen — sozialstaatlichen Umverteilungen basierte, sollen durch eine »Aufwertung« der Hausarbeit, ehrenamtliche soziale Tätigkeiten und Selbsthilfe faktisch wieder zurückgedreht werden. Unter dem Stichwort der individuellen Entfaltung ohne staatlich-bürokratische Bevormundung des Bürgers werden die — gesamtgesellschaftlich gesehen — eher bescheidenen Ansätze der Individualitätsentwicklung etc. zerstört, der einzelne wieder in die persönlichen familiären Abhängigkeitsverhältnisse zurückgeworfen.

Die dominierende sozialdemokratische Gegenposition zu diesem Konzept der »Entsolidarisierungs-Rechten« (P. Glotz) bleibt jedoch in zentralen Punkten ambivalent und poli-

tisch in einer subalternen Position. F. Scharpf bringt dies zutreffend mit dem Begriff des »Sozialismus innerhalb einer Klasse« zum Ausdruck. Im Bereich der Technologie- und Industriepolitik sind die Unterschiede zur aufgeklärten rechten Position eines Biedenkopf oder Späth eher marginal; der verfügbare Spielraum für staatlich vermittelte Umverteilungsprozesse unter sozialen Aspekten wird von vornherein als prinzipiell limitiert angesehen: eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, die beschäftigungsmäßig gewichtige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könnte, sei nur mit Lohnabschlägen realisierbar; eine Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Transfers dürfe die Verteilungsposition des Kapitals bzw. der Gewinn- und Vermögenseinkommen insgesamt nicht drastisch beschneiden. Von einer Neugestaltung des Sozialstaats ist kaum die Rede, allenfalls von seiner Verteidigung; der Privatisierungsdiskussion steht man hilflos oder rein defensiv gegenüber.

Die Zeichen der Zeit sind von weiten Teilen der Sozialdemokratie auch nach fast vier Jahren der Opposition keineswegs korrekt entschlüsselt: weder besteht Klarheit über den Charakter der strukturellen und weltmarktweiten Überakkumulationskrise, noch wird der neokonservative Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in seinem ganzen systemverändernden Charakter präzise wahrgenommen, noch gar wird der konservativen Option der hemmungslosen Bereicherung einzelner à la USA eine positive reformerische Vision der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft entgegengestellt.

## II.

Die in diesen verschiedenen Konzeptionen vorhandene Hinwendung zum Dienstleistungssektor ergibt sich dem ersten Anschein nach aus dem säkularen Strukturwandel aller entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Auf Fourastie geht die Vision zurück, daß analog zur Umschichtung des Verhältnisses zwischen Primärsektor (Agrikultur) und Sekundärsektor (Industrie) in der Zeit bis Mitte des laufenden Jahrhunderts nunmehr der Aufbruch in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft vollzogen sei. In der Tat zeigen die globalen Daten — Anteil des tertiären Sektors am realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) — für alle entwickelten westlichen Länder ein eindeutiges Bild (Zahlen für das Jahr 1980):

USA	64,4 %
Belgien	59,4 %
Großbritannien	58,9 %
Schweden	57,5 %
Frankreich	55,6 %
Japan	52,5 %
Italien	51,1 %
BRD	48,1 %

*Quelle: Franzmeyer, Zum Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur im internationalen Vergleich, DIW-Wochenbericht, 1983*

Neben dem dominierenden BIP-Anteil des Tertiärsektors zeigt der internationale Vergleich aber noch ein weiteres wichtiges Moment: die BRD als eines der am höchsten entwickelten kapitalistischen Metropolen rangiert mit einem Anteil von unter 50% des tertiären Sektors am Ende der obigen Rangskala. Dies verweist auf einen im internationalen Vergleich überproportionalen industriellen Sektor und die Notwendigkeit einer offensiven Exportpolitik, um diese faktische Über-Industrialisierung auch auszulasten. Jede Politik

der Konservierung dieser Struktur, noch mehr: jede Politik des Ausbaus des industriellen Sektors der BRD kalkuliert daher bewußt eine Verschärfung des Kampfes um Weltmarktanteile für industrielle Waren ein und ist unter den gegenwärtigen Bedingungen einer internationalen Überakkumulationssituation ein Nullsummenspiel gegenüber den anderen Industrienationen.

### III.

Die im vorstehenden Punkt dokumentierten globalen Daten über den Anteil des tertiären Sektors an der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung erfassen die tatsächlichen Strukturen jedoch nur höchst unzureichend. Was gemeinhin unter der Rubrik »tertiärer oder Dienstleistungssektor« ausgewiesen wird, ist bei näherer Betrachtung ein aus höchst unterschiedlichen Komponenten zusammengesetztes Aggregat.

Zum ersten werden hiermit Bereiche der materiellen Produktion erfaßt, die zwar kein unmittelbar materiell-stoffliches Produkt produzieren, jedoch den gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß umrahmen bzw. abschließen. Wir sprechen hier von den Produktionszweigen des Verkehrswesens sowie der Nachrichtenübermittlung, welche Anlagensphären des gesellschaftlichen Gesamtkapitals darstellen und sogar den produktiven Bereichen (Anwendung produktiver, kapital-setzender Arbeit) der Volkswirtschaft zuzurechnen sind. Das in diesen Produktionssphären angelegte Kapital nimmt teil am Ausgleichungsprozeß zur allgemeinen Profitrate und ist in seinen Bewegungsgesetzen direkt den allgemeinen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Akkumulation unterworfen, die über marktbestimmte Konkurrenzverhältnisse durchgesetzt werden.

Zum zweiten wird der Bereich des Handels mit seinen verschiedenen Stufen diesem »tertiären Sektor« zugerechnet. Auch das kommerzielle oder Warenhandlungskapital unterliegt dem Ausgleichungsprozeß der allgemeinen Profitrate und wird in seinem Umfang und seiner Entwicklung durch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses reguliert. Bekanntlich handelt es sich hierbei um nichts anders als um einen verselbständigten Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, nämlich denjenigen Teil, welcher beständig in Warenform existiert und dessen Funktionen nur als selbständiges Geschäft einer besonderen Sorte von Kapitalisten betrieben werden. Gesamtwirtschaftlich gesehen bewirkt diese Verselbständigung des Warenkapitals zum Warenhandlungskapital eine Verringerung der Zirkulationskosten des Gesamtkapitals und die Reduktion der Anwendung unproduktiver Zirkulationstätigkeiten durch Nutzbarmachung der ökonomisierenden Effekte der Teilung der Arbeit.

Drittens umgreift der Dienstleistungssektor in obiger Abgrenzung den Bereich des Bank- und Assekuranzkapitals — einen weiteren Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, der bloß in verselbständigter Form existiert. Auch in diesem Sektor wirkt das allgemeine Gesetz zum Ausgleich der Durchschnittsprofitrate, sei es in der Form der Bemessung der Bankerlöse (Gebühren plus Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen) — nach Abzug der laufenden (Zirkulations-)Kosten — auf das Anlagekapital der Banken, sei es in der Form des Bezugs der Prämieinnahmen und -ausschüttungen sowie Zinsgewinnen und -ausschüttungen — nach Abzug wiederum der laufenden (Verwaltungs-)Kosten — auf das Anlagekapital der Versicherungen. Dem Begriffe nach handelt es sich in beiden Zweigen um die kapitalistisch-profitliche Exploitation von Zirkulationsoperationen, die gesamtwirtschaftlich einen ökonomisierenden Effekt im Hinblick auf den Umfang des als Zirkulationskapital gebundenen Gesamtkapitals beinhalten.

All diese bisher genannten Bereiche, die gemeinhin dem »tertiären Sektor« zugerechnet

werden, stehen neben der Industrie im Zentrum eines jeden entwickelten kapitalistischen Reproduktionsprozesses und funktionieren nach dessen genuinen Gesetzmäßigkeiten. Wenn es daher um die Analyse langfristige-säkularer Entwicklungstendenzen geht, hat man sich einfach an die wertlichen Ausdrucksformen der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung zu halten: der Produktionsweise der großen Industrie und ihrem weltmarktlichen Rahmen entspricht zum einen eine Revolutionierung der überkommenen Transport- und Kommunikationsmittel, um das stets massenhafter produzierte Produkt weltweit anzubieten und nachzufragen. Hat sich die spezifisch kapitalistische Produktionsweise in historischer Dimension der materiellen Produktion bemächtigt — und dies ist ein Prozeß, der für die meisten heutigen kapitalistischen Metropolen in der Ära Großbritanniens als Weltmarktthegemonen erfolgte —, geht es in einer zweiten Epoche um die Ausgestaltung auch der sog. abgeleiteten Bereiche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses: die Schaffung eines modernen Handelsnetzes sowie eines entwickelten Geld- und Kreditsystems — auch und gerade in internationaler Dimension — fußt auf der vorher etablierten großindustriellen Basis in den Metropolen und datiert historisch — grob angeschlagen — erst in der Ära der US-Vorherrschaft auf dem Weltmarkt nach dem II. Weltkrieg. Hierbei geht es um nichts anderes als um die Exekution der allgemeinen Tendenz des Kapitals, eine gegebene Wertsumme möglichst effektiv, d.h. mehrwertsetzend, zu verwenden durch Reduktion des Anteils des unproduktiven Zirkulationskapitals (Geld- und Warenkapital) bzw. um die Indienststellung aller zeitweilig unbeschäftigten Geldmittel der Gesellschaft für eine Forcierung des kapitalistischen Wachstumsprozesses durch Verwandlung in Bankkapital und Transformation in den produktiven Sektor der Volkswirtschaft. Ein guter Teil des vermeintlichen überproportionalen Wachstums des tertiären Sektors auf Kosten der Industrie erweist sich so bei näherem Hinsehen als durch gesellschaftliche Arbeitsteilung vermittelte Steigerung der Verwertung und Expansionskraft des produktiv fungierenden Kapitals.

Nach Ausklammerung der bisher benannten Anlagesphären des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verbleibt ein Dienstleistungssektor im engeren Sinne, der im folgenden auch im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

Unter Zugrundelegung der Abteilungs- und Sektorengliederung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen läßt sich dieser Dienstleistungssektor im engeren Sinne folgendermaßen aufgliedern:

- Nicht-marktbestimmte private Dienstleistungen (i.e. private Organisationen ohne Erwerbscharakter)
- Marktbestimmte private Dienstleistungen
- Öffentliche Dienstleistungen.

Ökonomisch, d.h. auch beschäftigungsmäßig marginal sind die nicht-marktbestimmten privaten Dienstleistungen (Verbände, Parteien etc.); quantitativ bedeutsam dagegen sowohl die marktbestimmten privaten und die öffentlichen Dienstleistungen. Wenn von einem langfristigen Trend des Anstiegs der Dienstleistungen die Rede sein kann, dann nur mit Bezug auf diese beiden Bereiche.

Dienstleistungen sind als solche prinzipiell ebensogut Anlageformen von industriellem oder kommerziellem Kapital wie Sphären der materiellen Produktion. Allerdings liegt es in der Natur vieler dieser Dienstleistungsbereiche, daß ihre Betreibung als selbständiges Geschäft, d.h. ihre Loslösung aus dem Zusammenhang mit dem materiellen Produktionsprozeß erst ein relativ spätes Produkt der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise ist: die Teilung der Arbeit im Innern eines Betriebes oder Unternehmens muß erst hoch-

gradig entwickelt sein, bevor bestimmte Glieder derselben als selbständige Bereiche etabliert werden können. Dieses Verhältnis zwischen innerbetrieblicher und gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist dabei als direkte Ausdrucksform sowie als Motor der Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit (im Marxschen Sinne) zu begreifen. Jedenfalls gilt dies letztere für all jene Dienstleistungsbereiche, die mit dem kapitalistischen Sektor in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen stehen bzw. als Vorleistungslieferanten fungieren.

Dienstleistungen für den individuellen Konsum — ob privat oder öffentlich — unterliegen demgegenüber einer anderen Entwicklungsdynamik. Es greifen hier die allgemeinen, von politischen etc. Entscheidungen vielfach beeinflussten Tendenzen der Ausbildung je spezifischer Konsumformen ein, die zwar in letzter Instanz ebenfalls auf Basis der beständigen Produktivkraftentwicklung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft beruhen, jedoch von der Ausbildung der Überbauverhältnisse entscheidend mitbestimmt werden. Der stofflichen Natur solcher Dienstleistungen entsprechend, sind die Hindernisse für eine Durchkapitalisierung ihrer Produktion sehr viel höher als bei den mit der produktiven Konsumtion mehr oder weniger eng verknüpften und wesentlich kommerziellen Dienstleistungen.

Betrachten wir die Entwicklung in der Bundesrepublik, so zeigt sich für den Bereich der marktbestimmten privaten Dienstleistungen folgendes Bild:

*Anteil der marktbestimmten privaten Dienstleistungen  
an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft:*

1960: 11,2%

1970: 14,4%

1980: 18,5%

Diese deutliche Anteilssteigerung der marktbestimmten privaten Dienstleistungen verdankt sich dabei namentlich dem langfristigen Anstieg der kommerziellen privaten Dienstleistungen, z.B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Messen/Ausstellungen etc., ist von seiner Einbindung in den volkswirtschaftlichen Kreislauf, also dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß und seiner Entwicklungsdynamik untergeordnet. Demgegenüber partizipiert der Anteil der als »produktiv« zu bezeichnenden privaten Dienstleistungen am gesamten Bereich an dessen gesamtwirtschaftlicher Bedeutungszunahme ausgesprochen unterdurchschnittlich; von 34,8% in 1960 sinkt dieser Anteil produktiver Dienstleistungen über 28,2% in 1970 auf 27% in 1980 (Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

Auf eine weitere Besonderheit dieser marktbestimmten privaten Dienstleistungen ist hinzuweisen. Die Aufteilung der Nettowertschöpfung (zu Faktorkosten) nach Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen offenbart einen extrem hohen Anteil der letzteren; Gewinnquote rd. 74% im Betrachtungszeitraum 1960 bis 1980. Neben dem Umstand, daß die z.T. standesrechtlich geschützte Profession des Firmeninhabers und die Schwierigkeit seiner Ersetzung durch einen bloß angestellten Funktionär die Aneignung weit überdurchschnittlicher Profite gewährleistet (sog. »Freie Berufe«), die nicht — jedenfalls nicht ohne weiteres — durch die Konkurrenz auf ihr gesamtwirtschaftliches Maß nivelliert werden können — zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um traditionelle, vorbürgerliche Monopolpositionen, die aktuell mitgeschleppt und öffentlich-rechtlich sanktioniert werden —, verweist dies auf die Niedrigkeit der Arbeitslöhne in zumeist kleinen und aufgrund persönlicher Beziehungen der abhängig Beschäftigten zum Firmeninhaber etc. nicht gewerkschaftlich durchorganisierten Unternehmen.

Die konservativen Parolen, die an die zügellose individuelle Leistung und Bereicherung appellieren, fallen in diesem Bereich auf fruchtbaren Boden; denn die in der Öffentlichkeit immer wieder in den Vordergrund gestellte Last z.B. der progressiven Besteuerung, ist namentlich für denjenigen eine Last, der wirklich entscheiden kann, ob er zusätzliche Arbeit leisten, daher zusätzliches Einkommen erzielen will, dann aber auch Spitzensteuersätze auf diese zusätzlichen Einkommensbestandteile entrichten muß. Die ebenfalls in der Öffentlichkeit gefeierte Welle von Existenzneugründungen — in vielerlei Form durch öffentliche Gelder alimentiert — bezieht sich ebenfalls insbesondere auf diesen Sektor der marktbestimmten privaten Dienstleistungen, da hier die Nischen für neue Selbständige mit geringem Anfangskapital relativ zahlreich sind bzw. jedenfalls so erscheinen.

Im Unterschied zum Bereich der marktbestimmten Dienstleistungen, die neben einem genuin kapitalistischen Sektor eine Vielzahl nichtkapitalistischer Warenproduzenten und -zirkulationsagenten umfassen, handelt es sich bei den öffentlichen Dienstleistungen um eine ganz andere und spezifisch ökonomische Formbestimmtheit, die Marx unter der Kategorie des »Dienstes« zusammengefaßt hat: versteht sich die Gesellschaft dazu, per allgemeinem Willensverhältnis, d.h. politisch vermittelt, bestimmte Tätigkeiten in öffentliche Regie zu nehmen, erhalten diese die Form des Dienstes, die hierzu verausgabte Arbeit die Formbestimmtheit der unproduktiven Arbeit als Dienst.

Neben dem Bereich staatlicher (unproduktiver) Warenproduktion — Abgabe der »Dienste« (ob materieller oder nicht-materieller Natur) als Waren gegen speziell zurechenbares Entgelt —, der vorliegend nicht weiter interessiert, gliedert sich der Sektor öffentlicher Dienstleistungen entsprechend der Verwendung dieser Dienste: neben nicht-reproduktiven öffentlichen Diensten (Verwaltung, Militär etc.) ist zu unterscheiden, ob diese Dienste reproduktiv für das Kapital oder reproduktiv für die privaten Haushalte sind.

Für die Bundesrepublik ist typisch, daß diese haushaltsreproduktiven öffentlichen Dienste im Vergleich zu den bloßen monetären Transfers für Zwecke der individuellen Konsumtion eine relativ untergeordnete Stellung einnehmen — im Unterschied etwa zu Schweden. Die seit Mitte der 70er Jahre im Gefolge der strukturellen kapitalistischen Überakkumulation betriebene Austeritätspolitik hat gleichermaßen die haushaltsreproduktiven monetären sowie Realtransfers berührt, während in den letzten Jahren eine Aufwärtsentwicklung des Anteils der kapitalreproduktiven Transfers festzustellen ist. Was des weiteren die Verteilung der öffentlichen Transfers auf verschiedene soziale Haushaltsrubriken angeht, schließlich der hierdurch bewerkstelligte (Um-)Verteilungseffekt durch den Sozialstaat, fällt die allgemeine Einschätzung leicht — auch ohne aufwendige Untersuchungen bezüglich der Inzidenzproblematik —, daß im wesentlichen eine Umverteilung von aktiv beschäftigten Lohnarbeitern zu inaktiven Bevölkerungsteilen vollzogen wurde, und zwar ohne nennenswerte Korrekturen der marktbestimmten Primärverteilung des Volkseinkommens (Nationaleinkommen) zwischen Löhnen und Profiten (vgl. Transfer-Enquête-Kommission).

#### IV.

Die spezifische Ausgestaltung und der bewerkstelligte verteilungspolitische Effekt des bundesdeutschen Sozialstaats charakterisieren seine Formbestimmtheit als bürgerlichen Staat, der die kapitalistische Gestalt der unterliegenden und bestimmenden Produktion unangetastet läßt, vielmehr auf dieser Basis aufbaut und dieselbe tagtäglich mitreproduziert. Die von konservativer Seite unter dem Motto der Sanierung der Staatsfinanzen und dem Abbau bürokratischer Bevormundung der Bürger betriebene und programmatisch

weiterführende Senkung der Staatsquote wird diesen kapitalistischen Charakter offener hervortreten lassen. Es geht hierbei nicht nur um die bloße Beschäftigungsproblematik: die Privatisierung von öffentlichen Diensten im sozialen und kulturellen Bereich schafft nicht nur keine neuen und zusätzlichen Arbeitsplätze — wenn es denn bei einer bloßen Verlagerung bleibt, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten —, sondern impliziert darüber hinaus auch eine andere Gesellschaftspolitik. Das, wenn auch unzureichende, Potential an Umverteilung durch öffentliche Transfers und Dienste würde faktisch ausgehöhlt und schließlich vernichtet, für die Konsumenten dieser Dienste oder Empfänger öffentlicher Transfers würden Grundlagen für selbstbestimmte Lebensführung und -perspektiven schlichtweg zerstört. Denn wer könnte überhaupt sozial-kulturelle Dienstleistungen zu Marktpreisen kaufen und bezahlen, wenn sie überwiegend von kapitalistischen Anbietern erstellt würden?

Die Linke ist herausgefordert, diesem systemverändernden Konzept der Neokonservativen eine Konzeption und Vision von Reformpolitik entgegenzustellen und offensiv entgegenzuhalten, die über den Mängeln in Ausgestaltung und Funktion des bürgerlichen Sozialstaats seine tragenden Prinzipien nicht mißachtet, sondern gewissermaßen allererst freischält und weiterentwickelt. Dies schließt bei dem konsumtiven Charakter der sozial-kulturellen Dienste zuvorderst die bewußte und planmäßige Abstimmung des Umfangs und Wachstums dieses Sektors mit den von der produktiven Basis bereitgestellten ökonomischen Möglichkeiten ein. In beiden Fällen geht es um qualitatives *und* quantitatives Wachstum, denn nur ein beschleunigt wachsendes Surplusprodukt des produktiven Sektors gewährleistet die Ausgestaltung und Ausdehnung der öffentlichen Dienste unter gesellschaftlichen Bedarfsaspekten. Die über kollektive Formen, d.h. öffentliche Dienstleistungsangebote befriedigten individuellen Konsumtionen bilden nachgerade die Hebel zur Etablierung neuer Formen der Organisation der Bedürfnisbefriedigung jenseits des abstrakten und nur für wenige in dieser Form gültigen bürgerlichen Leistungsprinzips.

Damit allerdings diese Hebelfunktion der öffentlichen Dienstleistungen zur »Kollektivierung« von individueller Konsumtion nicht kontraproduktiv ausschlägt, bedarf es einer durchgreifenden Umgestaltung der Organisation der sozial-kulturellen Dienste sowie des Systems der öffentlichen Transfers insgesamt: eine weitgehende Dezentralisierung resp. Kommunalisierung insbesondere der Realtransfers (Dienste) ist unabdingbar für ihre bürgernahe Gestaltung und die Schaffung/Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder. In diesem Sinne ist es eine langfristige Perspektive, wenn es sich die Gesellschaft leisten kann, auf der Basis einer hoch entwickelten und stets weiter zu entwickelnden Produktivkraft der Arbeit im Bereich der materiellen Produktion, zu einer planmäßigen latenten Überproduktion von öffentlichen Dienstleistungsangeboten für die Bürger als gezielter und bewußter Form von Surplusverwendung zu gelangen. Freie individuelle Auswahl dieser Dienstleistungsangebote seitens der Konsumenten und Inanspruchnahme nach den subjektiven Bedürfnissen der einzelnen sind nichts anderes als Elemente kommunistischer Verteilungsprinzipien, die unterstreichen, daß die Entwicklung einer ereignis- und bedürfnisreichen Subjektivität und Individualität nicht gegen, sondern nur auf Basis gemeinschaftlicher, also »kollektiver« Formen der individuellen Konsumtion möglich sind. Diese Vision einer sozial gebundenen Individualitätsentwicklung ist als »Wert« dem neokonservativen Prinzip der hemmungslosen Bereicherung im Krieg aller gegen alle offensiv entgegenzustellen.

Naturgemäß handelt es sich bei diesen Orientierungen um langfristige Zielperspektiven; auch der heute bereits erreichte Entwicklungsstand der Arbeitsproduktivität ermöglicht

keineswegs, die durch Eingriffe in die Produktions- und Verhältnisse — als Stichworte der aktuellen Diskussion seien genannt: Diskriminierung der leistungslosen Vermögenseinkommen, Beschneidung der Finanzspekulation, Reorganisation des Steuersystems: Entlastung des fungierenden Kapitals, Belastung der privaten Haushalte mit höheren und hohen Haushaltseinkommen etc. — anschließbaren Umverteilungsspielräume gemäß diesen Zielorientierungen zu nutzen. Aber die kurzfristig im Vordergrund stehende Herstellung und Gewährleistung von Mindestkonditionen im Bereich der Sozialtransfers (Anhebung von Mindesteinkommen), die Wichtiges zur Stützung der konsumtiven Endnachfrage der Gesellschaft in der Periode struktureller Überakkumulation von Kapital leistet und damit ökonomisch eine depressive Spiralentwicklung des ganzen Reproduktionsprozesses verhindern kann, hat solche langfristigen Optionen und Werte-Visionen mitzutransportieren und in jeweils neuen kleinen Schritten sukzessive und planvoll durchzusetzen. Nur dann entrinnt die solche Konzepte verkörpernde politische Linke der ineffektiven und unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum realistischen Flickschusterei von zwar wohlgemeinten, jedoch kurzatmigen Reformvorhaben, mit denen die Erringung einer Hegemonie im gesellschaftlichen und politischen Raum gegenüber der Offensive der neokonservativen Rechten ein hoffnungsloses Unterfangen ist und bestenfalls kurzfristige Episode bleiben kann.



## Revue der Iberischen Halbinsel

Die Iberische Halbinsel hat zwar in den bundesdeutschen Medien ihre Konjunkturen — bei Regierungswechseln, EG-Beitritt, NATO etc. taucht sie massiv und kurzfristig auf, um dann schnell wieder im herkömmlichen Schattendasein zu verschwinden. Das steht im Widerspruch zum wachsenden Interesse.

TRANVIA bietet vierteljährlich ein Panorama dessen, was sich auf der Iberischen Halbinsel manifestiert, was sich zwischen dort und hier abspielt bzw. noch nicht abspielt und erst noch erfunden werden muß, erfunden werden kann.

TRANVIA wendet sich an Schüler, Studenten, Lehrer, Kulturschaffende, Reisende, Neugierige aller Art. TRANVIA erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 6,— DM, das Abonnement (4 Hefte) 24,— DM.

TRANVIA, Postfach 303626, 1000 Berlin 30

In der Nr. 1: Spanien/Portugal: EG u. NATO. Barcelona-Madrid: Szenen in Bewegung. Das literarische Porträt: Esther Tusquets. Ein Gespräch mit Federica Montseny. Cioran über María Zambrano. Das spanische Kino heute. Musik - Malerei - Mode - Menüs. Autoren: Manuel Ballester, Anna Buñuel, Juan Gómez Soubrier, Claudio Lange, José María Perceval, Rolf Stender u. a.

Nr. 2 (Juli 86): Bürgerkriege. Nr. 3 (Okt. 86): Iberisches Patchwork. Nr. 4 (Jan. 87): Der Traum vom Süden.



Michael Krätke

## Wie weiter im Steuerstaat?

»Der Gedanke, den Kapitalismus auf dem Wege der Besteuerung aus der Welt schaffen zu können, kann nur in einem von kleinbürgerlichen Begriffen beherrschten Hirn Boden fassen. Seine Befolgung liefe in der Praxis darauf hinaus, das Pferd am Schwanz aufzuzäumen.«  
Eduard Bernstein (1914, 22)

»Ist aber die Maschinerie einer direkten Eigentumssteuer erst einmal wirklich errichtet, dann braucht das Volk, einmal im Besitz der politischen Macht, sie nur in Bewegung zu setzen und schafft damit das *Budget der Arbeiterklasse*.« Karl Marx (MEW 9, 82)

### 1. Die Wende gegen den Steuerstaat

Die eigentliche Wende steht den Bundesbürgern noch bevor. Stoltenbergs »große Steuerreform« soll sie bringen. Dieses »Jahrhundertwerk« verheißt denen, die »etwas leisten«, eine erkleckliche Steuerentlastung in Höhe von ca. 22 Milliarden DM. Wie ihre Vorbilder, die Reaganauten, versprechen sich die Finanzkünstler der Union viel von drastischen Steuerensenkungen. Mehr Freiheit für die schöpferischen Kräfte des Marktes, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze — auf die Dauer selbst höhere Steuereinnahmen, trotz oder gerade wegen der abgesenkten Steuersätze, welche den Abbau der Staatsverschuldung beschleunigen werden. Folglich wird die Wendekoalition im Wahlkampf alles tun, um eine Mehrheit für Steuerentlastungen großen Stils zusammenzubringen.

Die Steuern befinden sich unweigerlich im Zentrum jeder öffentlichen Debatte um den Staatsinterventionismus. Steuern (und Quasi-Steuern wie die Zwangsbeiträge zu den Sozialversicherungen) haben stets (re)distributive und (re)allokative Effekte, sie beeinflussen die Wohlfahrt jedes einzelnen ebenso wie die Wohlfahrt aller. Folglich bildet die Restrukturierung des Steuerstaats einen (wenn nicht den) hauptsächlichen Ansatzpunkt für jedes politische Projekt des »Umbaus des Sozialstaats«.

International gesehen gehört die Bundesrepublik nicht zu der Spitzengruppe der Steuer- und Sozialversicherungsstaaten, die deutlich über 40% und seit Anfang der 80er Jahre selbst über 50% des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen kassieren. Diese Spitzenreiter — Schweden, Norwegen, Niederlande, Belgien und Dänemark — sind alles sehr viel kleinere und sehr viel stärker exportabhängige Länder, die sich dennoch einen erheblich großzügiger ausgestatteten und sehr viel vollständiger ausgebauten Sozialstaat leisten als der Weltwirtschaftsriese Bundesrepublik. Doch hat auch der bundesdeutsche Steuer- und Sozialversicherungsstaat von 1955 bis 1980 deutlich, wenn auch keineswegs dramatisch zugelegt.

Tabelle 1: Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen der BRD in % des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen

	1955	1960	1965	1970	1975	1980
Steuereinnahmen inkl. Sozialversicherungsbeiträge	30,8	31,3	31,6	32,8	35,7	37,2
Steuereinnahmen exkl. Sozialversicherungsbeiträge	23,3	22,7	23,1	22,8	23,5	24,5
Sozialversicherungsbeiträge allein	7,5	8,6	8,5	10,0	12,2	12,7
Lohn- und Einkommensteuer allein	5,9	7,1	8,2	8,7	10,7	11,1
Umsatzsteuer allein	6,1	5,3	5,6	5,2	5,2	6,3
Spez. Verbrauchssteuern allein	4,5	4,4	4,6	4,2	3,8	3,3
Sonstige	6,8	5,9	4,7	4,7	3,8	3,8

Quelle: OECD 1981, S. 11, 13, 14, 15, eigene Berechnungen

Wie diese Tabelle deutlich zeigt, ist die — insgesamt gemächliche — Steigerung der Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) in der BRD ganz und gar dem Ansteigen von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohn- und Einkommensteuer zuzuschreiben. Die Verbrauchssteuerbelastung ist insgesamt gesunken. Die sinkende Quote der »sonstigen Steuern« gibt einen ersten Hinweis auf den Abbau der Vermögensteuern, Erbschaftsteuern, Grund- und Gewerbesteuern, die im heutigen Steuersystem nur noch eine Statistenrolle spielen. Der Star im bundesdeutschen Steuerstaat ist dagegen die Lohnsteuer. Seit 1962 bringt sie dem Staat mehr ein als die veranlagte Einkommensteuer, die Selbständigeneinkommen (vor allem aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) trifft, seit 1972 ist sie die aufkommenstärkste Einzelsteuer des Steuersystems. Zusammen mit der Umsatzsteuer (als zweitstärkster Steuer) erbringt sie seither deutlich über 50%, allein mittlerweile weit über 30% des gesamten Steueraufkommens. Auch wenn man von jeglicher Überwälzung der Unternehmenssteuern absieht, sind es die Lohnabhängigen, die mit den Lohn- und Verbrauchssteuern den Löwenanteil der Steuerlast (über 70% 1984) in der BRD tragen.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Lohnsteuer zur aufkommenstärksten Einzelsteuer ist leicht zu erklären. Der progressive Lohnsteuertarif ist in seinen Hauptbestandteilen (nominalen Freibeträgen und Steuersätzen) langfristig unverändert geblieben — so z.B. der Grundfreibetrag von 1958 bis 1975, der Weihnachtsfreibetrag von 1960 bis 1977, der Arbeitnehmerfreibetrag von 1965 bis 1975. Gleichzeitig nahm die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger zu und stiegen die Nominallöhne und -gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf der ganzen Linie, wenn auch zu einem Großteil inflationsbedingt. Folglich zahlten immer mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte immer höhere Lohnsteuern. Je länger die Löhne und Gehälter nominal stiegen, desto mehr Lohn- und Gehaltsempfänger rutschten aus der Proportionalzone des Lohnsteuertarifs in die Progressionszone und desto schärfer stieg auch die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung gerade der modalen Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger an. Daß die wichtigste direkte Progressivsteuer in der BRD so zu einer Arbeitnehmersteuer geworden ist, liegt darüber hinaus noch an dem speziellen Verlauf des Progressionstarifs, der gerade in der Zone mittlerer Einkommen (zwischen 12.000 und 50.000 DM) am schärfsten ansteigt und sich gerade bei den oberen Einkommen wieder abflacht, zum anderen an den — nur zum geringsten Teil technisch bedingten — Unterschieden zwischen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer. Die Lohnsteuer wird bekanntlich »an der Quelle« erhoben, während für die Be-

steuerung von Selbständigeneinkommen die Selbstveranlagung gilt. Daher werden Löhne und Gehälter nicht nur sehr viel vollständiger erfaßt und sehr viel prompter besteuert als alle übrigen Einkommen, ihre effektive Steuerbelastung ist auch bedeutend höher, weil die Möglichkeiten, um Kosten ihrer privaten Reproduktion vom steuerpflichtigen Einkommen abzusetzen, für Lohn- und Gehaltsempfänger systematisch sehr viel enger begrenzt sind als für Selbständige. So haben, um nur ein augenfälliges Ärgernis zu nennen, Selbständige im Gegensatz zu gewöhnlichen Lohn- und Gehaltsempfängern zahlreiche Möglichkeiten, ihren privaten Konsum als »Geschäftskosten« zu deklarieren und vom steuerpflichtigen Einkommen abzusetzen.

Nur dreimal, 1974/75, 1977/78 und 1981, hat die sozialliberale Koalition einen halbherzigen Versuch unternommen, den Trend zum Lohnsteuerstaat zu bremsen. Allerdings kam die Einkommensteuerreform von 1975 nur unter dem dreifachen Druck früherer Steuerreformversprechungen, der Konjunkturlage und einer von der CDU/CSU-Opposition entfachten, erfolgreichen Kampagne gegen inflationsbedingte »heimliche Steuererhöhungen« und für den »kleinen Mann« zustande. Die Reform war überfällig, jedoch in ihren Hauptbestandteilen — Anhebung des Grundfreibetrags, Verlängerung der Proportionalzone (bei gleichzeitiger Anhebung des Proportionalsteuersatzes), Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrags, Ersetzung der Kinderfreibeträge durch ein nach Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld — so bemessen, daß sie nicht mehr bewirkte als einen sehr kurzfristigen Verzicht des Staates auf inflationsbedingte Mehreinnahmen. Obwohl die vorgesehene Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen immerhin 15 Mrd. DM betrug, wurde die Progression im Lohnsteuertarif sogar verschärft, so daß mit steigenden Nominallöhnen und -gehältern schon 1976 das Lohnsteueraufkommen und die Lohnsteuerbelastung nicht nur absolut, sondern auch im Vergleich zu den übrigen Steuern zunahm. Mit dem Steuerentlastungsgesetz von 1977 wurden zwar immerhin die Weihnachtsfreibeträge angehoben (zum ersten Mal seit ihrer Einführung 1960) und der Grundfreibetrag nochmals um 11 % erhöht, aber schon die Einführung des von den Liberalen durchgedrückten »Tariffreibetrags« für sämtliche Einkommensteuerzahler machte die relative Entlastung der Lohnarbeiter wieder wett. Gleichzeitig wurden die ohnehin lachhaft niedrigen Vermögensteuersätze gesenkt und die steuerfreien Vermögensbeträge um mehr als das Doppelte erhöht. Mit dem Steuerentlastungsgesetz von 1981 wurden die Grundfreibeträge nochmals erhöht. Gleichzeitig wurde die Progression in der Einkommenszone zwischen 12.000 und 50.000 DM, wo sie bislang am schärfsten war und wo sich praktisch die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmer befand, entschärft. Das entsprach dem Ansatz nach durchaus gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Tarifreform (vgl. Höhnen/Wehner 1978, 60ff.). Faktisch wurde die Zone schärfster Progression nur verschoben — auf die Zone zwischen 18.000 und 60.000 DM. Mittlerweile ist die übergroße Mehrzahl der Lohnsteuerzahler dort wieder angelangt.

Man mag mit den Zähnen knirschen, soviel man will — im Grunde setzt die Wendekoalition bislang nur die Steuerentlastungspolitik ihrer sozialliberalen Vorgänger fort. Seit 1969 ist kaum ein Jahr vergangen, in dem die Einkommen aus »Unternehmertätigkeit und Vermögen« nicht merklich von Steuern entlastet worden sind. Die sinkende Steuerbelastung der Unternehmensgewinne und Selbständigeneinkommen hat den Anteil der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Gewerbe- und Körperschaftsteuern) am Steueraufkommen insgesamt sowie am Aufkommen der Steuern vom Einkommen fortlaufend gesenkt. Folglich müssen diese Einkommen noch stärker steuerlich entlastet worden sein als sie absolut und relativ gestiegen sind.

Seit 1983 haben Kohl/Stoltenberg die Vermögensteuersätze gesenkt und die dazu gehörigen Freibeträge für Geschäftsvermögen erhöht bzw. die traditionelle Unterbewertung des überhaupt steuerpflichtigen Vermögens festgeschrieben. Sie haben das steuersparende »Schachtelprivileg« für die Gewinne von Kapitalgesellschaften bei der Vermögen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer ausgedehnt und die Abschreibungsmöglichkeiten bei der Einkommensteuer erweitert. Bei der Körperschaftsteuer kann man seit 1984 die Kosten für die Emission neuer Aktien voll absetzen, die Kuponsteuer auf ausländische Zinsinkünfte wurde 1985 abgeschafft. Die erste Stufe ihres großen Steuerentlastungsgesetzes ist am 1. Januar 1986 gezündet worden. Sie bringt für alle Einkommensteuerzahler eine nochmalige Erhöhung der Grundfreibeträge, eine drastische Erhöhung der nach der Wende wiedereingeführten Kinderfreibeträge, wobei die noch von den Sozialliberalen eingeführte Pauschalsumme für Kinderbetreuungskosten im Kinderfreibetrag aufgeht, sowie eine erhöhte Absetzbarkeit von Ausbildungskosten. Bis 1988, wenn die zweite Stufe dieser »Großen Steuerreform« mit der eigentlichen Tarifreform (Senkung des Spitzensteuersatzes und Abflachung der Progression) an die Reihe kommen soll, werden sich die Entlastungseffekte dieser Reform nach bewährtem Muster höchst ungleichmäßig zugunsten der höheren Einkommen verteilen. Die mit Vorbedacht aufgeschobene Tarifreform ist vorerst nichts als ein für den Normalbürger schwer durchschaubares Wahlversprechen: Steuerentlastung für den »kleinen Mann«! Da es nach wie vor die große Mehrheit der beschäftigten Arbeitnehmer ist, die von der Einkommensteuerprogression am härtesten getroffen wird, sollte sich niemand Illusionen über die Zugkraft dieser Parole hingeben.

## 2. Steuerpolitik der Sozialdemokratie

Das waren noch Zeiten, möchte man meinen, als die steuerpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie in eine einfache Faustformel paßten: Gegen »indirekte« oder Verbrauchs- und Verkehrssteuern, für eine einheitliche und progressive Steuer auf Einkommen und Vermögen. So schön waren die Zeiten allerdings nicht, denn die Sozialdemokratie hatte, von allen inneren Querelen um ein differenzierteres Steuerprogramm abgesehen, das historische Pech, daß ihre Hauptforderungen regelmäßig von ihren Gegnern realisiert wurden — und das keineswegs in ihrem Sinne. So führte 1920 der Zentrumsmann Erzberger die erste einheitliche Einkommensteuer ein, allerdings mit etlichen Pferdefüßen versehen: Die Steuer hatte einen Proportionalatz von 10%, keinerlei spezielle Freibeträge und Abzugsposten für Arbeitnehmer und eine Freigrenze, die so niedrig angesetzt war, daß die Einkommensbesteuerung auch Einkommen unter dem offiziellen Existenzminimum erfaßte. Die Einkommensteuer war also von Anfang an und ganz anders als von der Sozialdemokratie gewollt, eine direkte Steuer auf die Arbeitslöhne geworden, und das ist sie in der Hauptsache bis heute geblieben. Sie bekam einen progressiven Tarif, sie wurde für Löhne und Gehälter an der Quelle erhoben (eine kriegsbedingte Neuerung der Nazis), beides zu Lasten der Arbeitnehmer. In den 40er und 50er Jahren kämpfte die Sozialdemokratie daher für eine Entlastung der Arbeitnehmer bei der Lohnbesteuerung und insgesamt für eine sozialpolitisch motivierte Umgestaltung des Einkommensteuertarifs: Höhere Freibeträge, um ein Existenzminimum von der Steuer frei zu halten, und Einführung einer Proportionalzone in den Einkommensteuertarif, um die unteren Einkommen zu entlasten und um zu verhindern, daß auch bescheidene Nominallohnerhöhungen von der Steuerprogression aufgeessen wurden. Mit der Einkommensteuerreform von 1958 (der ersten »Großen Steuerreform« in der BRD-Geschichte) realisierten die Christdemokraten genau

dies — wenigstens der Form nach. Zuvor hatten sie allerdings in einer ganzen Serie von kleineren »Steuerreformen« eine Steuerentlastung nach der anderen für die höheren und speziell die Gewinneinkommen durchgeführt. Nun, da das »Wirtschaftswunder« in vollem Gang war, krönten sie ihr Werk durch eine weitere Senkung des Spitzensteuersätze (seit 1946 um rund 40 Prozentpunkte) und die Einführung des Ehegattensplittings. Die Arbeitnehmer bekamen höhere Freibeträge und eine Proportionalzone — offiziell und im Einklang mit früheren Plädoyers der Sozialdemokratie, um Finanzämter und Lohnbüros von Verwaltungsarbeit zu entlasten. Wiederum wurden die Sozialdemokraten in eine »Ja, aber«-Position gedrängt. Dasselbe Spielchen wiederholte sich noch einmal mit der Umsatzsteuer, der Steuer, die die Sozialdemokraten konsequent als »unsozialste« aller Steuern bekämpft hatten, um allerdings schon im »Dortmunder Aktionsprogramm« nur noch ihre Umgestaltung zu fordern. Staffelung der Umsatzsteuersätze je nach Wichtigkeit der besteuerten Waren und Übergang von der Brutto-Allphasensteuer mit ihren bekannten »Kumulationseffekten« zu einer Einphasensteuer, das waren die Hauptforderungen. Die Umsatzsteuerreform von 1967 (Einführung der Mehrwertsteuer) wurde von der SPD schon »mitgetragen«, denn immerhin brachte sie eine leichte Ausdehnung des Geltungsbereichs für den »ermäßigten« Umsatzsteuersatz und die Beseitigung von Kumulationseffekten, soweit steuertechnisch möglich. Eine Reform ohne Zweifel — wettbewerbsfreundlich, wenn auch sozialpolitisch unbefriedigend.

Eine größere steuerpolitische Innovation hat die Sozialdemokratie in der BRD allerdings maßgeblich zustande gebracht: Mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist die Veränderung der Steuerbelastung (durch Manipulation von Steuersätzen und Steuersubventionen) ein offiziell anerkanntes Instrument der Konjunkturpolitik geworden. Diese Neuorientierung hat allerdings die traditionell sozialpolitische Zielsetzung, »soziale Gerechtigkeit« mittels steuerlicher Eingriffe in die marktgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung zu befördern, auf fatale Weise ins Hintertreffen gebracht. Steuerreformen sind in den 70er Jahren unter der SPD-geführten Bundesregierung nur noch als (flankierende) Konjunkturprogramme zum Zuge gekommen. Aus der konjunkturpolitischen Zielsetzung folgt, daß globale Effekte auf makroökonomische Gesamtgrößen wie »Konsum«, »Sparen« und (vor allem) »Investitionen« jedes andere, differenziertere Reformziel in den Schatten stellen. Die steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer wird in diesem Rahmen nicht im Blick auf eine etwaige »Umverteilung« bzw. Änderung der Verteilungsordnung, sondern allein im Blick auf ihre »Spar- und Konsumeffekte« legitimiert. Mithin bekommen Steuerentlastungen für die Arbeitnehmer einen anderen Stellenwert als Steuerentlastungen für die Unternehmer: diese sollen nur die »Massenkaufkraft« stabilisieren und die Tiefe des Konjunkturreinbruchs begrenzen, während der »Aufschwung« aus der Krise von jenen erwartet wird.

Es kommt hinzu, daß die Formulierung von klassenspezifischen Interessen am bzw. im Verhältnis zum modernen Steuerstaat immer schwieriger wird, je mehr dieser sich auf unspezifische, »integrale« Steuerarten stützt, die jeden in gleicher Weise treffen, wie die allgemeine Einkommensteuer oder die Umsatzsteuer. Mit der zunehmenden Komplexität dieser (wichtigsten) Steuerarten springen Steuerprivilegien keineswegs mehr in die Augen. Die tatsächliche Ungleichheit der Steuerbürger im Steuerstaat wird immer undurchschaubarer, wenn die gleichen Steuern Arme und Reiche, Arbeitnehmer und Arbeitgeber treffen. Jedes spezifische Interesse muß überdies erst einmal in hochspezialisierte, steuertechnische Detailkonzepte übersetzt werden, um steuerpolitisch wirksam zu werden (vgl. Krätke 1984, 262ff.). Das erklärt zu einem guten Teil, warum der Steuerreformdruck, der aus

den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung kommt, in der Regel nicht über ein sehr allgemeines Unbehagen an der oder den Ungerechtigkeiten des Steuersystems hinausgeht.

### 3. Sozialdemokratische Steuerpolitik nach der Wachstumskrise

Das bundesdeutsche Steuersystem mit seinen beiden Hauptstützen Lohnsteuer und Mehrwertsteuer belastet Einkommen und Verbrauch der Arbeitnehmer. Der bundesdeutsche Steuerstaat zehrt also in der Hauptsache (zu rund 70%) vom Lohnanteil am Volkseinkommen. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind weit unterbelastet, die privaten Vermögen bleiben weitgehend steuerfrei. »Es gibt nur ein Mittel, der Steuer zu entgehen, das ist, ein Vermögen zu machen«, wußte schon Dupont de Nemours, der Finanzminister der Französischen Revolution 1789. Die Vermögensbildung von Nicht-Arbeitnehmern wird im heutigen Steuersystem noch stets am effektivsten gefördert — aller »Vermögensbildung für Arbeitnehmer« zum Trotz. Den reichsten 2% der BRD-Bevölkerung gehören heute 19% des Gesamtvermögens und über 50% des Betriebsvermögens. Von allen Gerechtigkeitsabwägungen abgesehen, scheint es ganz unausweichlich, daß die volkswirtschaftliche Steuer- und Sozialabgabenquote (die Hauptkomponente der sog. Staatsquote) schrumpfen muß, wenn das Gesamtvolumen der Lohnarbeit, mithin die Steuerbasis Lohnarbeitseinkommen auf längere Sicht schrumpft und das heutige Steuersystem in seinen Grundzügen unverändert bleibt. Vollends dann, wenn mehr Beschäftigung nur noch durch eine weitgehende Umverteilung der bezahlten Arbeit zu erreichen ist, die auf längere Sicht immer mit sinkenden durchschnittlichen (Lebens-)Einkommen für die große Masse der Arbeitnehmer einhergehen muß, ist der Steuerstaat in unveränderter Gestalt auf seiner heutigen Höhe nur zu halten, wenn Lohnsteuer und/oder Mehrwertsteuerbelastung merklich angehoben werden.

Jenseits der Ad-Hockerei des politischen Tagesgeschäfts gibt es für die organisierte Arbeiterbewegung (SPD und Gewerkschaften) in der BRD in den kommenden Jahren nur zwei Alternativen: Entweder man läßt den Steuerstaat schrumpfen, um die Steuerbelastung der Lohnarbeiter nicht weiter ansteigen zu lassen. Dann gibt man faktisch die Steuerpolitik auf und muß sich mit allen Kräften auf die Haushaltspolitik, d.h. die Verteilung der insgesamt schrumpfenden Steuereinnahmen auf verschiedene Ausgabenkategorien, werfen. Das ist wichtig genug, da sich nur dort ein weiterer Sozialabbau stoppen läßt. Läßt man die Finanzierungsstruktur der wichtigsten Gruppe der monetären Sozialleistungen, der Leistungen der Sozialversicherungen, unverändert, kann und wird man gezwungen sein, sich für eine nachhaltige Senkung der Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer stark zu machen — allein um Spielraum für Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge zu gewinnen. Die andere Alternative heißt: Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast auf andere Bestandteile des Nationaleinkommens und -vermögens, um den Steuer- und Sozialversicherungsstaat zumindest auf seinem heutigen Niveau zu halten. Dann aber ist eine gründliche Steuer- und Sozialversicherungsreform unumgänglich, die keinen Teil des heutigen Abgabewirrwarrs aussparen darf.

Die bundesdeutsche Linke, soweit sie der von der Regierungspartei SPD eingeleiteten Steuerentlastungspolitik kritisch gegenüberstand, hat sich bis vor kurzem darauf beschränkt, mehr oder minder stille Finanzierungsreserven innerhalb des heutigen Steuersystems aufzuzeigen, die kurzfristig zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen mobilisierbar wären. Die Position der Memorandum-Gruppe gibt dafür das beste Beispiel. Bis 1982 vertrat sie einen recht bescheidenen Katalog von kurzfristig wirksamen Maßnah-

men: Aktivere Bekämpfung der Steuerhinterziehung, höhere Verzinsung von Steuerrückständen, Abbau einer Vielzahl von speziellen Steuersubventionen, von denen die meisten aus den 50er Jahren stammen, effektivere Besteuerung des Bodenwertzuwachses, Besteuerung von windfall profits und Begrenzung des Ehegatten-Splittings bei der Einkommensbesteuerung für höhere Einkommen (vgl. Memo 82, 146-157). Ab 1983 sind einige radikalere Forderungen hinzu gekommen: Verbot der Absetzung von Bewirtungskosten, Abschaffung des Freibetrags für Freiberufler, Wegfall der Durchschnittsbesteuerung für Landwirte, Änderung von Doppelbesteuerungsabkommen vor allem mit sog. Steuer-oasen-Ländern, Einführung erhöhter Umsatzsteuersätze für »Luxusgüter« (vgl. Memo 83, 106-110). 1984 kommt die Memorandumsgruppe am Ende ihres Forderungskatalogs darauf, daß eine »grundsätzliche Reform der Lohn- und Einkommensteuer ... dringend geboten« und eine »prinzipielle Umstrukturierung des Steuersystems erforderlich« sei (Memo 1984, 99). Im Memorandum 1985 wird eine Alternative zur Kohl / Stoltenberg-schen Einkommensteuerreform skizziert, die nur dasjenige fortschreibt, was die sozialliberale Koalition 1975, 1977 und 1981 mit insgesamt mäßigem Erfolg schon versucht hat: Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerfreibetrags, Abschaffung des Kinderfreibetrags zugunsten eines Kindergelds (für Schüler an Einkommensgrenzen gebunden), Ausweitung der Proportionalzone der Besteuerung und Erweiterung der oberen Progressionszone — allerdings mit einer deutlichen Anhebung des Spitzensteuersatzes. Graduell über die sozialdemokratische Steuerpolitik bis 1981 hinaus gehen nur der Vorschlag, einen Steuercrédit (fixer Abzugsbetrag von der Steuerschuld statt Freibetrag) einzuführen und den Splitting-Vorteil teils zu begrenzen, teils im Blick auf die Familiensituation (Familien- statt Ehegatten-Splitting) wieder auszuweiten (vgl. Memo 85, 69). Das macht einen wenig durchdachten Eindruck und scheint eher vom begrifflichen Wunsch diktiert, dem »Jahrhundertwerk« der Wendekoalition etwas entgegenzusetzen als systematischen Überlegungen zur Steuerreform entsprungen.

Die rein konjunkturpolitische Ausrichtung der Steuerpolitik in den Memoranden läßt das von der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission des SPD-Vorstands im Oktober 1985 im Entwurf präsentierte Papier (Roth u.a. 1985) hinter sich — wenigstens dem Anspruch nach. Die vorgeschlagenen Steuerreformen sollen sowohl der Beschäftigungspolitik dienen, als auch den unumgänglichen Umbau der BRD-Volkswirtschaft fördern. Das Papier enthält zwei Vorschläge zur Einkommensteuerreform und zwei fromme Wünsche. Nichts davon ist unerhört oder originell zu nennen, das meiste wird selbst für ein Grundsatzpapier unnötig vage formuliert.

Vorschlag Nr. 1 lautet: Schluß mit der faktischen Steuerfreiheit der Zinsen. Eine Quellensteuer für Zinserträge soll künftig dieses investitionshemmende Steuerprivileg für Geldanlagen beseitigen (Roth u.a. 1985: 82f).

Vorschlag Nr. 2: Die von der Wendekoalition eingeleitete Lohn- und Einkommensteuerreform soll offenbar in ihrer ersten Stufe nicht zurückgenommen, die zweite Stufe soll allerdings »sozial ausgewogener« gestaltet werden (Roth u.a. 1985, 84). Angestrebt wird ein »leistungs- und beschäftigungsfreundlicher« Tarif, der bewirken soll, daß »die Mehrheit der Lohn- und Einkommensbezieher ... nicht mehr progressiv besteuert werden«. Denn zu einer »beschäftigungsorientierten Neugestaltung« des Steuersystems gehöre, daß »der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen nicht weiter ansteigt« (Roth u.a. 1985, 84, 85).

Ad 1: Die Autoren machen nicht klar, was sie wollen und wie erreicht werden kann, was sie wollen. Ihrer Begründung läßt sich entnehmen, daß sie die »massive Investitions-

bremse« weghaben wollen, die die Nichtbesteuerung von Geldanlageerträgen darstellt. Dann wäre eine effektive Besteuerung von Geldvermögen der direkteste Weg — d.h. Reform der Vermögensteuer. Sie sehen bei der Zinsbesteuerung das Problem der Kleinsparerer und machen sofort einen deftigen Rückzieher: Freibeträge für Zinseinkünfte in Höhe von 3.000/6.000 DM (Ledige/Verheiratete) wollen sie einführen. Bei den in der BRD lachhaft niedrigen Zinsen auf gewöhnliche Sparguthaben entspricht das bereits einem Geldvermögen von 75.000/150.000 DM (Ledige/Verheiratete) — das ist mehr als die geltenden Freibeträge bei der Vermögensteuer. Wenn die Zinsbesteuerung, die die Autoren vorschlagen, obwohl sie eine Steuer auf Geldvermögen meinen, überhaupt etwas bringen soll, dann ist die Vermögensteuerfreiheit schon genug Entlastung für kleine und durchschnittliche Sparer zugleich. Auf der anderen Seite ist die Sorge der Autoren verständlich. Sie gehen ja nicht einmal so weit, eine echte Quellenbesteuerung für Zinseinkünfte (d.h. Steuerzahlungspflicht der Banken und Sparkassen) zu verlangen, sondern begnügen sich mit »Kontrollmitteilungen« an die Finanzämter. Da die von den Autoren genannten »Kapitalsammelstellen« aber die weitaus größten und wichtigsten Bezieher von Zinseinkünften sind, dürfte die Mitteilung über Zinsen, die sie zahlen, weitaus zuverlässiger sein als die Mitteilung über Zinsen, die andere, Nicht-Banken zumal, an sie gezahlt haben. Das Schicksal dieser Rothschen Reform läßt sich mithin leicht voraussagen: Weil man die echte Quellenbesteuerung und die damit unweigerlich verbundene Verschärfung der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle über die Banken scheut, wird nicht viel mehr als eine verbesserte Erfassung von Sparzinsen dabei herauskommen. Die bisherige Kritik von links ist leider auch nicht besser als der halbherzige Vorschlag im Roth-Papier. Da wird (von teilweise identischen Autorengruppen) einerseits steuerliche »Diskriminierung« von Geldkapitalanlagen, andererseits Quellenbesteuerung von »Besitz- und Vermögenseinkommen«, entschärft durch »angemessene(n) Freigrenzen« (sic!, offenbar ist den Autoren der Unterschied zwischen Freigrenze und Freibetrag nicht geläufig) gefordert (Anpassung oder Reform, 18, 44). Das eine läßt sich zwar theoretisch mit dem anderen kombinieren. Will man jedoch beides, dann ist vor allem eines klar: der erbitterte Widerstand der Banken (und der Versicherungen, nicht zu vergessen), die diese Besteuerung ja ausführen, d.h. vor allem auch auf sich selbst anwenden müßten. »Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber den Finanzämtern« heißt es in den Leitlinien des »Frankfurter Kreises« (Anpassung oder Reform, 44). In der Tat. Genau dies Hindernis erklärt, warum die Quellenbesteuerung von Zinsen, wo sie versucht wurde, scheiterte bzw. vornehmlich die gewöhnlichen Sparbuchbesitzer traf.

Ad 2: Hier haben die Autoren wohl nicht lange genug nachgedacht. Wenn sie auch nur die Mehrheit der Lohnsteuerzahler aus der Progressionszone herausholen wollen, wo heute mehr als 75 % des gesamten Lohnsteueraufkommens aufgebracht werden, dann wird das Aufkommen dieser Steuer unweigerlich ganz gehörig sinken. Wenn die Lohnsteuer ihren heutigen Platz im Steuersystem annähernd halten soll, dann muß der Proportionalatz der Lohnsteuer, der zum Steuersatz für die große Mehrzahl der Lohnsteuerzahler werden soll, erheblich erhöht, mindestens verdoppelt werden (von heute 22 auf ca. 45 %). Wenn die Autoren eine solche enorme Erhöhung des Proportionalsteuersatzes, mithin der Lohnsteuerbelastung gerade für kleine und niedrigste Löhne und Gehälter nicht wollen, müssen sie einen Ausgleich in der verbleibenden, äußerst schmal gewordenen Progressionszone suchen. Dann aber ist es völlig unbegreiflich, was sie an den für die Steuerbelastung in dieser Zone maßgeblichen Steuersubventionen eigentlich noch überprüfen wollen (vgl. Roth u.a. 1985, 83f). Splitting-Vorteil, Kinderfreibeträge, Sonderabschreibungen und derglei-



chen müssen sofort gekürzt bzw. gestrichen werden (vgl. den unvollständigen Katalog im Memo 82, 150-154). Unnötig und überzogen sind die weitaus meisten dieser Erbstücke der 50er Jahre. Wenn die Autoren aber weder das eine — Erhöhung des Proportionalsteuersatzes — noch das andere — rücksichtslose Streichung von Steuersubventionen — wollen und doch an ihrem Plan zur Beendigung der progressiven Steuerzahlung für die Mehrheit der Erwerbstätigen festhalten, dann müssen sie schon mit der Sprache heraus, welche anderen Steuern sie dann wie umgestalten wollen, um den Steuerstaat insgesamt auf gleichem Niveau zu halten. Wenn sie nicht zum bequemsten und fragwürdigsten Auskunftsmittel der Mehrwertsteuererhöhung greifen wollen, wie es die sozialliberale Koalition 1974 bis 1979 getan und die CDU/FDP Koalition nun wieder in petto hat, dann müssen sie zwangsläufig an die Unternehmens- und Vermögensteuern ran.

Die frommen Wünsche von Roth u.a. lauten: »ökologische Ausrichtung und Differenzierung unseres Steuer- und Abgabensystems« und Förderung der »Chancen arbeitsintensiver Produktion und Dienstleistungen« durch das reformierte Steuer- und Sozialabgabensystem (Roth u.a. 1985, 85). Hierzu müßte die Kommission überhaupt erst einmal Konzepte vorlegen. Im Umkreis der Grünen und in der Sozialdemokratie gibt es dazu diskussionswürdige Überlegungen, im In- und Ausland gibt es Beispiele ökologisch orientierter Steuern, von denen sich lernen läßt.

### **Literaturverzeichnis**

- Anpassung oder Reform? Zur neuen Wirtschaftskonzeption der SPD, Hamburg 1985  
Höhnchen, W./Wehner, H.G., 1978, Staatsfinanzen — Steuern — Arbeitnehmer, Köln  
Krätke, M., 1984: Kritik der Staatsfinanzen, Hamburg  
Memorandum 1982, Köln  
Memorandum 1983, Langfassung, Bremen  
Memorandum 1984, Langfassung, Bremen  
Memorandum 1985, Langfassung, Bremen  
OECD 1981, Long-Term Trends in Tax Revenues of OECD Member Countries 1955-1980, Paris  
Roth, W., u.a., 1985, Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern, Bonn

**Wolfgang Fritz Haug**

**Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts**

**Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitik im deutschen Faschismus**

Normalität — Gesundheit — Schönheit — Leistungsfähigkeit — Fitness: die nazistischen Ausrottungspolitiken als Kehrseite der »gesunden Normalität« im Rahmen eines nachholenden Fordismus. In diesem Buch wird das Zusammenwirken von Bereichen untersucht, die zumeist isoliert betrachtet werden. Entscheidend sind die Resonanzbeziehungen zwischen den institutioneilen Diskursen und den Normalisierungspraktiken im Alltag — dem »Do it yourself« der Ideologie. Wie zu Beginn des Jahrhunderts am Syphilis-Paradigma, so könnte sich heute am AIDS-Syndrom ein neuer Rassismus bilden ..

Argument Sonderband AS 80  
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

**Jan Rehmann**

**Die Kirchen im NS-Staat**

**Mit einem Vorwort von Wolfgang Fritz Haug**

Dieselben Kirchen, die das völkermordende Regime bis zum Schluß als göttlich eingesetzte Obrigkeit stützten, haben wie keine andere Macht die Kraft, sich den Versuchen der Gleichschaltung zu widersetzen. Jan Rehmann vergleicht die Stellung beider Kirchen und läßt ein Stück Beinstruktur ideologischer Macht hervortreten. Aufgearbeitet wird außerdem die Hegemonieunfähigkeit der Weimarer Linken gegenüber Kirchen und Christentum, die die faschistische Besetzung des Religiösen erleichtert hat.

Argument Sonderband AS 160  
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

**Massenmedien und soziale Herrschaft**

**Theoriekritik und Materialanalyse  
Hg. Frigga Haug und Arbeitsgruppe  
Herrschaft und Ideologie**

Herrschaft, die nicht nur mit Zwang arbeitet, muß die Zustimmung der Unterdrückten organisieren. Sie braucht »Legitimität«. Wie dies heutzutage geschieht, wollten wir exemplarisch untersuchen. Gegenstand unserer Analyse waren Massenmedien, Film, Fernsehen, Tageszeitung. Als Handwerkszeug benutzten wir Theorien über soziale Herrschaft und deren Reproduktion (K. Marx, A. Gramsci, L. Althusser, das Projekt Ideologietheorie und feministische Arbeiten).

Die hier veröffentlichten Beiträge von Studentendokumentieren die Lernschritte in einem Seminar.

Argument Studienheft SH 64, 112 S., 8,- DM



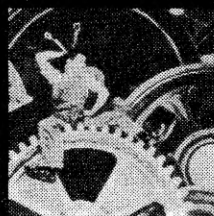
**W.F.HAUG:  
FASCHISIERUNG  
DES  
SUBJEKTS**



**JAN REHMANN:  
KIRCHEN  
IM NS-STAAAT**

ARGUMENT  
STUDIENHEFTE  
SH 64

MASSENMEDIEN  
UND  
SOZIALE HERRSCHAFT  
GRUNDSTUDIUM



**ARGUMENT**

Argument-Vertrieb  
Tegeler Straße 6  
1000 Berlin 65

Ottwald Demele

## **Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital — ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit?**

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik steht eine Regierung vor dem Dilemma, im Zuge eines konjunkturellen Aufschwungs zwar einen Anstieg der Produktion, aber keine merkliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt (und erst recht nicht die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung) vorweisen zu können. Dem aktuellen Produktionsaufschwung muß in absehbarer Zeit ein konjunktureller Rückschlag folgen, wodurch die Arbeitslosenzahlen weiter ansteigen werden. Möglicherweise tritt er noch vor der nächsten Bundestagswahl ein — in diesem Falle würde er mit hoher Wahrscheinlichkeit einen erheblichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben. Es liegt also durchaus im Rahmen des *Möglichen*, daß die SPD schneller in die Regierungsverantwortung zurückkehrt, als von ihr selbst ursprünglich erwartet. Insofern ist tatsächlich große Eile geboten bei der Diskussion eines neuen Wirtschaftsprogramms der Partei.

Die Gefahr, daß dabei manches mit »zu heißer Nadel gestrickt« wird, liegt auf der Hand. So macht die Passage zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen im Roth-Papier den Eindruck, daß hier überhastet für die Anwendung dieses wirtschaftspolitischen Instruments plädiert wird: Nicht nur, daß die offenkundigen Schattenseiten der Modelle zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen unberücksichtigt bleiben — darüber hinaus wird die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand auch noch mit einer zu umfangreichen Aufgabenstellung überfrachtet. Das unkritische Plädoyer der Roth-Kommission für die Einbindung der Lohnabhängigen in die Bildung von Produktivvermögen mutet um so erstaunlicher an, als es in der Bundesrepublik bereits eine längere Tradition in der Diskussion dieser Frage gibt.

### **1. Anlaß der ersten vermögenspolitischen Debatte in der Bundesrepublik**

Bereits in den 50er Jahren hatte in der Bundesrepublik eine vermögenspolitische Debatte eingesetzt. Anlaß dazu war seinerzeit die immer offener zutage tretende Ungleichverteilung des Produktivvermögens. 75 % des privaten Vermögenszuwachses während der Jahre 1950 bis 1959 konzentrierten sich laut einer Untersuchung von C. Föhl auf nur 17 % aller Haushalte. Nach Angaben von W. Krelle verfügten nur 1,7 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung im Jahre 1960 über 70 % des Produktivvermögens. Im Jahre 1966 war dieser Anteil nach einer Untersuchung von J. Siebke bereits auf 74 % gestiegen. Grundlage der Ungleichverteilung der Vermögensbildung ist die Ungleichverteilung der Einkommen. Da bei den Beziehern niedrigerer Einkommen nur wenig zum Sparen übrigbleibt, mit wachsendem Einkommen aber die Sparquote ansteigt, ergibt sich aus der ungleichen Einkommensverteilung logischerweise auch die Ungleichverteilung der Vermögensbildung. Die vermögenspolitische Debatte hat seinerzeit zu einer Reihe von Plänen und Aktivitäten geführt:

Im sogenannten Gleitze-Plan von 1957 z.B. wurde die Forderung erhoben, die Unternehmen per Gesetz dazu zu veranlassen, Teile des Gewinns in einen Fonds einzuzahlen. Von diesem Fonds sollten an die Lohnabhängigen Vermögenszertifikate verteilt werden. Die Vermögensbeteiligung war hier als *zusätzliche* Leistung zum Barlohn gedacht; sie hätte also die Ausgaben für den Massenkonsum nicht geschmälert.

Die SPD erhob auf ihrem Hannoveraner Parteitag 1960 die Forderung, daß die Gewinneinkommen stärker besteuert werden sollten. Daraus resultierende Einnahmen sollten in einen Fonds fließen, der seinerseits Zertifikate an Interessierte *verkaufen* — und nicht, wie im Gleitze-Plan vorgesehen, an die Lohnabhängigen unentgeltlich verteilen sollte. Den Beziehern niedrigerer Einkommen sollte beim Erwerb solcher Vermögenszertifikate lediglich ein Preisnachlaß gewährt werden.

Im Grundsatzprogramm des DGB vom 1963 heißt es zur Einkommens- und Vermögensverteilung:

»Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Es ist dringend erforderlich, alle Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen ... Wichtige Voraussetzungen breiter Vermögensstreuung sind ein höherer Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen, der Abbau der Steuerprivilegien für hohe Einkommen und die besondere Förderung der Ersparnis- und Vermögensbildung bei unteren und mittleren Einkommensgruppen.«

Die IG Bau-Steine-Erden schloß 1965 einen ersten Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen ab.

Auf gesetzgeberischer Ebene erfolgte der Beginn bzw. der Ausbau der steuerlichen Förderung des Sparens der Arbeitnehmer.

Entscheidende Fortschritte in Richtung einer Verbesserung der Vermögensverteilung sind jedoch trotz der zeitweiligen Durchsetzung einer sogenannten »Umverteilungskomponente« im Rahmen einer aktiven Lohntarifpolitik, weiterer Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen und trotz des Ausbaus der steuerlichen Sparförderung nicht erzielt worden. Aus Sicht der Arbeitnehmer hat sich die Vermögensverteilung im Laufe der letzten Jahrzehnte sogar noch weiter verschlechtert.

## **2. Die unterschiedlichen Positionen einzelner DGB-Gewerkschaften zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen**

Die sich weiter verstärkende Ungleichverteilung des Produktivvermögens und die damit einhergehende Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger hatte im Rahmen des 9. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses 1973 eine heftige Kontroverse zwischen einzelnen Gewerkschaften ausgelöst. Schließlich sprach sich der DGB-Bundesausschuß mit 55:52 Stimmen für die Annahme einer »Stellungnahme zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen« aus. Darin wird für eine Fondslösung zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen plädiert; als Ziele werden genannt die stetige und wirksame Umverteilung

1. des Produktivvermögens und
2. der damit verbundenen wirtschaftlichen Macht.

Wörtlich heißt es in dem Mehrheitsbeschluß des DGB-Bundesausschusses:

»Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ist ... kein Mittel zur Einkommensverbesserung. Ausgangspunkt der Forderung nach Vermögensbeteiligung ist vielmehr die zunehmende Konzentration des Produktivvermögens und die damit verbundene Zusammenballung wirtschaftlicher Macht.«

Neben anderen Gewerkschaften wie der ÖTV und der Postgewerkschaft, charakterisierte die IG Metall diesen »Fonds-Plan zur Vermögensbildung« als eine »Illusion mit bösen Folgen« und kritisierte daran u.a.:

»Konstruktionen wie die des DGB-Bundesvorstandes bezwecken dagegen in erster Linie Einfluß auf die Unternehmen (durch die Stimmrechte aus dem Kapitalbesitz). Derartige Ersatzlösungen für eine Kontrolle wirtschaftlicher Macht liefern denjenigen, die die Machtverhältnisse in unserer Wirtschaft nicht grundlegend verändert sehen möchten, einen Vorwand dafür, eine weitergehende gesetzliche Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt für überflüssig zu erklären.« (Metall-Pressedienst XXI/61 vom 2.4.1973)

In der Zwischenzeit hat die seit der Krise 1974/75 bestehende Massenarbeitslosigkeit die Gewerkschaften in ihrer Durchsetzungsfähigkeit geschwächt. So sind die Reallöhne seit dem konjunkturellen Tief von 1980/81 um etwa 7% gesunken, während sie in früheren Krisenperioden zumindest noch gehalten werden konnten. Allgemein ist der Verteilungskampf schärfer geworden; das zeigt sich nicht nur in dem enormen Widerstand der Arbeitgeber gegen die Forderung der Gewerkschaften nach einer allgemeinen Verkürzung der Regelarbeitszeit, sondern z.B. auch in einem drastischen Anstieg der Zahl der Arbeitsstunden, die jährlich durch Arbeitskämpfe ausfallen.

Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und weiterhin bestehender Unterauslastung der Produktionsanlagen fällt es den Gewerkschaften zunehmend schwerer, verbesserte Tarifabschlüsse durchzusetzen. Deshalb wurden schon die proklamierten Forderungen in ihrer Höhe merklich zurückgenommen. So schrieb z.B. der Metall-Pressedienst am 26. Januar 1982: »Mit dem Verzicht auf eine Umverteilungskomponente zugunsten der Arbeitnehmer schon beim Forderungsvolumen ... habe die IG Metall unmißverständliche Signale für einen schnellen Abschluß gesetzt.« (Metall-Pressedienst XXX/12 vom 26.1.1982) Damit war für den Verteilungskampf eine defensive Position abgesteckt, wie sie auch für andere Gewerkschaften in ähnlicher Weise Geltung hatte bzw. hat.

Das Interesse an tarifpolitischen Alternativen ergibt sich für Gewerkschaften z.T. auch dadurch, daß manche Mitglieder einer aktiven oder expansiven Lohnpolitik eher skeptisch gegenüberstehen. Die Propaganda-Formel, wonach »die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen« seien, ist bekanntlich auch unter Lohnabhängigen nicht ohne Wirkung geblieben. Ein Teil der Arbeitnehmer ist zumindest verunsichert: Leistet eine expansive Lohnpolitik durch die Stärkung der Massenkaufkraft tatsächlich einen positiven Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungskrise — oder verschärft sie umgekehrt die Krise, wie die Arbeitgeberseite behauptet?

Aus dieser Lage heraus setzte sich innerhalb des DGB die Diskussion um Modelle der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen weiter fort. Die Einschätzungen der einzelnen DGB-Gewerkschaften zu diesen Vorschlägen sind jedoch nach wie vor sehr unterschiedlich: *Hermann Rappe*, heute Vorsitzender der IG Chemie, wird vom Handelsblatt (8.6.1982) wie folgt wiedergegeben:

»Die Nominallohnpolitik der Gewerkschaften sei an ihre objektive Grenze gestoßen. Dies zeigten die Tarifrunden der letzten drei Jahre in aller Deutlichkeit ... Die betriebliche Vermögensbeteiligung zu forcieren, bezeichnet Rappe dagegen als einen Irrweg.«

Der Vorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung hegt diese Befürchtung offenbar nicht. Auf ihrem 14. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1982 faßte diese Gewerkschaft u.a. folgenden Beschluß:

»Zur Zukunftsvorsorge für die Arbeitnehmer und zur Förderung der Arbeitsplatzhaltung in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind im Rahmen tarifpolitischer Überlegungen und Aktivitäten vielfältige Anstrengungen erforderlich. In diesem Rahmen können ... auf Antrag von bezirklichen Tarifkommissionen auch Tarifverträge abgeschlossen werden, die im Rahmen von Gesamtverbesserungen neben einer Erhöhung der Löhne und Gehälter einen zusätzlichen Anteil vorsehen, der im jeweiligen Unternehmen als Darlehen für eine festgelegte Dauer verbleiben kann.«

In der Erklärung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Textil und Bekleidung zu diesem Beschluß heißt es unter Punkt 6 ferner:

»Der Hauptvorstand geht bei seinen Grundüberlegungen von der Auffassung aus, daß bei einem eventuellen kombinierten Tarifabschluß, also Barlohn und Darlehensanteil, ein höherer Abschlußwert erreicht werden muß als bei einem reinen Barlohnabschluß.«

Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung ist also sogar bereit, betriebliche Modelle der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen zu akzeptieren, obwohl die betreffenden Arbeitnehmer damit einer Kumulation des Risikos ausgesetzt werden: Geht ein Unternehmen mit Mitarbeiterbeteiligung am Betriebsvermögen in Konkurs, so verlieren seine Beschäftigten nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch noch ihre Vermögensanteile. Das vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung formulierte Ziel der Mitarbeiterbeteiligung am Betriebsvermögen wird jedoch nicht erreicht werden: Die zusätzlich im Unternehmen verbleibenden Investitionsmittel dienen bei schlechter Konjunkturlage nicht der Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern der rascheren Rationalisierung der Betriebe, also dem Abbau von Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, daß in Folge einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen erfahrungsgemäß die Intensität der Arbeit spürbar ansteigt und bei den Arbeitnehmern ein verstärktes »Kostendenken« einsetzt. Die Folge davon ist eher ein zusätzlicher Verlust von Arbeitsplätzen.

Im Gegensatz zum Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung bewertet Detlef Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, betriebliche Modelle der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen als »Täuschungsmanöver«. Es heißt bei ihm:

»Wer ans Produktivvermögen will, soll es in Gemeineigentum überführen. Selbst Fondslösungen überbetrieblicher Natur gaukeln uns Einflußmöglichkeiten vor, die wir auch über einen Fonds, der dann wiederum bei anderen Großunternehmen beteiligt ist, niemals erlangen.« (Vorwärts vom 17.2.1983)

Ähnlich urteilte auch das IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss:

»Hier handelt es sich um nichts anderes als den Versuch, den Arbeitern und Angestellten Lohnverzicht schmackhaft zu machen und die gewerkschaftliche Tarifpolitik vermögenspolitischen Scheinlösungen unterzuordnen.' Die IG Metall werde sich jedenfalls nicht in einen Verband von Kleinaktionenären verwandeln. 'Unser Instrument der Einkommensverteilung ist und bleibt die aktive Tarifpolitik, nicht die passive Vermögenspolitik.'« (Handelsblatt vom 17.5.1982)

Während sich also einzelne Gewerkschaften im DGB für überbetriebliche Modelle der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen einsetzen (so z.B. die IG Chemie) und manche sogar betriebliche Modelle akzeptieren (so die Gewerkschaft Textil-Bekleidung), lehnen andere DGB-Gewerkschaften sowohl die betrieblichen als auch die überbetrieblichen Modelle einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ab: Sie versprechen sich von derartigen Ansätzen weder eine Verbesserung der Einkommensverteilung, noch einen stärkeren Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen.

### **3. Die Zielsetzung einer Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen im Diskussionsentwurf der Roth-Kommission**

Im Roth-Papier werden mit dem Instrument der Arbeitnehmerbeteiligung an der Neubildung von Produktivvermögen gleich drei Ziele angesteuert — dies allerdings mit sehr unterschiedlicher Gewichtung: Unter der Überschrift »Neue Herausforderungen für die

Wirtschaftspolitik« heißt es auf Seite 25, daß eine Wirtschaftsentwicklung angestrebt werde, »die die *Beseitigung der ungerechten Einkommensverteilung*« zu berücksichtigen habe (Hervorh. d. Verf.). Im Kapitel VI.2. mit der Überschrift »Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen« taucht dieser Gedanke der gerechteren Einkommensverteilung jedoch nicht mehr auf. Das ursprüngliche Ziel der vermögenspolitischen Debatte in der Bundesrepublik, nämlich die Korrektur einer als ungerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung, spielt in den Ausführungen der Roth-Kommission nur noch eine untergeordnete Rolle, weshalb es auch nicht weiter konkretisiert wird. Ähnlich bestellt ist es mit dem Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft nach dem auch von einigen Gewerkschaftern vertretenen Motto: »Mitbestimmung durch Miteigentum«. In Kapitel VI mit der Überschrift: »Die Wirtschaft demokratisieren« wird der Gedanke der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen zwar kurz erwähnt, aber letztlich nicht weiter ausgeführt. Es heißt dort lediglich: »Wir wollen die *Wirtschaftsdemokratie ... verwirklichen ... durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ...*« (Hervorh. d. Verf.) (S.68).

Worauf es der Roth-Kommission bei der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen ankommt, ist vor allem dieses:

»Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft erfordern eine Steigerung der Investitionstätigkeit, also eine stärkere Neubildung von Produktivkapital ... Damit nicht — wie in der Vergangenheit — allein die bisherigen Besitzer von Produktivkapital aus öffentlichen Mitteln begünstigt werden, ist die Initiative für eine neue Politik zur Bildung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand notwendig ... Der Gesetzgeber muß geeignete Rahmenbedingungen für eine Beteiligung auf überbetrieblicher und tarifvertraglicher Grundlage schaffen. Allein überbetriebliche Beteiligungen vermeiden die Nachteile betrieblicher Beteiligungsformen ...« (S.70)

#### **4. Könnte eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen einen Beitrag leisten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit?**

Wie schon in dem oben zitierten Beschluß des 14. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Textil und Bekleidung zur Mitarbeiterbeteiligung am Produktivvermögen, so ist also auch im Diskussionspapier der Roth-Kommission die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. die Mitfinanzierung des Umstrukturierungsprozesses der Wirtschaft als zentrales Ziel der Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer genannt. Aber wie realistisch ist eigentlich die Annahme, daß die Unternehmen durch eine Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen veranlaßt werden können?

Sowohl die IG Chemie und die Gewerkschaft Textil-Bekleidung als auch die Roth-Kommission gehen offensichtlich von der Annahme aus, daß bestimmte arbeitsplatzschaffende Investitionen gegenwärtig deshalb unterbleiben, weil die Unternehmen nicht über die erforderlichen Investitionsmittel verfügen, und daß die Arbeitnehmer deshalb mithelfen müßten, diese Lücke zu schließen. Damit knüpfen sie an die vor allem von der Deutschen Bundesbank sowie vom Arbeitgeberlager selbst propagierte These vom angeblichen Kapitalmangel in der bundesrepublikanischen Wirtschaft an. Als »Beleg« für diese These werden häufig internationale Vergleiche der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen herangezogen, aus denen hervorgehen soll, daß die Eigenkapitalausstattung bundesrepublikanischer Unternehmen unzureichend sei. Ferner wird angeführt, daß der Anteil des ausgewiesenen Eigenkapitals an der Bilanzsumme der Unternehmen in der Bundesrepublik von 1967 = 31,4% auf 1981 = 20,5% gesunken ist. Daraus wird gefolgert, daß der

Anteil des Fremdkapitals in den Unternehmen deutlich gestiegen sei, was sie zinsabhängiger mache und es ihnen erschwere, risikoreiche Investitionen durchzuführen. Das, so z.B. die Deutsche Bundesbank, behindere den Umstrukturierungsprozeß in der Wirtschaft. Zur Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen bedürfe es daher einer verstärkten Zuführung von Eigenkapital.

Tatsächlich ist z.B. in den USA und in England der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme der Unternehmen traditionell erheblich größer als in der Bundesrepublik; in England z.B. ist er mehr als doppelt so hoch wie hierzulande — dennoch würde wohl niemand auf die Idee kommen, das derzeitige Tempo des technischen Wandels in England höher einzuschätzen als jenes in der Bundesrepublik. Umgekehrt gilt Japan zurecht als ein Land, in dem sich der technische Wandel derzeit besonders rasch vollzieht. Die Eigenkapitalausstattung japanischer Unternehmen ist jedoch um etwa ein Drittel geringer als jene in der Bundesrepublik! Abgesehen von diversen Problemen bei internationalen Vergleichen der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen läßt sich doch feststellen, daß aus der Höhe der jeweiligen nationalen Eigenkapital-Ausstattung der Unternehmen keineswegs auf das Tempo der technologischen Entwicklung geschlossen werden kann.

Die im Vergleich zu einigen anderen Staaten geringere Eigenkapitalausstattung bundesrepublikanischer Unternehmen ist also keinesfalls als »Alarmsignal« zu werten, zumal der Rückgang der ausgewiesenen Eigenkapitalquote keineswegs mit einer entsprechend erhöhten Abhängigkeit der Unternehmen von Fremdkapital gleichzusetzen ist. Vielmehr wurden und werden enorm hohe Kapitalbeträge in den rasch wachsenden sogenannten Rückstellungen »versteckt«. Allein die Pensions-Rückstellungen stiegen nach Angaben der Zeitschrift »Wertpapier« zwischen 1970 und 1980 von 7 auf 12,4% der Bilanzsumme, wodurch der gleichzeitige Rückgang der Eigenkapitalquote in diesem Zeitraum von 26,7 auf 20,9% beinahe vollständig ausgeglichen wurde (Wertpapier Nr. 10/84, 15. 5. 1984, S.479).

Ferner ist seit über einem Jahrzehnt hinweg die Tendenz zu beobachten, daß die Unternehmen ihre frei verfügbaren Kapitalmassen immer häufiger in Finanz- statt in Sachanlagen investieren. 1982 hat beispielsweise der Siemens-Konzern 62% seines Jahresgewinns aus Finanzanlagen — und nur den Rest aus dem Verkauf von Elektroartikeln erwirtschaftet (siehe Handelsblatt vom 12.9.1983). Angesichts einer schlechten Absatzlage sowie des zwischenzeitlich sehr hohen Zinsniveaus ist eine Kapitalanlage auf dem Geldmarkt für die Anleger häufig rentabler und weniger risikobehaftet als eine Investition in Sachanlagen.

Von einem Mangel an Eigenkapital kann in der Bundesrepublik auch deshalb nicht die Rede sein, weil die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen in den letzten Jahren sogar ungewöhnlich hoch war; die Finanzierungsdefizite der Unternehmen dagegen fielen außerordentlich gering aus. Das unzureichende Volumen der getätigten Investitionen ist deshalb keineswegs mit einem Mangel an investierbaren Mitteln zu begründen.

Andernfalls gäbe im übrigen der laute Ruf der Unternehmer nach einer raschen und umfassenden Privatisierung von Bundesvermögen auch keinen Sinn: Würden die Betriebe nicht tatsächlich über umfangreiche liquide Mittel verfügen, so müßte das Unternehmerlager nicht Ausschau halten nach zusätzlichen Anlagefeldern für überschüssiges Kapital!

Der tatsächliche Grund für das geringe Ausmaß der Investitionen, oder genauer: der Arbeitsplatz-schaffenden Erweiterungsinvestitionen, liegt in der unzureichenden Endnachfrage, die eine zu geringe Auslastung der Produktionskapazitäten zur Folge hat. Bei einer Auslastung von zeitweilig deutlich unter 80% gibt es für die meisten Unternehmen in der Tat keine Veranlassung, die Kapazitäten noch weiter auszubauen — selbst wenn die



dafür erforderlichen Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen. In einer solchen Lage lohnen sich für die Kapitalbesitzer allenfalls noch Rationalisierungsinvestitionen, weil sie dem Ziel dienen, Arbeitsplätze und somit Kosten einzusparen.

Damit ist das zentrale Problem einer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kapitalbildung angesprochen: Sollen die Unternehmen im Zuge einer Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen tatsächlich *mehr* Kapital bilden können, so ist das nur möglich, wenn die Arbeitnehmer auf einen Teil ihres Barlohnes verzichten (müssen). Ein Mehr an Kapitalbildung würde also »erkauft« durch ein Weniger an frei verfügbarer Massenkauflkraft.

Der »Verzicht« auf Teile des Barlohnes würde den Massenkonsum, also die Endnachfrage vermindern und somit die bereits bestehende Unterauslastung der Produktionsanlagen weiter verschärfen. Die Unternehmen hätten folglich noch weniger Veranlassung, Arbeitsplatz-schaffende Erweiterungsinvestitionen durchzuführen. Aufgrund des zusätzlich verfügbaren Kapitals wären sie allerdings dazu in der Lage, Arbeitsplatz-vernichtende Rationalisierungsinvestitionen noch rascher als bisher durchzuführen. Die Arbeitnehmer müßten somit in einem ersten Schritt auf einen Teil ihres Barlohnes verzichten (zugunsten der Vermögensbeteiligung), um dann in einem zweiten Schritt um so schneller ihren Arbeitsplatz zu verlieren!

Erhalten die Arbeitnehmer dagegen die Vermögensbeteiligung tatsächlich zusätzlich zum Barlohn, so ist schwerlich zu sehen, wie auf diesem Wege auch noch zusätzliches Kapital gebildet werden sollte. Vielmehr handelt es sich in einem solchen Falle um eine Umverteilung des Produktivvermögens. Die von der Roth-Kommission angestrebte Bildung von *zusätzlichem* Kapital würde auf diese Weise nicht erreicht.

Ferner sind ernste Zweifel bei der Frage angebracht, ob es den Arbeitnehmern noch vor dem Erreichen des Sanktnimmerleinstages gelingen könnte, auf dem Wege der *Beteiligung am Zuwachs* von Produktivvermögen eine so große Kapitalmasse anzusammeln, daß auf diesem Wege Einfluß auf die Geschäftspolitik großer Unternehmen genommen werden kann. Das Ziel der »Mitbestimmung durch Miteigentum« ist eine pure Illusion, wenn das Miteigentum durch Absparen vom Barlohn erworben werden müßte. Bei vorhandenem politischen Willen, gepaart mit einer entsprechenden politischen Durchsetzungskraft, ist eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer bedeutend einfacher und vor allem viel rascher durchzusetzen über den Ausbau der gesetzlichen Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.

Im Vergleich dazu ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen eine Maßnahme mit hohem propagandistischen, aber geringem praktischen Wert. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, daß z.B. die konservative Regierung in England unter M. Thatcher derzeit eine breite Streuung von Mini-Anteilen am Produktivvermögen (»Volksaktien«) anstrebt, um auf diese Weise auch dem »kleinen Mann« das Gefühl zu vermitteln, Kapitalbesitzer zu sein — und dadurch mit den »Großen« in einem Boot zu sitzen. Sie befürchtet offensichtlich keineswegs, daß die bisherigen Kapitalbesitzer durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen an Einfluß verlieren könnten.

Gleiches gilt z.B. für die niedersächsische Landesregierung unter E. Albrecht, die seit seit Jahren darum bemüht hat, über den Bundesrat Gesetzesinitiativen zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen voranzubringen. In der Zielsetzung eines entsprechenden Gesetzentwurfes von 1982 heißt es u.a.: »Dadurch wird die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gestärkt, die Produktivität erhöht, der Verteilungskampf entschärft ...«

## 5. Fazit

Der Vorschlag der Roth-Kommission zur Beteiligung der Arbeitnehmer an der Neubildung von Produktivvermögen stellt die ursprüngliche Zielsetzung der vermögenspolitischen Debatte auf den Kopf: Ging es damals darum, Anteile des Produktivvermögens durch die Teilabführung von Gewinnen auf die Arbeitnehmer zu übertragen, also den Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen zu erhöhen, so zielt die Roth-Kommission heute faktisch darauf ab, durch Zwangssparen der Arbeitnehmer die volkswirtschaftliche Kapitalbildung zu steigern.

Aus der ursprünglich offensiven Forderung nach einem Lohnzuschlag mit dem Ziel einer gerechteren Gestaltung der Einkommens- und Vermögensverteilung wurde die defensive Strategie des Verzichts auf die volle Barauszahlung des Lohnes — oft mit dem Ziel der Rettung von Arbeitsplätzen in krisengeschüttelten Industrien (siehe Textil und Bekleidung).

Mit der angestrebten Bereitstellung von zusätzlichem Geldkapital will die Roth-Kommission Arbeitsplatz-schaffende Investitionen ermöglichen. Der gegenwärtig geringe Umfang der Investitionen liegt jedoch keineswegs in einem Mangel an Kapital begründet, sondern in der zu geringen Endnachfrage, die sich in unterausgelasteten Kapazitäten niederschlägt. Diese lassen Erweiterungsinvestitionen für das Kapital sinnlos erscheinen.

Wer *die Arbeitslosigkeit abbauen* will, darf deshalb den Barlohn und damit die Massenkaukraft nicht auch noch durch Abzüge vom Barlohn weiter schmälern, sondern muß die Massenkaukraft steigern, um eine Ausweitung von Produktion und Dienstleistungen möglich zu machen, und die Regelarbeitszeit rasch verkürzen.

Wer eine *gerechtere Einkommensverteilung* will, muß den Lohnanteil am Volkseinkommen durch eine aktive Tarifpolitik erhöhen und sich für eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten, d.h. für eine steuerliche Entlastung der Bezieher geringerer Einkommen und für eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen einsetzen.

Wer mehr *Mitbestimmung für die Arbeitnehmer* durchsetzen will, darf sich nicht auf die Schaffung von »Mitbestimmung durch Miteigentum« verlassen, sondern muß die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung auf gesetzlichem Wege unverzüglich ausbauen.

Unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung könnte der Staat als größter Arbeitgeber bei der Durchsetzung dieser Forderungen eine wichtige Vorreiterrolle spielen und auch die geeigneten gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

## Dokumentation

Beschluß des Bezirksvorstandes  
der SPD-Ostwestfalen/Lippe vom 28. April 1986

### Leben und Arbeiten in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft

#### Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm

#### I. Unser Weg und unser Ziel: eine soziale und demokratische Wirtschaftsreform

##### 1. *Vor neuen Aufgaben*

Die Aufhebung von Ausbeutung und Not in einer »Gesellschaft der Freien und Gleichen« — das war und ist das Ziel der organisierten Arbeiterbewegung seit ihrem Beginn vor mehr als fünf Generationen. Wo immer Handwerk und Manufaktur in industrielle Fertigung übergingen, folgte einer solchen Umwälzung diese Gegenforderung der unterdrückten Klassen. Materielle und kulturelle Bedürfnisbefriedigung, soziale Absicherung und politische Gegenmacht — auf allen diesen Feldern kann die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik, und in ihr die SPD, auf Teilerfolge verweisen, die früheren Generationen noch vorenthalten waren.

Dennoch sind auch die Gefährdungen in den zurückliegenden Jahren unübersehbar gewachsen. Arbeitslosigkeit, Ausgesondertwerden, Verelendung, aussichtsloses gesellschaftliches Abgeschriebensein droht bei uns wie in den meisten westlichen Ländern wieder zu einem für alltäglich erklärten Millionenschicksal zu werden. Zugleich steigen Arbeitsbelastungen, Streß und Konkurrenzdruck unter den Beschäftigten. Niemand entgeht der wachsenden Bedrohung des Weltfriedens und den verheerenden Folgen sich vielerorts anbahnender ökologischer Katastrophen. Immer weniger kann der Zusammenhang von Reichtumsanhäufung in den westlichen Industrieländern und Massenelend und Hungertod auf den Kontinenten des »Südens« ignoriert werden.

##### 2. *Herkömmliche Widersprüche treten hervor — neue brechen auf*

Noch nie in der Geschichte waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten größer als heute, um die Erfüllung der materiellen und sozialen Bedürfnisse sowie die kulturelle Freiheit aller zu gewährleisten. Die fortschreitende Entfaltung von Wissenschaft und Technik, die immer weiter verfeinerte Arbeitsteilung und die sich vertiefende Verflechtung der Weltwirtschaft haben die Produktivkraft der menschlichen Arbeit — wenngleich in einer spannungsvollen Weise — über die Vorstellungskraft früherer Generationen hinaus anwachsen lassen.

Und doch sind wir noch immer weit entfernt von einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Not, einer »Gesellschaft der Freien und Gleichen«. Mehr noch: Unter jener Organisationsweise der Arbeit, die die Schaffenskraft des Menschen einerseits so gewaltig steigen ließ, sehen wir andererseits errungene Arbeits- und Lebensbedingungen in Frage gestellt und Grundlagen menschlicher Existenz schlechthin bedroht.

— Bei wachsendem Reichtum verweigert die Wirtschaftsweise unserer Gesellschaft einer seit langem unbekanntem Zahl von Menschen das Recht auf eine existenzsichernde Be-

- schäftigung. Millionen sind von dauerhafter Entfernung aus dem Arbeitsprozeß bedroht.
- Errungene Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben werden in der Stunde ihrer notwendigen Bewährung zerstört. Das Sozialstaatsprinzip ist von Kündigung bedroht.
  - Trotz wachsender Erkenntnisse des Menschen über die Bedrohung der Natur werden diese Einsichten in immer unverantwortlicherer Weise ignoriert. Eine ökologisch wie ökonomisch unsinnige Form der Aneignung der Natur wird als wirtschaftliche Vernunft ausgegeben.
  - Die Frauen tragen mindestens gleichwertig zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums bei, die gesellschaftliche Gleichstellung wird ihnen jedoch verwehrt.
  - Obwohl immer umfassender zur souveränen Beherrschung seiner Arbeit befähigt, sieht sich der arbeitende Mensch mehr und mehr in seinen Mitbestimmungsrechten beschnitten. Die Schwächung der Arbeiterbewegung bezweckt weniger Demokratie in unserer Gesellschaft.
  - In einem immer dichter die Welt umspannenden Netz wirtschaftlichen Austausches zwischen den Völkern werden immer mächtigere Kommandostellen in wenigen Ländern konzentriert. Die heutige internationale Arbeitsteilung verneint das Lebensrecht der Dritten Welt.
  - Bei steigender Verantwortlichkeit der Menschheit wird ihre Entscheidungsmacht über Sein und Nichtsein untergraben. Lebensunsicherheit ist der Preis einer auf militärische Hochrüstung gegründeten Ausübung politischer und wirtschaftlicher Macht.

### 3. *Das Ziel: Eine neue Logik des Wirtschaftens*

Das Anwachsen aller dieser Bedrohungen verweist darauf: Es sind Wesensmerkmale in der bisherigen Form des Wirtschaftens, die nicht nur den Interessen der Arbeiterbewegung entgegenstehen, sondern die auch eine dauerhafte Lösung jener Krisen blockieren, denen sich heute die Menschheit in globalem Maßstab gegenüber sieht. Die Vorherrschaft des Prinzips einzelwirtschaftlicher Kapitalverwertung in den wirtschaftlichen Entscheidungen der Gesellschaft und damit bei der Gestaltung der menschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen einzuschränken, war von Beginn an das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Erfolgreich konnten SPD und Gewerkschaften soziale Sicherungen des Lebensstandards, Mindestnormen einer menschenwürdigen Arbeitswelt und politische Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer durchsetzen.

Die Arbeiterbewegung hat dennoch die fortschreitende Zusammenballung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht in den Händen weniger nicht verhindern können. Heute sehen wir Errungenschaften der Arbeitnehmer durch materielle Enteignung, soziale Deklassierung und politische Entrechtung und Lebensgrundlagen des ganzen Volkes durch Hochrüstung und Naturzerstörung bedroht. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zielt darauf, diesem Zerstörungswerk Einhalt zu gebieten. Wir erstreben eine menschenwürdige Erneuerung der Gesellschaft. Sie erfordert einen sozialen und demokratischen Umbau unserer Wirtschaft. Richtpunkte unserer Politik sind das Recht auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle, die Naturverträglichkeit von Produktion und Verbrauch, die Gleichstellung von Mann und Frau, demokratische Selbstbestimmung, internationale Solidarität und der Aufbau einer friedlichen Welt.

#### 4. *Unser Weg: Zu gemeinsamem Handeln finden*

Der Kampf der Gewerkschaften um Vollbeschäftigung, bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer, die Anstrengungen der Frauenbewegung für eine reale Gleichstellung der Geschlechter, die gesellschaftlichen Initiativen für den Schutz der Umwelt, für soziale Sicherheit und Chancengleichheit, für Frieden und internationale Solidarität zeigen: Die Sozialdemokratische Partei tritt nicht allein für ein menschenwürdigeres Leben und Arbeiten an. Wir fordern alle von Erwerbslosigkeit, wirtschaftlicher und sozialer Not, den Gefährdungen unserer natürlichen Lebensgrundlage und von Ungerechtigkeit bei uns und in aller Welt betroffenen Menschen auf, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Ihnen allen bietet die Sozialdemokratische Partei politische Heimat und Unterstützung ihrer selbstorganisierten Interessen. Die verantwortliche und gleichberechtigte Teilhabe aller am Leben und Arbeiten in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu erringen, ist der zusammenfassende Inhalt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

## II. Die Produktion nach den Bedürfnissen gestalten

#### 5. *Die Massenarbeitslosigkeit erfordert sofortiges Handeln*

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und ihre akuten sozialen Folgen machen wirksame Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Beschäftigung zwingend erforderlich. Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Forderungen nach *Einführung der 35-Stunden-Woche*, weiteren Arbeitszeitverkürzungen, nach *Erhöhung der Massenkaufkraft* der Arbeitnehmer und nach gezielten *Soforthilfen in regionalen und sektoralen Brennpunkten des Arbeitsplatzabbaus*.

*Der herausragende staatliche Beitrag zu einer umgehenden Verbesserung der Beschäftigungslage muß in einem Sofortprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen in umweltpolitischen Brennpunkten bestehen.*

Mit einem Volumen von zunächst 30 Mrd. DM können die öffentlichen Haushalte bedeutend zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen und kurzfristig für eine halbe Million Menschen Arbeit schaffen. Zugleich kann bereits hiermit in einer am Bedarf ausgerichteten Weise auf die Struktur des Güter- und Dienstleistungsangebotes Einfluß genommen werden.

- Bei der Umsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen sowie zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen sind der Ausbau der Fernwärme, Blockheizkraftwerke und der Ersatz alter Kohlekraftwerke durch moderne Wirbelschichtfeuerung nachhaltig zu fördern.
- Im Wohnungs- und Städtebau sind Bedarfsschwerpunkte, die Stadterneuerung und Wohnumfeldverbesserung vorrangig zu berücksichtigen. Dabei ist eine Umstrukturierung zugunsten eines kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus notwendig. Neue Innovationsfelder ergeben sich im Bereich der Gebäudemodernisierung und der Gebäudeisolierung.
- Bei der Sicherung der Umweltqualität müssen Maßnahmen entwickelt und durchgeführt werden, die in Bereichen wie Reinigung von Gewässern und Reinhaltung der Luft sofort greifen. Die frühzeitige Verhütung von Umweltschäden muß zum Prinzip werden.
- Notwendig sind mehr Mittel für die Investitionen der Bundesbahn, den Ausbau des

öffentlichen Nahverkehrs sowie zusätzliche Ausgaben für den Lärmschutz und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

- Zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels müssen 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten geschaffen werden. Als Sofortmaßnahme sind mit relativ geringem Mittelaufwand die vorhandenen räumlichen und sächlichen Kapazitäten berufsbildender Schulen zur Ausweitung vollqualifizierender, vollzeitschulischer Ausbildungsplätze zu erweitern.
- Für Pflege-, Beratungs- und Ausbildungsberufe sowie bei den Arbeits- und Finanzämtern sollen neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen aufgestockt und ausschließlich für zusätzliche Aufgaben in gesellschaftlichen Mangelbereichen eingesetzt werden. Sie müssen den normalen tarifvertraglichen Bedingungen unterliegen. Die zur Zeit geltende enge zeitliche Befristung muß aufgehoben werden.

Wir fordern, die Finanzierungsmittel für beschäftigungspolitische Sofortmaßnahmen vorrangig durch die Rückführung des Verteidigungshaushalts auf das nominelle Niveau des Jahres 1983 und durch den Verzicht auf die sozial ungerechten Steuerentlastungen ab 1988 bereitzustellen.

#### 6. Die Probleme von Arbeit und Umwelt in einem öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm anpacken

Für die Mehrzahl der Menschen in der Bundesrepublik hat sich mit dem bescheidenen »Aufschwung« seit 1983 die wirtschaftliche und soziale Lage nicht verbessert. Im Gegenteil: Unter dem politischen Kurs der »Wende« ist die Erwerbslosigkeit gewachsen, haben sich soziale Notlagen dramatisch verschärft und ist die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums weiter vertieft worden. Ohne eine aktive wirtschaftspolitische Gegenstrategie wird sich bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit dem Eintritt in die nächste konjunkturelle Rezession die Krise unserer Arbeits- und Lebensbedingungen beschleunigt zuspitzen. Wir schlagen vor, daß der Staat seiner beschäftigungs-, sozial- und umweltpolitischen Verantwortung durch ein mittelfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm »Arbeit und Umwelt« gerecht wird.

Eine öffentliche Investitionsoffensive muß dazu beitragen, daß unsere Volkswirtschaft auf einen Pfad qualitativen Wachstums einschwenkt, auf dem sich die Struktur des Sozialprodukts in einer am Bedarf ausgerichteten Weise verändert. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm »Arbeit und Umwelt« zielt auf eine verbesserte Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, deren Angebot nicht dem Kräftespiel auf Märkten anheimgestellt werden kann, sondern gesellschaftlich und politisch bestimmt werden muß. Es zielt darauf, rohstoff-, energie- und umweltschonenden sowie auf zivile Zwecke ausgerichteten Produktionen ein stärkeres Gewicht im Rahmen der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu verschaffen. Es zielt darauf, Bedarfslücken zu erschließen, in denen langfristig sichere Arbeitsplätze für eine gesellschaftlich nützliche Produktion entstehen können. Es zielt schließlich darauf, eine Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen den von der heutigen Krise unterschiedlich betroffenen Regionen zu erreichen. Es zielt hingegen nicht darauf, Wachstumsraten bestimmter Höhe zu erzielen.

Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm »Arbeit und Umwelt« im Umfang von 200 Mrd. DM und einer Laufzeit von 10 Jahren sollen die beschäftigungspolitischen Maßnahmen verstetigt und ausgebaut werden.

Wir erwarten davon mindestens 1 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß Kommunen, Regionen und Länder motiviert werden, im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms eigene Zielprojektionen zu entwickeln. Die Vorlage von kommunalen, regionalen und landesweiten Beschäftigungsprogrammen soll zur Voraussetzung für Zuwendungen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm gemacht werden. Um die Wirksamkeit der beschäftigungsfördernden Maßnahmen sicherzustellen und eine enge Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen zu erreichen, hat eine Mittelvergabe auf kommunaler Ebene Vorrang.

### 7. Die Gemeinwohlverpflichtung privaten Wirtschaftens durchsetzen

Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht allein mit dem Mittel öffentlicher Wirtschaftstätigkeit herstellbar. In unserer Wirtschaftsordnung obliegt die Versorgung mit privaten Gütern vorrangig privater Produktion. Die Geschichte lehrt und gegenwärtige Probleme zeigen, daß diese ohne die Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenwehr und ohne die öffentliche Einflußnahme auf ihre Ziele und Bedingungen menschenunwürdige Arbeitsplätze, eine sozial ungerechte Verwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen und existenzbedrohenden Raubbau an der Natur hervorbringt. In mühevollen Auseinandersetzungen ist es der Arbeiterbewegung gelungen, immer wieder lebenswichtige Gestaltungs- und Kontrollrechte der Gesellschaft über Investitions- und Produktionsentscheidungen einzelner durchzusetzen. Heute ist eine neue Offensive für die Gemeinwohlbindung privater Produktion erforderlich, die:

- eine dauerhafte Verbesserung der Lebensqualität sicherstellt, indem sie die Produktion in Richtung auf weniger Materialeinsatz, geringeren Energieverbrauch und auf abnehmende Umweltbelastung verändert;
- die Arbeitsprozesse menschenwürdig gestaltet und die demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer an der Entscheidung über ihre Arbeitsbedingungen ausbaut;
- Dequalifizierungsprozesse in einzelnen Produktionsbereichen stoppt und vorhandene Qualifikationspotentiale ausbaut;
- die Rüstungsgüterproduktion zugunsten der Herstellung ziviler Güter abbaut;
- die vorhandenen Industriestandorte sichert und bei aus ökonomischen und ökologischen Gründen zwingend notwendigen Umstrukturierungen für Ersatzarbeitsplätze sorgt.

Zur Erfüllung dieser Ziele muß der Staat mit Verboten, Auflagen und Anreizen in den Produktionsprozeß eingreifen. Staatliche Hilfen für Unternehmen sind an die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu knüpfen. Verlorene Zuschüsse dürfen nur noch vergeben werden, sofern dem Staat dem Umfang der Zuschüsse entsprechende Anteilsrechte im Unternehmen eingeräumt werden.

Wir wollen eine Steigerung des Lebensstandards auf einem wachsenden kulturellen Niveau. Deshalb sagen wir ja zu einer technisch hochentwickelten Industrieproduktion und der fortlaufenden Steigerung ihrer Produktivität. Deshalb sagen wir aber auch nein zu einem nur einzelwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, der gesamtwirtschaftlich die Vergeudung und Schädigung natürlicher Ressourcen, die Gefährdung der Gesundheit des Menschen, die Beeinträchtigung seiner Rechte als Glied einer demokratischen Gesellschaft oder eine Bereicherung zu Lasten anderer Völker beinhaltet.

Durch den Einsatz neuer Techniken sind die Arbeits- und Lebensbedingungen heute einem tiefgreifenden Umwälzungsprozeß unterworfen. Negative soziale Folgen sind kein zwangsläufiges Ergebnis der Technikentwicklung selbst. Sie resultieren in der Regel aus

den einseitig betriebswirtschaftlich bestimmten Zielsetzungen des Technikeinsatzes, die die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten im Arbeitnehmerinteresse eng begrenzen. Die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung heißt deshalb vor allem, die Entscheidungsstrukturen in den Betrieben, in Wirtschaft und Gesellschaft so zu ändern, daß die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Betrieb und in der Gesellschaft ausgeweitet werden und gleichzeitig die sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Reformen den neu geschaffenen technologischen Strukturen angepaßt werden.

#### 8. *Eine soziale und umweltverträgliche Landwirtschaft dient Produzenten und Verbrauchern*

Die heutige Landwirtschaft bietet ein besonders krasses Beispiel einer Produktionsweise, die gleichermaßen an den Erfordernissen gesellschaftlicher Versorgung, sozialer Sicherung der Beschäftigten, der Naturverträglichkeit und der internationalen Solidarität vorbeigeht. Die Kritik an einer »industriell« betriebenen Landwirtschaft ist ebenso weitverbreitet wie berechtigt. Sie darf jedoch nicht darüber hinweggehen, daß nicht allein die modernen Erzeugungstechniken, sondern ebenso die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Agrarproduktion den Erfordernissen einer verantwortungsvollen Bodenbewirtschaftung widersprechen.

Es trifft zu, daß das heutige System staatlicher und überstaatlicher Interventionen in der Landwirtschaft die Überschußproduktion, intensive Bewirtschaftungsformen und ungerechte Eigentumsverhältnisse begünstigt. Es trifft hingegen nicht zu, daß es Ausdruck einer marktwidrigen Planungswillkür ist, die die sozialen und ökologischen Probleme in der Landwirtschaft überhaupt erst hervorgerufen hätte. Die Markt- und Preispolitik in der Landwirtschaft ist vielmehr Ausdruck dominierender wirtschaftlicher Interessen der Ernährungsindustrie und bodenreicher, kapitalkräftiger Agrarbetriebe, die sich gerade durch den Wettbewerb eine marktbeherrschende Stellung erobert haben. Deshalb gibt es weder einen konsequent-marktwirtschaftlichen noch einen eindimensional-ökologischen Lösungsweg, weil beide die ökonomischen Strukturen in der Landwirtschaft ignorieren.

Eine sozial und ökologisch verträgliche Agrarwirtschaft setzt eine Änderung des Produktionszieles selbst voraus. Oberstes Prinzip landwirtschaftlicher Bodennutzung darf volkswirtschaftlich nicht der höchstmögliche Gewinn, sondern kann nur die langfristige Sicherung der Bodenfruchtbarkeit sein. Als wichtigste Richtpunkte der Landwirtschaftspolitik ergeben sich hieraus

- die Förderung naturverträglicher Produktionstechniken und Bewirtschaftungsformen,
- die Existenzsicherung bodenarmer bäuerlicher Betriebe und die Einführung flächenbezogener Bestandobergrenzen für Großbetriebe,
- der Abbau der Subventionierung der Agrarindustrie und der Belastung kleiner Produzenten durch Erzeugerabgaben,
- eine partnerschaftliche internationale Kooperation bei drastischer Reduzierung von Futtermittelimporten und
- eine verbesserte soziale Sicherung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen.

#### 9. *International solidarisch wirtschaften*

Eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Ausgestaltung unserer gesellschaftlichen Produktion ist nur möglich im Rahmen einer internationalen Wirtschaftsordnung, die allen Völkern dieses Recht gewährt. Deshalb lehnen wir internationale Wirtschaftsbeziehun-



gen ab, die eine Wohlstandsmehrung in unserem hochentwickelten Industrieland zu Lasten des Reichtums und der Entwicklungschancen anderer Länder bewirken. Deshalb lehnen wir aber auch die Unterwerfung unserer wirtschaftlichen Entscheidungen unter »Weltmarktzwänge« ab, die ökonomische Interessen international operierender Unternehmen oder auch anderer Länder verkörpern und die Arbeits- und Lebensbedürfnisse der Menschen in vielen Branchen und Regionen negieren. Grundlage solidarischer Außenwirtschaftsbeziehungen ist das Recht einer jeden Volkswirtschaft, ihren Gütertausch entsprechend ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen und natürlichen Gegebenheiten zu gestalten und damit ein gerechtes Preissystem. Für unsere Austauschbeziehungen mit der Dritten Welt folgt aus einem solchen Grundsatz konkret die Bereitschaft, eine Änderung des Austauschverhältnisses zu ihren Gunsten zu akzeptieren. Aus ihm leitet sich aber auch das Erfordernis ab, die Ressourcenverwendung nicht nach dem Kriterium des höchsten internationalen Tauscherts, sondern nach dem des höchsten binnenwirtschaftlichen Gebrauchswerts zu beeinflussen.

Für Sozialdemokraten gibt es heute keine Alternative zur Entwicklung einer europäischen Binnenwirtschaft, die einerseits eine eigenständige Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft möglich macht, andererseits aber auch die Umlenkung von Investitionsströmen in schwach entwickelte Regionen West- und Südeuropas zwingend erfordert.

Unsere Erfahrungen zeigen aber auch:

Ein stabiler und demokratisch beeinflussbarer EG-Binnenmarkt setzt voraus, daß die einzelnen Länder ihre binnenwirtschaftlichen Strukturen und außenwirtschaftlichen Beziehungen soweit wie möglich unter Kontrolle haben. Hierzu gehören dann aber auch der Ausgleich von Export und Import und die Ordnung des Kapitalverkehrs, vor allem durch eine bessere Kontrolle der internen Finanzbeziehungen multinationaler Konzerne und des Bankensystems.

Eine eigenständige Wirtschaftsperspektive für die EG schließt den Ausbau der Kooperation mit unseren östlichen Nachbarländern ein. Stabile wirtschaftliche Beziehungen mit den RGW-Ländern sind ein wesentliches Fundament einer Sicherheitspartnerschaft zwischen West- und Osteuropa.

Die Bundesrepublik muß sich in und mit der Europäischen Gemeinschaft für eine Neuordnung der Weltwirtschaft einsetzen und erste Schritte einleiten, vor allem ein Zahlungsmoratorium für die hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer mit anschließendem geordnetem Abbau der Schulden und Ausbau langfristiger Warenhandelsabkommen mit den Ländern des »Südens« auf der Grundlage gerechterer »terms of trade«. Wir treten für internationale Abkommen ein, durch die der Schutz der Umwelt, der schonende Umgang mit Rohstoffen und die Entwicklung angepaßter Technologien in der Dritten Welt vorangetrieben werden kann. Ein weltweites Zukunftsprogramm für die Dritte Welt muß durch die Senkung der Rüstungsausgaben und die Ausweitung der entwicklungspolitischen Mittel der Industrieländer finanziert werden.

### III. Wirtschaft und Gesellschaft sozial erneuern

#### 10. Für ein sozialpolitisches Sofortprogramm

Die akuten sozialen Folgen von ökonomischer Krise und Sozialabbau, vor allem die Rückkehr von Armut als Massenphänomen, die zunehmende Differenzierung und Aus-

grenzung breiter Teile der Arbeitnehmerschaft und Bevölkerung sowie die kapitalorientierte Funktionalisierung und Umstrukturierung des Sozialstaates erfordern unmittelbar wirksame Schritte zu Sicherung des Sozialstaates. Wir treten ein für die Einleitung eines sozialpolitischen Sofortprogramms, das in ein umfassendes Reformkonzept einer solidarischen, bedarfsorientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik eingebettet werden muß.

Wir fordern, den Mittelabbau im sozialen Bereich und die Einschränkungen von Arbeitnehmerschutzrechten rückgängig zu machen. Notwendig sind sofortige Schritte zur Erneuerung des Sozialstaats; im einzelnen wollen wir:

- eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in allen sozialen Sicherungssystemen; dies erfordert die Anhebung des Sozialhilfesatzes um 30 %, die Einführung einer Mindestrente in Höhe von kurzfristig 800 DM und mittelfristig 1.200 DM sowie eine Grundversicherung aller Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung,
- einen fühlbaren Ausbau der Ausbildungs- und Studienförderung (BAFöG),
- die Anhebung des Kindergeldes und die Streichung der Kinderfreibeträge,
- ein qualitativ und quantitativ verbessertes Angebot von Kindertagesstätten und Ganztagschulen für alle Altersstufen,
- ein verbessertes Angebot von sozialen Beratungsdiensten,
- die Förderung von Senioren-, Jugend- und therapeutischen Wohngruppen,
- die Bereitstellung ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Pflege von Alten und Behinderten.

Wir treten zugleich für sofortige Schritte zur Sicherung des finanziellen Spielraums der sozialen Sicherungssysteme ein, im einzelnen für:

- die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung,
- den Stopp der Überwälzung von Kosten für das Risiko Arbeitslosigkeit auf die Krankenversicherung und Sozialhilfe,
- die Erhebung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe,
- eine die bisherigen Arbeitgeber-Versicherungsbeiträge ergänzende Erhebung einer an der Wertschöpfung ausgerichteten Abgabe,
- die Ausweitung steuerfinanzierter Beiträge aus dem Bundeshaushalt.

#### 11. *Steuersystem und Steuerpraxis müssen gerechter gestaltet werden*

Unsere Wirtschaftsweise versorgt — gemessen am Bedarf — die Nachfrage der öffentlichen Hände und der großen Bevölkerungsmehrheit in unbefriedigender Weise mit Kaufkraft. Dieser Mißstand ist Ausdruck der am Gewinn orientierten Einkommensverteilung, die gesellschaftliche Bedürfnisse nur sehr unzureichend berücksichtigt. Neben einer aktiven Lohnpolitik — vor allem zur Sicherung des individuellen Bedarfs — ist eine offensive Steuerpolitik Kernbestandteil einer neuen Wirtschaftspolitik. Ihr kommt in der gegenwärtigen Situation, neben der Funktion einer Abstützung der individuellen Einkünfte, vor allem die volkswirtschaftliche Aufgabe zu, brachliegende Geldvermögen abzuschöpfen und einer sinnvollen Verwendung zur Stärkung eines qualitativen Wachstums zuzuführen.

Das geltende Steuerrecht bietet eine Reihe von Handhaben, um mit Hilfe der Abgabepolitik ökonomische Ressourcen verstärkt einer produktiven Verwendung zuzuführen. Die heutige Besteuerungspraxis erfaßt die verschiedenen Einkommensarten in einer Weise, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz zuwiderläuft und mit dazu beigetragen hat, daß sich der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen in den letzten 25 Jahren verdreifacht, jener der veranlagten Einkommen- und der Körperschaftssteuer hingegen halbiert hat. Es kann nicht hingenommen werden, daß die personelle Besetzung der Finanz-

ämter eine wirksame Bekämpfung von steuerverkürzenden Gewinnverschleierungen durch häufigere und intensivere Betriebsprüfungen vereitelt. Zur — im Volumen auf jährlich 50 Mrd. DM geschätzten — Steuerhinterziehung trägt auch die Weigerung der Bundesregierung bei, durch ein Quellenabzugsverfahren bei Einkünften aus Geldvermögen das geltende Steuerrecht konsequent zu praktizieren. Schließlich muß die heutige Praxis der Steuerstundung als sozial extrem ungerecht eingestuft werden. Wir fordern deshalb eine bessere Personalausstattung der Steuerverwaltung, die Einführung einer Quellensteuer auf Zinseinkünfte bei gleichzeitiger Verzehnfachung der Freibeträge sowie die Erhöhung der Säumniszinsen bei Steuerrückständen auf 12%.

Die Umlenkung ökonomischer Ressourcen mit Hilfe der Abgabepolitik erfordert neben der vollen Ausnutzung des geltenden Rechts eine grundlegende Reform der Steuergesetzgebung:

- Die Splitting-Vorteile für verheiratete Spitzenverdiener mit Jahreseinkommen von mehr als 120.000 DM sind zu streichen. Das von allen verheirateten Steuerzahlern in Anspruch genommene Splittingverfahren ist sozial extrem ungerecht. Bei einer grundlegenden Steuerreform ist das Steuersplitting aufzuheben.
- Das zu versteuernde Einkommen wird jährlich in Milliardenhöhe durch die verschiedenen Formen der steuerlichen Bevorteilung des privaten Wohnungsbaus gesenkt. Die Verwirklichung des von der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeschlagenen Gesetzentwurfs zur Einschränkung der Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodelle würde der betriebenen Vergeudung von Ressourcen Einhalt gebieten.
- Die Erhebung einer Ergänzungsabgabe stellt ein sozial gerechtes und wirksames Instrument zur Finanzierung einer offensiven Beschäftigungspolitik dar.
- Bei einer grundlegenden Steuerreform sind die unteren Einkommensgruppen auf Kosten der Spitzenverdienstgruppen zu entlasten. Durch das Hineinrutschen von immer mehr Beschäftigten in die Progressionszone der Einkommensteuer ist die steuerliche Belastung von Arbeitnehmerhaushalten in den letzten Jahren überproportional angestiegen.
- Die Struktur des Steueraufkommens darf sich nicht weiter in Richtung auf indirekte, verbrauchsabhängige Steuern verschieben. Indirekte Steuern belasten niedrige Einkommen stärker als hohe und laufen damit den Erfordernissen eines solidarischen, progressiven Steuertarifs zuwider.

## 12. Menschenwürdige Lebensbedingungen in einer solidarischen Gesellschaft sichern

Die Politik der sozialen Enteignung von Millionen Menschen rückgängig zu machen, ist die vordringliche Aufgabe der Sozialpolitik. Menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu sichern, erfordert jedoch darüber hinaus eine grundlegende Erneuerung des Sozialstaats. Sie macht die Zurückdrängung kapitalorientierter Verteilungs- und Herrschaftsansprüche notwendig und muß deshalb Bestandteil eines Programms gesellschaftlicher Reformen sein.

Wir treten für eine Sozialpolitik mit den folgenden Leitvorstellungen ein:

- Sie muß *präventiv* sein, das heißt, aktiv gestaltend in die gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse eingreifen. Ihr Ziel ist es, soziale Risiken durch Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Krankheit von vornherein zu vermeiden.
- Sie muß *bedarfsorientiert* sein. Wir wollen eine sozialstaatliche Infrastruktur, die allen Menschen eine Existenzgrundlage garantiert und ihre existentiellen Lebensrisiken mitträgt. Notwendig sind eine Grundsicherung bei allen Sozialleistungen und ein einheitli-

ches Sozialversicherungssystem. Es sind Bundesanstalten für Renten- und Krankenversicherungen zu bilden.

- Sie muß *demokratisch* gelenkt werden. Notwendig ist die Enthierarchisierung und Zentralisierung der Organisationsstruktur des sozialen Sicherungssystems. Sozialleistungen dürfen nicht gewinnorientiert erbracht werden. Nur auf der Grundlage demokratischer Strukturen entfaltet die Forderung nach Selbsthilfe ihren vollen Sinn: als umfassend verstandener Anspruch auf Teilhabe an sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen.
- Sie muß zur *Gleichstellung von Mann und Frau* beitragen. Die soziale Sicherung darf nicht von »geschlechtstypischen« Unterschieden in den gesellschaftlichen Rollen ausgehen. Sie muß vielmehr umgekehrt deren Gleichstellung aktiv befördern, indem sie die Bedingungen für die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbs-, Eigen- und Familienarbeit verbessert und ihnen einen gleichwertigen Schutz vor den daraus erwachsenden Risiken gewährt.

Ohne Zweifel werden die wachsenden Anforderungen an die Sozialpolitik in den nächsten Jahren das Ausgabenvolumen weiter ansteigen lassen. Durch eine stärkere Betonung präventiver Maßnahmen und vor allem auch durch das Aufdecken von Effizienzreserven bei den Geldleistungen, den Dienstleistungen und den Sozialverwaltungen läßt sich der Anstieg des Sozialaufwandes allerdings verlangsamen. Je erfolgreicher vor allem die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann, um so zurückhaltender wird sich dieser Ausgabenzuwachs ausprägen. Die Frage der Finanzierung des Sozialaufwandes wird sich aber letztlich auf die Ausgestaltung des Beitrags- und Steuersystems konzentrieren. Mit der Einführung von Grundversicherungselementen in den einzelnen Sozialversicherungszweigen muß die Bedeutung der allgemeinen Steuerfinanzierung von Sozialleistungen zunehmen. Eine weitere generelle Steigerung der Abgabenbelastungen für die abhängig Beschäftigten stößt auf enge Grenzen. Reserven sind aber in erheblichem Umfang durch eine solidarischere Ausgestaltung des Beitragssystems zu mobilisieren, vor allem durch die Beitragspflicht aller Einkommen, eine wertschöpfungsabhängige Beitragsleistung der Arbeitgeber, die Erfassung aller Beschäftigten und schließlich durch eine Ausrichtung des Einkommensteuersystems nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

### 13. *Humane Arbeitsbedingungen für alle*

Die menschenwürdige Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen gehört zum Kernbestand sozialdemokratischer Programmatik. Ohne die menschengerechte Umgestaltung gerade der abhängigen Erwerbsarbeit und ihre Umverteilung unter Humanisierungs- und Emanzipationsgesichtspunkten bliebe der Kampf um das Recht auf Arbeit für alle unvollständig. Andererseits sind die *Sicherung der Lohn Einkommen*, die *Verkürzung der Arbeitszeit* und die *menschengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -verhältnissen* zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht eingebettet sind in ein Programm gesellschaftlicher Reformen. Die Durchsetzung dieser Ziele kann deshalb nicht auf eine bestimmte staatliche Ressortpolitik begrenzt werden, sondern muß notwendigerweise integrierter Bestandteil sozialdemokratischer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Technologie-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik sein.

In der Forderung nach *Verkürzung der Arbeitszeit* bündeln sich besonders arbeitsmarkt- und humanisierungspolitische wie auch emanzipatorische Leitvorstellungen. Bei Art und Umfang der Arbeitszeitverkürzung müssen alle diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Hierbei kommt der Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit

wie immer schon in der Geschichte der Arbeiterbewegung herausgehobene Bedeutung zu. Mit ihr sind aber nicht nur die höchsten Beschäftigungseffekte verbunden, sondern ein Ausgleich für zunehmende Arbeitsbelastungen während des Arbeitslebens und die Verbesserung der Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insgesamt; wichtig ist deshalb auch eine Verringerung der täglichen Arbeitszeit. Die *35-Stunden-Woche* bei vollem Lohnausgleich ist eine beschäftigungs- und sozialpolitische Tagesaufgabe; noch in den neunziger Jahren muß auch die *30-Stunden-Woche* durchgesetzt werden. Möglich werden dadurch Erhalt und Neubesetzung von 1,5 Mio. Arbeitsplätzen. Weitere 300.000 Arbeitsplätze können durch die dynamische Anpassung der Arbeitszeitordnung an die tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit und einem gesetzlich normierten Abbau der Sockelüberstunden entstehen. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit soll im Rahmen der sozialpolitischen Erfordernisse fortschreiten. Unternehmerische Forderungen nach Arbeitszeitflexibilisierung lehnen wir ab, weil sie die Zeitsouveränität der Beschäftigten einschränken und die gewerkschaftliche Schutzfunktion untergraben.

Die *Arbeitsgestaltung* muß sich am Ziel der Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft, der Sicherung und Ausweitung von Qualifikationen und der erweiterten Mitbestimmung der Arbeitnehmer über betriebliche Abläufe ausrichten. Wir fordern ein generelles Verbot der Leiharbeit, ein allgemeines Arbeitsschutzgesetz entsprechend den Vorschlägen der Weltgesundheitsorganisation, die Einführung verbindlicher Mindestarbeitsplatzanforderungen hinsichtlich aller gesundheitlichen Belastungen und den Ausbau des Forschungsprogramms »Humanisierung der Arbeit«.

Die Sicherung und Erhöhung der *Einkommen* der Arbeitnehmer ist und bleibt eine grundlegende Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Sozialdemokraten beziehen klar Stellung gegen alle Rezepte einer angeblichen Krisenbewältigung durch Einkommensdifferenzierung und Reallohnsenkungen. Eine solche Politik ist sozial unzumutbar und volkswirtschaftlich widersinnig.

#### 14. *Kulturelle Selbstverwirklichung des einzelnen in einer neuen Wirtschaftsweise*

Eine neue Wirtschaftsweise ermöglicht und erfordert eine neue Bildungs- und Kulturpolitik. Die Wirtschaftsdemokratie braucht umfassend gebildete Arbeitnehmer, die mitbestimmen, mitgestalten und mitverantworten. Sie braucht eine Kultur, die alle Menschen befähigt, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Deshalb wollen wir eine zweite Phase der Gesamtbildungsreform unter den Leitlinien der Einheitlichkeit, Wissenschaftlichkeit und Chancengleichheit. Deshalb wollen wir eine Kulturpolitik, die nicht die propagandistische Beherrschung der Menschen, sondern ihre freie und vielseitige Kommunikation und Selbstverständigung untereinander zum Ziel hat.

Die integrierte und differenzierte *Gesamtschule* ist die Schule der Zukunft; keine andere Schule entspricht den künftigen beruflichen und sozialen Erfordernissen besser. Die Gesamtschule soll organisatorisch und funktionell als Ganztagschule geführt werden. Eine Aussonderung von Kindern in Sonderschulen lehnen wir ab. Im Laufe der vor uns liegenden Dekade wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Hälfte eines Altersjahrgangs die Gesamtschule besuchen kann.

Die *Berufliche Bildung* ist eine öffentliche Aufgabe, die privatwirtschaftlich nicht befriedigend gelöst wird. Das Recht auf Ausbildung muß staatlich garantiert werden. Wo ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen nicht besteht, ist dieses Recht durch öffentliche Ausbildungseinrichtungen durchzusetzen. Wir treten aber auch für eine

qualitative Reform des Berufsbildungswesens ein, die ein anrechnungsfähiges und berufsfeldorientiertes Berufsgrundbildungsjahr als obligatorisches 11. Bildungsjahr verwirklicht, demokratische Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Ausbildung gewährleistet und diese der Ordnung durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte unterwirft sowie das System der einzelbetrieblichen Finanzierung zugunsten einer überbetrieblichen Fondsfinanzierung verändert. Auf mittlere Sicht ist die Überwindung der Dualität schulischer und betrieblicher Grundbildung unerlässlich. Die sinkende Bedeutung manueller Fähigkeiten und das gewandelte Bildungsverhalten der jungen Generation setzen neue Maßstäbe für die Neuordnung der Oberstufe des Sekundarschulwesens. Bis zur Jahrhundertwende wollen wir erreichen, daß die Hälfte der jungen Menschen einen berufs- und studienqualifizierenden Abschluß im Rahmen der integrierten Sekundarstufe II erwerben kann.

Durch ein neues *Bundeshochschulrahmengesetz* müssen die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung des Hochschulwesens und eine gesellschaftlich verantwortete Wissenschaft geschaffen werden. Wir fordern die generelle Einführung der Integrierten Gesamthochschule mit umfassenden Selbstverwaltungsrechten unter Beteiligung aller Gruppen. Eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte wissenschaftliche Weiterbildung gehört zu den wichtigsten hochschulpolitischen Reformaufgaben der nächsten Jahre. Der Zugang zu einem regulären Hochschulstudium muß auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ohne herkömmliche Studienberechtigung ermöglicht und erweitert werden. Eine privatwirtschaftliche Indiennahme von Hochschulen und Forschungseinrichtungen lehnen wir ab.

*Forschung und Innovation* erhalten durch eine Wirtschaftsreform neue Anstöße. Wir wollen die Hochschulen und Forschungseinrichtungen für soziale und ethische Fragestellungen öffnen. Dafür muß die Forschungsförderung die materiellen Bedingungen schaffen. Wir unterstützen die Weigerung bundesdeutscher Wissenschaftler, an Rüstungsprogrammen wie SDI und EVI mitzuwirken. Wir fordern den Ausbau arbeitsorientierter und ökologisch ausgerichteter Forschungspotentiale durch die Gründung eines Bundesinstituts »Arbeit und Technik« und entsprechender Landesinstitute. Wir unterstützen den Aufbau arbeitsorientierter Kooperationsstellen und die Bildung gewerkschaftlicher Technologieberatungsstellen. Wir fordern eine verstärkte Förderung von interdisziplinärer Frauenforschung.

Die *Weiterbildung* muß zu einem gleichberechtigten Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems ausgebaut werden. Für die zukünftigen fachberuflichen Anforderungen und die Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer an Planungen und Entscheidungen in Betrieben, Kommunen, Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen Großorganisationen reichen das herkömmliche Erfahrungswissen und die einmal erworbenen Qualifikationen nicht aus. Das Recht auf Bildung muß sich deshalb auch auf die Weiterbildung erstrecken. Kommunen und Länder sind durch Gesetz zu verpflichten, ein flächendeckendes System der Weiterbildung in öffentlicher Trägerschaft zu sichern, das jedermann in zumutbarer Entfernung zugänglich ist. Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll ein zweiwöchiger bezahlter Bildungsurlaub für politische, berufliche und kulturelle Bildung garantiert werden, der schrittweise auszubauen ist.

In einer Zeit der Privatisierung und Kommerzialisierung neuer elektronischer Medien ist die zeitgemäße Wiederbelebung demokratischer und selbstorganisierter *Kulturinitiativen* eine vordringliche Notwendigkeit. Wir unterstützen schöpferische und kommunikative Aktivitäten von unten in den Städten und Gemeinden, in Betrieben und Gewerkschaften, beim Sport und in der Freizeit. Die Einrichtungen der Informationsverbreitung und Meinungsbildung wollen wir öffnen und demokratisch organisieren.

### 15. Die reale Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen

Unabhängig von generellen Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und zur Wiederherstellung und Ausweitung der sozialen Rechte für alle Menschen ist die Durchsetzung realer Gleichstellung von Frauen und Männern eine dringende Aufgabe. Wir erstreben die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Zuweisung der Familienarbeit an die Frauen und die die Frauen diskriminierende Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Wir wollen kulturellen Verhaltensnormen ändern, um die reale gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn es als fortwährende Aufgabe verstanden wird.

Es muß ein wirksames, mit Sanktionen ausgestattetes Anti-Diskriminierungsgesetz geschaffen werden, das weit über die Vorschriften der §§ 611 a und 611 b BGB hinausgeht und insbesondere auch den Grundsatz »gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« verbindlich festschreibt.

Im Rahmen eines Frauenförderungsprogramms muß im Hinblick auf die Neubesetzung auf allen Qualifikationsebenen sowie bei Beförderungen das jeweils unterrepräsentierte Geschlecht bei vergleichbarer Qualifikation und Eignung solange bevorzugt werden bis die Parität von Männern und Frauen erreicht ist. Auf allen Ebenen staatlicher und kommunaler Verwaltung wollen wir von Frauen geleitete und mit umfassenden Kompetenzen ausgestattete Gleichstellungsstellen schaffen. Im Rahmen des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrechts ist dafür Sorge zu tragen, daß der Anteil der Frauen an den Sitzen in den verschiedenen Gremien mindestens ihrem Anteil an der Belegschaft entspricht. Das Einschreiten gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung soll ausdrücklich zur Aufgabe des Betriebsrats werden.

Wir wollen alle Formen sozial un- bzw. mindergeschützter Arbeitsverhältnisse abschaffen.

Wir fordern die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde, das Verbot »flexibler« Beschäftigungsverhältnisse wie Kapovaz, Davopep und Job-Sharing sowie von »Subunternehmer/innen«-Arbeitsverhältnissen an aus dem Betrieb ausgelagerten Telearbeitsplätzen.

Ein obligatorisch zwischen den Eltern zu teilender Elternurlaub von 18 Monaten bei Arbeitsplatzgarantie und Lohnfortzahlung (einschließlich der Beiträge zur Rentenversicherung) soll neu eingeführt werden. In einem Sofortprogramm soll eine quantitative und qualitative Verbesserung der außerfamiliären vorschulischen Kindererziehung im Anschluß an den Elternurlaub erreicht werden, die dem realen Bedarf gerecht wird. Sowohl bei der Altersversorgung als auch bei den Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind durch Kindererziehung bedingte Zeiten ausschließlicher Familienarbeit in einer Form einzubeziehen, daß dadurch Ansprüche begründet werden, aber auch die Doppelbelastung Berufstätiger durch Erwerbs- und Familienarbeit berücksichtigt wird.

## IV. Sinnvoll Arbeiten in einer demokratischen Wirtschaft

### 16. Demokratie in der Wirtschaft:

#### *Ziel und Mittel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik*

Die demokratische Teilhabe aller an den Entscheidungen im Betrieb und in der Wirtschaft überhaupt ist eine Grundvoraussetzung für ein erfülltes, freies Arbeitsleben und die Selbstverwirklichung des Menschen. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist deshalb zu-

allererst ein Zweck für sich. Uns Sozialdemokraten geht es darum, in einer neuen Wirtschaftsweise aus Wirtschaftsuntertanen mitbestimmende Teilhaber werden zu lassen, die Ziele, Ergebnisse und Bedingungen ihrer Arbeit selbstverantwortlich gestalten.

Andererseits ist die Demokratisierung der Wirtschaft aber auch ein unverzichtbares Mittel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften erfordert gemeinsames Entscheiden. Damit diejenigen Güter und Dienstleistungen produziert werden, derer die Gesellschaft bedarf, muß diese Produktion von der Gesellschaft bewußt gesteuert werden und kann nicht der Logik der Kapitalvermehrung unterworfen bleiben. Dabei wissen wir: Auch eine demokratisch gelenkte Wirtschaft und Demokratie im Betrieb garantieren nicht zwangsläufig, daß immer sinnvolle Gebrauchswerte unter Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen geschaffen werden. In der Wirtschaftsdemokratie gibt es aber auch eine gesellschaftliche Kontrolle über Fehlentwicklungen und damit die Möglichkeit ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen Korrektur. An die Stelle des Zwangs zur Unterordnung unter ein einzelwirtschaftliches Renditemotiv treten der Erfindergeist und die schöpferische Kraft freier Menschen.

Der Gegensatz zwischen den Konservativen und uns Sozialdemokraten liegt nicht in der Bevorzugung von Markt oder Plan. Selbstverständlich planen auch heute schon Unternehmen, Banken und Konzerne sowie der Staat langfristig und lenken Investitionen. Allerdings ist das Ziel dieser Eingriffe nicht, wirtschaftliche Macht abzubauen und sinnstiftende Arbeit und Lebenseinkommen für alle zu schaffen. Ihr Ziel ist es vielmehr, die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht noch zu verstärken und ihre profitable Ausübung zu begünstigen. Die Konservativen sagen »Marktwirtschaft« und meinen »Profitwirtschaft«. Wir Sozialdemokraten wollen den Markt nicht zur Rechtfertigung und Durchsetzung einer dem Profit verpflichteten Wirtschaftsweise, sondern als Instrument einer demokratischen Wirtschaft einsetzen, um Angebot und Nachfrage dezentral und flexibel aufeinander abzustimmen.

Wir bekräftigen das Bekenntnis des Godesberger Programms:

»Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus ... Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind.«

Ihr gerecht zu werden heißt, eine demokratische Wirtschaftsweise aufzubauen, die mittels einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung und ihrer Durchsetzung das Recht auf Arbeit, die Befriedigung der sozialen und individuellen Bedürfnisse der Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft sichert. Sie muß überall, vom Arbeitsplatz bis zur gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsebene, in privaten wie öffentlichen Betrieben die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen gewährleisten.

### *17. Öffentliches Wirtschaften ausweiten und vorbildlich gestalten*

Bund, Länder und Gemeinden beschäftigen heute mehr als ein Fünftel aller Arbeitnehmer. In großem Ausmaß werden Güter und Dienstleistungen der Energieversorgung, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Kreditgewerbes und des Bauwesens in öffentlicher Regie produziert. Kaum jemand zieht heute die öffentliche Organisation des Bildungswesens, großer Teile der medizinischen Versorgung oder der Grundlagenforschung in Zweifel. Die Forderung nach einer Privatisierung öffentlicher Produktionsbereiche erhebt sich von interessierter Seite aber dort, wo die Realisierung von Gewinnen möglich erscheint.



Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich diesen Forderungen: Der Umfang öffentlicher Wirtschaftstätigkeit darf sich nicht nach ihrer möglichen Rentierlichkeit richten, sondern muß nach demokratisch bestimmten Kriterien gesellschaftspolitischer Zweckmäßigkeit festgelegt werden.

Allerdings kommt es darauf an, daß die öffentliche Wirtschaftstätigkeit tatsächlich dem gesellschaftlichen Bedarf in einer sozial gerechten und naturverträglichen Weise gerecht wird. Öffentliches Wirtschaften darf nicht einigen wenigen Repräsentanten in den Leitungsorganen überlassen werden. Wir brauchen die Kontrolle der Öffentlichkeit über diese öffentlichen Einrichtungen, eine politisch angeleitete und verantwortete Geschäftspolitik und den Abbau hierarchischen Denkens bei ihrer Verwirklichung. In der Regel besitzen die heutigen öffentlichen Betriebe monopolähnlichen Charakter; ihre Gemeinwohlverpflichtung ist deshalb auch durchsetzbar.

Der öffentliche Unternehmenssektor bildet ein wichtiges Instrument zur Realisierung bedarfsorientierter Produktionsziele und sozialer und umweltverträglicher Produktionsbedingungen. Eine Ausweitung öffentlicher Wirtschaftstätigkeit ist überall dort erforderlich, wo das Gewinnprinzip privaten Wirtschaftens gesellschaftlich unerträgliche Folgen zeitigt. Aus gutem Grund sind bereits heute in weiten Bereichen der Energiewirtschaft, im Massenverkehrs- und Nachrichtenwesen und in der Abfallwirtschaft öffentliche Betriebe vorherrschend. Private Eigentumsformen können hier nicht zugelassen werden. Die von der gegenwärtigen Bundesregierung verfolgte Privatisierung öffentlicher Beteiligung wollen wir rückgängig machen.

Der öffentliche Unternehmenssektor ist auf die gemeinwohlorientierten Zielsetzungen einer demokratischen volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu verpflichten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muß der öffentliche Unternehmenssektor neu geordnet und in Rechtsformen überführt werden, die die notwendige gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle gewährleisten, in diesem Rahmen jedoch flexible betriebliche Entscheidungen ermöglichen und den Beschäftigten fortschrittliche Arbeitsbedingungen und gleichberechtigte Mitbestimmung gewährleisten.

Wir stellen fest, daß sich im öffentlichen Unternehmenssektor Fehlentwicklungen vollzogen haben, für die wir Mitverantwortung übernehmen. Aus sozialstaatlichen, arbeitsmarktpolitischen und ökologischen Gesichtspunkten ist schnelles Handeln geboten.

Eine demokratisch bestimmte Wirtschaftspolitik ist nur durchführbar, wenn nicht neben ihr mächtigere Kommandozentralen ohne demokratische Lenkung bestehen. Wir unterstützen deshalb die Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms zur Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum und zur Neuordnung des Bankenwesens.

Vordringlicher Aufmerksamkeit bedarf die besondere Rolle der Banken. Die fünf privaten Großbanken der Bundesrepublik bewegen ein Geschäftsvolumen, das den Umfang des gesamten Staatshaushaltes bei weitem überschreitet. Sie lenken Wirtschaftsbereiche, die gesellschaftlicher Aufsicht bedürfen; allein die größte deutsche Geschäftsbank kontrolliert direkt oder indirekt 55% der Rüstungsproduktion. 40 bis 60% der Stimmen in den Hauptversammlungen der Großbanken werden von diesen selbst durch Depotstimmrecht vertreten. Sie steuern sich faktisch selbst und betreiben über Beteiligungen, Depotstimmrechte, Aufsichtsratsgremien und Kreditvergaben eine zentrale Investitionslenkung im Sinne ihrer Geschäftsinteressen. Sie entscheiden über Firmenzusammenschlüsse und -Stillegungen, über Neugründungen, Erweiterungen und Produktionsumstellungen und damit über das Schicksal von Menschen, Stadtteilen, -gemeinden und Regionen. Die

Großbanken haben eine Macht zusammengeballt, die mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist; wir fordern daher ihre Überführung in Gemeineigentum.

18. *Selbstverwaltete Produktionsformen —  
ein unverzichtbares Element der Wirtschaftsdemokratie*

In solidarischer Zusammenarbeit mit anderen sinnstiftend zu arbeiten und den Betrieb genossenschaftlich selbst zu verwalten, also »anders leben und anders arbeiten« sind wichtige, wiederbelebte Elemente einer neuen Wirtschaftspolitik. Genossenschaftliche Eigentumsformen gewährleisten vor allem in dezentralen, versorgungsnahen Wirtschaftsbereichen eine effiziente, selbstverwaltete Wirtschaftsweise. Es ist allerdings verfehlt, von solchen genossenschaftlichen Betrieben die Behebung der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten. Der Wert dieser Betriebe kann vielmehr in der neuartigen Verbindung von Arbeiten und Leben liegen.

Wir Sozialdemokraten wollen diese Arbeits- und Produktionsformen als Träger einer bedarfsgerechten und umweltverträglichen Produktion mit einer anderen Qualität der Arbeitsbeziehungen und der Selbstverwaltung ausbauen und stärken. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft fordern wir:

- den Aufbau von regionalen Förder- und Beratungseinrichtungen zur Unterstützung selbstverwalteter Betriebe und Projekte, damit die Voraussetzungen für erweiterte und innovative Möglichkeiten von Ausbildung und Beschäftigung, von Produktion und Absatz geschaffen werden;
- die Verbesserung der Kapital- und Finanzierungsbasis für selbstverwaltete Betriebe und Projekte, unter anderem durch den Aufbau von Kreditgarantiegemeinschaften, die Einrichtung von Fonds auf Bundes- und Länderebene zur Starthilfe;
- die Anerkennung und Förderung der selbstverwalteten Unternehmensform, z.B. durch Erweiterung des Genossenschaftsrechts.

19. *Das demokratische Grundprinzip allen Wirtschaftens:  
Mitbestimmung der arbeitenden Menschen*

Mitbestimmung ist unerlässlich im privaten Unternehmen, damit die Arbeitnehmer nicht der willkürlichen Entscheidungsgewalt der Kapitaleigner ausgeliefert sind. In öffentlichen Unternehmen ermöglicht erst die Mitbestimmung die Verwirklichung der unmittelbaren Interessen der betroffenen Lohnabhängigen, auch in einer neuen gesellschaftlich verantworteten Wirtschaftsweise.

Betriebliche Kontroll- und Gestaltungsrechte müssen ausgebaut werden, wenn die Interessen der Beschäftigten an ausreichend vielen und sinnvollen Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt der Unternehmensstrategie gerückt werden sollen. Neue Formen regionaler, sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung müssen geschaffen werden, wenn Krisen in einigen Branchen der Regionen nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten gelöst werden sollen. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten müssen bereits in der Planungsphase neuer Produktionen und Produktionsverfahren mitbestimmen können, damit nicht ökologische Gefährdungen weiterhin die Gesundheit belasten und technische Entwicklungen Arbeitsplätze ohne Ersatz vernichten.

Erweiterung der Mitbestimmung heißt darüber hinaus Ausbau der Gegenmacht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen des Wirtschaftsprozesses, vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur Region und zur gesamtwirtschaftlichen Ebene.

Auf der Ebene des Betriebs fordern wir, auch die Investitionsentscheidungen dem vollen Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates zu unterwerfen. Dies soll insbesondere für alle Phasen der Planung, Einführung und konkreten Ausgestaltung der neuen Techniken im Betrieb gelten. Auf der Ebene des Unternehmens ist die allgemeine Geltung der Montanmitbestimmung durchzusetzen. Durch eine Begrenzung der wählbaren Rechtsformen ist sicherzustellen, daß Großunternehmen und Konzerne nur zwischen Gesellschaftsformen wählen können, die der Mitbestimmung unterliegen. Leitungsgremien öffentlicher Unternehmen sind zur Hälfte durch Vertreter der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften, zur anderen Hälfte durch gewählte Vertreter des Staates und Repräsentanten von Verbraucher- und Umweltschutzverbänden zu besetzen. Die Betriebs- oder Personalräte sind mit vollen Beteiligungsrechten hinsichtlich der Planung, Festlegung, Durchführung und Kontrolle der Produktions- und Investitionsvorhaben auszustatten.

Auf regionaler, Landes- und Bundesebene sind zur Beratung und Kontrolle von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen Wirtschafts- und Sozialräte mit Initiativ- und Einspruchsrechten in allen wirtschaftspolitischen Fragen zu errichten, in denen die Gewerkschaften paritätisch vertreten sind.

Mitbestimmung, die auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt bleibt, wird nicht in der Lage sein, den internationalen Entscheidungszusammenhängen des Kapitals wirksam zu begegnen. Unter Wahrung und Respektierung der je nationalen Unterschiede in der Ausprägung von Mitbestimmung sind geeignete Formen der Kooperation zu entwickeln, um der Internationalisierung des Kapitals die vereinten Kräfte der Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Dies erfordert vor allem eine weitaus intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Teile der Arbeiterbewegung in West- und Mitteleuropa als bisher.

## 20. *Selbstorganisierte Interessenvertretung: Unveräußerliches Grundrecht und unverzichtbare Triebfeder einer Demokratisierung der Wirtschaft*

Weder ein Ausbau der Mitbestimmung noch entscheidende Schritte zur Überwindung der anhaltenden ökonomischen Krise bzw. ihrer Ursachen werden möglich sein ohne die unmittelbare Gegenwehr der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften.

Sozialdemokraten unterstützen daher die Gewerkschaften in ihrem Eintreten für Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und erweiterte Mitbestimmung.

Die Sozialdemokratie ist als Partei ohne ein enges Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung nicht zu denken. Sozialdemokraten treten ein für die Bewahrung und Sicherung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft, also des gleichberechtigten Nebeneinanders der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften. Dies schließt ein, daß allen Versuchen, ob in Regierungs- oder in Oppositionszeiten, die Gewerkschaften parteipolitischen Interessen unterordnen zu wollen, eine entschiedene Absage zu erteilen ist.

Sozialdemokraten wehren sich gegen alle Versuche, die politischen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften einzuschränken. Hierzu gehört an vorderster Stelle die Zurückweisung aller Angriffe gegen das Streikrecht. Wir verteidigen das Streikrecht auch als Kampfmittel gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte. Um endlich wirkliche Kampfparität zwischen den Tarifparteien herzustellen, muß die Aussperrung gesetzlich verboten werden.

Neben der »alten« Sozialbewegung haben in den letzten Jahren zunehmend sog. »neue soziale Bewegungen« an Bedeutung gewonnen. Erwerbslose haben sich in Arbeitsloseninitiativen zusammengeschlossen. Lokale und überregionale Bürgerinitiativen zum Schutze unserer Umwelt sind entstanden, die die Einsicht in die Notwendigkeit einer ökologisch verträglichen Art des Produzierens auch in den Reihen der Sozialdemokraten vorangetrieben haben. Zunehmend begnügen sich Frauen nicht mehr mit der Zukunftshoffnung auf eine bessere Welt, sondern verlangen ihre Rechte hier und jetzt und organisieren sich in eigenständigen Gruppen. Bürgerinnen und Bürger wehren sich in Initiativen gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und die Ausweitung staatlicher Kontrollmechanismen, die zu den regelmäßigen Begleiterscheinungen ökonomischer Krisensituationen gehören. Dritte-Welt-Gruppen engagieren sich gegen die Folgen imperialistischer Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Schließlich bezeugten Millionen von Menschen in den letzten Jahren, daß sie — jenseits aller Parteigrenzen — die ökonomische Vergeudung durch Hochrüstung und die wachsende Friedensbedrohung nicht hinzunehmen bereit sind.

Sozialdemokraten begrüßen diesen Prozeß eines wachsenden gesellschaftspolitischen Engagements einer Vielzahl von Menschen. Von diesen Gruppen, Initiativen und Bewegungen gehen wichtige und unverzichtbare Impulse für eine Änderung und Verbesserung unserer Lebensverhältnisse aus. Statt kurzsichtiger Vereinnahmungsversuche erstreben Sozialdemokraten ein gemeinsames fortschrittliches Projekt, in dem all diese Bewegungen ihren legitimen Platz haben. Wir setzen uns für die Erkenntnis ein, daß nicht in einem Nach- oder Gegeneinander, sondern nur in einem Miteinander die verschiedenen Teilinteressen einer Verwirklichung nähergebracht werden können.

**Max Steinacker/Andreas Westphal**

## **Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich**

### **Projet Socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft**

Das vorliegende Buch liefert die erste umfassende Analyse der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten im deutschsprachigen Raum.

Die Linke erhoffte sich vom Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 die Einleitung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels. Mit dem im ersten Jahr betriebenen Keynesianismus verschärfte sich der außenwirtschaftliche Druck. Seitdem wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zum obersten Gebot der Regierung, dem man eine wirksame Beschäftigungspolitik und eine an nationalen Zielen orientierte Industriepolitik opferte. Somit bestehen von der grundsätzlichen Logik her kaum noch Differenzen zwischen der französischen und der bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Strategie.

Max Steinacker und Andreas Westphal versuchen die Fragen zu beantworten, wie es zu einer derartig grundlegenden Umorientierung kommen konnte, welche Handlungsalternativen vorhanden gewesen sind und wieso diese nicht genutzt wurden. Die Analyse erstreckte sich dabei auf die Bereiche der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik sowie der Industriepolitik.

Wissenschaftlicher Autorenverlag Berlin/W., 546 Seiten

Buchhandelspreis: 29,80 DM; spw-Leser erhalten das Buch zum Preis von 25 DM incl. Porto. Schriftl. Bestellung an: Andreas Westphal, Langobardenallee 6, D-1000 Berlin 19, bei gleichzeitiger Überweisung von 25 DM auf das Konto: Andreas Westphal, Postgiroamt Berlin (West), BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 182109-104.

## Berichte

André Jungmittag und Matthias Machnig

### Konferenz »Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik«

**Bericht von einem Gemeinschaftsprojekt von Prokla, spw, Sozialismus, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und dem IMSF am 5. und 6. April in Frankfurt/Main**

Unter Mitwirkung der meisten linken Ökonomen der Bundesrepublik Deutschland wurden in Plena und Arbeitsgruppen die Themenkomplexe »Überakkumulation und Krise«, »Zyklus und lange Wellen«, »Internationale Verschuldung«, »Konsumdynamik, Ersparnisbildung und Innovation« sowie »Alternativen der Wirtschaftspolitik« diskutiert. Die Konferenz ist ein bemerkenswerter Schritt für die Entwicklung der politischen Ökonomie in der Bundesrepublik Deutschland. Bedenkt man, wie sich die beteiligten Gruppen noch vor wenigen Jahren bekämpft haben, muß allein schon das Zustandekommen der Konferenz als Ereignis bezeichnet werden. Noch bemerkenswerter war aber das solidarische Verhalten und das angenehme Diskussionsklima auf der Konferenz selbst, in dem die etwa 250 Teilnehmer miteinander umgegangen sind.

#### Überakkumulation und Krise

Jörg Goldberg vom IMSF vertrat in seinem Einleitungsreferat die These, daß es sich bei den Ursachen der überzyklischen Krisenerscheinungen um Blockierungen im Regulierungssystem des Kapitalismus handelt, um ein chronisches Auseinanderfallen der Produktions- und Realisationsbedingungen. Die Funktion der Krise, relativ überschüssiges Kapital zu beseitigen, sei gehemmt, weil Disproportionen in der Zirkulationsphäre eine Anpassung des Gesamtproduktionsprozesses an die veränderten stofflichen und wertmäßigen Voraussetzungen blockieren.

Insgesamt schein das für die zyklische Krise typische Phänomen des Auseinanderfallens von Produktion und Realisation ein Dauerzustand geworden zu sein. In monopolistisch dominierten Bereichen werde die bereinigende Wirkung der Krise in ihr Gegenteil verkehrt, die existierenden Disproportionen werden erhalten und zum Teil sogar vergrößert. Mit der Blockierung des kapitalistischen Regulierungssystems vergrößere sich in zyklischen Krisen das Problem der Überakkumulation, was seinen Ausdruck in der Aufblähung des Kreditsystems finde. Die zyklischen Krisen seien also nicht mehr ausreichend, um durch Kapitalvernichtung eine Anpassung der Produktions- und Verwertungsstrukturen an die sich verändernden Bedingungen der Produktivkraftentwicklung zu gewährleisten. Während in den 50er und 60er Jahren die Endnachfrage in den Kapazitätsausbau hineinwächst, ergibt sich in den 70er Jahren ein neuer Akkumulationstyp, der vor allem auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen abzielt. Konkurriert werde weniger um expandierende Märkte, sondern um Marktanteile. Dieser Akkumulationstyp führt wegen seines zunehmenden Freisetzungseffekts der Lohn- und Gehaltssummen dazu, daß Kapitalakkumulation und Masseneinkommen nicht mehr korrespondieren.

*Joachim Bischoff* (Sozialismus) wies zu Beginn seines Beitrags darauf hin, daß die sozialistische Linke in der BRD erst mit zeitlicher Verzögerung die Veränderung der kapitalistischen Entwicklung erkannt habe. Man habe lange Zeit den Kriseneinbruch 1974/75 als normale Krisensituation interpretiert und nicht als Ende einer relativ langen durch Sonderfaktoren geprägten Prosperitätsphase. Mit der Krise 1974/75 seien neue Probleme entstanden. Die Entwicklung der Produktivkräfte sei nicht länger mit dem überkommenen Regulierungstyp zu erreichen und auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen müsse ein neuer Typ von Regulierung und Hegemonie etabliert werden. Diese Entwicklung könne insgesamt als ein Strukturbruch skizziert werden. Seit dem Kriseneinbruch 1974/75 handele es sich also nicht nur um eine tiefgreifende Konjunkturkrise, sondern um eine strukturelle Überakkumulation, bei der das »Steuerungssystem« des gesellschaftlichen Gesamtprozesses selbst zunehmend funktionsunfähig werde. Unter den Bedingungen der strukturellen Überakkumulation sei eine Neuanlage von Kapital dadurch erschwert, daß bereits angelegte oder fungierende Kapitale aus ihren Positionen verdrängt werden müssen. Es habe sich also ein Verdrängungsakkumulationstyp durchgesetzt. Dieser Prozeß wird begleitet von einem tendenziellen Fall der Profitrate, der nicht mehr durch den Anstieg der Profitmasse kompensiert werden kann.

Die strukturelle Überakkumulation sei, so *Bischoff*, mit der Tendenz zu Überkapazitäten und Kapitalvernichtung, dem wachsenden Widerspruch zwischen Real- und Geldkapitalakkumulation; dem Preisverfall bei Rohstoffen aus der Dritten Welt und der Krise der öffentlichen Finanzen verbunden.

### **Zyklus und lange Wellen**

In der anschließenden AG »Zyklus und lange Wellen« wurde die Diskussion um die Einleitungsreferate wieder aufgegriffen. In einem einleitenden Beitrag stellte *Michael Stanger (Prokla)* den Zusammenhang von Überakkumulationstheorie und Theorie der langen Wellen dar. In dieser Sichtweise wird der Trendbruch Anfang der 70er Jahre als Ausklingen einer langen expansiven Welle begriffen. Kapitalakkumulation vollziehe sich in bestimmten institutionellen Rahmen. In großen Krisen verändere sich auch der institutionelle Rahmen der Akkumulation, es komme zu einer Restrukturierung. Dies sei aber nur durch Konflikte in Politik und Ökonomie möglich. Die Krise ab 1974/75 sei als ein Strukturbruch zu begreifen. Der Bruchpunkt der Welle sei bestimmt durch den ständigen Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die Verallgemeinerung der technologischen Innovationen, den beschleunigten Kapitalumschlag etc. Im Unterschied zu früheren Ausführungen bezweifelten *Hübner/Stanger* eine endogene Trendwende durch kapitalsparenden technischen Fortschritt oder Basisinnovationen, sie sahen jedoch die Möglichkeit durch die neokonservative Wende, d.h. durch einen Umbau der Gesellschaft im Sinne der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Die vergangene Stagnationsperiode sei eine Umbruchperiode, in der es der herrschenden Klasse insbesondere darum gehe, alle ökonomischen und politischen Potentiale zu nutzen, um eine grundlegende Stabilisierung der Profitrate zu erlangen.

*Jörg Huffschmid* wies in seinem Beitrag auf die theoretischen Probleme der Lange-Wellen-Theorie hin, so auf die Verallgemeinerung der Aufschwungsphase in der Lange-Wellen-Theorie, die u.a. stoffliche Probleme nicht miteinbeziehe. Darüber hinaus würden die neuen Qualitäten der Restrukturierung, etwa die Entwicklung von »internationalen staatsmonopolistischen Kapitalen«, nicht entsprechend reflektiert. Wenig Klarheit herrsche ins-

gesamt über den Anfangs- und Endpunkt der langen Wellen und die Verbindung der Lange-Wellen-Konzeption mit der Erklärung von konjunkturellen Zyklen. Das Problem der Realisierung bzw. Nachfrage bliebe völlig unberücksichtigt. Außerdem würden die unterschiedlichen Stadien kapitalistischer Entwicklung (monopolistische/staatsmonopolistische Variante) nicht reflektiert.

In der anschließenden Diskussion wurde auch auf die problematischen politischen Implikationen dieser Theorie hingewiesen, insbesondere für die Diskussion in der SPD. Bestimmte Teile der SPD, insbesondere Peter Glotz, sehen nach einer Übergangsphase eine neue lange Welle ökonomischer Prosperität aus sich herauskommen.

### **Internationale Verschuldung**

Die derzeitige Verschuldungskrise der Dritten Welt und insbesondere der sogenannten Schwellenländer ist 1982 mit dem Ende der letzten weltwirtschaftlichen Rezession in Gang gekommen. Bisher konnte die Gefahr für das transnationale Bankensystem, in dem die US-Großbanken das Zentrum des internationalen Zahlungsverkehrs bilden, nicht beseitigt werden. Zusammenbrüche von Banken fanden nicht statt, weil die Kapitalexporte der Schuldnerländer derart ausgeweitet wurden, daß diese hohe positive Handelsbilanzüberschüsse realisieren. Für die binnenwirtschaftliche Situation der verschuldeten Länder ist dies jedoch verheerend, denn mit dem Kapitalexport gehen sinkende Investitionsraten einher, deren Folgen ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine Einkommensumverteilung und ein sinkendes Realeinkommen sind und damit verbunden letztlich auch die zunehmende Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit.

*Alexander Schubert* befürchtet, daß die Anreize für Finanzgeschäfte weiter erhöht werden und damit die Flucht in Geldanlagen noch zunimmt. Zudem stehe ein Zusammenbruch privater Banken an, weil zusätzlich zur Dritten Welt auch die US-Landwirtschaft und -Erdölindustrie hoch verschuldet sei. So gefährdet neben der Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer auch der Verfall der Nahrungsmittel- und Erdölpreise die Banken. *Schubert* hält einen »Crash« des transnationalen Bankensystems für unvermeidlich.

Dagegen betonte *Herbert Schui* einen anderen Aspekt der Verschuldungskrise. Er sieht in der internationalen Verschuldung eine risikoreiche Strategie zur Verwertung von Kapital, insbesondere aus den USA. Ziele dieser Strategie sind die lohnende Verzinsung von überschüssigem Kapital und der Ruin der nationalen Kapitale der Schuldnerländer, um dort eine Ausweitung von US-Firmen zu ermöglichen. Weil diese Politik risikoreich ist, muß es dem transnationalen Finanzkapital darum gehen, das Erreichte zu sichern; die Schuldnerländer müssen langfristig zahlungsfähig gehalten werden, was gegebenenfalls auch moderate Zinssenkungen erfordert. Diese sind dem US-Kapital auch ohne Ertrags-einbußen möglich, weil die Dollarkredite durch andere Kredite verschiedener Staaten (z.B. Frankreich, Italien) refinanziert sind, so daß bei Zinssenkungen die Spanne zwischen Refinanzierungszinsen und Kreditzinsen erhalten bleibe. Aufgrund dieser Zinssenkung und Strategie sieht *Schui* auch keinen »Crash« des Bankensystems kommen, vielmehr würden anfallende Problemfälle »case by case« erledigt werden, wobei im Einzelfall die letzte Auffanglinie das Abschreiben von Krediten auf Kosten der öffentlichen Konsumsumme wäre. Anzeichen deuten auch darauf hin, daß die US-Regierung und -Zentralbank gegebenenfalls gefährdete US-Banken kühn unterstützen würden.

In der weiteren Diskussion wurden verschiedene Möglichkeiten zur Eindämmung der Schuldenkrise angesprochen. Dabei konnte nur Übereinstimmung in dem Punkt erzielt

werden, daß derzeit, obwohl ein Schuldenboykott sinnvoll wäre, dieser in den Schuldnerländern nicht durchsetzbar wäre. Abschließend stellte *Otto Kreye* fest, daß die Frage bei allen Überlegungen nicht sei, ob es einen »Crash« gebe oder nicht, sondern, ob es den Vertretern der neokonservativen Politik gelingt, ihre Variante zur Rückeroberung resp. Sicherung einer weltweiten Hegemonie mittels monetaristischer Instrumente zu installieren. Eine realistische Politik gegen diese neokonservative Variante gibt es noch nicht.

### **Konsumdynamik, Ersparnisbildung, Innovation**

Zur Fundierung einer staatlichen Nachfragepolitik gilt es, eine nachfrage theoretische Argumentation zu entwickeln, die geeignet ist, Grundlage für eine alternative Wirtschaftspolitik zu sein. *Karl Georg Zinn* unterscheidet bei seinem Ansatz als Nachfragegrößen den privaten Konsum und Investitionen, wobei diese in nachfrageinduzierte und autonome Investitionen unterteilt sind. Autonome Investitionen sind z.B.: technisch-, wettbewerbs-, faktorpreisinduzierte oder staatlich erzwungene Investitionen. Von zentraler Bedeutung ist dann, wie sich die Konsumnachfrage langfristig entwickelt. Mehr Nachfrage kann nicht durch eine nivellierende Allokation erreicht werden, wird doch nicht das gesamte Einkommen für Konsum ausgegeben, vielmehr gibt es eine relative hohe Geldvermögenspräferenz. Fehlende nachfrageinduzierte Investitionen müßten durch autonome Investitionen kompensiert werden.

*Jürgen Hoffmann* wies darauf hin, daß sowohl nachfrageinduzierte als auch autonome Investitionen keine isolierten Schlußpunkte, sondern Elemente des Akkumulations- und Reproduktionsprozesses sind. *Schui* stellte, diesen Gedanken aufgreifend, fest, daß die Kompensation von induzierten durch autonome Investitionen den Kreislauf zum Stoppen bringt, sobald die Grenzen autonomer Investitionen erreicht sind. Übereinstimmend wurde gefolgert, daß Nachfragepolitik vielmehr auch immer Strukturpolitik sein muß. Es geht um eine qualitative Produktionsstrukturpolitik, verbunden mit einer Stärkung der Nachfrageaggregate.

### **Alternativen der Wirtschaftspolitik**

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen müssen Alternativen der Wirtschaftspolitik entwickelt werden, die den Übergang von einem Regulierungstyp neokonservativer Prägung zu einem reformistischer Prägung ermöglichen. Unter der sozialistischen Linken gibt es dazu einen politischen Konsens, dessen Kernpunkte der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Ablehnung einer sozialpartnerschaftlichen Strategie sind. Die notwendigen Instrumente, die gegen Konzerninteressen geltend zu machen sind, sind ebenfalls formuliert. Dabei muß allerdings, so *Uwe Kremer (spw)*, festgestellt werden, daß das Spannungsfeld zwischen Sofortprogrammen und einem alternativen Regulierungstyp noch nicht aufgelöst werden konnte. Der Ansatz ist bereits vorhanden: Erforderlich ist ein langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm, beginnend mit einem kurzfristigen Beschäftigungsprogramm als inhaltliches Kernstück des neuen Regulierungstyps. Es fehlt noch mehr linkes Handlungswissen zur Gegenaufklärung und zur Entwicklung durchsetzbarer Strategien.

Die Konferenz hat — in einem wohlthuend guten Klima — allen Beteiligten gezeigt, woran in letzter Zeit gearbeitet wurde und welche Probleme in der nächsten Zeit verstärkt untersucht werden müssen. Es wurde deutlich, daß noch viel Arbeit notwendig ist, um mobilisierende Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Die Konferenz schloß mit dem Wunsch, nach der Bundestagswahl 1987 erneut zusammenzukommen.



Kurt Neumann

## Schillers Erben

### Bericht vom Wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD am 9. und 10. Mai 1986 im Hamburg

»Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.« (Karl Marx, MEW 8, 115)

Seit Helmut Kohl Amtsinhaber ist und nicht müde wird, sich als politischer Enkel Konrad Adenauers auszugeben, wissen wir, daß die Einsicht der Vorväter auch für Politiker eher mittleren Maßes gilt. Seit dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD, der am 9. und 10. Mai 1986 in Hamburg stattfand und in Vorbereitung und Ablauf im wesentlichen von Wolfgang Roth und Peter Glotz verantwortet wurde, wissen wir zu dem, daß es in der Sozialdemokratie nicht nur eine Vielzahl von Enkeln, sondern auch verschiedene Großväter gibt. Mögen sich etwa Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder als politische Abkömmlinge von Willy Brandt begreifen, Roth und Glotz zitierten, lobten und zeigten ihren Großvater in der den Kongreß abschließenden Podiumsdiskussion auch leibhaftig vor: den ehemaligen Wirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller.

Daß Versöhnlichkeit in der Sozialdemokratie gegenwärtig als besonders hohes Gut gilt, versteht sich mittlerweile ja von selbst, ärgerlich war indes, daß auf dem Wirtschaftskongreß auf Vergeßlichkeit gesetzt wurde. Wolfgang Roth formulierte: »Klassenkampf von oben wie von unten ist am Ende des 20. Jahrhunderts ein sozialer und ökonomischer Anachronismus, den sich keiner leisten sollte.« Kein Wort von dem aktuellen massiven Klassenkampf von oben, kein Wort aber auch davon, daß in dem aggressiven politischen Klassenkampf anläßlich der Bundestagswahlen 1972 Karl Schiller die SPD verlassen und — finanziert von Unternehmern — in übelster Weise gegen die Sozialdemokratie agitiert hatte. Was muß das für eine Wirtschaftspolitik sein, deren führender Darsteller sich im Zweifelsfall auf die Seite der Konservativen und Reaktionäre schlägt?

Der Ablauf des Kongresses orientierte sich gleich in zweifacher Hinsicht an dem berühmten Schillerschen Wort von der »sozialen Symmetrie«. Die Kongreßplanung schloß von vornherein aus, daß schlichte Kongreßteilnehmer insgesamt längere Zeit reden durften als die Referenten. Dementsprechend mußte die Debatte immer wieder abgebrochen werden, um dem nächsten Haupt- oder Nebenreferenten das Wort zu erteilen. Wenn dann dabei Genossen wie Axel Horstmann oder Michael Wendel nicht mehr das Wort erhielten, obwohl es nach der Reihenfolge der Wortmeldungen durchaus hätte anders sein können, war dies sicherlich nicht auf lenkende Eingriffe zurückzuführen, sondern allein auf den »zur Stromlinienform drängenden« (Dohnanyi) Markt.

Auch einer anderen Gefahr sind die Kongreßvorbereiter entgangen: Da Sozialdemokraten immer auch Gewerkschafter sind, hätte die Anwesenheit von Gewerkschaftsvertretern die Symmetrie doch ganz erheblich stören können. Deshalb wurde Michael Geuenich, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, zwar neben Dr. Arend Oetker als einer von neun Teilnehmern in die abschließende Podiumsdiskussion gebeten, als Referenten wurden Exponenten der Gewerkschaften aber nicht zugelassen. Statt dessen

konnten sich für die freundliche Einladung bedanken: Heinrich Weiss, Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, und Professor Dr. Gerhard Fels, Präsident des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Als liebenswürdiger »Grüner« war zwar Hoimar von Ditfurth zu hören, ein Exponent der Partei »Die Grünen« blieb uns indes erspart. Weil schon die Professoren Ditfurth und Fels als Referenten, auf dem Podium dann noch Schiller, Binswanger und Krupp zu Worte kamen, hätte eine Berücksichtigung von Hochschullehrern aus dem Bereich der »Memorandum-Gruppe« offensichtlich zu einer akademischen Überfrachtung, zu einer sozialen Asymmetrie geführt.

Von den vielen Referaten bestachen diejenigen von Johannes Rau, Klaus von Dohnanyi und Wolfgang Roth durch ihre Länge und durch das politische Gewicht der Referenten. Hier sprachen der Volkskanzler, sein Wirtschaftsminister und dessen parlamentarischer Staatssekretär. Vor allem Klaus von Dohnanyi regte zu selbstkritischem Nachdenken an: »Unsere Geschichte verstellte und verstellt vielfach der Partei und den Gewerkschaften die Sicht auf die Bedeutung des Unternehmers als kreativer Kraft in der Gesellschaft und auf das Unternehmen als dem wichtigsten Baustein der Wirtschaft.« Dementsprechend forderte er kategorisch: »Betriebswirtschaftliche Überlegungen treten gegenüber volkswirtschaftlichen Überlegungen in den Vordergrund.« Ursache für die Notwendigkeit stärkerer Orientierung an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die »Internationalisierung unserer Wirtschaft«. In unserer »stark exportorientierten Volkswirtschaft« wird »die Sicherung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen in der Bundesrepublik als Aufgabe der Wirtschaftspolitik immer bedeutsamer«.

Wie notwendig es doch ist, diese harten Wahrheiten in der SPD umzusetzen, zeigt sich daran, daß bei Johannes Rau für diese Position Unverständnis herrschte: »Ich wundere mich, daß viele in unseren hohen Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschüssen eine ausschließlich positive Entwicklung sehen. Die Wirklichkeit ist doch: unsere Überschüsse sind die Defizite unserer Handelspartner. Ich warne daher vor der Illusion, unser Heil liege in einer ständigen Ausweitung des Exports. 'Wir müssen die Binnenwirtschaft, die Binnenfrage und den Import stärken — und den naiven Stolz auf außenwirtschaftliche Überschüsse als das erkennen, was er ist: eine krasse Selbsttäuschung über angebliche Vorbildlichkeit. Die hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse mag man zwar zum Zeichen unserer Wettbewerbsfähigkeit hochjubeln, aber in Wahrheit sind sie das Menetekel einer das Gleichgewicht verletzenden Finanzpolitik.' Dies sagte Helmut Schmidt in der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 1. November 1985.«

Bei der mangelnden Bereitschaft von Johannes Rau, den harten Zwängen des internationalen Wettbewerbs voll Rechnung zu tragen, nimmt es denn auch nicht wunder, daß er glaubt, durch Wirtschaftspolitik Arbeitslosigkeit beseitigen zu können. Dies soll vor allen Dingen durch politisches Handeln in vier Bereichen geschehen:

1. durch Arbeitszeitverkürzung,
2. durch »stärkere öffentliche und öffentlich angeregte Investition«,
3. durch »berufliche Fortbildung, Weiterbildung und Umschulung an Stelle von Arbeitslosigkeit«,
4. den Ausbau im »sogenannten 'Humanbereich' der Dienstleistungen als auch im Bereich 'produktionsorientierter Dienstleistungen'«.

Von unverbesserlich linkem Standpunkt mag an den Vorschlägen Johannes Raus noch manches zu kritisieren sein, insbesondere wenn es um die Konkretisierung der Thesen geht. So formuliert Johannes Rau: »Arbeitszeitverkürzung darf freilich nicht dazu führen, daß teure Maschinen immer länger stilliegen. Je kapitalintensiver die Arbeitsplätze,

desto mehr wird es zu einer betrieblichen Notwendigkeit und zu einem Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, diese Maschinen möglichst intensiv einzusetzen. Davon profitieren wir alle, unser Wohlstand ist auch davon abhängig.« Auch fordert Johannes Rau keine Ausweitung der öffentlichen sozialen Dienste, sondern will nur »keinen Abbau staatlicher Angebote, keine Privatisierung«, dafür aber 200.000 neue Unternehmen im privaten Dienstleistungsbereich. »Wir wollen eine neue Gründerwelle. Wir brauchen dazu Motivation und Ermutigung vor allem junger Menschen zur Selbständigkeit und Risikofreude.« Bitterer als linke Kritik ist da schon die Medizin betriebswirtschaftlicher Weisheit, die Dohnanyi in diesen süßen Wein sozialen Optimismus schütten muß: »Die Unternehmen werden immer nur so viele Menschen beschäftigen, wie sie beim Stand heutiger und erwarteter Produktivität für die Befriedigung ihrer Märkte wirklich brauchen. Vom einzelnen Unternehmen mehr zu verlangen, hieße letztlich wettbewerbswidriges Verhalten zu erwarten.« Und: »Der große Sprung zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre aus Wettbewerbsgründen betriebswirtschaftlich in den meisten Branchen nicht zu verkraften.« Schließlich: »... bei 30% Außenwirtschaft muß man sich ... darüber im klaren sein, daß die keynesianische Pumpe (eine Steigerung der öffentlichen Nachfrage nach dem Vorbild des Zukunftsinvestitionsprogramms) erheblich Nebenluft ziehen würde.«

Klipp und klar: »Arbeitszeitverkürzung auf der einen Seite und Steigerung der öffentlichen Nachfrage durch Investitionsprogramme auf der anderen Seite, sind zwar Bestandteile einer Eindämmung der Arbeitslosigkeit: Aber auch mit diesen Flankierungen wird der klassische Arbeitsmarkt, der 'Erste' Arbeitsmarkt, im Strukturwandel einer verflochtenen Weltwirtschaft keine Vollbeschäftigung bringen.« Deshalb fordert Dohnanyi ein großdimensioniertes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das er aber nicht so, sondern »Zweiten Arbeitsmarkt« nennen möchte.

Eine solche Politik, die den Unternehmen und der staatlichen Wirtschaftspolitik die Verantwortung für die Behebung der Arbeitslosigkeit nimmt und sie zu einer sozialpolitischen Veranstaltung des Staates erklärt, ist sicher von dem Unternehmerlager mit Freude aufgenommen worden. Wenn sich diese Politik durchsetzt, müssen sie keine Furcht mehr vor dem Arbeitnehmerflügel der CDU haben. Auf dieser Grundlage ist die Durchsetzungsstrategie auch einfach zu formulieren: »Wir Sozialdemokraten müssen es ... erreichen, daß die Unternehmensleitungen sich auch ihrer gesellschaftlichen Aufgaben bewußter werden. Das kann aber nur im Dialog und nicht in der Kontroverse erreicht werden.«

Offen bleibt noch, ob Johannes Rau bereit sein wird, sich diesen Positionen anzuschließen. Es könnte ja sein, daß es auch professionellster Wahlkampfwerbung nicht mehr gelingen könnte, eine derartige Politik als Arbeitnehmerpolitik rüberzubringen. Und die Unternehmer haben nun einmal zu wenig Stimmen.

Vielleicht hat deshalb Wolfgang Roth noch eine Chance, anstelle von Dohnanyi Wirtschaftsminister zu werden. Er argumentierte brav und bieder auf der Grundlage des unter seiner Verantwortung zustande gekommenen Papiers der Wirtschafts- und Finanzpolitischen Kommission beim Parteivorstand. Er blieb dabei: »Das Schlüsselproblem bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, wie auch bei der Umweltkrise, ist die Investitionstätigkeit sowohl der Öffentlichen Hand wie vor allem auch der Unternehmen.« Roth will

1. »den Investitionsstau der Gemeinden auflösen«,
2. »mit dem Sondervermögen 'Arbeit und Umwelt' 400.000 zusätzliche neue Arbeitsplätze schaffen,
3. die »sozialen Dienste im öffentlichen Sektor ausdehnen«,

4. die »Verkürzung und die freiere Gestaltung der Arbeitszeit«,
5. »eine Beschäftigungsbrücke für Berufsanfänger«,
6. »ein umfassendes Weiterbildungssystem«,
7. »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«, wobei er verbal an Dohnanyi anknüpft, den Stellenwert aber deutlich niedriger ansetzt.

Auch Roth glaubt, seine Politik durch Überzeugungsarbeit durchsetzen zu können. Zu den aktuellen Klassenauseinandersetzungen meint er: »Diese Zerrüttung ist auf die verhängnisvolle Politik der Regierung Kohl zurückzuführen. Auf die Einmischung in den Tarifkonflikt 1984 folgte das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz und schließlich die Provokation der Gewerkschaften durch den neuen § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.« Manche hatten gedacht, daß die Unternehmer die Regierung Kohl in diese Konflikte hineingezogen hätten, nun belehrt Roth aber, daß es umgekehrt der Fall gewesen war.

Dementsprechend ist er optimistisch, »einen neuen Grundkonsens der großen gesellschaftlichen Gruppen herzustellen«. Er appelliert an die »Besonnenen in allen politischen Lagern und sozialen Gruppen« und hofft »auf ein soziales Bündnis 'Arbeit für alle', das die Zusammenarbeit von Unternehmern und ihren Verbänden, Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften, Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunen und ihren Spitzenverbänden und der Deutschen Bundesbank fördert«.

Der Ablauf des Kongresses, insbesondere die Hauptreferate, hätten den Beobachter zum Zyniker werden lassen können, wenn er es nicht schon wäre bzw. wenn nicht ganz massiv der Eindruck geherrscht hätte, daß das offizielle Kongreßgeschehen weit entfernt von dem war, was die Mehrheit der Teilnehmer dachte: Selten wird es wohl eine Konferenz gegeben haben, bei der ein so deutlicher Unterschied zwischen den offiziellen Reden und den Meinungen der verschiedensten Delegierten bestand: Das läßt für den Nürnberger Parteitag Ende August dieses Jahres hoffen, auf dem eine wirtschaftspolitische Konzeption der SPD beschlossen werden soll.

In diesem Zusammenhang ist auch als erfreulich zu berichten, daß sich die im »Frankfurter Kreis« organisierte Linke darauf verständigt hat, die verschiedenen auf Bezirksebene beschlossenen Anträge in einem einheitlichen Leit Antrag zusammenzufassen, der dann dem überarbeiteten »Roth-Papier« entgegengestellt werden soll. Dieser Antrag wird sicherlich noch nicht der ganz große Wurf werden, er wird aber weder eine Anpassung an die vorgeblichen Unternehmenszwänge noch ein unverbindliches Schweben zwischen den verschiedenen Interessen beinhalten, sondern deutliche Eingriffe in die Machtstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen fordern.

Klaus Flöther und Reinhard Zänger

## »Die Technik und ihre soziale Dimension«

**Von nachdenklichen Minderheiten,  
neuen Fragen und antagonistischer Kooperation**

**Ingenieurkongreß der SPD am 18./19.2.1986 in Düsseldorf**

Die politische Handschrift des Bundesgeschäftsführers war unverkennbar. Rund 1.200 vornehmlich in der SPD organisierte Techniker und Ingenieure folgten der Einladung zu

diesem Kongreß. Die Intentionen, die der Parteivorstand mit dieser Veranstaltung verfolgte, umriß der Parteivorsitzende *Willy Brandt* in seinem Einleitungsreferat: Die Sozialdemokratie wolle durch das Zugehen auf die berufliche und gesellschaftliche Gruppe der Ingenieure einen neuen, anspruchsvollen Dialog initiieren, den die Politik brauche, um der rasanten und zukunftsfrächtigen Entwicklung auf der Spur zu bleiben. Angesichts des traditionell unbefangenen Verhältnisses der SPD zur Technik — ihre Entwicklung wurde per se als Inbegriff der Entfaltung der Produktivkräfte verstanden —, sei ihre zerstörerische Wirkung auf unsere Lebenswelt erheblich unterschätzt worden. Bei der Erneuerung der Industriegesellschaft müsse der technischen Entwicklung eine konkrete Utopie abgerungen werden. In dieser Haltung unterscheide sich die Sozialdemokratie von kopfloser neokonservativer Modernisierungseuphorie ebenso wie von grünlicher Technik- und Fortschrittsangst. Dabei gehöre es zur Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß Feindseligkeit gegen die Moderne letztlich immer auf Feindseligkeit gegen den sozialen Fortschritt beruht habe. Anknüpfend an den Kulturstaatsbegriff des Godesberger Programms müsse mit fortschrittlicher Technik und fortschrittlichen Sozialbeziehungen eine Kultur der Arbeit verwirklicht werden, »auf die man stolz sein« könne.

Der Haltung des SPD-Vorsitzenden, an die vorhandene Technikentwicklung sozialen Fortschritt anbinden zu wollen, hielt *Franz Steinkühler*, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, die Erfahrungen der Gewerkschaften mit der kapitalistischen »Produktivkraftentwicklung entgegen und entwarf eine deutlich andere — gewerkschaftliche — Herangehensweise. Seine Position war gekennzeichnet durch eine Art »kritischer Akzeptanz« neuer Technik, er kritisierte deren gesellschaftliche Funktion und betriebliche *Anwendung*, sah jedoch Möglichkeiten, durch soziale Gestaltung und Ausbau der Mitbestimmung die Technikentwicklung und Technikanwendung zu einer menschengerechteren Arbeits- und Lebensgestaltung, zu mehr Selbstverwirklichung in der Arbeitsgesellschaft zu nutzen.

Anders als sozialdemokratische Technokraten wie Glotz möchte er jedoch sehr viel stärkeren Einfluß auf die *Technologieentwicklung* nehmen und sie als Mittel der gesellschaftlichen Veränderung nutzen. Einige Techniken müßten sogar prinzipiell abgelehnt werden, denn Technik sei heute nicht mehr gleichbedeutend mit Fortschritt, die Entwicklung der Technik nicht identisch mit sozialer Weiterentwicklung.

Jede Technik beinhalte stets zwei Funktionen: eine Fortschritts- und eine Herrschaftsfunktion. Der gegenwärtigen Technologieentwicklung und -nutzung liege ausschließlich die Herrschaftsfunktion zugrunde. Die gegenwärtigen zentralistischen und hierarchischen Technikstrukturen seien mit Machtkonzentration im wirtschaftlichen und auch im politischen Bereich verbunden. Im betrieblichen Bereich entstehe eine Enteignung der Kompetenz und systematische Dequalifizierung, der arbeitende Mensch werde fast beliebig ersetzbar. Im politischen Bereich schränke der hohe Finanzbedarf technischer Projekte »die Handlungs- und Wandlungsfähigkeit« von Regierungen ein (Beispiel Kalkar), führe zur zunehmenden Verwundbarkeit durch Zentralisierung und Komplexität der Systeme und einem entsprechenden Sicherheitsbedarf. Neben der elektronischen Kontrolle ergebe sich durch Rationalisierung und technischen Wandel für immer mehr Menschen eine Zunahme von psychosozialen und gesundheitlichen Belastungen, ohne daß es zu einem gravierenden Rückgang alter Belastungen komme. Deshalb müsse man verstärkt Einfluß auf die Technikentwicklung und -anwendung nehmen. *Steinkühler* nannte folgende Leitlinien:

— Technik darf die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundwerte nicht behindern, sondern muß ihre Realisierung fördern.

- Technische Systeme dürfen die Umweltbedingungen nicht verschlechtern.
- Vorhandene Ressourcen und eingesetzte Mittel müssen effizient genutzt werden.
- Technik soll helfen, die internationalen Spannungen abzubauen; das ist eine klare Absage an SDI und andere Rüstungsprojekte.

Als Mittel zur Durchsetzung dieser Kriterien nannte Steinkühler die Technikfolgenabschätzung: »Ohne eine diskussionsorientierte Technikentwicklung und umfassende Technologiefolgenabschätzung droht uns eine Technokratie, die unsere politische Demokratie zerstören könnte.«

Als Alternative zum Vollautomatisierungsprozeß fordere die IG Metall eine Bildungs- und Humanisierungsoffensive in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Nur durch neue Produkte und Produktionsverfahren könnten Arbeitsplätze und Wettbewerb auf Dauer gesichert werden. Voraussetzung dazu seien die Beherrschung neuester Technologien und eine hochqualifizierte Arbeitnehmerschaft. Durch diese umfassende Qualifizierung sollen die qualitativen Auswirkungen neuer Technologien auf den Arbeitsprozeß aufgefangen werden. Jedes IG Metall-Mitglied müsse am Arbeitsplatz den Technikwandel schon im Ansatz erkennen und sozialverträgliche Gestaltungsalternativen dazu entwickeln können. Qualifizierte Arbeitnehmer könnten unter den Bedingungen neuer Technologien in Arbeitssystemen und -gruppen (Beispiel Fertigungsinseln) Arbeitszufriedenheit und Wirtschaftlichkeit realisieren. Dazu bräuchten die Gewerkschaften jedoch die stärkere Mitarbeit von Naturwissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren. Auch diese hochqualifizierten Berufe seien durch den Einsatz neuer Technologien betroffen und bedroht; auch der Ingenieur werde immer mehr zum »Produktionsarbeiter«. Andernfalls drohe nach dem »sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz«, der Veränderung des Paragraphen 116 AFG und einer Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes der Zusammenbruch auch technologischer Gestaltungsmöglichkeiten. »Ich fürchte eine Situation, in der wir betriebliche Herrschaftsstrukturen haben wie im 19. Jahrhundert mit den Technologien des 21. Jahrhunderts.« Auch deshalb forderten die Gewerkschaften ein umfassendes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Anwendung neuer Techniken.

Für *Steinkühler* sind, da ist er technokratisch orientierter Sozialdemokrat, die qualitativen Auswirkungen von Technik in den Griff zu bekommen, ohne daß sich die Systemfrage stellt. Die Mittel dazu sind: soziale Gestaltung, Qualifizierung der Arbeitnehmer und Humanisierung der Arbeit.

Als Vertreter der Unternehmerseite sprach Dipl.-Ing. *Leibinger*, Präsident der IHK Mittlerer Neckar und geschäftsführender Gesellschafter einer Maschinenfabrik. Als Referenz an die Veranstalter gab er zwar zu, daß »die Einführung immer produktiverer Fertigungssysteme und die Einführung der Elektronik in die Produktion zur Einsparung menschlicher Arbeitskraft in breitem Umfang geführt« hat. Ernsthaftige Alternativen zur Automatisierung habe man jedoch nicht; »wir« könnten noch nicht einmal Tempo und Umfang bestimmen. »Die Verantwortung für die Durchführung der Automatisierung liegt bei den Unternehmern und Unternehmensleitungen, und dort soll sie auch bleiben. Eine Erweiterung der gesetzlichen Mitbestimmung halte ich für falsch, weil es die Flexibilität einschränkt und die notwendigen Anpassungsprozesse verzögert« — so *Leibinger*. Bekanntlich gedeihe der technische Fortschritt dort am besten und menschenfreundlichsten, wo er staatlichen Einflüssen am wenigsten unterworfen sei.

Neben dem Vertreter des mittelständischen Wachstumskapitals aus dem Musterlände kam ein Repräsentant einer anderen »nachdenklichen Minderheit«, dem High-Tech-Großkapital, zu Wort: *Olaf Henkel*, stellvertretender Geschäftsführer des Multis IBM

Deutschland. Mehr Mut, mehr Freiheit war seine Devise — für beides sei das freie Unternehmertum der Garant. Vor allem müsse sich der Staat darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu schaffen, d.h. jede institutionalisierte Technikfolgenabschätzerei führe unweigerlich in die Technokratie und hemme den Fortschritt, zu dem vor allem auch gehöre, daß Unternehmer Geld verdienen.

Im Rahmen eines Disputes trat *Oskar Lafontaine* dem selbstbewußt entgegen: Dem Glaubenssatz »Technik führt nicht in die Hölle« müsse angesichts des möglichen atomaren Holocaust widersprochen werden. Der Staat greife ohnehin steuernd in die Technikentwicklung ein. Im Bereich der Militärtechnologie oder der Verkabelung durch die Post und der Energiepolitik gebe es jeweils sinnvolle Alternativen für die Vergabe öffentlicher Milliardenbeträge, allerdings müsse bezweifelt werden, ob es angesichts der Existenz und der Wirkungsweise des militärisch-industriellen Komplexes Raum für souveräne politische Entscheidungen gebe. Der IBM-Vertreter konnte diesen Zweifeln — eher ungewollt — abhelfen, indem er andeutete, daß die von *Lafontaine* formulierte Alternative »SDI oder Eureka« ohnehin nicht öffentlich, sondern von den beteiligten Unternehmen entschieden werde. An etwas anderes zu glauben, gehöre »in die Schublade«.

Konkreter wurde es in den Arbeitskreisen, von denen insbesondere »Technik und Arbeit« sowie »Technik und Umwelt« interessierten.

Unter Leitung von *Andreas von Bülow*, MdB, befaßte sich der erste Arbeitskreis mit den Wirkungen neuer Technologien auf Qualität und Quantität von Arbeitsplätzen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Thesen von *Burkhard Lutz*, Institut für Soziale Forschung, der für die Zukunft der Arbeit zwei Grundtendenzen identifizierte: 1. »neue Produktionskonzepte« mit nachhaltiger Reduzierung von funktionaler, fachlicher und hierarchischer Arbeitsteilung und 2. »rechnergeführter Neo-Taylorismus« mit weiter sich vertiefender und verfestigender Polarisierung der Beschäftigten. Zwar gebe es viele Gründe, die Tendenz zum Abbau von Arbeitsteilung sowohl in betrieblicher wie in gesellschaftlicher Hinsicht vorzuziehen, jedoch äußerte er die Befürchtung, daß sich die zweite Tendenz durchsetzen werde, da in der angedeuteten Auseinandersetzung gerade den Ingenieuren eine zentrale, aber keineswegs eindeutige Stellung zukäme. Da ihre Berufsgruppe selbst Produkt der Arbeitsteilung sei, müsse das Ende der Arbeitsteilung von vielen Ingenieuren als Bedrohung ihres beruflichen Status empfunden werden und ihr Festhalten an der Exklusivität technischer Kompetenz und den daran geknüpften Privilegien im Sinne neotayloristischer Entwicklungstendenzen wirken.

In der Arbeitsgruppe 2 ging es um politische Beeinflussungsmöglichkeiten der Technik und Technikentwicklung im Umweltschutz. Während der Leiter der Arbeitsgruppe, *Volker Hauff*, die Krise in der Umwelt als »Chance zur technisch-wirtschaftlichen Entwicklung« ansah, war *Dr. Lersner*, Präsident des Bundesumweltamtes, deutlich skeptischer: Die Auffassung, unsere Technik habe die Umweltprobleme zwar geschaffen, werde sie aber auch vermindern, sei leider falsch. Die Wirtschaft sei nur an einem möglichst hohen Umsatz interessiert, beim Auto-Katalysator und bei der Kraftwerksentschwefelung hätten sogar Kartelle den Umweltschutz lange Zeit verhindert. Als Liberaler lehne er jedoch staatliche Zwangsmaßnahmen ab.

Auch *Wolfgang Schulze* von der IG Chemie hatte Angst vor »zu viel Staat«, denn das führe bekanntlich nur zu Bürokratie. Menschen- und umweltfeindliche Produktionsarten sollten zwar eingeschränkt (nicht stillgelegt!) werden können, aber bitteschön mit ausreichender Zeit für die Umstellung.

Erst die Diskussion erhielt durch einige engagierte Ingenieure neue Impulse. Nicht

Wachstum und Technik seien in den Mittelpunkt der Politik zu rücken, sondern der Mensch! Statt der interessenorientierten Wissenschaft müsse man das naturwissenschaftliche Wissen nutzen. Wenn der Staat schon finanzielle Mittel gebe, dann müsse er auch bereits bei der Entwicklung der neuen Technik steuern.

Am zweiten Konferenztag ging es um die »technologische Selbstbehauptung Europas« — Anlaß für manche Sonntagsreden, u.a. von *Johannes Rau*, der wegen einer Erkrankung seine Rede vortragen ließ, sowie vom belgischen Grafen *Davignon*. Es wurde einmal mehr die Befürchtung laut, Europa könne den technischen Anschluß an die übrigen imperialistischen Zentren, USA und Japan, verlieren, wobei gleichzeitig deutlich wurde, daß der Zug insbesondere im Bereich Mikroelektronik längst abgefahren ist. Die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft wurde ebenso beschworen wie der Gedanke einer engen europäischen Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet, aber es wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, daß EUREKA ein Trittbrett werden könne für diejenigen, die in Wirklichkeit SDI zum Ziel haben, so *Wolfgang Roth*, MdB. In der gleichen Podiumsdiskussion profilierte sich noch *Herrmann Rappe* — »Ich bin Vorsitzender einer Industriegewerkschaft und nicht einer Antiindustriegewerkschaft« — als Vertreter jener gewerkschaftlichen Haltung, die trotz »lindgrüner Ausfransung an den Rändern« der Technologieentwicklung »grundsätzlich positiv« gegenübersteht und einen »Pakt der Vernunft« mit dem Unternehmerlager sucht.

*Fazit:* Die Tatsache, daß sich die meisten Referate und Diskussionen im Rahmen der herkömmlichen Positionen bewegten, zeigte deutlich, daß Ingenieure und Naturwissenschaftler keine neue, eigenständige Gruppe mit besonderen Patentlösungen und -ideen bilden, sondern in den Rahmen der bekannten ökonomischen Interessengruppen einzuordnen sind. Insofern halten die Grundlagen des Glotzschen Anspruchs eines »neuen Bündnis-konzeptes« keiner ernsthaften Überprüfung stand. Eher wird einer ständisch-bornierten politischen Herangehensweise Vorschub geleistet, wenn mit der »nachdenklichen Minderheit der Naturwissenschaftler und Ingenieure« Vertreter bestimmter Kapitalfraktionen ebenso gemeint werden wie engagierte Gewerkschafter und kritische Sozialdemokraten. Die vielen Beiträge auf dem Kongreß haben die ambivalente Rolle der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz deutlich gemacht. Das verstärkte Bemühen der Gewerkschaften, die lohnabhängigen Angehörigen dieser Berufsgruppe in eine offensive Interessenvertretungs- und Gestaltungspolitik miteinzubeziehen, dürfte aus der Sicht linker Sozialdemokraten eine realistischere Handlungsperspektive bieten als das Kokettieren mit »Teilen des Wachstumskapitals«.



Frank Heidenreich

**»... kennen Kommunisten nur noch vom Fernsehen her.«  
(Willy Brandt)**

**Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 40. Jahrestag der Berliner Urabstimmung, 14. April in Berlin/West**

Unter der Überschrift »Zwangsvereinigung. Zur Erinnerung an den April 1946 und die Gründung der SED« veröffentlichte die Zeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« Anfang dieses Jahres einen längeren Artikel des SPD-Präsidiumsmitglieds *Egon Bahr*. Seine Interpretation der (Partei-)Geschichte endete bei aktueller Politik, schloß mit dem Hinweis auf die sozialdemokratischen Initiativen für eine zweite Phase der Entspannung in Europa:

»Aber auch ideologische Gegner sind unentbehrliche Partner des Überlebens geworden. (...) Dies ist der Hintergrund, wenn wir mit der SED um Möglichkeiten von Abrüstung und Rüstungskontrolle im Zentrum Europas ringen.« (NG/FH, Nr. 1/1986, S.25)

Auf der zentralen Gedenkveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin (West) zog *Willy Brandt* aus 40 Jahren jüngerer Parteigeschichte die Schlußfolgerung:

»Eine verantwortliche Politik kann am Ausgang der 80er Jahre nicht so tun, als sei es ihr gegeben, die Schlachten der unmittelbaren Nachkriegsjahre erneut zu schlagen — und diesmal zu gewinnen.« (Unsere Lehren aus der Urabstimmung, in: Berliner Stimme vom 19.4.1986, S.8)

Die Überlegungen führender Sozialdemokraten zur Entwicklung der Sozialdemokratie zielen in der Regel nicht so sehr auf historische Wissenschaft und Wahrheit; die Auseinandersetzung mit dem Weg der deutschen Arbeiterbewegung nach der Niederlage des Faschismus macht da keine Ausnahme. Betrachtungen von SPD-Politikern zur Geschichte der Partei, das zeigen die oben zitierten Aussagen von Bahr und Brandt, sind zuerst als Funktion heutiger SPD-Politik und gegenwärtiger innerparteilicher Kräfteverhältnisse zu verstehen. Worin besteht in unserem Fall der aktuelle Politik-Bezug?

Bahr und Brandt geht es um die Durchsetzung einer auf Entspannung, Sicherheitspartnerschaft mit den sozialistischen Ländern und allseitige Abrüstung gerichteten sozialdemokratischen Außenpolitik im allgemeinen sowie um die Verteidigung der Parteikontakte mit der SED über die Schaffung von chemie- und atomwaffenfreien Zonen im besonderen. Vor allem die Gespräche zwischen führenden Vertretern von SPD und SED sind das Ziel wütender Angriffe, zumindest von Argwohn, seitens der politischen Rechten und Bundesregierung geworden. Wenn Brandt meinte, konservative Verdächtigungen, die SPD würde mit den Kommunisten packeln, »haben begonnen, langweilig zu werden« (ebd., S.9), so scheint auf den ersten Blick die rhetorische Lässigkeit die Erfolgsaussichten antikommunistischer Mobilisierung von rechts nicht ganz ernst zu nehmen. Denn stärker als das Argument, die SPD betreibe Nebenaußenpolitik an der autorisierten Regierung vorbei (das meint: SPD verrät das Land), wirkt die moralische Kritik, die heutige Sozialdemokratie sei dem Schumacherschen Erbe der scharfen antikommunistischen Abgrenzung untreu geworden (das meint: SPD verrät die eigene Geschichte). Die Rechte verspricht sich von der beflissenen Verteidigung der sozialdemokratischen Geschichte gegen die heutige SPD über die Zustimmung der Öffentlichkeit hinaus die Zuspitzung innersozialdemokratischer Gegensätze.

In der Tat stoßen Brandts und Bahrs Orientierungen für eine realistische Friedenspolitik heute auf Skepsis und Widerstand bei einer kleinen Minderheit in der Partei. Auf einem Treffen der in der Kurt-Schumacher-Gesellschaft organisierten alt-sozialdemokratischen Rechten Mitte April in Tutzing wurde die vermeintlich mangelnde Wachsamkeit der Partei gegenüber dem Kommunismus wortreich beklagt. Peter Kutschke schrieb darüber im *Vorwärts*:

»Über die Gespräche der SPD-Grundwerte-Kommission mit SED-Abgesandten sind praktisch alle empört. Das geht ihnen ebenso zu weit wie 'Verhandlungen' über eine chemiewaffenfreie Zone und die Teilnahme eines SPD-Vertreters am SED-Parteitag.« (Vorwärts, Nr. 16 vom 19.4.1986, S.8)

Der Kreis um Annemarie Renger, Lothar Löffler, Kurt Neubauer und Peter Corterier sieht die sozialdemokratische Identität durch die Politik des Parteivorstandes gefährdet, eine Identität, die in den Augen jener rechtssozialdemokratischen Exponenten immer in erster Linie durch Abgrenzung nach links und nicht durch Antikapitalismus herzustellen war. Von diesem Standpunkt müssen Autonomie der Sozialdemokratie und neue Entspannungspolitik, wie Bahr und Brandt sie entwerfen, zueinander in Widerspruch stehen.

Gegen dieses ungebrochen antikommunistische Weltbild in Teilen der eigenen Partei richtete sich die Rede Willy Brandts in Berlin (West). Der Parteivorsitzende scheint die Denkweisen der 50er Jahre als Hemmnisse sozialdemokratischen Handelns heute mehr zu fürchten, als die selbstbewußten Formulierungen es zunächst vermuten lassen. Unter Anspielung auf Karl Marx mahnte Brandt, die politischen Perspektiven Ende der 80er Jahre seien verändert, die Geschichte wiederhole sich heute nicht, nicht einmal als Farce. Beifall zollten die 900 überwiegend älteren Zuhörer/innen dieser notwendigen Bemerkung ebensowenig wie der Feststellung, »es gibt keine weltanschauliche Auseinandersetzung, die so wichtig ist, als daß unter ihr konkrete Vereinbarungen zwischen Staaten zur Zusammenarbeit, Rüstungsbegrenzung und Sicherung des Friedens Schaden leiden dürften« (Brandt, a.a.O., S.9). Der überlebensnotwendige friedenspolitische Realismus, die gewachsene Gefährlichkeit der Rüstungen in Ost und West, die bedrohliche Strategie der US-dominierten NATO, schließlich auch Veränderungen im Weltkommunismus, die Brandt mit Hinweis auf Gorbatschow und die KPI unterstrich, haben die SPD zu einer wirklichen Wende in ihrer außenpolitischen Lagebeurteilung und zu einem gewissen Bruch mit alten politischen Konzepten veranlaßt. Die Stellungnahmen zu SDI, zum US-Luftangriff gegen Libyen, zur Perspektive chemie- und atomwaffenfreier Zonen machen unterdessen deutlich, daß gegen die reale Gefahr der opportunistischen Zurücknahme von sozialdemokratischen Positionen unter einer Kanzlerschaft Rau einige bereits erkämpfte, mehr als nur taktische Veränderungen der SPD-Politik zu verteidigen sein werden.

Der Mut und die Entschiedenheit zu Neuorientierungen vor allem bei Brandt und Bahr verdienen Anerkennung. Um so ambivalenter muß daher der Versuch beider bewertet werden, Kontinuität zu behaupten und historische Legitimationen zu beanspruchen, wo unverkennbar objektive Veränderungen, Umbrüche und positive Lernprozesse festzustellen sind. Brandt betonte, das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten sei nach wie vor »durch prinzipielle Gegensätze gekennzeichnet«; der Parteiratsbeschuß von 1971, der die Aktionseinheit mit Kommunisten für unvereinbar mit der SPD-Mitgliedschaft erklärt, steht noch immer nicht in Frage, und das KPD-Verbot von 1956 kritisierte Brandt gleichsam als bloß taktischen Fehler im Umgang mit Kommunisten (»törichterweise lange verboten«). Aber es hieße, »veränderte Perspektiven« (Brandt) in der Innenpolitik zu leugnen, wollte man behaupten, die Stellung von Sozialdemokraten und

Kommunisten sei 1986 noch die gleiche wie vor 30 Jahren. In der Friedensbewegung, in den neuen gewerkschaftlichen Kämpfen haben sich auf der Grundlage begrenzter Übereinstimmungen gemeinsame Aktionen entwickelt. Für die 60er und 70er Jahre mochte noch stimmen, »daß eine steigende Zahl von Sozialdemokraten nur noch vom Fernsehen Kommunisten kennen, und zwar solche, die woanders regieren« (ebd., S.8). Heute wäre die SPD — trotz der auch durch ihre eigene Politik bedingten Isolation der DKP — im Irrtum, nähme sie an, das Problem des Verhältnisses zu den Kommunisten bliebe auch in Zukunft eine Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen. Nicht zuletzt der Prozeß der westeuropäischen Integration wird den kommunistischen Teil der internationalen Arbeiterbewegung eher stärker als politischen Faktor hervortreten lassen, als ihn weiter zu marginalisieren. In diesem Zusammenhang, und verknüpft mit dem Erfordernis, der internationalen Offensive der Rechten und des Kapitals erfolgreicher zu begen, stellt sich dann die Frage nach dem Verhältnis zur eigenen Geschichte neu. Der Zweck heiligt nie die Mittel, und tragfähige sozialdemokratische Identität gibt es nicht um jeden Preis, nicht um den Preis einer dominanten antikommunistischen Abgrenzung. Die Interpretation der eigenen Geschichte muß liebgewordene ideologische Legitimationen verwerfen und das Wort Selbstkritik kennen. Das schließt die Zulassung einer anderen als nur bejubelnden Darstellung des Wirkens sozialdemokratischer Politiker wie Ebert und Schmidt im eigenen Parteiorgan ein.

Die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung scheiterte im Sommer 1945 an den Kommunisten, und Egon Bahr schreibt zurecht, eine (von den Besatzungsmächten) unabhängige sozialistische Einheitspartei wäre damals »nicht nur freiwillig und ohne jeden Druck, sondern von der überzeugten Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung getragen worden« (Bahr, a.a.O., S.12). Im Frühjahr 1946 kam sie allein in der sowjetischen Zone zustande, nunmehr nicht ohne Momente des Zwangs und der Einschüchterung, unter arroganter Ignoranz gegenüber sozialdemokratischen Vorstellungen und als ein der sowjetischen Besatzungsmacht wichtig gewordenes Projekt. Sozialdemokraten hatten (und haben) also zahlreiche Gründe zur Kritik an der kommunistischen Politik des Jahres 1946, mehr noch an der spätstalinistischen Deformation der SED in eine »Partei neuen Typs«. Aber die Kritik schlägt um in Heuchelei, wenn ihr der Zusammenhang der Selbstkritik fehlt. Das Schumacher-Wort von den »rotlackierten Nazis« wollte die anti-kommunistische Borniertheit der deutschen Sozialdemokratie vor 1933 nochmals entschuldigen, statt sie zu benennen und zu überwinden. Willy Brandt sah in seiner Rede die Bedeutung der Berliner Urabstimmung darin, die Freiheit der eigenen Organisation und damit die Chance erhalten zu haben, »die deutschen Belange so unabhängig wie möglich ... mitgestalten zu können« (Brandt, a.a.O., S.8). Sicher: Im »Westen« konnten Sozialdemokraten mit der eigenen Partei die Schaffung sozialistischer Grundlagen der Neuordnung auf demokratischem Wege frei fordern, aber den in Vergesellschaftungsbeschlüssen der Landtage und in Verfassungsartikeln demokratisch artikulierten Mehrheitswillen der Jahre 1945/47 für Sozialismus durchsetzen konnten sie gegen die US-amerikanische Deutschlandpolitik bekanntlich nicht.

## Besprechungen

**Eckert, Rainer: Sozialdemokratischer Reformismus in der Krise.** Zwischenbemerkungen zu aktuellen programmatischen Diskussionen in der SPD. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985 (66 S., br., 6,50 DM)

**Schacht, Kurt: Die SPD in der Opposition.** Zur sozialdemokratischen Politik und Perspektive. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985 (159 S., br., 7,80 DM)

Wer sich um eine marxistische Analyse der gegenwärtigen Politik, der programmatischen und praktischen Entwicklung der Sozialdemokratie bemüht, wird stets ein schmales Fahrwasser zwischen Scylla und Charybdis steuern müssen: zwischen der Scylla euphorischer Illusionen über die Möglichkeiten und die Reichweite einer Linksentwicklung in der »bürgerlichen Arbeiterpartei« SPD und der Charybdis einer rigiden Verneinung solcher Entwicklungsmöglichkeiten, einer bloßen Entlarvung systemintegrativer Aspekte sozialdemokratischer Politik. In der Schmidt-Ära herrschte, aus verständlichen Gründen, bei vielen Linken — nicht nur bei ultralinken Splittergruppen und bei den Grünen — die letztere Einstellung vor. Mit dem teilweisen Wandel sozialdemokratischer Politik seit dem Verlust der Bonner Regierungsmacht sind dann die verfrühten Blütenträume von einer angeblich schon den Godesberger Irrweg überwindenden SPD aufgekommen, auf die nun ein kalter Rauhereif fällt. Diese Euphorismen, die sich in vielen Artikeln des »Sozialismus« und in einigen Einschätzungen aus den Reihen des SHB finden, werden derzeit durch die reale Entwicklung schneller widerlegt, als uns lieb sein kann. Aber nicht mit ihnen müssen wir uns bei der Besprechung eines von zwei neu erschienenen Büchern aus dem Verlag Marxistische Blätter beschäftigen, die sich mit der Entwicklung der SPD in der Opposition auseinandersetzen, sondern eher mit dem Gegenteil.

*Rainer Eckert* will die Krise, in der sich der »sozialdemokratische Reformismus als ideologisches System« wegen seiner »unmittelbaren Bindung an imperialistische Ökonomie, Politik und Ideologie« (5) befindet, wie auch die Reaktion der Sozialdemokratie auf die »umfassenden krisenhaften Momente« des Staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik analysieren. Dabei beschränkt er sich ausdrücklich auf die Untersuchung der gegenwärtigen Entwicklung des »ideologischen Konglomerats« (6) des sozialdemokratischen Reformismus, den er prinzipiell als »spezifische Variante bürgerlicher Ideologie und Politik, die historisch entstanden ist auf dem Boden des Monopolkapitalismus und vom Grundgedanken der 'Klassenversöhnung', der 'Klassenzusammenarbeit' ausgeht« (50), begreift.

Schon die selbstgewählte Beschränkung der Untersuchung auf Aspekte der ideologischen Entwicklung der SPD kann sicherlich nur zu partiellen Einsichten in die Ursachen ihrer Krise führen. Der Autor selbst warnt mehrfach davor, »programmatische Aussagen in ihrer praktisch-politischen Bedeutung« zu überschätzen (27), was ihn nicht davor schützt, zwischen einer solchen Über- und einer völligen Unterschätzung (mit dem Hinweis auf die angebliche Unkenntnis des Parteiprogramms durch die SPD-Mitglieder) hin- und herzuschwanken. Wenn also schon seine Untersuchung die Ebene der realen Politik weitgehend ausklammert, so ist die Reduzierung des widersprüchlichen, von unterschiedlichen Klasseninteressen, Traditionen und Bewußtseinsstrukturen geprägten Charakters der Sozialdemokratie auf eine »Variante bürgerlicher Ideologie und Politik« eine Simplifizierung, die kein geeignetes methodisches Instrument für die Analyse auch nur der ideologischen Entwicklung der SPD in ihren verschiedenen Strömungen abgeben dürfte. Da diese

Definition des »sozialdemokratischen Reformismus« (der als Obergriff für die *gesamte* Sozialdemokratie verwandt wird) im Grunde für rechte wie linke Sozialdemokraten gilt, erübrigen sich weitere grundsätzliche Differenzierungen. Die Einreihung »marxistisch-orientierter Kräfte« (vgl. 43) und des aus der »Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gespeisten« Reformismus, der zu »tieferen klassenmäßigen Einsichten« gelangt ist (eine Strömung, die sonst meist als sozialistisch-reformistisch bezeichnet wird), unter diese Definition dürfte Mühe bereiten. Aber der Autor hält nicht viel von »sektiererisch anmutenden 'Interpretations'-Auseinandersetzungen und 'Definitionen'« (43), die er der *spw* vorwirft.

Zur Einführung in die sozialdemokratische Programmdiskussion referiert Eckert über die Arbeit der Grundwertekommission. Er kommt zu dem Schluß, daß mit ihren Empfehlungen »tatsächlich ... die grundlegenden weltanschaulichen Positionen des sozialdemokratischen Reformismus zementiert werden (sollen), die sein Wesen als Variante bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung ausmachen« (11). Es sei nicht erkennbar, »daß irgendeine der gegenwärtigen Strömungen in der Sozialdemokratie instande sein könnte, diese Hürden in der endgültigen programmatischen Festlegung zu überspringen« (ebd.). Erstaunlicherweise bescheinigt er aber allen(!) von der Kommission vorgeschlagenen Veränderungen gegenüber dem Godesberger Programm, »daß sie eine mögliche Verschiebung nach links signalisieren« (12). Will er damit auch die Absichten der Kommission, ein ausdrückliches Bekenntnis zur NATO und zu »unserem Staat« ins neue Programm aufzunehmen und die Sozialstaatsorientierung zu relativieren, als mögliche »Verschiebung nach links« bewerten, oder hat er diese Intentionen in den Papieren der Grundwertekommission überlesen?

Der anschließende Überblick über die Anträge und Diskussionen des Essener Parteitags von 1984 ist recht oberflächlich und pendelt zwischen der Überschätzung kritischer Tendenzen in einzelnen Anträgen (so meint Eckert, daß »zunehmend ... grundlegende ökonomische und politische Herrschaftsstrukturen des SMK als tiefste Ursachen für die Krise des Systems« in der SPD erkannt würden [15]) und der Unterbelichtung wichtiger realer Veränderungen in der SPD wie in der Friedensfrage. Die Essener Forderungen nach neuer Strukturpolitik, nach staatlichen Investitions- und Arbeitsmarktprogrammen und nach einer Umstrukturierung der Haushalte sind für ihn lediglich die »praktische Anerkennung der von der marxistischen SMK-Theorie herausgearbeiteten Erkenntnis ..., wonach der (bürgerlich-imperialistische) Staat im SMK nicht teilweise und zeitweilig, sondern dauerhaft in alle Phasen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses eingzugreifen gezwungen ist« (16). Wenn diese »Anerkennung« die einzige Funktion solcher Forderungen wäre, könnten wir unseren Kampf für eine alternative Wirtschaftspolitik doch wohl einstellen! Statt zu untersuchen, ob diese Forderungen für eine mittelfristige Antikrisenpolitik taugen, sieht unser Autor in ihnen bloß ein Eingehen auf staatsmonopolistische Regulierungsnotwendigkeiten. Analytisch unfruchtbarer und strategisch verfehelter kann man kaum an die wirtschaftspolitische Debatte herangehen. Aber es geht Eckert — trotz der stellenweise geäußerten gegenteiligen Absicht — ja wohl auch nicht darum, Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Politik in den gegenwärtigen Veränderungsprozessen in der SPD auszumachen, sondern um den ständigen Nachweis, daß die SPD keine »spürbaren Korrekturen am Grad« ihrer »Verwurzelung im imperialistischen System anzubringen versucht« (11).

Und so lernen wir als Ergebnis der Betrachtungen über den Essener Parteitag auch, daß ein Ochse keine Milch gibt, obwohl er geschickt diesen Anschein erweckt, der dann sogar von Millionen geglaubt wird: »Insofern geben die Positionen des Parteitags eine (erneute)

Bestätigung dafür, daß es sich bei der SPD um eine reformistische Partei in der Arbeiterklasse der BRD handelt, die mit Millionen von Fäden in dieser Klasse verwurzelt ist und die demzufolge, will sie diese Funktion nicht verlieren, objektiv dazu gezwungen ist, Bestrebungen dieser Klasse und ihrer verschiedenen Abteilungen — zumindest programmatisch aufzugreifen. Wobei dies die Kehrseite einschließt, daß sie [sic!] Millionen von Angehörigen der Arbeiterklasse auch ihrerseits immer wieder darauf orientieren (können), in der Sozialdemokratie ihren Hoffnungsträger zu sehen ...« (17)

Die folgende Darstellung der wichtigsten ideologischen Konzepte in der SPD, des »Ökoreformismus« und der »staatsmonopolistischen Modernisierungskonzeptionen« sind ähnlich undifferenziert. Eckert führt nicht die gewiß notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit den ökoreformistischen Positionen Eppers, Lafontaines und eines Teils der Jusos, sondern beschränkt sich auf deren Charakterisierung als »kleinbürgerlich«, wobei ihm auch noch merkwürdige Fehleinschätzungen unterlaufen (so ist das Genossenschaftsprinzip für ihn bloß Resultat des vormarxistischen utopischen Sozialismus). Die »staatsmonopolistische Modernisierungskonzeption« wird recht anschaulich an den Glotzschen Entwürfen einer »zweiten Ostpolitik« (die der Autor als Ansatzpunkt für eine friedenserhaltende »Koalition der Vernunft« wertet) und einer »sozial gesteuerten Innovation« (für Eckert die »modernistisch aufgemachte Version des alten reformistischen Wolkenkuckucksheims« [36]) erläutert, denen der Autor hinsichtlich der Programmdiskussion die weitestreichende Integrationsfähigkeit prognostiziert. Aber die Leichtfertigkeit, mit der er dieser Modernisierungsvariante das sichere Scheitern in der Praxis vorhersagt, ist angesichts differenzierterer Einschätzungen der Zukunft des Kapitalismus, wie sie sich beispielsweise im IMSF-Jahrbuch 9 nachlesen lassen, bemerkenswert.

Als »Varianten am Rande« (38) finden dann noch der äußerst rechte Parteiflügel, die »pro-imperialistische Variante« (»zur Zeit erheblich isoliert« [39]) und die schon erwähnte »klassenmäßig orientierte Variante des sozialdemokratischen Reformismus« (41) in den Gewerkschaften die knappe Beachtung des Verfassers, der der letzteren einen positiven Einfluß auf die Programmdiskussion zubilligt, wiewohl er vorhersagt, daß diese linken reformistischen Tendenzen keinen Eingang in das neue SPD-Programm finden werden. Dasselbe erwartet er auch von den Bemühungen der »marxistischen Variante des Reformismus« (sic!; 43) um die Zeitschrift *spw* und den SHB, der er im übrigen bescheinigt, daß auch nur die »Herausbildung konsequenter marxistischer Positionen ... in einer reformistischen Volkspartei (zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD) eine per se nicht lösbare Aufgabe ist« (43).

Im Schlußkapitel weist Eckert auf den positivistischen Charakter reformistischer Theoriebildung hin, betont nochmals, daß die Programmdebatte »vollständig auf dem Boden der herrschenden Ordnung verläuft« (48) und erklärt, daß letztendlich die Entwicklung des demokratischen und linken Kampfes, vermittelt über die innerparteilichen Auseinandersetzungen, darüber entscheide, wie das neue SPD-Programm aussehen werde. Seine Quintessenz, daß die SPD eine reformistische Partei auch bei einem modernisierten Programm bleiben werde, daß sie vielleicht durch den Massenkampf nach links gedrängt werden könne, und daß — wenn dies nicht gelinge — sie wieder unter die »erneute Dominanz rechter Klasseninteressen« (49) geraten werde (wieso eigentlich »erneut«?) ist so banal, daß ein Erkenntnisfortschritt über den »sozialdemokratischen Reformismus in der Krise« kaum zu gewinnen ist. So ärgerlich diese Broschüre durch ihre Mischung aus teils richtigen, teils völlig undifferenzierten Einschätzungen, aus Widersprüchlichkeiten, Fehlurteilen und Gemeinplätzen schon ist, so wird der Ärger noch erheblich gesteigert durch den

Stil des ständig in der ersten Person pluralis dozierenden Autors, dessen Lehrsätze häufig einen solchen Allgemeinheitsgrad erreichen, daß sie immer oder nie zutreffen können.

Inwiefern schließlich Eckerts Polemik (etwa gegen Lafontaine, dem er eine »erstaunlich dümmliche Kritik am Sozialismus« vorwirft [61]) die Einheit der Linkskräfte befördert, mag seine Partei selbst beurteilen. Sollte der Verlag allerdings diese Schrift in der Absicht herausgegeben haben, zu zeigen, daß auch in der DKP sehr unterschiedliche Meinungen über die SPD existieren, so ist ihm das gelungen, denn kurz zuvor hat er mit dem Bändchen von *Kurt Schacht* eine erheblich differenziertere und solidere Analyse der Gesamtentwicklung der SPD seit 1982 vorgelegt.

Ausgehend von einer knappen Untersuchung der Ursachen des Niederganges der SPD seit 1980 und des Regierungsverlustes 1982, geht Schacht der Frage nach, welche Schlußfolgerungen die SPD aus diesen Erfahrungen gezogen hat und wie sie sich als Oppositionspartei profilieren will, »um verlorengegangenen Einfluß zurückzugewinnen« (5). Er konstatiert eine Erschütterung »sozialdemokratischer Grundauffassungen« (8) von einem krisenfreien, mit den Instrumenten der Globalsteuerung zu regulierenden ökonomischen Wachstum, sowie einer gesicherten Entspannungspolitik, die die Entfaltung des »demokratischen Sozialismus« per Reformpolitik ermöglichen würden. Allerdings steht in der innerparteilichen Diskussion um die Neuorientierung sozialdemokratischer Politik nicht die Frage auf der Tagesordnung, »ob die SPD mit dem Kapitalismus brechen soll oder nicht. Das ist zwar das Ziel linker Kräfte in der SPD, und sie fühlen sich durch die tiefe Krise des Kapitalismus und das Scheitern rechtssozialdemokratischer Konzeptionen von der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Orientierung überzeugt. Aber das Kräfteverhältnis in der SPD ist nicht so, daß sich eine antikapitalistische oder, genauer gesagt, anti-monopolistische Linie durchsetzen könnte.« (11)

In den folgenden Kapiteln untersucht der Autor die »veränderten Positionen in der Sicherheitspolitik und im Verhältnis zur Friedensbewegung«, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD und die Haltung der Partei zur »Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten«, wobei er sich auf eine sehr gründliche Auswertung einer Vielzahl sozialdemokratischer Dokumente (Parteitagsmaterialien, Beschlüsse des Parteivorstandes, der Fraktion und der Arbeitsgemeinschaften sowie Papiere der verschiedenen Strömungen in der SPD) stützt. Das Regierungshandeln der SPD in den von ihr geführten Ländern wird leider nur gestreift, obgleich eine Analyse dieser praktischen Politik wichtige Hinweise auf die Reichweite und die Konsequenz der Veränderungen in den sozialdemokratischen Konzeptionen erschließen könnte.

Sorgfältig zeichnet Schacht den Wandel in den sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD nach, den er positiv bewertet, wenn er »von Bestand und Dauer« ist, und dem er bescheinigt, daß er »die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst« habe (15). Seiner Warnung vor den Gefahren, die den Konzepten einer stärkeren Europäisierung und Konventionalisierung der Verteidigung innewohnen, wird man indes eher zustimmen als seiner zu kritischen Bewertung der neuen Ostpolitik, die Schacht zu sehr unter dem Aspekt des Festhaltens an der »offenen deutschen Frage« beurteilt. Im Gegensatz zur positiven Bilanz des tiefgreifenden Wandels in der Sicherheitspolitik muß die Darstellung der bisherigen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion in der SPD düsterer ausfallen, obwohl Schacht nicht nur die Modernisierungskonzeptionen von Glotz, Ehrenberg und Roth untersucht, sondern auch die Gegenpositionen, wie sie auf dem Essener Parteitag, in den Beschlüssen der AfA und der Jusos und in den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche deutlich geworden sind.

In der neuen Umweltschutzkonzeption der SPD sieht der Verfasser zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Politik der Linkskräfte, er kritisiert aber zu recht die Verschiebung vom Verursacher- zum Gemeinlastprinzip bei der Finanzierung des von der SPD-Fraktion geforderten »Sondervermögens Arbeit und Umwelt«. Bei der Suche der SPD nach einem neuen sozialpolitischen Programm sieht Schacht hauptsächlich »Ratlosigkeit und Hilflosigkeit« (83), wenngleich er manche Einzelforderungen des Berichts »Die Zukunft des Sozialstaats« (der dem Essener Parteitag vorgelegen hat) unterstützt. Die Kritik ist in einigen Punkten überspitzt (etwa bei der geforderten Wertschöpfungsabgabe), gegenüber der häufigen Betonung des Selbsthilfeprinzips in neueren sozialdemokratischen Dokumenten allerdings einleuchtend. Die Positionsveränderungen bei der Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten schätzt Schacht m.E. — besonders in der Berufsverbotsfrage — zu gering ein. Die Ambivalenz aber auch dieser Veränderungen wird durch die Darstellung der medienpolitischen Beschlüsse des Essener Parteitags berechtigterweise unterstrichen.

Insgesamt fehlt in diesen Kapiteln über den Wandel sozialdemokratischer Positionen in wichtigen Politikfeldern der Nachweis, daß dieser Wandel nur dort eingetreten ist, wo außerparlamentarischer Druck und die parlamentarische Konkurrenz der Grünen in die Partei hineingewirkt haben und dort von der innerparteilichen Opposition aufgenommen wurde — etwa in der Friedens- und Ökologiepolitik und in der Haltung zur Arbeitszeitverkürzung —, während sich beim Fehlen starker sozialer Bewegungen — wie in der Wirtschafts-, Sozial- und Medienpolitik — eher eine Verfestigung integrationistischer Konzepte verzeichnen läßt. Interessant ist das Kapitel über die organisatorische und sozialstrukturelle Entwicklung der SPD, das anhand neuerer empirischer Untersuchungen belegt, wie sehr die Partei in der Schmidt-Ära an Einfluß unter der Jugend verloren hat. Die Ausführungen über das Verhältnis zu den Gewerkschaften in diesem Abschnitt bleiben demgegenüber recht blaß.

Schacht widmet sich der Bündnisfrage (»Antirechtskoalition oder große Koalition« [100ff.]) sowohl hinsichtlich einer Zusammenarbeit von SPD und Grünen als auch der »Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten« (121ff.), wobei er ein differenziertes Bild der Haltung der verschiedenen Strömungen der SPD zu den Grünen und umgekehrt zeichnet. Zutreffend ist seine Kritik an der Position der »realpolitischen« (Joschka Fischer) wie der »ökosozialistischen« (Rainer Trampert) Strömung der Grünen zur Sozialdemokratie: »Bei Trampert wird die Bedeutung von kämpferischen und Linkskräften in der SPD und bei den Gewerkschaften heruntergespielt und die Differenzen, die sich zwischen SPD und CDU/CSU entwickelt haben, kleiner gemacht als sie sind. Bei Joschka Fischer gibt es kaum Versuche, ein differenziertes Bild von der SPD und den Gewerkschaften zu geben.« (115)

Das abschließende Kapitel über die Programmdiskussion in der SPD analysiert noch einmal die Bedeutung des Godesberger Einschnitts für die Parteigeschichte und gibt dann eine weitgehend zutreffende Schilderung der Motive und der angestrebten Inhalte der Programmrevision. Als Gegenposition zur Grundwertekommission werden leider nur die (etwas oberflächlich kritisierten) Vorstellungen der »undogmatischen Jusos« herangezogen sowie das Papier »Demokratische Alternative für eine menschenwürdige Gesellschaft« der Parlamentarischen Linken vorgestellt.

Daß die materialreiche und differenzierte Darstellung sozialdemokratischer Politik auch bei Schacht stets mit umfangreichen Darlegungen der Strategie der DKP kontrastiert wird, ist bei dem eben auch agitatorischen Anliegen dieses Buches aus deren Hausverlag



verständlich und legitim; daß dies meist in allzu lehrbuchhafter Weise und im Stil von »UZ«-Leitartikeln geschieht, mindert allerdings die Lesbarkeit. Insgesamt liegt aber mit Kurt Schachts Arbeit eine kurze, zusammenfassende und faktenreiche Darstellung der SPD-Politik in der Opposition vor, die auch für den Leser nützlich ist, der die Bewertung dieser Entwicklung durch die DKP nicht teilt. Heinz-Gerd Hofschens (Bremen)

**Teichler, Hans Joachim (Redaktion): Arbeiterkultur und Arbeitersport** (Band 19 dvs-protokolle). Clausthal-Zellerfeld 1985 (260 S., br., 17,- DM)

Noch 1978 erklärte der amerikanische Historiker Wheeler im Journal of Contemporary History: »Der vielleicht wichtigste, wenn auch weitgehend ignorierte Bestandteil der Arbeiterkultur ist Sport.« Dieser so zutreffend charakterisierte Sachverhalt und Forschungsstand traf vor allem für die Bundesrepublik Deutschland zu, in der man die historische Aufarbeitung des Arbeitersports lange Zeit allein der DDR überlassen hatte. Obwohl in jüngster Zeit eine Vielzahl von Neuerscheinungen und Reprints, von Ausstellungen und Tagungen ein wachsendes Interesse an diesem Zweig deutscher Kultur- und Sportgeschichte demonstrierten, der mit 1,2 Millionen Mitgliedern (1928) international unübertroffen blieb, wurden die Defizite der Sportgeschichtsschreibung bei der Aufarbeitung des Arbeitersports so unübersehbar, daß 1985 allein drei Sammelbände diesem Thema gewidmet wurden.

Während *Krüger/Riordan* einen Anfang mit der Aufarbeitung des »Internationalen Arbeitersports« machen, und der von *Nitsch/Fischer/Stock* herausgegebene Band »90 Jahre Arbeitersport« (Münster 1985) mit seinen zahlreichen Abbildungen eher dem Bedürfnis nach Traditionspflege nachkommt, stellt der von *Teichler* redaktionell betreute Band »Arbeiterkultur und Arbeitersport« die Ergebnisse der 9. Arbeitstagung der Sektion Sportgeschichte in der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft vor, die im Frühjahr 1985 ausschließlich diesem Thema gewidmet war.

Der Band wird eingeleitet durch einen Beitrag von *Friedemann*, Geschäftsführer des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bochum, der die Funktionen des Arbeitersports in der Arbeiterkultur vor dem Hintergrund neuerer Positionen in der Arbeiterkulturforschung (Tenfelde, Roth, Mooser) zu klären sucht (5ff.). Dem unterschiedlichen Verhältnis- und Beziehungsgeflecht zwischen Arbeitersport und Arbeiterbewegung gelten auch die Beiträge von *Hentilä* (24ff.) und *Hauk* (35ff.). Während *Hentilä* einen Vergleich der deutschen Verhältnisse mit denen in Finnland und Schweden vor 1914 anstellt, untersucht *Hauk* die verstärkten Bemühungen in den 20er Jahren, die Kulturarbeit für den politischen Tageskampf zu aktivieren. Ob die von *Hauk* ermittelte Vorliebe für Rituale und Körperbilder »militärisch-autoritativen« Typs in Filmen und Festen der Arbeiterkultur und Sportbewegung als Erklärung für die relativ reibungslose Integration der Arbeiterschaft in faschistische Ordnungs- und Verhaltensmuster ausreicht, wird in weiteren Untersuchungen über »kollektive Symbole, Mythen und Körperbilder« nachzuweisen sein.

Zur Kategorie der organisationsgeschichtlichen Beiträge gehören dagegen die Arbeiten von *Spitzer* (77ff.) und *Woltmann* (118ff.). *Spitzer* stellt die zahlenmäßig kleine, nur 4.000 Mitglieder zählende, aber publizistisch sehr aktive »Körperkulturschule« des Protagonisten der proletarischen Freikörperkultur Adolf Koch vor. *Woltmann* machte auf die Existenz polnischer Arbeitersportvereine im Deutschen Reich aufmerksam, die bis 1939 überlebten. Während diese Beiträge sich mit unbekanntem und vergessenen Rand- und Splittergruppen der Arbeitersportbewegung beschäftigen, stößt die Arbeit *Dierkers* über die Internationalen des Arbeitersports (142ff.) in das Zentrum der Beziehungen von Arbeiter-

sport und Politik vor. Auf der Basis umfangreicher Archivrecherchen gelingt es *Dierker*, der hier Ergebnisse seiner Dissertation vorab publiziert, die Beziehungen zwischen der »Sozialistischen Arbeitersport-Internationale« und der (kommunistischen) Roten Sportinternationale vor dem Hintergrund der wechselnden Einheitsfronttaktik der Kommunistischen Internationale minutiös nachzuzeichnen.

Mit dem Sportverständnis und der Sportpraxis des Arbeitersports beschäftigt sich dagegen *Bernett* (50ff.), der den schwierigen Weg der Leichtathletik im lange Zeit turnerisch geprägten Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) nachzeichnet. Mit Präzision arbeitet er den Konflikt zwischen den ideologischen Vorbehalten gegenüber dieser wettkampforientierten Individualsportart und den taktischen und agitatorischen Zwängen heraus, sportliche Ebenbürtigkeit auch auf dem Gebiet der Leichtathletik beweisen zu wollen. Sein Fazit, daß »die Praxis der 'proletarischen' Leichtathletik im Prinzip nicht von der 'bürgerlichen' zu unterscheiden ist, obwohl Veränderungen durch sozialistische Wertvorstellungen durchaus diskutiert wurden, ist ein fundierter Beitrag zur Diskussion um die »alternative« Sportpraxis des Arbeitersports. Der von der Führung des Arbeitersports nur widerstrebend geduldete »Versportlichungsprozeß« vor 1933, der ursprünglich die Abwanderung der Arbeiter zum wettkampforientierten bürgerlichen Sport verhindern helfen sollte, erleichterte 1933 die partielle Integration des Arbeitersports in das zunächst weitgehend unberührte Vereinsgefüge des bürgerlichen Sports — so das übereinstimmende Ergebnis der Beiträge von *Schönberger* (168ff.), *Achilles* (183ff.) und *Teichler* (196ff.), welche die Phase der Zerschlagung, Gleichschaltung und Integration des Arbeitersports durch die nationalsozialistische Diktatur untersuchen.

Anders als *Schönberger* und *Achilles*, deren lokal begrenzte Studien über die proletarische Provinz (Marbach a.N.) und die Arbeitersporthochburg Bremen sich auf eingehende Befragungen von Zeitzeugen stützen und eindrucksvoll den Wert der »Oral History« belegen, baut der Beitrag *Teichlers* über das Schicksal der Arbeitersportvereine im Jahr 1933 auf die schriftliche Befragung von 94 Zeitzeugen und eine gründliche Auswertung der Archivalien des Bundesarchives. Neben dem Nachweis uneinheitlicher Verbotspraktiken und der Existenz vielfältiger Schlupflöcher, welche teilweise die lokale Kontinuität sozialdemokratischer Milieus im Freizeitbereich ermöglichten, weist *Teichler* auf das bislang von der Sportgeschichtsschreibung noch nicht beachtete Phänomen von Ausscheidungswettkämpfen mit »bürgerlichen« Mannschaften in der Gleichschaltungsphase hin, denen er eine Ventilfunktion zuspricht. Eine derartige Ventil- und Integrationsfunktion muß nach der Auswertung der Deutschland-Berichte der Sopade durch *Teichler* auch dem Betriebs- und KdF-Sport in der Frühphase des NS-Regimes eingeräumt werden.

Die von *Teichler* und *Bernett* zusammengestellte Zeittafel zur Zerschlagung und Gleichschaltung des Arbeitersports dürfte weiteren lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen eine wertvolle Hilfe sein; wie es ein Verdienst dieses Bandes ist, weitere Forschungen anzuregen und zu unterstützen. Dies geschieht vor allem durch die drei Beiträge von *Zimmermann*, *Friedemann* und *Noltenius*, die der Sammel- und Erschließungstätigkeit gewidmet sind und über die wichtigsten Institutionen zur Erforschung der Arbeiterbewegung in Deutschland informieren.

Beiträge von *Bach* (105ff.) über den »Sport in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)« und *Scholing/Nierhoff* (128ff.) über »Arbeiterbewegung und Wehrsport« runden die etwas weit gestreute Palette der Themen ab, die insgesamt jedoch einen zuverlässigen Überblick über den derzeitigen Forschungsstand bietet.

Uli Schöler (Bonn)

## Über die Autoren / Autorinnen

*Albers, Detlev*, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik, Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Veröffentlichungen u.a.: Versuch über Bauer und Gramsci (1983). Mitglied in der SPD und Mitherausgeber der *spw*.

*Biermann, Wolfgang*, geb. 1948; von 1972-1974 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit. Mitglied der SPD.

*Demele, Ottwald*, geb. 1945; Dr. rer. pol., Hochschulassistent am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Veröffentlichung u.a.: Ursachen der Inflation. Mitglied der Memorandum-Gruppe und der IG Metall.

*Flöther, Klaus*, geb. 1951; Student der Psychologie und pädagogischer Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung, leitet den Arbeitskreis Umwelt und Technologiepolitik der Hamburger Jungsozialisten.

*Heidenreich, Frank*, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaften, Doktorand und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Veröffentlichung u.a.: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (1983). Mitglied in SPD, GEW, SJD-Die Falken und Mitglied der *spw*-Redaktion.

*Heine, Michael*, geb. 1950; Diplom-Volkswirt und Diplom-Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der Freien Universität Berlin. Mitglied der GEW.

*Hofschen, Heinz-Gerd*, geb. 1949; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Weiterbildung der Universität Bremen. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Wirtschaftspolitik. Mitglied in SPD, GEW, BdWi

*Jungmittag, André* geb. 1961; Studium der Volkswirtschaftslehre. Mitglied der SPD.

*Kowalsky, Wolfgang*, geb. 1956; Diplom-Soziologe, z.Zt. DAAD-Lektor und Doktorand (Programmatik und Strategien des französischen Unternehmerverbands 1965-1982), freier Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften.

*Krätke, Michael*, geb. 1949; Promotion zur Geschichte des Sozialstaates, z.Zt. tätig an der Universität Amsterdam. Veröffentlichung u.a.: Victor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik (zus. mit V. Gransow; 1978). Mitglied der SPD.

*Krüger, Stefan, Dr.*, geb. 1953; Diplom-Volkswirt, Diplom-Betriebswirt, Diplom-Soziologe. Veröffentlichung u.a.: Keynes contra Marx? (1984). Mitglied der ÖTV.

*Le Claire, Anne*, geb. 1952; Studium der Philosophie, aktiv in der autonomen französischen Frauenbewegung, organisiert das Frauen-Filmfestival in Pontivy (Bretagne).

*Machnig, Matthias*, geb. 1960; Studium der Geschichte und Pädagogik, kooptiertes Mitglied im Bezirksvorstand der Jungsozialisten Westliches Westfalen.

*Mattfeldt, Harald*, geb. 1943; Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Konjunkturpolitik, Wirtschaftswissenschaften im Faschismus.

*Neumann, Kurt*, geb. 1945; Rechtsanwalt, ehemaliger SHB-Bundesvorsitzender, 1974-1976 Landesvorsitzender der Berliner Jusos, von 1981-1985 und seit März 1986 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

*Nohara, Erik*, geb. 1928; Diplom-Politologe, tätig als Journalist, Arbeitsgebiete: Ost-West-Fragen, Kultursociologie. Mitglied in der SPD, GEW und im Comenius-Klub.

*Pelinka, Peter*, geb. 1951; Redakteur der »Arbeiter-Zeitung« (AZ) Wien, Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ.

*Peter, Lothar*, geb. 1942, Hochschullehrer im Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität Bremen. Arbeitsgebiete: Soziologie sozialer Bewegungen, Klassenanalyse. Veröffentlichung u.a.: Das Französische Experiment (zus. mit F. Deppe und J. Becker; 1985). Mitglied in GEW, BdWi und DKP.

*Rix, Christiane, Dr.*, geb. 1953; Diplom-Politologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Mitglied in SPD und GEW sowie in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

*Schöler, Ulrich*, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

*Wehr, Andreas*, geb. 1954; Jurist, von 1976-1984 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten. Mitglied in SPD, HBV, AWO und Mitglied der *spw*-Redaktion

*Wolf, Frieder Otto*, geb. 1943; Philosoph und Politikwissenschaftler. Mitglied der AL in Berlin und Mitglied des Europaparlaments für Die Grünen.

*Zänger, Reinhard*, geb. 1952; Chemieingenieur. Mitglied des Bezirkstechnikerausschusses der ÖTV Hamburg, 1983-1985 Mitglied im Landesvorstand der Hamburger Jungsozialisten.

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Berlin (Hrsg.)



**FRAUEN**

**BILDER**

**spw**

**ELEFANTEN PRESS**

Format: 210 x 280 mm  
**80 Seiten — 19,80 DM**

**Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in 1000 Berlin (West) 65, Tel. 030 / 461 70 83**